A 4846 FX

SOPO

41

SOZIALISTISCHE POLITIK
SEPT. 1977
9. JAHRG.
HEFT 3
DM 6,-

KLASSENHERRSCHAFT UND HEGEMONIE

A. Mazzone, Chr. Buci-Glucksmann - **Antonio Gramsci, Theorie und Politik** • P. Ruben - **Wissenschaftslogik und Dialektik** • **DISKUSSION & KRITIK:** C. Warnke - **Historischer Sozialismus und Systemtheorie** • Th. Waldhubel, S. Wenk - **Automation (2)** • D. Albers - **Demokratische Hochschule** • R. Katzenstein, H. H. Adler - **Diktatur des Proletariats** • **WISSENSCHAFTLICHE KONGRESSE: XII. Int. Hegel- Kongreß, Salzburg** • **Kongreß: „Kritische Psychologie", Marburg**

AUTORENVERZEICHNIS

Detlev Albers
Jg. '43, Hochschullehrer im Studienbereich Arbeitslehre/Politik, Konrektor der Universität Bremen

Hans-Henning Adler
Jg. '49, Rechtsanwalt in Oldenburg

Christine Buci-Glucksmann
Mitarbeiterin am Centre d'Etudes et Recherches Marxistes (C.E.R.M.) in Paris

Robert Katzenstein
Jg. '28, Dr.oec., habil., Lehrbeauftragter am FB 15 (Politische Wissenschaft) der FU Berlin (West)

Christoph Kievenheim
Jg. '46, Wiss.Ass. am Institut für Soziologie der FU Berlin (West)

Jutta Kolkenbrock Netz
Jg. '48, z.Zt. Promotion (Germanistik) an der Ruhruniversität Bochum

Wolfgang Maiers
Jg. '50, Dipl.Psych., Doktorand am Psychologischen Institut der FU Berlin (West)

Morus Markard
Jg. '48, Dipl.Psych., Doktorand am Psychologischen Institut der FU Berlin (West)

Alessandro Mazzone
Jg. '32, Dr.phil., Dozent für Geschichte der neueren und neuesten Philosophie an der Universität Messina, Mitglied der philosophischen Sektion des Gramsci-Instituts in Rom

Peter Ruben
Jg. '33, Dr.phil sc., Mitglied des Zentralinstituts f. Philosophie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Bereich ‚Dialektischer Materialismus'

Thomas Waldhubel
Jg. '50, Studium der Psychologie am Fachbereich 11 der FU Berlin (West)

Camilla Warnke
Dr.phil., Mitglied des Zentralinstituts f. Philosophie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Bereich ‚Dialektischer Materialismus'

Silke Wenk
Studium der Kunstwissenschaften und Soziologie an der FU Berlin (West)

Umschlaggestaltung unter Verwendung einer Zeichnung
von WIAZ © Le Nouvel Observateur

ISSN 0340-9198

© das europäische buch Literatur Vertrieb GmbH, Westberlin, 1977
Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten

Die Mitarbeit und Autorenschaft bei der SOPO erfolgen honorarfrei
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden

Herausgeber: Die Redaktion (verantwortlich Hella Stern)
Verantwortlich für Werbung: Tell Schwandt 030/832 40 51

Anschrift für Redaktion, Verlag und Werbung:
SOPO c/o das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Umschlaggestaltung und Layout: Ralph Christians
Satz und Druck: Verlag + Druck Informdienst GmbH, Westberlin
SOPO erscheint 4 mal jährlich

SOPO 41
SOZIALISTISCHE POLITIK

SEPT. 1977
9. JAHRGANG
HEFT 3

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL 2

Vorbemerkung 5

Alessandro Mazzone
Anmerkungen zu einem Dialektiker . 7

Christine Buci-Glucksmann
Über die politischen Probleme des Übergangs: Arbeiterklasse, Staat und passive Revolution 13

Rezensionen

Antonio Gramsci: I Quaderni del Carcere (Carmine Chiellino) 35

Luciano Gruppi: Gramsci-Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats (Matthias Garte) 39

Peter Ruben
Die wissenschaftstheoretische Bedeutung der Hegelschen Logik 41

DISKUSSION & KRITIK

Camilla Warnke
Dialektik und Systemdenken in der Gesellschaftstheorie 54

Thomas Waldhubel/Silke Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation)
Technischer Fortschritt, Entwicklung der Persönlichkeit und marxistische Theorie (2). Forts. v. Teil 1, SOPO 40 74

Detlev Albers
Für eine demokratische Hochschule . 88

Hans-Henning Adler
Parlamentarische Opposition und Diktatur des Proletariats 94

Robert Katzenstein
Klassenkampf und politische Machtstrukturen 108

Christoph Kievenheim
Eine Antwort auf B. Heidtmanns Konstruktion einer Eurokommunismus-Ideologie 122

WISSENSCHAFTLICHE KONGRESSE

Jutta Kolkenbrock-Netz, Michael Winkler
Philosophie der Praxis – Praxis der Philosophie. Zum XII. Internationalen Hegel-Kongreß in Salzburg 126

Wolfgang Maiers, Morus Markard
Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Facit einer Entwicklung anläßlich des ersten „Internationalen Kongresses Kritische Psychologie" 136

EDITORIAL

Die Schriften von **Antonio Gramsci** (1891-1937), Mitbegründer und Führer der Kommunistischen Partei Italiens, sind seit langem in Italien, Frankreich und Spanien Gegenstand von Debatten. Gramscis Werk erweist sich in theoretischer und politischer Hinsicht deshalb von allgemeiner Bedeutung, weil es sich dabei u.a. um eine historisch-materialistische Analyse der Probleme von Strategie und Taktik handelt. Gramsci bezieht sich auf die Politik der revolutionären Arbeiterbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre vor allem in Italien. Methoden und Ergebnisse seiner Untersuchungen können — kritisch vermittelt — für das Erfassen der gegenwärtigen Situation in der BRD und Westberlin fruchtbar gemacht werden (vgl. die Vorbemerkung zu den Gramsci-Aufsätzen).

In diesem Sinne weist **A. Mazzone** mit seinen einführenden „Anmerkungen zum Dialektiker" Gramsci auf die beiden prinzipiellen theoretischen Voraussetzungen hin, die sowohl Gramscis Arbeiten — insbesondere über die Entstehungsgeschichte des italienischen Einheitsstaates, des Risorgimento, und des italienischen Faschismus — wesentlich mitbestimmt haben, als auch für eine politische Gramsci-Interpretation grundlegend sind: historischer Materialismus und Leninismus.

Ch. Buci-Glucksmann stellt den Begriff der „Hegemonie" als elementaren Bestandteil einer Revolutionstheorie Gramscis in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Bei Gramsci liegen für sie Elemente einer „Theorie der Politik" vor, die die Analyse der Entwicklung von gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen ermöglichen. In dieser Hinsicht beinhaltet die historisch-materialistische und politökonomische Analyse des jeweiligen Verhältnisses von Ökonomie und Politik unter dem Primat der Politik ein differenziertes Verständnis der Beziehungen zwischen Staat und Ideologie. Hiermit erweise sich die Hegemonie-Konzeption Gramscis als eine Strategie des Übergangs und zugleich als Methode zum Verständnis der Mechanismen bürgerlicher Gegenstrategien.

Der Gramsci-Schwerpunkt schließt mit einer Rezension **M. Gartes** der bei VSA erschienenen Gramsci-Vorlesungen von L. Gruppi und einer Würdigung der historisch-kritischen Ausgabe der *Quaderni del Carcere* (Gefängnishefte), herausgegeben von V. Gerratana, durch **C. Chiellino**.

Mit dem Beitrag von **P. Ruben** wird der auf Probleme der Wissenschaftstheorie und der Geschichte der Wissenschaften konzentrierte Schwerpunkt der SOPO durch ein für die Entwicklung des dialektisch-materialistischen Wissenschaftsbegriffs bedeutsames Thema erweitert. Ruben nimmt eine Fragestellung auf und stellt ihre Lösung zur Diskussion, welche er in seinem Aufsatz „Wissenschaft als allgemeine Arbeit" (SOPO 36) bereits dargelegt hat. Ruben zeigt, wie das Verhältnis der Dialektik zu analytischen und formallogischen Denkvorgängen und -voraussetzungen in den Wissenschaften durch Hegels Entdeckung des Inhalts von logischen Formen (des „Forminhalts") erstmals in der Geschichte des Denkens Gegenstand wissenschaftstheoretischer Erörterungen wurde. Die Charakterisierung dieser Entdeckung sowie ihrer ausschließlich durch den Marxismus vollzogenen Rezeption und Verarbeitung, welche Ruben in einer Untersuchung des Marxschen Begriffs der Wertform darstellt, trägt zunächst zur Erweiterung des Horizonts bei, in dem die historische Beziehung des dialektischen Materialismus zum Idealismus der vormarxistischen Philosophie gesehen werden muß. Darüber hinaus macht Ruben eine Reihe

von Gesichtspunkten geltend, unter denen die Negation der Dialektik im methodologischen Zusammenhang der modernen bürgerlichen Wissenschaftsauffassung als Defizit ihrer theoretischen Voraussetzungen erscheint.

Die Verbindung des wissenschaftstheoretischen Schwerpunkts zu der in der SOPO seit Heft 32 geführten Auseinandersetzung mit Problemen der sozialwissenschaftlichen Systemtheorie (zuletzt durch K.H. Tjaden in Heft 40) stellt **C. Warnke** in ihrem Aufsatz her. Sie nimmt die in der bisherigen Diskussion aufgeworfenen Fragestellungen auf und führt sie auf den ihnen gemeinsamen historischen und systematischen Kern zurück. Die dabei geleistete erkenntnistheoretisch-methodologische Rekonstruktion zeitgenössischer systemwissenschaftlicher Ansätze setzt ihrerseits eine Rekonstruktion systemwissenschaftlicher Bestandteile im Zusammenhang des historisch-dialektischen Materialismus voraus. Diese werden zugänglich über eine detaillierte Untersuchung des Begriffs der Zirkulationssphäre bei Marx, aus der C. Warnke methodologisch wichtige Ergebnisse für die weitere marxistische Untersuchung der Beziehung von Systemdenken und Dialektik gewinnt. Abgesehen davon daß diese Ergebnisse in ihrer Bedeutung auch für historisch-genetische Erklärungen von Gesellschaftssystemen (und -formationen) zur Diskussion gestellt werden, informiert der Aufsatz über Forschungsresultate einer Projektgruppe an der Akademie der Wissenschaften der DDR, die von C. Warnke geleitet wird.

Unter der Fragestellung „Formierte Intelligenz"? wurden in SOPO 40 Tendenzen und Probleme der demokratischen Bewegung in der BRD und in Berlin (West) unter dem Gesichtspunkt behandelt, daß demokratische Alternativen zur Formierung der Wissenschaften und der wissenschaftlichen Institutionen deutlich würden. Dabei war, wie bereits in der Diskussion zum Thema „Neue Studentenbewegung"? insbesondere das Hochschulrahmengesetz (HRG) als politisches Steuerungsinstrument zur Zerstörung demokratischer Inhalte von Lehre und Forschung, zur Befestigung unsozialer organisatorischer Verhältnisse an den Universitäten, zur Vernachlässigung der Bildungsbedürfnisse und Minderung von Ausbildungschancen der Mehrheit der Bevölkerung Gegenstand kritischer Beiträge. Die Kritik des HRG ist unabdingbar für Information und Mobilisierung von Hochschulangehörigen in ihrer Auseinandersetzung mit den im HRG sich darstellenden politischen Tendenzen ebenso wie für die Verteidigung der seit Ende der 60er Jahre erreichten demokratischen Positionen im Ausbildungsbereich. Darüber hinaus ist selbstverständlich auch die politische Analyse der Geschichte und des gesellschaftlichen Inhalts bereits errungener Reformansätze Bestandteil einer langfristig wirksamen Strategie gegenüber den Formierungsinteressen des hochschulpolitischen Krisenmanagements. Wesentlicher Gesichtspunkt für die Veröffentlichung der hochschulpolitischen Thesen von D. Albers, Konrektor der Universität Bremen, war es daher, die an dieser Ausbildungsinstitution über einen langen Zeitraum gemachten praktischen Erfahrungen beim Aufbau und bei der Verteidigung eines demokratischen Hochschul-Modells zur Debatte zu stellen.

In Anknüpfung an die in SOPO 36 und 37/38 veröffentlichte Dokumentation zur Frage der „Diktatur des Proletariats" und die hieran anschließenden Beiträge zum Thema „Eurokommunismus" in SOPO 40 werden im vorliegenden Heft Probleme des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus, von Form und Inhalt der sozialistischen Revolution und ihrer theoretischen Analyse in Beiträgen von **R. Katzenstein** und **H.H. Adler** behandelt.

Unter Bezug auf die Dokumentation der französischen Diskussion in SOPO 36 geht **H. H. Adler** der Frage nach, in welchem Maße und in welcher

Weise die Konzeption der sozialistischen Revolution auf friedlichem Wege Formen der „Diktatur des Proletariats" erfordert beziehungsweise Möglichkeiten ihrer Verwirklichung eröffnet, die die Existenz einer parlamentarischen Opposition in ihrem Prozeß selbst einschließen. Insbesondere versucht Adler, seine Überlegungen im Hinblick auf eine antimonopolistische Perspektive für die Bundesrepublik zu konkretisieren.

In kritischer Auseinandersetzung mit den Thesen von C. Kievenheim (SOPO 40) entwickelt R. Katzenstein in seinem Beitrag, daß erst die Analyse der jeweils konkreten, historischen Kräfteverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Klassen es erlaubt, über die Feststellung neuer ökonomischer und klassenstruktureller Bedingungen für die sozialistische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinaus auch Aussagen über die *Realisierungsmöglichkeiten* dieser neuen Bedingungen zu machen.

Mit dem Abdruck einer Antwort von C. Kievenheim auf den Beitrag B. Heidtmanns zu theoretisch-politischen Problemen der „Eurokommunismus"-Debatte (SOPO 40) berücksichtigen wir einen nachdrücklichen Wunsch des Verfassers. Allerdings soll hiermit kein Auftakt zu einer längeren Reihe persönlich gerichteter Repliken gegeben werden. Vielmehr gilt es im weiteren Verlauf der Diskussion, die bisher gestellten Fragen im Einzelnen zu beantworten, den durch sie ausgedrückten Problemen der Entwicklung des Sozialismus in Europa auch in empirisch-historischen Untersuchungen nachzugehen, die aus der Entwicklung der jeweiligen Länder resultieren.

In ihrem zweiteiligen Kongreßbericht vom diesjährigen XII. internationalen Hegel-Kongreß, der zu Ehren des 75jährigen Präsidenten der Internationalen Hegel-Gesellschaft, Wilhelm Raymund Beyer, vom 28. April bis zum 1. Mai in Salzburg stattfand, geben J. Kolkenbrock-Netz und M. Winkler eine kritische Darstellung des Kongreßverlaufs. Die darin deutliche Kontroverse zwischen Vertretern bürgerlicher Praxis-Philosophie und der Praxis marxistischer Philosophen war durch das Generalthema des Kongresses „Philosophie der Praxis — Praxis der Philosophie" vorprogrammiert. Die beiden Berichterstatter ließen sich aber weniger von den zeitweilig turbulenten politischen Standortbestimmungen beeindrucken, sondern legen bei ihrer Beurteilung der Kongreßvorträge den sachlichen Stellenwert geleisteter Philosophenarbeit als Kriterium zugrunde.

Über den ersten „Internationalen Kongreß Kritische Psychologie", der vom 13. - 15. Mai dieses Jahres in Marburg veranstaltet wurde berichten W. Maiers und M. Markard. Es war im redaktionspolitischen Interesse der SOPO, daß der Bericht über das sonst in der Zeitschrift übliche Maß an Inhalt und somit auch Umfang hinaus erweitert wurde. Denn erst so wurde ausführliche Information über eine wissenschaftlich und politisch bedeutsame Strömung, die „Kritische Psychologie" erreicht, deren Vertreter und Kritiker auf dem Kongreß ihre Arbeitsergebnisse vorstellten. Die Berichterstatter reflektieren den Charakter des Kongresses als Bilanz und als Fortsetzung eines Prozesses breiter Auseinandersetzung, der bereits in der Fachliteratur begonnen, nun in der unmittelbaren Begegnung der Beteiligten ausgeweitet und vertieft werden konnte. Der Kongreß eröffnete für die weitere Entwicklung der Kritischen Psychologie die Möglichkeit, ihre bisherigen Ergebnisse auszudifferenzieren und unmittelbar auf berufspraktische Fragestellungen der Psychologie beispielsweise beziehen zu können. Aus diesem Grund weisen Maiers und Markard auch auf die Bedeutung hin, die der Kongreß über den Kreis von psychologisch Interessierten oder als Psychologen Tätigen hinaus hat.

BEITRÄGE ZUR POLITISCHEN THEORIE GRAMSCIS

VORBEMERKUNG

Da die folgenden Aufsätze, die sich der Begrifflichkeit Gramscis bedienen, schon gewisse Kenntnisse voraussetzen, sollen hier für Leser, die sich bisher noch nicht mit Gramsci beschäftigt haben, als „erste Hilfe" zur Lektüre in aller Kürze einige zentrale Begriffe Gramscis erläutert werden. (Aus der nicht sehr umfangreichen, in deutscher Sprache zugänglichen Literatur zu Gramsci können empfohlen werden: die von Christian Riechers übersetzte und herausgegebene Auswahl von Gramscis Texten: Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis, Fischer Frankfurt/M. 1967; diese häufig stark kritisierte Übersetzung ist jedoch beim Verlag vergriffen. Für 1978 ist allerdings das Erscheinen einer dreibändigen Ausgabe ausgewählter Werke Gramscis bei Suhrkamp unter der Leitung von A. Mazzone angekündigt. Als Sekundärliteratur: Annegret Kramer, Gramscis Interpretation des Marxismus in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie Nr. 4, Suhrkamp Frankfurt/M. 1975, S. 65-118; und Luciano Gruppi, Gramsci – Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, VSA Hamburg/Westberlin in 1977, das in diesem Heft der SOPO rezensiert wird.)

Zentrale Begriffe von Gramscis „Theorie der Politik", die auf den Ebenen des historischen Materialismus anzusiedeln ist, sind: *historischer Block, Hegemonie, bürgerliche und politische Gesellschaft, integraler Staat.* Sie bilden gewissermaßen die „vertikale" Vermittlung zwischen dem „horizontal" gegliederten Ganzen von Basis und Überbau.

Der *historische Block* ist für Gramsci die dialektische Einheit von Basis und Überbau, die Übereinstimmung von ökonomischem und gesellschaftlichem Inhalt der Basis einerseits, ethischen und politischen Formen des Überbaus andererseits. Diese Übereinstimmung geht bei aller materiellen Gesetzmäßigkeit im Verhältnis von Basis und Überbau „durch den Kopf", sie bedarf der Herstellung des „frei"-willigen Einverständnisses (*Konsens*) der gesellschaftlichen Mehrheit in die Existenz *dieser* Gesellschaft. Politisch ist der *historische Block* im Kapitalismus demnach die „frei"-willige Gesellschaft der Mehrheit der nicht-bourgeoisen Bevölkerung mit der Bourgeoisie als *vorherrschender*, d.h. führender und herrschender Klasse. Führung *(Hegemonie)* der Einverstandenen, *Herrschaft* (staatlicher Zwang) über die Nicht-Einverstandenen.

Die Arbeiterklasse muß zu ihrer Verselbständigung und Selbstverständigung gegenüber der Bourgeoisie (Buci-Glucksmann sagt: *Autonomisierung*) in Wort und Tat einen eigenen *Kollektivwillen* hervorbringen, der sich vornimmt, die Hegemonie der Bourgeoisie zu zersetzen und durch ein proletarisch geführtes Bündnis gesellschaftlicher und politischer Kräfte zu ersetzen. Die Erringung der Hegemonie gilt Gramsci in den Ländern, in denen die Bourgeoisie sich vorwiegend auf Konsens, und erst in zweiter Linie auf Zwang, stützen kann, als Voraussetzung für die Eroberung der Herrschaft durch die Übernahme der Staatsmacht. Auf diesem Wege errichtet die Arbeiterklasse vor und nach ihrem „Staatwerden" den *historischen Block* des Sozialismus. Staat ist somit *Diktatur plus Hegemonie* oder *Hegemonie gepanzert mit Zwang.*

Gramsci benutzt das Wort „Staat" in einem engen und in einem weiten Sinn: Im engen und für uns üblichen Sinn ist er die *politische Gesellschaft*, Parlament und Regierung, Rechtsprechung, Polizei, Militär usw., also die Ge-

walten; im weiten Sinn umfaßt der *integrale* Staat die *politische Gesellschaft* und die *bürgerliche Gesellschaft*. Die (staats-)*bürgerliche Gesellschaft* Gramscis (società *civile*) ist nicht identisch mit der „bürgerlichen Gesellschaft", deren Anatomie Marx in der politischen Ökonomie des „Kapitals" verortete. Sie ist gewissermaßen der „subjektive" Ausdruck aller Produktions- und überhaupt Lebensverhältnisse, die die Menschen eingehen, d. h. die Gesamtheit aller gemeinhin als „privat" bezeichneten Organismen wie Interessenverbände (Gewerkschaften, Unternehmervereinigungen usw.), Vereine, Kirchen, Massenmedien, Bildungseinrichtungen usw. Auf diese Weise wird zum einen die häufig — gerade im staatsmonopolistischen Kapitalismus — fiktive Trennung zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Macht der Bourgeoisie zusammengedacht, zum anderen die reale Wechselwirkung zwischen Basis und Überbau nicht nur beschworen, sondern durch das Bindeglied *bürgerliche Gesellschaft* als unterster Etage des Überbaus begrifflich gefaßt und konkret politisch für die Entwicklung von Strategie und Taktik handhabbar gemacht.

So kann etwa die sich entwickelnde und verändernde Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auch als Gewichtung im Verhältnis zwischen repressiver und ideologischer Funktion des Staates, zwischen Herrschaft und Hegemonie, gefaßt werden. Auf dieser Grundlage läßt sich z. B. die Entwicklung der BRD in groben Zügen als *passive Revolution* der Bourgeoisie erklären: Der rasche und erfolgreiche Wiederaufbau (des Kapitalismus) nach dem Krieg brachte eine ständige „Umwälzung" der Arbeiterklasse mit sich und erlaubte eine „Politik der hohen Löhne" und sozialen Zugeständnisse bei gleichzeitiger Forcierung des ideologischen Klassenkampfes nach innen und außen sowie Anwendung des Schreckens gegen die erklärten Gegner des kapitalistischen Systems. Das Godesberger Programm der SPD wurde mit der Aufgabe des Klassenkampfes quasi das Gütesiegel für die neugewonnene Hegemonie der Bourgeoisie, die gut zehn Jahre zuvor noch ein „Ahlener Programm" formuliert hatte; und die Integration in die NATO und das KPD-Verbot wurden der Meisterbrief der wiedereroberten Herrschaft. Die Verschiebung des internationalen und nationalen Kräfteverhältnisses erzwang nach der ersten größeren Krise von 1966/67 die Beteiligung, dann Betrauung der SPD mit der Regierung. Die Sozialdemokratie hatte und hat die Führung der Arbeiterklasse inne, aber nur um den Preis der Aufgabe der Klassenziele und der Integration in die „soziale" Marktwirtschaft. Seit diese Marktwirtschaft sich zunehmend als gewöhnlicher Kapitalismus erweist und sozial abbaut, bröckelt auch die Führungskraft der SPD. Der *Stellungskrieg* um die gesellschaftliche Hegemonie, d. h. der Kampf um hegemoniefördernde Stellungen in der Gesellschaft, tritt in ein neues Stadium: Den Fortschritten der demokratischen Kräfte in einigen gesellschaftlichen Bereichen (nicht zuletzt unter den Intellektuellen), dem verstärkten Drängen nach Demokratisierung (Mitbestimmung, Investitionslenkung, Bürgerinitiativen usw.) stehen von seiten der herrschenden Klasse und „ihrer" Regierung verschärfte Abwehrmaßnahmen gegenüber: Berufsverbote und andere Formen des Abbaus demokratischer Rechte, Warnung vor dem „Gewerkschaftsstaat", Verharmlosung des Hitler-Faschismus, Ausbau der Repressionsapparate usw.

Die große Schwierigkeit und Gefahr in dieser Situation ist, daß der Abbau rechts-sozialdemokratischer Führungskraft nicht von einem ausreichenden Aufbau alternativer Führung durch klassenbewußte Kräfte begleitet wird.

Die folgenden Aufsätze, die einige zentrale Aspekte der Arbeiten Gramscis an ihrem Gegenstand und vor ihrem zeitgeschichtlichen Hintergrund untersuchen, sollen dazu beitragen, auch bei uns die Voraussetzungen für die Überprüfung des begrifflichen Instrumentariums Gramscis auf ihre Anwendbarkeit bei der Analyse konkreter gesellschaftspolitischer Probleme zu schaffen.

Hans-Werner Franz/Pierre Franzen

Alessandro Mazzone

ANMERKUNGEN ZU EINEM DIALEKTIKER

1. „ Gramsci kann verstanden werden ... allein ... im Rahmen jenes großen Fortschritts der sozialistischen Bewegung, dank dessen die italienische Arbeiterklasse, einmal ausgegangen von ökonomischen und politischen Forderungen, welche innerhalb der bürgerlichen Ordnung durchsetzbar und verwirklichbar waren, dazu überging, sich selbst als Antagonistin der industriellen und landwirtschaftlichen Bourgeoisie in der Führung der gesamten Gesellschaft zu setzen." (1)

Diesen Übergang bezeichnet Gramsci selbst als Entwicklung einer subalternen Klasse zur potentiellen Hegemonie. Der Kampf zwischen zwei Hegemonien in Italien, der zu Lenins und Gramscis Zeit anfing, ist seitdem ununterbrochen. Schauplatz dieses Kampfes sind „sämtliche Lebensformen ... sämtlicher Klassen" der Gesellschaft (2). Es ist der Bourgeoisie nie wieder gelungen, sich einen soweit beständigen Entwicklungsrahmen zu verschaffen, daß die Alternative, deren historischer Träger das Proletariat ist, politisch irrelevant geworden wäre. Im Gegenteil. Ihr Antagonist hat es verstanden, durch die Tätigkeit zweier Generationen solche Wege für die Entwicklung aller zu zeichnen und zu ebnen, daß eine neue Etappe der antifaschistisch-demokratischen Revolution, eine weitere Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten von Demokratie und Sozialismus heute möglich ist.

2. Der heutige Leser Gramscis, der schon durch den Charakter seines Nachlasses gezwungen ist, vorab und prinzipiell die Frage nach der Einheit seines Denkens (und also auch der Einheit seines Denkens und seines Tuns als Begründer und Führer der IKP), zu stellen, stößt sehr bald auf jenen Zusammenhang des Übergangs der italienischen Arbeiterklasse von einer subalternen Haltung zum Kampf um die Hegemonie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Gleich, ob man eine Kontinuität zwischen Gramsci und der späteren Tätigkeit der IKP bejaht, verneint, oder nur teilweise anerkennt (3), man kommt schwerlich umhin, in den Fragen einen Brennpunkt der politischen

1 P. Togliatti, Attualita del pensiero e dell'azione di Gramsci, 1957. Zit. aus der Aufsatzsammlung P. Togliatti, Gramsci, hrsg. von E. Ragionieri, Rom o. J., S. 123.

2 Zu der Tragweite dieser Leninschen Forderung aus: Was tun? und zum Begriff der gesellschaftlichen „Kontextur" s. W. R. Beyer, DZfPh, Heft 11/1972.

3 Von dieser Frage ausgehend kommt die neo-bordighistische Interpretation zur völligen „Zerstörung" Gramscis als Marxist bei Ch. Riechers, Antonio Gramsci, Marxismus in Italien, Frankfurt/M., 1970: da „bekanntlich", nach Riechers, Italien keine feudalen Überreste kannte (S. 83), ist die gesamte Strategie Gramscis von vornherein absurd. – Eine andere Diskussion entwickelt sich bei Autoren, die weniger Interesse für Gramsci als geschichtliche Gestalt haben als für die Herstellung von Heldenplejaden der Revolution, so M. M. Macciocchi (Gramsci und Mao-Tse-Tung), und A. Davidson (Gramsci und Trotzki). – Eine ganz andere Frage ist

Arbeit Gramscis und der in den Gefängnisschriften niedergelegten Überlegungen, die der revolutionären Klasse 1920 theoretisch und praktisch aufgegeben waren, zu finden:

„Was ist der italienische Staat? Und warum ist er, was er ist? Welche ökonomischen, welche politischen Kräfte bilden seine Grundlage? Hat er einen Entwicklungsprozeß erfahren? Ist das Kräftesystem, das ihn entstehen ließ, gleichgeblieben? Welche innere Bewegungsquellen bestimmten den Wandlungsprozeß? Welche Stellung nimmt Italien in der kapitalistischen Welt genau ein, und welchen Einfluß haben die dem inneren Prozeß äußeren Kräfte ausgeübt? Welche neuen Momente sind durch den imperialistischen Krieg zutage gefördert und entwickelt worden? Welche wahrscheinliche Richtung werden die jetzigen Kraftlinien der italienischen Gesellschaft nehmen? " (4)

Vieles läuft hier in der Tat zusammen. Der Weltkrieg als Anfang einer neuen Phase nach der bürgerlich-liberalen Epoche, die Bestimmung der Triebkräfte der sozialistischen Revolution in Italien in dieser Zeit, die Einheit der Arbeiter und der Bauernmassen des *Mezzogiorno* (des italienischen Südens), die Hervorbringung von „organischen" Intellektuellen, die Theorie der Partei als „moderner Fürst" für die neue führende Klasse; dann die Analyse des anderen „historischen Blocks", der im *Risorgimento* konstituierten Hegemonie der Bourgeoisie, das geschärfte historische Bewußtsein über das durch nationale Vergangenheit und imperialistische wie sozialistische Aktualität bestimmte geschichtlich Mögliche, wodurch das politisch Notwendige erhellt wird; ferner die kritische Analyse der geschichtlichen Stratifizierungen in Italien nach dem Abbruch der protokapitalistischen Entwicklung um 1500, die Studie der „klassischen" Wege der bürgerlichen Revolutionen, England, Frankreich, und der „nichtklassischen", die Restaurationszeit als „passive Revolution" in Europa. Nach der anderen Seite hin, und nachdem die Durchsetzung der Hegemonie der neuen geschichtlich fortschrittstragenden Klasse, ihr „Sich-selbst-setzen als Staat" „in einem bestimmten Territorium", der Auseinandersetzung zwischen alter und neuer Hegemonie auch zwischenstaatliche Formen — neben den national-international ökonomischen, politischen und kulturellen — verliehen hat, entwickelt sich die Untersuchung dieser Auseinandersetzung: „Stellungskrieg/Bewegungskrieg", der hegemoniale Kampf im Reichtum der „Schützengräben und Kasematten" der bürgerlichen Gesellschaft in entwickelten kapitalistischen Ländern, die Reorganisation der kapitalistischen Gesellschaft durch Disziplinierung und Integration der Massen im Faschismus, aber auch durch neue Formen der Produktion („Americanismo e fordismo"). Nochmals, wie einst für die Sprache der französischen Revolution und die der klassischen deutschen Philosophie, entsteht das Problem der wechselseitigen „Übersetzbarkeit" der „Sprachen" (figure di cultura, linguaggi) *einer* geschichtlichen Epoche (forma di civilta), die der Marxismus zu gewährleisten hat.

Die Epoche ist die des Imperialismus und des Übergangs zum Sozialismus. „Weltgeschichtliche Prozesse gibt es nicht immer", notierte Marx: sie gibt es nun, *in* diesen Widersprüchen. Darum sind jene Fragestellungen, sofern das geschichtliche Material „für die Reflexion" „gegeben" ist, in doppeltem Sinne international. Zum einen, weil „die Perspektive international ist .... Aber

noch, erstens: ob versucht wird, Gramsci in seiner Zeit zu sehen, und zweitens: ob bestimmte Momente der Politik der IKP, als nicht mehr von seiner Konzeption ableitbar, durch Periodisierung abgehoben werden: vgl. dazu C. Mancina, Vorwort zu L. Gruppi, Gramsci, Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg/Westberlin, 1977.

4 A. Gramsci, L'Ordine Nuovo 1919-1920, Turin 1954, S. 72.

der Ausgangspunkt ist national und ... Resultat einer originalen und in gewissem Sinne einmaligen Kontextur (combinazione) ... die die führende Klasse genau deuten muß, der sie eine bestimmte Ausrichtung geben kann, gerade ... weil sie ihr angehört." (5) Zum anderen, weil „das Organ des Denkens" (6) als Marxismus selbst Ergebnis des widersprüchlichen Prozesses ist, in dem die moderne Welt sich zur (kapitalistischen) Weltgeschichte gemacht hat. Die Arbeiterbewegung in dieser Welt, ihre Theorie; der Zusammenbruch der Zweiten Internationale, die ökonomistische und mechanistische Verformung des Marxismus, während die allgemeine Krise des Kapitalismus sowohl als Gesellschaftskrise wie als Weltkrieg heranreift; die „Wiederherstellung der Historizität" durch Lenins Imperialismus- und Revolutionstheorie, die Oktoberrevolution und die „praktische und theoretische Durchsetzung des Begriffs der Hegemonie"; der „Stato operaio" (Arbeiterstaat), die Übernahme der Leitung von Produktion, *bürgerlicher Gesellschaft* (societa civile) und staatlichen Gesamtausdrucks des gesellschaftlichen Lebens durch eine neue Klasse als Aufgabe, die auch in Italien auf der Tagesordnung steht — das ist der Rahmen, aus dem heraus sich Gramscis Erfahrung und Leistung entwickelt. 1920 schreibt er:

„Die jetzige Phase des Klassenkampfes in Italien leitet ein: *entweder* die Übernahme der politischen Macht durch das revolutionäre Proletariat mit dem Ziel des Übergangs zu neuen Produktions- und Distributionsweisen ... *oder* eine furchtbare Reaktion seitens der besitzenden Klasse und der Regierungskaste ... Man wird danach trachten, die politischen Organisationsformen der Arbeiterklasse ... restlos zu zerschlagen, die ökonomischen ... (Gewerkschaften, Genossenschaften) in die Maschinerie des bürgerlichen Staats einzugliedern" (7).

Von den Arbeiterräten und den Fabrikbesetzungen der Jahre 1919-20, deren Scheitern zwischen bewaffneter faschistischer Reaktion und Untätigkeit der PSI-Führung, bis zur Gründung der neuen Partei, zum politischen Widerstand gegen die sich etablierende Diktatur, zum Kampf gegen den abstrakten, untätigen Extremismus 1924-1926, entwickelt sich die Einsicht in eine historische Verantwortung der Arbeiterklasse, die nur in ihrer Politik konkret ist. Mit dem Faschismus hat die Bourgeoisie nicht etwa allein „die demokratische Fassade abgestreift" (wie die Bordiga-Extremisten glaubten): sie versucht, monopolistische Entwicklung, Konzentration von Staatsmacht, Integration des „sozialen", abgehoben vom demokratischen Leben der Massen durchzusetzen. Sie ist noch herrschende Klasse, nicht mehr führende. (Und folgerichtig wird in dem dieser Politik organisch innewohnenden imperialistischen Abenteuer auch die nationale Unabhängigkeit verloren gehen, nachdem die Freiheit der Bürger und die Freiheit der fälligen Entwicklung zur Demokratie und Sozialismus zusammen unterdrückt worden waren. Unabhängigkeit, bürgerliche Freiheiten, Freiheit der Entwicklung zum Sozialismus wird erst die neue führende Klasse an der Spitze des antifaschistischen Widerstandskrieges und als Mitbegründerin der italienischen Republik wieder gewinnen.)

Im Gefängnis sagt Gramsci schon 1930 (gegen die Vertreter der sog. „dritten Periode") eine „demokratische Phase" nach dem Sturz des Faschismus voraus. Der Faschismus ist eine besonders konflikt- und krisenträchtige Form der „relativen Stabilisierung". Die Reorganisation der bürgerlichen He-

5 Ders., Quaderni del carcere, hrsg. von V. Gerratana, Turin 1975, S. 1729.
6 Vgl. den Brief von Marx an Kugelmann, 11. Juli 1868, MEW 32, S. 553.
7 A. Gramsci, L'Ordine Nuovo ..., S. 117. (Hervorhebung A. M.)

gemonie nach der Oktoberrevolution hat aber auch andere Gestalten: „Basis und Überbau stellen einen ‚historischen Block' dar, d. h., die komplexe und widersprüchliche Gesamtheit der Überbauten reflektiert die Gesamtheit der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ... Das notwendige Ineinanderübergehen von Basis und Überbau ... ist der wirkliche, dialektische Prozeß" (8). Die Untersuchung der Hegemonie bis in die feinsten „molekularen" Umschichtungsprozesse des historischen Blocks der Bourgeoisie nach der Oktoberrevolution, aber immer ausgehend von der Bewegung von Produktivkräften/Produktionsverhältnissen in der weltgeschichtlichen Übergangssituation, ist ein Erforschen und Erkennen des Terrains über einen längeren Zeitraum, der Phasen des „Stellungskriegs" der Klassen einschließen muß.

3. Wann sind die „Bedingungen eines neuen historischen Blocks, d. h. eines neuen Verhältnisses von Basis und Überbau" gegeben? (9) Wir können — *in abstracto* — sagen, wenn die Gesamtheit der Lebensformen in einer bestimmten Gesellschaft, die *möglich* gemacht wurden durch die eigengesetzliche Bewegung ihrer selbst, unter Beibehaltung der wesentlichen Bestimmungen ihrer Klassenkontextur *nicht mehr* verwirklicht werden können. Die Klassenkontextur bezieht sich nicht nur auf die Produktionsverhältnisse, sondern auch auf die politischen, kulturellen, (und internationalen) Verhältnisse, die den ersteren kongruent sind und sie befördern bzw. zementieren. So entwickelt Lenin in den Jahren um die erste russische Revolution die Konzeption der Hegemonie des Proletariats in einer *demokratisch-bürgerlichen* Revolution, als die russische Bourgeoisie unter den Bedingungen des Imperialismus und der imperialistischen Verflechtung von Entwicklung der Produktivkräfte und politischen Herrschaftsverhältnissen *nicht mehr* als Trägerin der demokratischen Forderungen der Kleinproduzenten (Bauern) in einer *bürgerlichen* Revolution fungieren kann. Schon hier ist Hegemonie *mehr* als Bündnispolitik. Es handelt sich nicht um die gegenseitige Unterstützung zweier Gesellschaftsgruppen zur Durchsetzung bestimmter, „korporativer" Forderungen (10), sondern um die politische Strategie zweier *Klassen* zur Verwirklichung historischer Ziele ihres Daseins, die verschieden sind, und in der geschichtlichen Verfassung der Zeit *als verschiedene* zur Komposition gebracht werden sollen. „Demokratie" als Ziel der kleinbürgerlichen Produzenten, „Sozialismus" als Ziel der industriellen Arbeiterschaft sind *per se* Abstraktionen, wenn sie auch dynamisch-historisch zu den Definitionsmerkmalen dieser Klassen gehören: Aber die Klassenkonstellation ist erst in einem bestimmten Gesellschaftskörper und in einer internationalen Konstellation (Imperialismus) wirklich. Hegemonie und Kampf von Hegemonien sind also schon in der Leninschen Ausarbeitung der Kategorie Begriffe, worin a) die Einheit von Geschichte und Politik; b) die Einheit von Basis und Überbau in der Gesamtklassenverfassung einer bestimmten Gesellschaft; und c) die Einheit von Nationalem und Internationalem, ihren Ausdruck finden.

„Hegemonie" ist eine dialektische Kategorie des historischen Materialismus: wie bei allen dialektischen Kategorien, ist ihre analytische Leistung ihre Entfaltung an den durch sie zur Einheit gebrachten Gegenständen, ihre „Entwicklung" *in concreto*, der die methodische Definition als notwendige Abstraktion entspricht. Gramscis Entwicklung der Theorie der Hegemonie in der Situation nach der Oktoberrevolution und der „relativen Stabilisierung", *und* an einem sehr komplexen und geschichtlich „langzeitigen" Gegenstand — Ursprung, Entwicklung, Durchsetzung, Krise der Hegemonie der Bourgeoisie in Italien sowie Entstehung und Strategie der antagonistischen hegemonialen Klasse — erforderte die Ausarbeitung analytischer Instrumente zur Bestimmung geschichtlicher Stratifizierungen, der Intellektuellen als „organischen" und „fungierenden" im historischen Block, sowie, in der Reflexion, einer Theorie der Ideologie und der Politik (11). — Es ist wahrscheinlich, daß in einer Zeit, in der weit über Italiens Grenzen hinaus die Bourgeoisie zwar herrschend, aber nicht mehr hegemonial führend ist, die Auseinandersetzung mit Gramscis Analysen und Theorien neue Früchte bringen wird.

4. Es ist für den dialektisch Denkenden verständlich, daß hier eine praktische Schwierigkeit der Lektüre zu überwinden ist. Gramscis Schriften dokumentieren einen konkreten Gegenstand. In den überall übersetzten *Briefen aus dem Gefängnis* erschien jenes Konkrete zunächst greifbar als Leben und Denken und Tod, an der italienischen Front der „Kriege der Klassen" in den zwanziger und dreißiger Jahren. Bei den *Heften aus dem Gefängnis* kann es sich aber wie bei den vorhergehenden politischen Schriften nur darum handeln, die Elemente der Analyse als analytische zu erkennen, die „konkrete Analyse des konkreten Gegenstandes" als geschichtliche Praxis zu begreifen. Dieses Konkretum aber läßt sich weder als „Sonder-" noch als „Modellfall" unterbringen, weil es eben Einheit von Situation, Tat und Reflexion ist. „Übertragen" auf das Hier und Jetzt kann man eine dialektische Leistung niemals, wohl eher „imitieren", wenn man so will, sofern die klassische Auffassung von „Imitation" zugrundegelegt wird — als Neuherstellung mustergültiger Pragmata in der Spannung eines Kosmos von Gesetzmäßigkeiten und unendlich vieler Brechungen dès individuellen Daseins, worin sich jener entfaltet. *Mutatis mutandis* ergibt sich auch hier das Problem, die Pragmata eines dialektischen Denkers-Politikers dialektisch zu verwerten. Dazu ist wiederum *Analyse* nötig, — natürlich aus der Situation, die an sich ebenso eine politische wie eine der Forschung sein kann. So entstehen z. B. Arbeiten wie „Gramsci und der Staat" (Ch. Buci-Glucksmann), „Gramsci and Political Theory" (E. J. Hobsbawm), oder auch Biographien wie die G. Fioris oder die G. M. Cammets, Monographien zur Theorie der Hegemonie, der Ideologie, zu Gramscis Rolle in Italien und in der Internationale usw.

Weniger glücklich scheinen mir die Versuche, die sozusagen „Gramsci und den Marxismus überhaupt" zum Thema haben, wobei manchmal der Eindruck entsteht, als ob „der" Marxismus eine Partitur wäre, die bei Gramsci eine besonders gute (oder schlechte) Aufführung erfahren hätte. „Marxismus" war aber für Gramsci zugleich wirkliche geschichtliche Bewegung, in der er arbeitete, *und* Theorie, mit der er dachte, *und* Gegenstand der Reflexion jener Bewegung *und* jener Theorie: darum auch, philosophisch, die Bezeich-

8 Ders., Quaderni ..., S. 1051 f.

9 Togliatti, Il leninismo nel pensiero e nell'azione di Gramsci, a.a.O., S. 145, schreibt hier: „Wesentlicher Bestandteil der Leninschen Revolutionstheorie ... und des Denkens Gramscis ist ... die Bestimmung der neuen Stellung, die die Arbeiterklasse international und in jedem Land einnimmt, als durch die objektive Reife der bürgerlichen Welt ... die Phase des Übergangs zu einer neuen ... Gesellschaftsordnung eingeleitet wird. Weil die Bedingungen eines neuen historischen Blocks ... nun existieren, wird die Arbeiterklasse zur nationalen Klasse", indem sie die „Probleme der gesamten Gesellschaft" zur Lösung bringt (S. 130).

10 D. h., in Lenins Sprachgebrauch, „ökonomistische" Forderungen.

11 Zu den Bedingungen, die Italien zum „Laboratorium" einer marxistischen politischen Theorie im speziellen Sinne werden ließen, vgl. E. J. Hobsbawn, Gramsci and Political Theory, in „Marxism Today", Juli 1977, S. 205 ff.

nung „absoluter Historizismus" und Ähnliches sowie die Betonung der Identität von Philosophie und Politik mit der Geschichte. — Aus dieser Identität, die jedem von uns seine Aufgabe zuweist, in der die Aufgabe erfaßbar wird, können m. E. fruchtbare Beschäftigungen mit Gramsci eher erwachsen, als aus den abstrakten, an der vordergründigen Sonderfall/Modellfall-Dichotomie leidenden Konstruktionen eines „eigentümlich-italienischen" oder „weltgeschichtlich-neuen" Weges zum Sozialismus, den Gramsci gewiesen hätte. Abgesehen davon, daß solche „Wege" nicht „gewiesen" werden, stellt sich wohl die Frage des *Vergleichs* erst, wenn Vergleichbares, also Verschiedenes, in einer Einheit denkbar wird. Dazu bedarf es einer Konzeption der geschichtlichen, gewordenen Welteinheit „kapitalistische Gesellschaftsformation" und ihres Übergangs in die sozialistische, die es ermöglicht, diesen *historischen* Prozeß in seinen *politischen* Ausgestaltungen zu denken, und zwar „innerhalb des Widerspruchs", im Leben und Kampf von Menschenmassen, die auch erkennende Tätigkeit sind, durch eine theoretische Anstrengung, welche wiederum Element von Hegemonie (also von Übergang zum Sozialismus *pro tanto*) nur insofern wird, als sie geschichtliche Erfahrung zu erhellen und bewußt zu machen versteht.

Daß eine solche Konzeption niemals als ein Fertiges vorliegen kann (außer für diejenigen, die der Dialektik eine allesbegründende, d. h. idealistische, Theorie vorziehen), versteht sich von selbst. Wenn sich also Gramsci in diesem Prozeß wußte, der „von Marx intellektuell initiiert wurde und wahrscheinlich Jahrhunderte einnehmen wird" (12), der mit Lenin Wirklichkeit „auf einem bestimmten Territorium" erlangte, so ist sein Verhältnis zum Werk von Marx und Lenin von hier aus zu rekonstruieren.

5. Leninist ist Gramsci zunächst in diesem Sinne: Er handelt in der geschichtlichen Phase der „realen Kritik" des Marxismus, seiner „realen Dialektik", die mit dem „Staat-Werden" der universellen Klasse einsetzt. Deswegen ist sein Standpunkt der des „modernen Fürsten", der Partei als Instrument, das sich die Klasse zur Erlangung der eigenen Hegemonie gibt. *Es geht aber darum, „sich selbst zum Teil des Widerspruchs" zu machen.* Die Klasse „hat" den Widerspruch nicht als „gegebenen" vor sich: sie ist als Klasse, als Referent einer Gesamtheit von Basis-und-Überbau-Relationen, eingebettet in den Widerspruch. Anders wäre ihr geschichtlicher Anspruch auf Hegemonie nichts als frommer Wunsch. Als Trägerin der fortschrittlichen Produktionsverhältnisse ist sie Trägerin der möglichen Lebensformen (*aller* Nichtausbeuterklassen), die die Formation, im konkreten historischen Block, beständig setzt und zugleich blockiert.

Theoretisch erlaubt der Standpunkt des „Fürsten", „sämtliche Lebensformen sämtlicher Klassen" (wie Lenin es 1902 forderte) als politische Gegenstände zu erkennen. Das ist der „Primat der Politik", als Ort der Vermittlung der Lebensformen in der Spannung von konstrastierenden Hegemonien. „Politik" heißt hier natürlich — Vermittlung der dialektischen Einheit von Basis und Überbau, oder diese dialektische Einheit selbst, indem sie bewußt und praktisch wird (13). So wird auch das „Laboratorium Italien" zum Gegenstand, an dem sich der Anspruch der marxistischen Theorie mißt: Ökonomie wie Literatur, Institutionen wie Philosophie, dem Diskrimen der Geschichte der Hegemonien ausgesetzt, werden zu bestimmten, erkennbaren, konkreten und *veränderbaren* Gegenständen. Der historische Block ist selber

12 A. Gramsci, Quaderni ..., S. 881 f.
13 A.a.O., insb. S. 1378 ff., 1488 ff.

materielle Totalität, ein historisch Gewordenes, wie — auf einer anderen Ebene der Analyse — die ökonomische Gesellschaftsformation. Darum ist auch der Anspruch der Theorie *nicht* durch eine metaphysische Totalitäts*kategorie* „begründet".

Der theoretische Standpunkt des „modernen Fürsten" hat aber zwei eigentümliche Voraussetzungen (die in den *Gefängnisheften* gleichsam zu stillen Gesprächspartnern werden, wenig oder kryptisch zitiert, immer den Gang der Untersuchung mitbestimmend, die Gegenstände der Reflexion in-Zusammenhang-setzend).

Die eine Voraussetzung ist: Der historische Materialismus, die Existenz der Theorie der kapitalistischen Formation als wirklicher und vergänglicher, also historischer Totalität. Auf diese ist die Untersuchung der Wege der bürgerlichen Revolutionen bezogen, das Werden der historischen Blocks, in welchen ja allein „der" Kapitalismus historisch lebte. Dieser Bezug macht sie zu bestimmten Gegenständen, die erkennbar sind auch in ihren (heuristisch abgesonderten) Überbaugestaltungen.

Die zweite Voraussetzung ist: der Leninismus. Im Zeitalter des Imperialismus und des Übergangs zum Sozialismus ist der Widerspruch zum ersten Male auch „horizontal" durchgreifend. Als eine Totalität von Widersprüchen bewegt sich die entzweite ökonomische Gesellschaftsformation durch sämtliche Gestalten des geschichtlich Konkreten. Sie sind nun „im Weltmarkt", in der „wirklichen Bewegung der Konkurrenz", im Sinne der Marxschen Skizze zu den Sechs Büchern des Kapitals: in diesem Sinne auch, wie es mir scheint, geht die Erkenntnis, die die Idee jener Sechs Bücher vorzeichnete, einen Weg, an dem auch Lenin und Gramsci mitarbeiteten. Nicht sie allein, natürlich, in ihrer Zeit, und zu tun gibt es in Hülle und Fülle ...

Christine Buci-Glucksmann

ÜBER DIE POLITISCHEN PROBLEME DES ÜBERGANGS: ARBEITERKLASSE, STAAT UND PASSIVE REVOLUTION*

I. Zum Ausgangspunkt: Passive Revolution und marxistische Übergangsproblematik

Im Jahre 1933 erst erarbeitet Gramsci in einem etwas rätselhaften Fragment den Begriff der passiven Revolution — der „Revolution ohne Revolution" — wie dies seit dem Heft 1 in der Analyse des Risorgimento der Fall ist, und zwar im Zusammenhang der umfassenden Problemstellung des Übergangs wie sie Marx in der *Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie* umrissen hat: „Es scheint, daß die Theorie der passiven Revolution eine notwendige kriti-

* Dieser Aufsatz von Ch. Buci-Glucksmann wurde im Juni 1977 als Beitrag zum Internationalen Gramsci-Kolloquium vom 4.-6. November 1977 in Rom fertiggestellt und wird zusammen mit anderen Beiträgen in einem Sammelband des Verlags Riuniti erscheinen. Pierre Franzen und Hans-Werner Franz haben den Aufsatz aus dem Französischen und, soweit es sich um Gramsci-Zitate handelt, aus dem Italienischen übersetzt.

sche *Folgerung* der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie ist." (1)

Insofern sie als notwendige Folgerung erscheint, muß sie auf die theoretisch-politischen Prinzipien bezogen werden, die jeder Phase des Übergangs eigentümlich sind: „Der Begriff der passiven Revolution muß rigoros von zwei grundlegenden Prinzipien der Politischen Wissenschaften abgeleitet werden: 1) daß keine Gesellschaftsformation verschwindet, solange die Produktivkräfte, die sich in ihr entfaltet haben, noch Raum für ihre weitere fortschreitende Entwicklung finden; 2) daß die Gesellschaft sich keine Aufgaben stellt, für deren Lösungen nicht schon die notwendigen Bedingungen vorhanden sind usw. ..." (2) Aber insofern sie als eine *kritische* Folgerung zu gelten hat, scheint sie auf einen Punkt abzuheben, der merkwürdigerweise in der Einleitung von Marx nicht Gegenstand ist: die Rolle und die Natur des Übergangsstaates, der „radikale" oder „passive" revolutionäre Charakter eines solchen zusätzlichen Aspekts ist keineswegs neutral, und Gramsci hebt hervor, daß die Prinzipien des Übergangs selbst „vorerst in ihrer ganzen Tragweite darauf kritisch geprüft werden müssen, ob sie frei von jedem Rest an Mechanizismus und Fatalismus sind". (3) Indem also Gramsci — wie Lenin zuvor — die Form und die „inhaltliche" Dimension der Politik in die Übergangsproblematik wieder einführt, überwindet er die mechanistisch-ökonomistischen Interpretationen der „Einleitung" von Marx, die immer eine utopische allgemeine Theorie des Übergangs im Auge haben, die Hypostasierung eines allgemeingültigen Modells für jeden Übergang. Mehr noch. Den Übergang in einer kritischen und dialektischen Weise der passiven Revolution gegenüberzustellen, bedeutet, bestimmte Elemente einer politischen Theorie des Übergangs als Prozeß für eine besondere historische Situation, ein besonderes „Kräftegleichgewicht" darzulegen.

Indes,warum die „passive Revolution", die „Revolution-Restauration" und nicht das strategische Modell der Oktoberrevolution, die revolutionäre Situation des Zusammenbruchs des Staates und der „frontalen" Machtübernahme? Worin besteht in politischer und theoretischer Hinsicht diese *kritische* Funktion der „passiven Revolution"?

Unschwer ließe sich der Begriff der passiven Revolution auf die eingehende Untersuchung der historischen Formen bürgerlicher Revolutionen reduzieren. Und Gramsci unterläßt es nicht, sich auf das Risorgimento als Form einer passiven Revolution zu beziehen, die strukturell und politisch verschieden ist von der Französischen Revolution als einer Form des „Bewegungskrieges", einer „Volksrevolution", die durch explosive Aufstände entstanden ist. Dennoch, im Gegensatz zu jedem positivistischen Historizismus, der darauf bedacht ist, den Begriff auf das bloß historische Moment seines Bedeutungsgehalts und seines Auftauchens zu beschränken, dehnt Gramsci den Begriff der passiven Revolution in beträchtlichem Maße aus, indem er ihm eine theoretische und methodologische Tragweite von allgemeiner Bedeutung beimißt.

Die passive Revolution bezeichnet demnach eine mögliche Tendenz, die jedem Prozeß des Übergangs innewohnt: „den Inhalt der passiven Revolution als Interpretation des Staates, im Risorgimento und *jeder Epoche, die in historische Umwälzungen verwickelt ist*". (4) Gewiß, die Revolution-Restauration konnte kein politisches Aktionsprogramm für die Arbeiterklasse in dem Sinne werden, wie es von den italienischen Liberalen für das Risorgimento

1 Quaderni del Carcere, Einaudi, III, S. 1827.
2 Q. III, S. 1774.
3 Ebenda.
4 Q. III, S. 1837.

umgesetzt wurde, eben in dem Maße, wie jede passive Revolution „einen gemäßigten Konservatismus oder Reformismus" hervorbringt, der die politische Dialektik der Klassenwidersprüche eliminiert und neutralisiert, die Initiative des Volks kanalisiert, indem versucht wird, gewisse Forderungen des Volkes nur teilweise, „in kleinen Dosierungen legal und reformistisch" (5) zu erfüllen; in dem Maße, wie es der passiven Revolution gelingt, die Probleme der gesellschaftlichen Umgestaltung und *Führung* (Hegemonie) durch den Staat (Herrschaft) und seine Verwaltungs- und Polizeiapparate zu lösen; von dem Moment an, wo der gesellschaftliche Reproduktionszusammenhang über den Staat führt, „wird die politische Führung ein Aspekt der Herrschaft" (6), werden die Massen letztlich als „Manövermasse" behandelt. Es versteht sich von selbst, daß Gramsci sich der politischen Risiken und der „Gefahr des historischen Defätismus", wie sie solchen antidemokratischen Unternehmen eigen sind, völlig bewußt ist. Und dennoch, wenn sie keine Strategie für die Arbeiterklasse darstellt, bleibt sie nichtsdestoweniger — unter der Voraussetzung, gegen jeden historischen Fatalismus anzugehen — eine dialektische Konzeption und ein Interpretationskriterium „in Ermangelung anderer in beherrschender Weise aktiver Elemente". (7) Als Interpretation und kritische Folgerung aus der Übergangsproblematik bei Marx geht sie über die historischen Prozesse des Risorgimento oder der Wirtschaftspolitik des Faschismus hinaus und deckt die Morphologie des entwickelten Kapitalismus, die politisch-ökonomischen Hindernisse auf, die sich jedem Frontalangriff auf den Staat, jeglicher mehr oder minder jakobinischen Strategie der „permanenten Revolution" entgegenstellen; als besäßen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ein bestimmtes Anpassungsvermögen, welches den Entwicklungen der Produktivkräfte eigen ist, eine bestimmte Plastizität, die es ihnen in Krisenzeiten ermöglicht, ihre eigene „Neustrukturierung" zu leisten. Daß es sich genau darum handelt, daß Gramsci sich dessen im Laufe seiner Arbeit im Gefängnis (um 1933-34) zusehends bewußt wird, kann durch eine Textstelle von '34 belegt werden, die dem *Amerikanismus* und *Fordismus* gewidmet ist. Gramsci bringt hier ausdrücklich zum ersten und letzten Mal den Amerikanismus als eine spezifische Entwicklungsweise des Kapitalismus mit der Krise der passiven Revolution im Jahre 1929 in Zusammenhang: „Die Frage ist, ob der Amerikanismus eine graduelle Umwälzung des Typus einer passiven Revolution konstituieren kann, der anderswo erprobt wurde". (8)

Es scheint also, daß die theoretisch-politische Bedeutung, die Gramsci der Dialektik von Übergang und passiver Revolution beimißt, und die neue Auffassung über die Formen und Schwierigkeiten des revolutionären Prozesses, die sich daraus ergibt, nicht losgelöst gesehen werden kann von den morphologischen Veränderungen des Kapitalismus und des Sozialismus der dreißiger Jahre: Das Scheitern der proletarischen Revolutionen im Westen, der Faschismus als Staat, die Revolution des Kapitalismus von oben nach der Krise von 1929 (New Deal), die Zuspitzung der Widersprüche beim Aufbau des Sozialismus. Eine solche Veränderung des strategischen Rahmens modifiziert historisch und praktisch die Problemstellung des Übergangs dadurch, daß neue Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik (Staatskapitalismus), zwischen den „Apparaten der Hegemonie" und dem Staat, zwischen den insti-

5 Q. II, S. 1227.
6 Q. I, S. 41.
7 Q. III, S. 1827.
8 Q. III, S. 2140.

tutionellen Formen und den Massen entstehen. Das erklärt auch, warum Gramsci den leninistischen Begriff der Hegemonie wiederaufnimmt und ihm — von Heft 1 an — *neue Funktionen* und einen *erweiterten Gegenstandsbezug* zuweist. Es geht nicht mehr alleine darum, „die gesellschaftliche Basis der Diktatur des Proletariats und des Arbeiterstaats" zu denken, die Art und Weise nämlich, wie „das Proletariat in dem Maße die *führende* und *herrschende Klasse* werden kann, wie es ihm gelingt, ein Bündnissystem zu schaffen" (9), wie dies noch der Fall ist bei der „*Süditalienischen Frage*". Um dies zu erarbeiten, ist es notwendig, zuvor die politischen Formen zu untersuchen, in denen die Bourgeoisie ihren eigenen Machtblock bildet, sich über die unterschiedlichen Formen der Hegemonie in ihrem Verhältnis zum Staat und zur bürgerlichen Gesellschaft klarzuwerden. Aus diesem Grunde ermöglicht der Begriff der passiven Revolution als eine kritische Folgerung der marxistischen Frage nach dem Übergang ohne Zweifel eine neue und umfassende Interpretation der politischen Bedingungen der Überwindung einer Produktionsweise. Die Berücksichtigung einer *Politik des Übergangs* als Methode zur kritischen Analyse des dialektischen Zusammenhangs zwischen historischem Block und institutionellen Formen macht die passive Revolution zu „einem allgemeinen Prinzip der politischen Wissenschaft und Kunst". (10)

Allgemein im Gegensatz zu jeglicher ökonomistischen Katastrophen-Auffassung von Krise als Prozeß, der die Massen revolutioniert (die Auffassung der III. Internationale der dreißiger Jahre), im Gegensatz zu jeder Resorption der revolutionären Bewegung im frontal-gewaltsamen und jakobinischen Bruch, mißt Gramsci den Prozessen der passiven Revolution eine quasi „epochale" Bedeutung zu, weil sie immer wieder dazu neigen, „die Dialektik auf einen reformistischen Prozeß der Evolution zu reduzieren". Muß hier vorwiegend von einem Prinzip historischer Periodisierung ausgegangen werden, einer neuen Tendenz des entwickelten Kapitalismus? Oder muß darüber hinaus gegangen werden, wie dies L. Paggi etwas vorschnell nahelegt: Die passive Revolution *im Osten wie im Westen* sei „eine adäquate theoretische Darstellung des gesamten historischen Prozesses, in dem sich die endgültige Überwindung einer vollständig entfalteten Produktionsweise vollziehen kann." (11)

Wenn dies der Fall ist, kann von einer These ausgegangen werden, die die Interpretation des strategischen Unterschieds zwischen „Bewegungskrieg" (im Osten, Frontalangriff, 1917) und „Stellungskrieg" (Strategie der Hegemonie, im Westen) verändert. In der Tat stellt Gramsci nicht nur eine Strategie der anderen gegenüber, sondern er stellt *zwei Stellungskriege* einander gegenüber: den der herrschenden Klasse mit seinen unterschiedlichen Formen der passiven Revolution und jenen *dissymmetrischen* der untergeordneten Klassen im Kampf um ihre Hegemonie und um die politische Führung der Gesellschaft.

Damit will ich sagen, daß selbst die Formen der Hegemonie nicht denselben Inhalt haben, nicht identisch sind, wenn sie auf Formen der passiven Revolution der herrschenden Klassen in der Ökonomie und Politik Bezug nehmen oder wenn sie einen Prozeß programmieren, der als „Vergesellschaftung der Politik" imstande ist eine Kulturrevolution der Masse zu gewährleisten

9 La costruzione del partito comunista, 1923-26, Einaudi, S. 139.
10 Q. III, S. 1767.
11 L. Paggi: La teoria generale del marxismo in Gramsci, Annali Feltrinelli 1973, S. 1317.

(welche die Institutionen, die Lebensformen, das Konsumverhalten einbezieht) und die Klassenverhältnisse, die Machtgleichgewichte in Gesellschaft und Staat zu verändern. Diese Gegenüberstellung von Osten und Westen unter dem Gesichtspunkt der Überbauformen und ihrer Wirkungen in einem revolutionären Prozeß findet sich bereits bei Lenin, abgesehen von der Rede Trotzkis auf dem 4. Kongreß der Internationale. Gramsci selbst bezieht sich ausdrücklich auf die Strategie der Einheitsfront, auf Lenin in den Jahren 1921-22 als den Ausgangspunkt all seiner Überlegungen zum Stellungskrieg. (12)

Wenn diese strategische Unterscheidung es erlaubt, einen neuen Zugang zum Staat und den *Formen der Politik* in ihrem Verhältnis zum Ökonomischen und zum Gesellschaftlichen zu gewinnen und zu vertiefen, so ist zu fragen, ob dies nicht deshalb zutrifft, weil Gramsci bestimmte Elemente einer *politischen Morphologie* der Übergangsprozesse selbst erarbeitet und somit Zusammenhänge zwischen Parteien/Staat/Bündnissen/Hegemonie im Übergang aufzeigt. Wenn dies der Fall ist, kann die Tatsache, heute auf Gramsci theoretisch und politisch Bezug zu nehmen, nicht heißen, ihn zu wiederholen, sondern sich auf die komplexe Dialektik der politischen Formen des Übergangs einzulassen, die er in negativer wie in positiver Hinsicht erforscht. Wenn es zutrifft, daß die demokratischen Strategien des Übergangs zum Sozialismus, wie sie für den Eurokommunismus kennzeichnend sind, *demokratische Massenrevolutionen* sein müssen, indem repräsentative Demokratie und Basisdemokratie, Hegemonie und Pluralismus in neuer Weise miteinander verknüpft werden, müssen diese dann nicht vorwiegend *anti-passive Revolutionen* werden?

II. Zur Theorie der passiven Revolution

1. Die Dissymmetrie der Klassenkämpfe und ihre Schwierigkeiten

Von der Periode des *Ordine Nuovo* bis zur Periode der *Quaderni* weist das politische Denken Gramscis, worin auch immer die Bereicherungen durch das Bemühen um eine neue Revolutionsstrategie im Westen bestehen mögen, eine einzige Konstante auf: nämlich die Konstituierung der Arbeiterklasse zur hegemonialen Führungsklasse, ihre Staatwerdung, die ganz und gar auf der Fähigkeit beruht, eine *neue Praxis der Politik* zu entwickeln, die gegenüber derjenigen der herrschenden Klasse dissymmetrisch ist. Und zwar aus einfachen Gründen, die nicht ideologischer Natur sind, sondern der jeweiligen Klassenlage in Bezug auf den Staat und auf die historischen Prozesse des Übergangs Rechnung tragen. Die Bourgeoisie selbst konstituiert und rekonstituiert sich im und durch den Staat: „Die historische Einheit der führenden Klassen wird im Staat erreicht, und ihre Geschichte ist wesentlich die

12 Ich gehe hier nicht auf Gramscis Verhältnis zu Lenin und zur III. Internationale ein, was ich ausführlich in „Gramsci et l'Etat" (Paris, 1975) behandelt habe. Die „Gespräche", die 1930 im Gefängnis von Turi stattgefunden haben, zeigen sehr deutlich die politischen und theoretischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Gramsci und der III. Internationale der Jahre 1928-32. Ich halte diesen Sachverhalt für geklärt und verweise auf die dazu neu erschienenen Zeugnisse, die alle in diese Richtung weisen: Bruno Tosin: Con Gramsci (Riuniti) und Gramsci vivo nelle Testimonianza dei suoi contemporanei, a cura di Mimma Paulesu Quercioli (Feltrinelli).

Geschichte von Staaten und Staatengruppen". (13) Gewiß gilt dasselbe der Möglichkeit nach auch für die Arbeiterklasse, denn die untergeordneten Klassen „sind nicht geeinigt und können sich nicht einigen, bevor sie nicht Staat werden können." (14)

Aber ihre *Autonomisierung* ist nie abgeschlossen, sondern ständig *im Werden*, in einem permanenten Prozeß der politischen Herausbildung und Umgruppierung von Bündnissen begriffen, die sich im Aufbau einer neuen Beziehung zwischen der Produktion und der Politik verankert. Denn wenn die herrschende Klasse ihren Ausgangspunkt im Staate hat, so geht die Arbeiterklasse zunächst von der ökonomischen und bürgerlichen Gesellschaft aus. In dieser Hinsicht ist auch die Geschichte der untergeordneten Klassen dissymmetrisch: „Ihre Geschichte ist daher verflochten mit derjenigen der bürgerlichen Gesellschaft, ist eine „verselbständigte" und *diskontinuierliche* Funktion in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und, *hierdurch vermittelt*, der Geschichte der Staaten oder Staatengruppen". (15) Sie ist also eine diskontinuierliche Geschichte, die Geschichte einer *vermittelten* Beziehung zum Staat, kurz: die Geschichte einer dissymmetrischen Autonomisierung, die darauf abzielt, neue politische Formen herzustellen (Räte, Gewerkschaften und Parteien).

Das war auch der Fall bei der Strategie der Fabrikräte in den Jahren 1919-20; einer Doppelstrategie, die gleichzeitig beabsichtigte: 1) aus der Fabrik heraus Formen von Arbeiterdemokratie zu bilden, die die Gesamtheit der Arbeiterklassen *vereinheitlichen* und zu ihrer *Autonomie* beitragen; 2) ausgehend von diesen neuen Demokratieformen die Krise der Gesellschaft und des parlamentarischen Staates zugunsten eines anderen Staates, eines Arbeiter- und Bauernstaates, zu lösen.

1926 kommt Gramsci nochmals auf diese Erfahrung des Ordine Nuovo zurück und arbeitet sowohl ihre Grenzen als auch ihre positive Seite heraus, an der er ein für allemal festhält: „die Selbst-Regierung der Arbeiterklasse", ihre demokratische Erfinderkraft, ihre Initiative. (16) Von diesem Standpunkt sollte er nicht mehr abweichen. So schreibt er 1934 in den *Heften*, daß „die Arbeiter selbst die Träger der neuen und moderneren industriellen Erfordernisse gewesen sind". (17) Im *politischen* Sinne heißt dies, daß Gramsci im Gegensatz zum bürgerlich-technizistischen Verständnis der Produktion immer von einem politischen Begriff der Produktion ausgeht. Im vorliegenden Falle wie folgt: „Für die Produktion hat die politische Verfassung des Staates eine weit größere Bedeutung als die Veränderung eines technischen Arbeitsprozesses." (18)

Hier bei diesen Beziehungen zwischen Produktion und Staat, zwischen Ökonomie und Politik liegen die Probleme. Unter diesem Gesichtspunkt zieht Gramsci *neue* Schlußfolgerungen aus dem Scheitern der italienischen Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus. Die hegemoniale Praxis der Arbeiterklasse bringt sie selbst in eine viel konfliktreichere und schwierigere Lage, als abzusehen war. Das ist zurückzuführen auf die Komplexität der politischen Vermittlungen, ihres Widerstandes in Krisenzeiten und der Wirkungen eines Staates, der nicht nur als Regierung oder als repressiver Staatsapparat zu verstehen

13 Q. III, S. 2287-88.
14 Q. III, S. 2288.
15 Ebenda.
16 La costruzione del partito comunista, 1923-26, S. 347.
17 Q. III, S. 2156.
18 Siehe den Artikel in Ordine Nuovo, Produzione e politica 1920, Nr. 13.

ist. Sie kann also nur dann ihre eigene hegemoniale Strategie in expansivem Sinne *von unten nach oben* entwickeln, wenn sie den Wirkungen des Staates und der politischen Mechanismen mit ihrer eigenen Praxis entgegenarbeitet. Das gilt auch für den „modernen Fürst", die revolutionäre Partei, die ihre eigene Einheit in ihrer *politischen* Beziehung zu den Massen überprüfen muß und diese nicht zu einer bloßen Angelegenheit technisch-instrumenteller oder bürokratischer Praxis werden lassen darf, eine organisatorische Gegebenheit also, die „den aktiven sozialen Block, dessen Führung die Partei darstellt", abwesend erscheinen läßt. (19)

Die Autonomie, die ihren Ausgangspunkt in der Fabrik hat, ist demnach fortlaufend durch den sektoriellen Korporativismus bedroht, ständig „gespalten durch die Initiative der herrschenden Gruppen", immer betroffen von einer bestimmten sozialpolitischen Instabilität der Bourgeoisie und ihrer herrschenden Gruppen, die ihrerseits neue Parteien ins Leben rufen können, „um den Konsens und die Kontrolle über die untergeordneten Gruppen aufrechtzuerhalten". (20) Die Bildung neuer Parteien der Bourgeoisie, hier die faschistische Partei, ist Ausdruck einer *Krise der Hegemonie*, einer Krise des integralen Staates, einer Krise im Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten, welche die historische Grundlage des Staates und die Gesamtheit der Hegemonieapparate berührt.

Es erweist sich, daß eine solche Auffassung von Krise, wie sie in den *Kerker-Heften* vorliegt, sich strukturell nicht vom Modell des Zusammenbruchs des Staates als Folge einer umfassenden *revolutionären Krise* unterscheidet, wie sie Gramsci entsprechend Lenins Analysen 1919-20 rückübersetzt hat. Und das nicht nur, weil die Krise der Hegemonie zu einer Lösung der *Doppelmacht aus der Sicht der Bourgeoisie* (und nicht der des Proletariats) führen kann. Eine These, die Gramsci übrigens bereits ab 1921 vertrat, als er von der *Verdoppelung des Staatsapparats* in der Krise sprach, von der gewaltsamen Koexistenz und Komplizenschaft zweier Unterdrückungs- und Strafapparate: Faschismus und bürgerlicher Staat. (21) Vor allem aber deshalb, weil die Krise in das Innere eines Gleichgewichts unsicherer Kräfte hineinwirkt, wodurch zwei Erscheinungen größere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, die miteinander zusammenhängen und einander ergänzen.

Auf der einen Seite handelt es sich um die Auswirkungen der Staatsform und ihrer Krise auf die breiten Massen, auf die historische Grundlage des Staates zu einem Zeitpunkt, wo sich eine Trennung zwischen bürgerlicher Gesellschaft und politischer Gesellschaft vollzieht. Auf der anderen Seite handelt es sich um die Bestrebungen, das Kapital und die politischen Formen (Staat, Partei, Massenbewegung) in der Krise neu zu strukturieren.

In diesem Sinne ist die Hegemoniekrise nicht etwa eine Art revolutionäre Krise, die eine ungünstige Wendung nimmt. Sie wirft nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch für den historischen Materialismus neue Probleme auf. In diesem Zusammenhang sind die Erfahrungen mit den Fabrikräten von 1919-20 von nachhaltiger Wirkung, zieht man die Schlußfolgerungen in Betracht, die sich für Gramsci daraus ergeben. In der Konzeption des „Kata-

19 Q. II, S. 1818.
20 Q. III, S. 2288.
21 Über die Besonderheit von Gramscis Begriff der *Hegemonie*-Krise in Bezug auf den leninistischen Begriff der *revolutionären Krise* sowie in Bezug auf die Analysen der III. Internationale vgl. meinen Beitrag in: Autorenkollektiv: La crise et l'Etat: Sur le concept de crise de l'Etat et son histoire (PUF).

strophengleichgewichts" trennt das Kräfteverhältnis die beteiligten antagonistischen Kräfte nicht nur äußerlich — wie man naiverweise annimmt; dieses Kräfteverhältnis durchzieht die Arbeiterklasse selbst mit all ihren Stärken und Schwächen. „In Italien herrschte ein unstabiles Gleichgewicht zwischen den sich bekämpfenden gesellschaftlichen Kräften. Das Proletariat war 1919-20 zu stark, um sich passiv der kapitalistischen Unterdrückung zu unterwerfen. Aber seine organisierten Kräfte waren zu unsicher, zögernd, innerlich geschwächt, weil die sozialistische Partei lediglich ein Amalgam von mindestens drei Parteien war; 1919-20 fehlte in Italien eine gut organisierte und kampfentschlossene revolutionäre Partei." (22)

Man kann also die Art und Weise der Autonomisierung der Arbeiterklasse und ihre Organisationsformen (Partei, Gewerkschaft, Basisdemokratie) nicht unabhängig von den Kräfteverhältnissen, in denen die Klassen selbst befangen sind, und ihren Auswirkungen *im Inneren* des Staates erfassen. So verwundert es nicht, daß Gramsci die beiden von Marx in der *„Einleitung"* festgehaltenen Prinzipien mit den drei in der Analyse der Kräfteverhältnisse konstitutiven Momenten in Beziehung bringt: dem ökonomischen, dem politischen und dem politisch-militärischen. Es wäre ein großer Irrtum anzunehmen, diese drei Momente stünden in einem evolutionistisch-linearen Entwicklungszusammenhang: wie ein Weg ohne Hindernisse. In der Tat umreißen diese drei Momente einen *neuen Untersuchungsgegenstand*, der bereits von Marx in seinen politisch-historischen Schriften (vom „18. Brumaire" bis zum „Bürgerkrieg in Frankreich") skizziert wurde: eine *Theorie der Struktur günstiger Bedingungen* für die Öffnung des Weges zu Übergangssituationen und -prozessen.

Die Probleme des Übergangs nur auf der Ebene der objektiven Widersprüche der Produktionsweise anzusiedeln, hieße die Frage nach der Rolle der Beziehungen zwischen Klassen/Staat/Parteien/historischem Block beim Übergang zu unterschlagen; mithin die Dialektik von Hegemonie und Herrschaft als kritische Folgerung der Marxschen Problemstellung. Umgekehrt bedeutet die *Einbeziehung* der Analyse der politischen Form des Übergangs, beim Übergang selbst, eine Weiterentwicklung des leninistischen Hegemoniebegriffs, wie Gramsci hervorhebt. Allerdings nur, wenn man bei einigen Voraussetzungen darüber hinausgeht, wenn man ihn *neu interpretiert*. Gewinnt diese Interpretation nicht gerade durch die Gegenüberstellung von Hegemonie und passiver Revolution ihre Bedeutung und Tragweite? Verfolgt man die Aus- und Umarbeitungen der Theorie der passiven Revolution in seinen Gefängnisschriften, ist man erstaunt über den Mangel an Homogenität dieser Theorie, über die relativ umständliche Charakterisierung der allgemeinen Problemstellung des Verhältnisses von Übergang und passiver Revolution. Man stellt eher eine Transformation einer *historischen Konzeption* zu einer *allgemein-theoretischen Konzeption* fest, die den Marxismus von Gramsci näher kennzeichnet: die Produktionsverhältnisse zwischen Theorie und Geschichte, die neue Ansicht über die Rolle der Intellektuellen und der Kultur im „Stellungskrieg der herrschenden Klassen."

Zunächst zur historischen Konzeption. Der Begriff der passiven Revolution bezieht sich auf zwei historische Hauptprozesse, die zwei Entwicklungsstadien der kapitalistischen Produktionsweise entsprechen: auf das Risorgimento, welches das besondere Moment der passiven Revolution in den Überbauformen hervorhebt, und auf den Faschismus/Amerikanismus, der die passi-

22 La costruzione del partito comunista, S. 343.

ve Revolution in der Organisation der Arbeit und der Produktivkräfte unter Berücksichtigung neuer Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik (Staatskapitalismus) in den Vordergrund stellt. Wenn es uns angemessen erscheint, diese zwei Modelle wieder aufzunehmen, dann nicht so sehr, um ihre strenge historische Richtigkeit zu beurteilen, die Gegenstand zahlreicher Forschungen und Diskussionen gewesen ist; sondern um zu verstehen, inwieweit die Theorie der passiven Revolution Gramscis Problematik des Staates und der revolutionären Prozesse vor (im Westen) und nach (im Osten) der Machtübernahme verändert. Dies besagt, daß mit dieser Theorie eine *kritische* Neubewertung der Rolle des politischen Elements beim Übergang, seine Auswirkungen auf die bürgerliche Gesellschaft und auf die „politische Führung" des Übergangs einhergeht. Von dem Zeitpunkt an, wo der Staat dem Übergangsprozeß nicht mehr *äußerlich* (als bloßes *Instrument* jener einseitigen Staatsauffassung, die Gramsci analysiert hat), sondern integraler Bestandteil des Übergangs ist, „berichtigt", ergänzt die reale Dialektik zwischen *Herrschaft* (Zwang, Gewalt) und *Hegemonie* (Organisationsformen der Konsensbildung) die beiden zentralen Prinzipien von Marx im anti-ökonomistischen Sinne. Aus diesem Grunde eröffnen die Theorie der passiven Revolution und ihre Kritik eine neue Sicht auf das Verhältnis von Staat und Übergang und darüber hinaus auf die Ablehnung jeglicher *Überbetonung des Staates (Etatismus)* beim Übergang, auf die Neuformulierung des Sozialismus als Übergangsgesellschaft: als historischer Block.

2. Passive Übergänge oder „Diktatur ohne Hegemonie"

Gramsci unterläßt es nicht, verschiedentlich darauf hinzuweisen, daß das Risorgimento als „Modell" der Herausbildung eines einheitlichen Nationalstaates ein passiver Übergang sei, der gleichzeitig in widersprüchlicher Form Elemente der (bürgerlichen) „Revolution" und Elemente der „Restauration" (Kompromisse mit den ehemals herrschenden Schichten, keine revolutionäre Volksbewegung) enthält. Der Widerspruch in dieser Formel *Revolution/Restauration* (einer Formel, die Quinet entliehen ist) berücksichtigt die Rolle der Massen im Übergang, ihre Beziehungen zu den Machtformen, die an die Stelle der alten treten: *Form* und *Inhalte* der Politik. In dem Maße, wie sich die revolutionäre Erneuerung und der Fortschritt „ohne Volksinitiative" und ohne aktives hegemoniales Eingreifen der Massen, ja selbst gegen bestimmte Formen sporadischer Aufstände vollziehen, kann man von einem *passiven* und konservativen historischen Prozeß sprechen. Aber es handelt sich dennoch um eine wenn auch verwässerte *Revolution*, und als solche nimmt sie nichtsdestotrotz „einen gewissen Teil an Volksforderungen" in sich auf; Gramsci bezeichnet sie in einer zweiten Fassung dieses Fragments als „Forderungen der Basis". (23)

Die Revolution ist passiv, wenn der Staat an die Stelle einer führenden Klasse tritt, wenn die *Herrschaft* (Zwang) gegenüber dem *Führungsmoment* (Hegemonie als Organisation der Konsensbildung) überwiegt. Dies ist der Fall im Risorgimento: „Der piemontesische Staat wird zum *realen Motor* der Einheit nach '48". (24) Im Unterschied zu den französischen Jakobinern „fassen die italienischen Liberalen von nun an die Einheit als *Erweiterung*

23 Q. II, S. 1325.
24 Q. II, S. 747.

des piemontesischen *Staates* und des Erbes der Dynastie auf, nicht als *nationale Bewegung* von unten, sondern als königliche Eroberung." (25) Ausdrücklicher noch ist eine spätere Fassung von '33: „Die Funktion Piemonts im Risorgimento ist diejenige einer ‚führenden Klasse' ". (26)

Wenn man diese Stellen näher betrachtet, kann man feststellen, daß das Verhältnis zwischen dem staatlichen Element der Herrschaft und dem Element der Konsensbildung, welches die Hegemonie kennzeichnet, abhängig ist von den Beziehungen zwischen führender Klasse und Staat im Übergang, folglich vom Massencharakter (oder Nicht-Massencharakter) dieses Prozesses. Jede revolutionäre Bewegung „von oben" erzeugt eine bestimmte Priorität des Herrschaftselements, eine nationale Bewegung „von unten", ein weit größeres Gewicht der Hegemonie. Mehr noch: Gramsci bezieht sich hier auf die Rolle der „Erweiterung des Staates" bei einem historischen Übergang. Es geht hier keineswegs um einen besonderen Fall des Übergangs (hier der italienische Weg zum Kapitalismus), sondern um eine historische Tendenz in der Entwicklung der Bourgeoisie. In der Tat unterhält die Bourgeoisie im Unterschied zu anderen Klassen früherer Produktionsweisen, aber auch im Unterschied zur Autonomisierungsweise der Arbeiterklasse, eine besondere Beziehung zum Staat, eine Beziehung der Ausweitung der Hegemonie im Gesamtzusammenhang der Gesellschaft und bei der Selbstkonstituierung als Klasse: „Die von der bürgerlichen Klasse erwirkte Revolution in der Rechts- und Staatsauffassung beruht insbesondere auf dem Willen zum Konformismus (d. h. der ethischen Bestimmung von Recht und Staat). Die vorhergehenden herrschenden Klassen waren ihrem Wesen nach in dem Sinne konservativ, daß sie keinen organischen Übergang der anderen Klassen zu der ihren herzustellen versuchten, d. h. ihren Klassenbereich „technisch" und ideologisch zu *erweitern:* die Konzeption der geschlossenen Kaste. Die bürgerliche Klasse setzt sich selbst als einen Organismus in ständiger Bewegung, fähig, die ganze Gesellschaft aufzusaugen, indem jene diese ihrem kulturellem und ökonomischen Niveau anpaßt: die ganze Funktion des Staates ist verändert; der Staat wird ‚Erzieher' ..." (27)

Eine derartige *Erweiterung* des Staates beim Übergang setzt ein gewisses historisches Vermögen voraus, alle gesellschaftlichen Ebenen durch die Schaffung einer universalistischen Zielvorstellung in sich aufzunehmen und einander anzugleichen. Es gibt keinen Staat ohne Konsensbildung, ohne Errichtung von *Hegemonie-Apparaten*, ohne Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse zwischen der ökonomischen, der bürgerlichen und der politischen Gesellschaft. Im Gegensatz zu einer engen Staatsauffassung „ist festzuhalten, daß der allgemeine Begriff des Staates Elemente enthält, die auf den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft zu beziehen sind (man könnte in dem Sinn sagen, daß der Staat = politische Gesellschaft + bürgerliche Gesellschaft, d. h. Hegemonie gepanzert mit Zwang)." (28) Demgemäß ist die Kritik Gramscis an jeder instrumentellen Staatsauffassung zu verstehen, die diesen reduziert: sei es auf die Regierungsfunktion (entsprechend der liberalen Tradition der Sozialdemokraten), sei es nur auf einen monolithischen Unterdrückungsapparat, der frei ist von jedem sozialpolitischen Widerspruch (entsprechend der gesamten ökonomistisch-maximalistischen Tradition, die übrigens durch den

25 Ebenda.
26 Q. III, S. 1822.
27 Q. II, S. 937.
28 Q. II, S. 764.

Stalinismus wieder aufgenommen wurde). In diesem Sinne bricht Gramsci, wie ich an anderer Stelle ausführlich dargelegt habe (29), mit dem instrumentalistischen Zugang der II. Internationale und bestimmten Strömungen der III. zugunsten einer neuen Staatsauffassung, die sich nicht nur als eine bloße „Ergänzung" der Marxschen und Leninschen Theorie der Diktatur des Proletariats versteht. Denn die Problematik des erweiterten Staates ermöglicht eine *kritische Neuformulierung der Übergangsproblematik.* Ich verstehe darunter, daß der Begriff des erweiterten Staates, „des integralen Staates", — worauf Gramsci übrigens unter Bezug auf das Risorgimento hinweist — inhaltlos bleibt, wenn man nicht zwei radikal entgegengesetzte Formtypen der Staatserweiterung und des Übergangs unterscheidet.

1) Die Erweiterung des Staates kann sich an der *Basis*, in Formen der Basisdemokratie verankern, die auf der demokratischen Kreativität der Massen, auf der Erweiterung ihrer Hegemonie beruhen. Bei einer derartigen Sichtweise strebt das Moment der Hegemonie ein Übergewicht über das staatliche Moment der Herrschaft an, das als solches nie fehlt. Die Erweiterung des Staates in diesem Sinne hat also nichts mit der Stalinschen Theorie und Praxis, der Stärkung des Staates als Form der Absorption der bürgerlichen Gesellschaft, der Verringerung und Unterdrückung ihrer Widersprüche, und als Reproduktion des Dualismus von Regierenden und Regierten zu tun, wie er jedem Staat eigen ist. Im Gegensatz dazu ist die Erweiterung des Staates die Voraussetzung für eine „Vergesellschaftung der Politik" und eine Neubewertung des gesellschaftlichen und des hegemonialen Kampfes im Übergang, wie es der Zielvorstellung eines späteren Absterbens des Staates entspricht.

2) Im Gegensatz dazu geht mit der passiven Revolution eine Art „*Verstaatlichung*" des Übergangs einher, welche jede Masseninitiative an der Basis zerschlägt und jede Veränderung der Beziehung zwischen Regierenden und Regierten im Inneren der Überbauformen und der Institutionen verhindert. Wenn das Herrschaftsmoment gegenüber dem Führungsmoment überwiegt, wenn die führende Klasse ihre eigene expansive Massenbasis verliert, wenn der Staat als Motor der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung an die Stelle der Klasse tritt, dann ist unweigerlich ein Zustand erreicht, den Gramsci eine *Diktatur ohne Hegemonie* nennt. Die Apparate der Hegemonie werden dann zu „ideologischen Staatsapparaten", einschließlich der Parteien und Gewerkschaften, wie es für die stalinistische oder neostalinistische Konzeption der „Transmissionsriemen" kennzeichnend ist.

Jenseits der konkreten Analysen liegt die Bedeutung des Risorgimento darin: die beiden Übergangstypen voneinander zu unterscheiden, indem die Ursachen und Wirkungen der passiven Revolutionen sichtbar gemacht und *bestimmte* Instrumente einer politischen Theorie des Übergangs herausgearbeitet werden. Man wird mir vorhalten, daß ich damit über den wörtlichen Text von Gramsci hinausgehe. Das ist aber nicht der Fall, denn Gramsci selbst verallgemeinert seine eigenen Ausführungen in *folgenden Fragen:*

1) Entspricht nicht die Rolle des Staates im Risorgimento der einer Partei? „ ‚Piemont' hat deswegen eine Funktion, die in bestimmten Aspekten mit der einer Partei verglichen werden kann, und zwar mit der Führungsmannschaft einer gesellschaftlichen Gruppe, (man spricht tatsächlich von der ‚piemontesischen Partei')." (30)

2) Gibt es nicht im Falle Piemonts eine methodologische und theoreti-

29 In: Gramsci e lo Stato (Riuniti). Lo Stato come problema teorico.
30 Q. III, S. 1822.

sche Erkenntnis von allgemeinerer Bedeutung, die eine neue Interpretation der Forschungsgrundlagen, wie sie von Marx in der „Einleitung" dargelegt wurden, möglich macht? „Es ist wichtig, die *Bedeutung der Funktion, die der Typ ‚Piemont' in den passiven Revolutionen innehat, eingehender zu untersuchen,* und zwar die Tatsache, daß ein Staat bei der Führung des Kampfes um die Erneuerung an die Stelle lokaler gesellschaftlicher Gruppen tritt. Es handelt sich dabei um einen Fall, bei dem in diesen Gruppen die ‚Herrschafts'-Funktion und nicht die ‚Führungs'-Funktion vorliegt: Diktatur ohne Hegemonie." (31)

Es ist also offensichtlich: „Piemont" ist nur ein besonderer Fall unter den passiven Revolutionen. Und es scheint wichtig zu sein, diesen Fall genauer zu analysieren, um andere historische Prozesse und selbst, wie wir noch sehen werden, andere Formen von passiver Revolution zu verstehen. Worin besteht nun ihr exemplarischer Charakter? Welche Ursachen und Wirkungen hat sie? Welche Schlußfolgerungen lassen sich daraus ziehen?

Wenn die Bourgeoisie Italiens als Klasse unfähig war, in einem radikalen bürgerlich-demokratischen Prozeß die Führung zu übernehmen, so vor allem wegen einer gewissen Umkehrung der Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik beim Übergang. Die spezifische Wirkung der Überbauformen hängt in hohem Maße vom Grad der vorherigen ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung ab. Denn in Italien „existierte keine gefestigte und verankerte *ökonomische* Bourgeois-Klasse." (32)

Im Gegensatz zu den Prinzipien, wie sie von Marx in der „Einleitung" umrissen wurden, bemerkt Gramsci: „Das Problem war nicht so sehr, die bereits entfalteten ökonomischen Kräfte freizusetzen, als vielmehr die allgemeinen Bedingungen herzustellen, damit diese ökonomischen Kräfte entstehen konnten." (33) Eine recht eigenartige Situation der Umkehrung der Marxschen Prinzipien des Übergangs also: Der Staat stützt sich nicht etwa auf eine entwickelte ökonomische und bürgerliche Gesellschaft, vielmehr muß er mit seinem eigenen Apparat die Bedingungen seiner Entwicklung herstellen. In einer solchen Situation — in genau derselben sollte sich die UdSSR nach dem Bürgerkrieg befinden — ist die Autonomie der Klasse gegenüber dem Staat, ihre *Hegemonie* beeinträchtigt. Denn wenn der Staat ein Partisanen-Staat (und gar ein Partei-Staat) ist, schränkt das die Hegemonie nicht nur an der Massenbasis ein, sondern ebenso im Innern der Klasse selbst. „Es wird die Hegemonie *eines Teils* der gesellschaftlichen Gruppe gegenüber der gesamten Gruppe, ... und nicht die Hegemonie dieser Gruppe gegenüber anderen gesellschaftlichen Kräften zur Stärkung der Bewegung sein." (34) Dieser Hegemonieverlust, der bei den passiven und staatlich getragenen Übergängen auftritt, bringt unausweichlich gesellschaftliche Reproduktionsmechanismen elitär-bürokratischer Natur, Formen des „bürokratischen Zentralismus" hervor. „In den Staaten zeigt der bürokratische Zentralismus an, daß sich eine stark privilegierte Gruppe herausgebildet hat, die ihre Privilegien zu bewahren versucht, indem sie das Aufkommen entgegenwirkender Kräfte an der Basis auffängt und *im Keim erstickt.*" (35)

31 Q. III, S. 1823.
32 Q. II, S. 747.
33 Ebenda.
34 Q. III, S. 1823.
35 Gramsci erklärt den bürokratischen Zentralismus durch das Fehlen von Initiativen an der Basis und in Verbindung mit dem primitiven Charakter der Politik. Heranzuziehen wären andere Textstellen über die Polizeifunktionen und über die Bürokratie in den politischen Parteien. Q. III., S. 1634.
36 Q. III, S. 1615. Es erübrigt sich, auf diese immer wieder zitierten Fragmente zurückzukommen.

Aus dieser Überlegung zu den passiven, staatlich getragenen Übergängen zieht Gramsci zwei Schlußfolgerungen:

1) Wenn man nicht will, daß der Staat an die Stelle der Klasse tritt, dann muß diese Klasse sich die (ideologische, kulturelle und politische) Hegemonie *vor* und *nach* der Machtübernahme erobern. Dies setzt die Existenz institutioneller Formen voraus, die keinen „verstaatlichten" Charakter tragen, sondern die Basisdynamik und Mechanismen der „Vergesellschaftung der Politik" zulassen.

2) Diese neue Dialektik von Hegemonie und Herrschaft macht hinsichtlich der Übergangsprozesse ebenfalls die Besonderheit des Übergangs im Westen deutlich. Der Unterschied zwischen dem Bewegungskrieg im Osten und dem Stellungskrieg im Westen verweist auf die Art der *Gewichtung* im Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Momenten des gesellschaftlichen Ganzen. Im Unterschied zum Osten, wo der Staat alles und die bürgerliche Gesellschaft wenig entwickelt und gallertartig war, ist die bürgerliche Gesellschaft bei fortgeschrittenen Staaten „eine hochentwickelte Struktur geworden, die gegenüber katastrophenhaften ‚Einbrüchen' des unmittelbaren ökonomischen Elements (Krisen, Depressionen) widerstandsfähig ist." (36)

Diese und andere, ebenso bekannte Hinweise bezeichnen zwar eine für den Westen spezifische revolutionäre Strategie, doch bleibt auf jeden Fall noch ihr Wesen genauer zu bestimmen. Es trifft eigentlich nicht zu — wie oft angenommen wurde —, daß das hegemoniale Element (Stellungskrieg) gegenüber dem der Herrschaft (Bewegungskrieg) dermaßen überwiegt, daß es im Denken Gramscis über den Staat keinerlei Zwangselement, keinerlei Einschränkung durch die Ausübung von Herrschaft gebe. Ebensowenig trifft es zu, daß der Vorrang des Stellungskrieges jegliches Moment des Bruchs, der Bewegung ausschaltet, gerade weil Gramsci viel daran liegt klarzustellen, daß der strategische Vorrang des Stellungskrieges taktische Elemente des Bewegungskrieges und des Bruchs mit dem herrschenden gesellschaftlich-politischen Gleichgewicht einschließt; in diesem Sinne gibt es niemals einen reinen „Stellungskrieg". Die Dissymmetrie im Bewußtsein über historische Aufgaben (und somit über Strategien) sowie die den jeweiligen Verhältnissen entsprechende Gewichtung von Bewegungskrieg und Stellungskrieg beim Übergang sind von allgemeiner Bedeutung und stellen schon annähernd ein „Prinzip der Politischen Wissenschaft" dar. Aus diesem Grunde verlangt das Bestehen eines „richtigen Verhältnisses" zwischen bürgerlicher und politischer Gesellschaft im Westen mannigfaltige Formen der Politik, eine neue Abgrenzung des politischen Raums für alle beteiligten Klassen. Damit will ich nur sagen, daß auch die herrschenden Klassen in der Lage sind, einen „Stellungskrieg" zu führen. In diesem Sinne ist die Theorie der passiven Revolution als kritische Ergänzung zur Marxschen Problematik des Übergangs nicht auf die „passiven Übergänge" begrenzt: Sie erfaßt auch die Weisen der *passiven Neustrukturierung* des Kapitalismus selbst.

3. Über die passiven Revolutionen der herrschenden Klassen: der Stellungskrieg

Wenn die „passiven Übergänge", strukturell gesehen, das spezifische Ge-

wicht der Verlagerungsprozesse von der Hegemonie hin zur Herrschaft, zur Bürokratisierung und „Verstaatlichung" aufzeigen, sollte daraus nicht der Schluß gezogen werden, die Theorie der passiven Revolution beziehe sich ausschließlich auf den Überbau und gebe einer Art reformistischen Dualismus von Basis und Staat, Produktion und Politik Raum. Davon kann keine Rede sein. Die Neufassung des sozialistischen Übergangs in Begriffen des historischen Blocks beabsichtigt genau das Gegenteil. Nicht nur weil Gramsci die Entstehung eines historischen Blocks als verwirklichte Einheit von Basis und Überbau, von objektiven und subjektiven Bedingungen definiert, sondern weil er die *Bedingungen* dieser Einheit benennt; Bedingungen, die die beiden Prinzipien des Übergangs, wie Marx sie dargelegt hat, vollauf rechtfertigen.

Die erste Bedingungen ist bekannt. Im Unterschied zu einem einfachen Bündnis von Klassen und gesellschaftlichen Kräften beinhaltet die Gestaltung eines historischen Blocks eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Rollen innerhalb des Bündnisses und eine Umwandlung der Macht- und Politikformen: also des dialektischen und organischen Verhältnisses zwischen Intellektuellen und Volk, Führern und Geführten, Regierenden und Regierten, alles Verhältnisse, die eine Kultur-Revolution als Dimension einer neuen staatlichen Praxis, eines neuen Staatstyps erfordern. (37) Aber die *expansive* Einheit des „historischen Blocks" unterscheidet sich ebenso von jeder bürokratischen Organisation eines bloßen „Machtblocks", der das Herrschaftsmoment bevorzugt und ein (bestenfalls) passives (schlimmstenfalls administrativ-repressives) Verhältnis der Massen zu den Institutionen entstehen läßt. Der historische Block ist das Gegenteil der passiven Revolution und macht eine zweite Bedingung erforderlich. Gramsci bezeichnet sie als „Homogenität" zwischen Basis und Überbau, was gleichbedeutend ist mit der Überwindung der rein „ökonomisch-korporativen" Funktion des Staates (als Agent der Ökonomie).

Die Strategie des historischen Blocks als Neufassung des Übergangs umschreibt mithin im Positiven, was die passive Revolution im Negativen umreißt. So als ob das Gegensatzpaar (Binom) historischer Block/passive Revolution die beiden Grenzbereiche, die beiden kritischen Schlußfolgerungen aus den von Marx benannten Prinzipien des Übergangs definierte, so daß die ökonomistisch-mechanistische Auffassung des Übergangs überwunden wird. In diesem Fall kann man ohne weiteres annehmen, daß die Kritik am Ökonomismus weder etwas zu tun hat mit einer voluntaristischen Aushöhlung der Ökonomie noch mit einer ethisch-politisch totalisierenden Vereinnahmung der Geschichte à la Croce. Sie umreißt vielmehr eine nicht-ökonomistische Auffassung der Ökonomie, eine den Prozessen des passiven Übergangs angemessene Neuinterpretation; Prozesse, die als Gegenangriff des Kapitals von der kapitalistischen Arbeitsorganisation und den neuen Verhältnissen zwischen Ökonomie und Politik, Massen und Staat, ausgehen, wie dies in den dreißiger Jahren der Fall war.

Daß der Faschismus im 20. Jahrhundert das historische Gegenstück zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts darstellt, daß er *eine neue Form* der passiven Revolution sein soll, „ein Stellungskrieg im ökonomischen Bereich" (38),

37 Über das Verhältnis von kultureller Revolution und historischem Block vgl. Q. I., S. 451. Ich führe diesen Punkt, der übrigens in der Bucharin-Kritik dargelegt wird, nicht aus und halte für geklärt, daß für jede „anti-passive" Revolution die kulturelle Revolution als Veränderung der Beziehungen zwischen Führern und Geführten, von Regierenden und Regierten, von Intellektuellen und Volk, und als Veränderung der Sitten, Gewohnheiten und Normen: der „Lebensweise", notwendig ist.

38 Q.II, S. 1228.

ist überhaupt nicht einsichtig. Es scheint also, daß Gramsci selbst lange Zeit den Beziehungen zwischen Cäsarismus und Faschismus Vorrang gegeben hat, um die Krise der Faschisierung (der Hegemonie) und ihre Folgen besser in den Griff zu bekommen, die mit einem Katastrophen-Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte verbunden war: der totalitäre Staat. Demnach beruht die Faschismusanalyse ab *Heft 8 (1931-32)* auf zwei grundlegenden Begriffen: passive Revolution und Stellungskrieg. (39) Der Begriff der passiven Revolution selbst wird von nun an einer Modifikation unterzogen und kennzeichnet nun eine Tendenz, die dem amerikanischen Typ kapitalistischer Entwicklung immanent ist. Wenn der Stellungskrieg eine neue offensive Strategie der Arbeiterklasse im Westen bedeutet, die imstande ist, den komplexen Prozessen des staatlichen Eindringens in die Ökonomie und die „Hegemonie-Apparate" Rechnung zu tragen, so daß die Eroberung der bürgerlichen Gesellschaft das Vorspiel zur Eroberung des Staates wird, dann müssen alle Schlußfolgerungen daraus hinsichtlich der Strategie der herrschenden Klassen im voraus gezogen werden. Die Gegentendenzen des Kapitalismus, seine passiven Revolutionen, zeichnen sich *von* der Ökonomie *her* und *in* ihr, *von* den Hegemonieapparaten *her* und *in* ihnen ab.

Während alle politikwissenschaftlichen Ansätze den Faschismus hauptsächlich unter seinem totalitären Aspekt, von seinen ideologisch-repressiven oder staatlichen Mechanismen her betrachten, entwickelt Gramsci, der diese Ansätze keineswegs ausschließt, einen anderen Untersuchungsgang, der im Kern schon in der Räte-Strategie von 1919-20 angelegt war und der auf den Verhältnissen zwischen der Reorganisation der Produktivkräfte und den Formen der Politik beruht. Verbirgt der Faschismus als totalitärer Staat nicht eine neue Form des Reformismus, die mit dem Staatskapitalismus verknüpft ist? Der Stellungskrieg im ökonomischen Bereich geht von der kapitalistischen Reorganisierung der Produktivkräfte aus und stützt sich auf die Einführung widersprüchlicher Elemente mittelfristiger Planung: „Wäre dann der Faschismus nicht genau die Form ‚passiver Revolution', wie sie dem 20. Jahrhundert eigen ist? ... Man könnte es so fassen: Die passive Revolution würde sich verwirklichen in der Tatsache der ‚reformistischen' Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur, von einer individualistischen Wirtschaft zu einer nach Plan (direkte Wirtschaft)". (40) Diese Entstehung einer „mittleren Wirtschaftsform" „*passiven Charakters*" (die Gramsci auf den Korporativismus zurückführt), bringt in der Tat eine neue Rolle des Staates in der Ökonomie mit sich. Die zweite Fassung derselben Stelle ist diesbezüglich noch deutlicher: „Eine passive Revolution läge dann vor, wenn durch den *gesetzgeberischen Eingriff des Staates* und über die korporative Organisation in der Wirtschaft des Landes in verstärktem Maße das Element „Produktionsplan" mehr oder weniger weitgehend eingeführt worden wäre." (41)

Gewiß erfahren Profit und Führungskraft der traditionellen, herrschenden und führenden Klassen keine Veränderung, weil die „Revolution" passiv bleibt und die Produktivkräfte sich unter ihrer Leitung weiterentwickeln. Doch gewisse Bündnisformen können dadurch betroffen werden, weil die

39 Q.II, S. 1089. Die Annäherung zwischen Faschismus und passiver Revolution vollzieht sich in einer Kritik an der kulturphilosophischen Auffassung Croces. der in Italien der ideologische Vertreter der passiven Revolution ist. Was Frankreich betrifft, bezieht sich Gramsci hauptsächlich auf Proudhon.

40 Q. II, S. 1089.

41 Q. II, S. 122.

passive Revolution bei bestimmten Gruppen, insbesondere „bei der großen Masse der städtischen und ländlichen Kleinbürger" (42) Illusionen und Hoffnungen erzeugt. Deshalb ist diese Art von „Reformismus" nicht einfach das Resultat einer Politik, sondern eher, wie dies der Amerikanismus und Fordismus zeigen, das Resultat „einer immanenten Notwendigkeit, zur Organisation einer ‚programmatischen Wirtschaft' zu gelangen"; darüber hinaus ist er Ausdruck dieses „neuen Akkumulations- und Distributionsmechanismus des Finanzkapitals, das sich unmittelbar auf die Industrieproduktion stützt." (43)

Im Gegensatz zu den Katastrophen-Analysen der III. Internationale über den entwickelten Kapitalismus und „seine Wende" in den Jahren 1929-30 räumt Gramsci die Möglichkeit einer kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte *in bestimmten Bereichen* ein, sofern sie sich sowohl ökonomisch als auch ideologisch und moralisch (durch die Verstärkung des moralischen Zwangs, den der Staatsapparat ausübt) auf den Staat stützen. In diesem Sinne wird der Staat selbst „der größte plutokratische Organismus, eine Holding der großen Ersparnisse der Kleinindustrie." (44) Von nun an ist das Gleichgewicht zwischen Konsens und Zwang, wie es der politischen Hegemonie des klassischen Parlamentarismus eigen ist, in seinen Institutionen und seiner Massenbasis zerstört. Gewiß bleibt Gramsci bei seiner Kritik am „bürgerlichen" Parlamentarismus noch auf dem Boden des Leninismus. (Die bitteren Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes und des Stalinismus mußten erst noch gemacht werden, bevor das Verhältnis zwischen repräsentativer Demokratie und Sozialismus sich von Grund auf neu stellte und die Demokratie zum Dreh- und Angelpunkt einer Übergangsstrategie wurde.) Nicht weniger besteht Gramsci auf der Besonderheit und Vielfalt der Staats- und Hegemonieformen, indem er die Dialektik von bürgerlicher Gesellschaft und Staat zum bestimmenden Element dieser Formen und der Problematik des „Absterbens" des Staates macht. Die Verlagerung der bürgerlichen Gesellschaft hin zum Staat, wie sie den ‚totalen' (totalitären) Staat kennzeichnet, wird vom Eindringen des Staates in die Ökonomie und in die Massen-Institutionen begleitet. Im Gegensatz zu dieser Stärkung des Staates verlangt das Absterben des Staates im Kommunismus eine Ausweitung der bürgerlichen Gesellschaft und ihre Selbstregulierung auf Kosten der politischen Gesellschaft. Das heißt, daß die Dialektik von bürgerlicher Gesellschaft und Staat keineswegs einen Rückfall auf neocroceanisch-hegelianische Positionen gegenüber der marxistischen Analyse der Produktionsweise bedeutet, wie dies Althusser annahm; das Gegenteil ist der Fall. Zum einen, weil diese Dialektik das politische Denken von Marx einschließt: seine Kritik an den abergläubischen Vorstellungen über den Staat, am verselbständigten und zentralistischen Staat, der alle gesellschaftlichen Kräfte durch eine ungeheure bürokratische und parasitäre Maschinerie aufsaugt. Vor allem aber, weil eine solche Dialektik einen anti-ökonomistischen Zugang zur Ökonomie selbst zuläßt, mithin eine Neubewertung des Gesellschaftlichen in seinen Bezügen zum Politischen sowie eine Analyse der Formen der Politik, die gewisse Instrumente für eine „linke" Kritik am Stalinismus als „passiver Revolution" bietet.

Im Unterschied zum „klassischen" parlamentarischen Staat, der der bürgerlichen Gesellschaft (gleichgewichtig) eine relative Unabhängigkeit be-

42 Ebenda.
43 Fehlt.
44 Q. III, S. 2177.

wahrt, bewirken die Veränderungen des Staates nach den Jahren 1930 eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik, ein *nicht-instrumentelles Verhältnis* zwischen beiden. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Produktionsverhältnisse haben nicht nur die Stützfunktion für einen außerhalb von ihnen hervorgebrachten Staat inne, sondern auch die Rolle von „Kasematten", der „organisatorischen Reserven" für einen Mechanismus der Hervorbringung des Staates, der die Massen nicht mehr außerhalb seines Bezugsfeldes stehen lassen kann. Zwischen der Staatsform und dem Akkumulationsgesetz des Kapitals werden die Beziehungen funktionaler und unvermittelter. Kurz, die passive Revolution entsteht aus der Fabrik wie die Hegemonie. Darin besteht wohl die Originalität der Analyse des Taylorismus-Fordismus durch Gramsci: die Gegentendenzen des Kapitals von den Organisationsformen der Arbeit her zu erfassen, den Bereich der Politik, wie er in der Strategie der Fabrikräte angelegt war, im Licht der neuen Entwicklungen des Kapitalismus, also die Politikformen in ihrem Verhältnis zu den Produktivkräften von neuem zu erforschen.

Die „passive Revolution" im amerikanischen Sinne vollzieht sich auf dem Wege der periodischen Zufriedenstellung der Lohnabhängigen (Politik hoher Löhne), durch die Entwicklung interner Differenzierungspraktiken in der Arbeiterklasse, durch die Herausbildung eines neuen aufgesplitterten, parzellierten und auswechselbaren Proletariats. Die Entwicklung der Produktivkräfte und ihre „Rationalisierung" findet unter Führung der herrschenden Klassen statt, die über das Monopol zur Initiative verfügen, während es keine bewußte und unabhängige Führung der Arbeiterklasse gibt. Wie N. Badaloni zu Recht hervorgehoben hat: „Die passive Revolution ist eine Situation, die durch das Fehlen des einigenden Elements des Politischen im Zusammenhang mit den neuen Produktivkräften bedingt ist." (45) Es ist deshalb nicht zufällig, daß Gramsci angesichts dieser verfehlten Vergesellschaftung der Politik in den „Heften" auf die Erfahrungen des *Ordine Nuovo* zurückgreift, das „eine Form von Amerikanismus aufrechterhielt, die den Arbeitermassen genehm war." (46) Die Hegemonie entsteht also mit der Kontrolle und meisterlichen Beherrschung des Arbeitsprozesses, mit politischen Basisformen (Räteformen), wodurch die *Einheit* der Arbeiterklasse als „Produzenten"-Klasse realisierbar wird.

In Anbetracht der neuen Formen der Kontrolle über die Massen, wie sie der Amerikanismus von der Fabrik her entwickelt und der Faschismus (Staatsgewerkschaft, Korporativismus) auf die Spitze getrieben hat, bezieht sich Gramsci stärker auf die Erfahrung des *Ordine Nuovo* als Form einer passiven Anti-Revolution denn als Basis eines Rätestaates mit pyramidenartigem und zentralisiertem Aufbau, wie in den Jahren 1919-20. Denn ein solcher Staat, der sich auf eine doppelte Machtstruktur stützt, ist genauer besehen das Ergebnis eines Bewegungskrieges, eines „frontalen Angriffs", der im Westen sehr unwahrscheinlich, ja geradezu unmöglich ist. Durch eine sonderbare theoretische Verschiebung verweist das Gegensatzpaar passive Revolution/passive Anti-Revolution (Taylorismus-Fordismus/Fabrikräte) nun auf einen *direkten* Bezug zu Marx, wenn auch die leninistische Vermittlung hinsichtlich des Staat-Werdens der Arbeiterklasse gegenwärtig bleibt. Der direkte Bezug zu Marx liegt insofern vor, als die passive Revolution diejenige *kritische Folgerung* darstellt, die es, ausgehend von einer Art Expansionsvermögen der

45 Badaloni: Il marxismo de Gramsci (Einaudi), S. 152.
46 Q. III, S. 2146.

Politik an „der Basis" (47), ermöglicht, die Kritik der politischen Ökonomie auf neue Weise mit der Revolutionstheorie zu verbinden. In der Tat stellt die Entwicklung des Taylorismus/Fordismus und, allgemeiner betrachtet, des Amerikanismus eine kapitalistische Antwort auf das Gesetz des Falls der Profitrate dar, welches Marx entdeckt hat. Mehr noch, dieses Gesetz „müßte auf der Grundlage des Taylorismus und des Fordismus untersucht werden". (48) Im Gegensatz zu allen ökonomistischen Interpretationen dieses Gesetzes, welches die Entwicklung und Reorganisierung der *materiellen* Produktivkräfte bevorzugt, hebt Gramsci neben all diesen Faktoren die entscheidende Rolle der „Herausbildung eines neuen Arbeitertyps" hervor, der „durch die taylorisierte Rationalisierung der Bewegungen eine relativ und absolut größere Produktion ermöglicht." (49) Der Typus der Arbeiterklasse und die Veränderungen in ihr bedingen sowohl in morphologischer als auch in politischer Hinsicht das Wesen des Gesetzes, seinen *tendenziellen* Charakter. Denn es könnte gar kein tendenzielles Gesetz ohne Gegentendenzen existieren, d. h. ohne variable Politik, ohne Einführung neuer Kräfteverhältnisse in die Ökonomie. „Denn das Gesetz ist der widersprüchliche Aspekt zu einem anderen Gesetz, dem Gesetz des relativen Mehrwerts, welches die molekulare Expansion des Fabriksystems bestimmt." (50)

Die passive Revolution als Prozeß der kapitalistischen Rationalisierung der Arbeit bleibt langfristig widersprüchlich, weil sie ihr Gegenteil hervorbringt: die molekulare Expansion des Fabriksystems. Hinzu kommt, daß die politische Strategie des Stellungskrieges den Auswirkungen dieser Rationalisierung entgegenarbeitet und der Vermassung und Spaltung der Arbeiterklasse ihre Vereinigung an der Basis gegenüberstellt, entsprechend Marxens Idee vom „kollektiven Arbeiter".

Indem Gramsci die Rätebewegung ausdrücklich mit Marxens theoretischer Kategorie des „kollektiven Arbeiters" in Verbindung bringt, versucht er, ein neues Verhältnis zwischen Ökonomie und Hegemonie zu definieren und die Hegemonie als kritisches Prinzip gegenüber allen ökonomistischen Interpretationen des *Kapitals* zu begreifen. Wenn es zutrifft, daß die passive Revolution dazu neigt, die technischen Anforderungen mit den Interessen der herrschenden Klasse zu verbinden, vermag die Hegemonie mit ihren politischen Basisformen eine „Spaltung" zu bewirken, indem sie die Bedingungen für eine neue historische Synthese herstellt und die technischen Anforderungen mit den Interessen einer noch untergeordneten Klasse in Einklang bringt. Die passive Anti-Revolution setzt sich in der Herausbildung eines neuen Bewußtseins der Produzenten durch (51): als „Vergesellschaftung der Politik".

Wir wollen diesen Punkt vorläufig abschließen. Die Berücksichtigung der *politischen Form* ermöglicht die Vereinigung der parzellierten und „ra-

47 Was diese unmittelbaren Beziehungen zwischen Gramsci und Marx sowie die Neuinterpretationen der Hegemonie ausgehend vom ‚Kapital' betrifft, empfehle ich die Lektüre von B. de Giovanni: La teoria politica delle classi nel Capitale.

48 Q. II, S. 1312.

49 Ebenda.

50 Von daher der politische Charakter der Krise und ihre Morphologie bei Gramsci. „Die Morphologie der Krise ist *politisch*, weil das Politische den Prozeß des Widerspruchs darstellt, durch den die organisierte Arbeit ..." grundlegend Positionen „in der Leitung der Ökonomie verändern kann." (de Giovanni, S. 303).

51 Q. II., S. 1138. Über die Aktualität dieser Problemstellung bei Gramsci vgl. Bruno Trantin: Da sfruttati a produttori.

tionalisierten" Arbeiterklasse, die ständig den Auswirkungen der passiven Revolutionen des „Kapitals" unterworfen ist, und verankert dadurch die Hegemonie in der Ökonomie, denn „wenn die Hegemonie ethisch-politisch ist, so muß sie auch ökonomisch sein." (52) Man sollte jedoch nicht glauben, daß dieser Standpunkt sich nur auf den Kapitalismus bezieht. Von ihm aus lassen sich ebenso die Widersprüche und „Abweichungen" des Sozialismus angehen. Als Gramsci 1921 den Amerikanismus Trotzkis bzw. seine Vorstellung kommentierte, „der Industrie und industriellen Methoden den Vorrang zu geben, die Disziplin und Ordnung in der Produktion durch Zwangsmittel zu beschleunigen" (Vorstellungen, die Stalin in die Tat umgesetzt hat), bemerkt er, daß eine solche Form amerikanistisch-militärischer Entwicklung Gefahr laufe, zu einem neuen Bonapartismus zu führen (53); d. h. zu einem Cäsarismus, der die passive Revolution in den Überbaustrukturen (der Staat setzt sich an die Stelle der Klasse) mit dem Amerikanismus in der Arbeitsteilung kombinieren würde. Bei dieser sonderbaren Kombination verliert die Arbeiterklasse in doppelter Hinsicht ihre *expansive* Hegemonie. Resultat: Es fehlt ein wirklicher historischer Block des Sozialismus. Diese Behauptung verkehrt sich leicht in ihr Gegenteil, denn in welchem Sinne ist der historische Block als Neuformulierung der Übergangsproblematik eine passive Anti-Revolution?

III. Schluß: Der Übergang als passive Anti-Revolution

Die vorangegangenen Untersuchungen der passiven Revolution und die darin aufgeworfenen Probleme erlauben es jetzt, zu einer Anzahl von Thesen und Schlußfolgerungen zu gelangen, die der weiteren Diskussion dienlich sein können.

Die spezifischen Probleme der revolutionären Strategie im Westen erweisen sich als noch „komplexer", als man am Anfang annehmen konnte. Aus dem Scheitern der proletarischen Revolutionen im Westen ergibt sich für Gramsci eine erste strategische Schlußfolgerung: Es wird notwendig sein, zu einem langwierigen „Stellungskrieg" überzugehen mit dem Ziel, die Gesamtheit der organisatorischen Reserven, die von der Bourgeoisie entwickelt wurden, ihren Staat und ihre Hegemonie-Apparate in Bewegung zu bringen. Aber eine solche Strategie kollidiert andauernd mit einem anderen Stellungskrieg, den unterschiedlichen Formen der passiven Revolution von seiten des Kapitals nämlich, die neuartige Reformismus-Formen hervorbringen. Aus diesem Grunde läßt uns die Wiederaufnahme und Weiterentwicklung des Leninschen Begriffs der Hegemonie einen *neuen Gegenstand* bestimmen. Es handelt sich um die Gesamtheit der Machtstrukturen, wie sie dem Westen eigen sind und in Rußland kaum existieren. Diese Strukturen sind ein Hindernis für jeglichen „Frontalangriff" und jede Wiederholung des „Modells" der Oktoberrevolution. Man sollte daraus nicht den etwas voreiligen Schluß ziehen, dieser Sachverhalt habe reinen Überbaucharakter. (54) Denn aus der passiven Revolution kann man zwei Schlüsse bezüglich der dialektischen Verhältnisse zwischen Ökonomisch-Gesellschaftlichem und Politischem ziehen, die als kritische Folgerungen aus den Prinzipien, wie sie Marx in der *Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie* dargelegt hat, gelten.

52 Q. II, S. 1591.

53 Q. I, S. 489 und Q. III, S. 2164.

54 Q. III, S. 1671.

1) Der Übergang von einer Produktionsweise zu einer anderen bleibt passiv und etatistisch, wenn er ohne Hegemonie auf ökonomischer Ebene stattfindet; ein typischer Fall der Umkehrung der Marxschen Prinzipien, denn der Staat dient als *Instrument* zur Entwicklung der Produktivkräfte. Man kennt den Preis für diese Art von passiver Revolution: eine „forcierte" Akkumulation, von der vor allem die Bauernschaft betroffen ist (man vergleiche diesbezüglich die Anmerkungen Gramscis zur fehlenden Agrarreform im Risorgimento und allgemeiner den Stellenwert der „Süditalien-Frage" bei den passiven Revolutionen); an die Stelle der Klasse tritt ein bürokratisierter Partei-Staat; Verlust der Hegemonie ... Mit anderen Worten: das Fehlen des historischen Blocks des Sozialismus.

2) Umgekehrt lähmt die Verwirklichung einer Hegemonie der führenden Klassen durch eine „ökonomistische" Neustrukturierung der Produktivkräfte die Autonomisierung der Arbeiterklasse, belastet ihre Bündnisse und verändert die Verhältnisse zwischen Ökonomie und Politik: Der Staat wird selbst „ein Instrument der ‚Rationalisierung', der Beschleunigung und Taylorisierung, er wird nach einem Plan tätig". (55) Unter diesen Bedingungen wird die Fabrik selbst Ort der Vereinigung von Gesellschaftlichem und Politischem. Jede Strategie des „Stellungskriegs" verankert sich im „gesamten Organisations- und Industriesystem." (56) Diese beiden kritischen Folgerungen verändern also die Topologie des klassischen Schemas von Basis und Überbau und folglich den Stellenwert der Politik als bestimmendes Element bei der Überwindung einer Produktionsweise. Von dem Zeitpunkt an, wo der Staat in die Ökonomie und in die Hegemonie-Apparate der bürgerlichen Gesellschaft dringt, wirkt der Staat zugleich in der Basis und außerhalb der Basis, die Politik zugleich im Ökonomisch-Gesellschaftlichen und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Indem Gramsci an bestimmte Hinweise des späten Lenin bezüglich der Verlagerung der Orte und Einsätze der Politik im Prozeß des Übergangs anknüpft, entdeckt er eine *gewisse historische Bestimmtheit* (Historizität) des Verhältnisses von Politik- und Theorieformen. „Der ökonomisch-korporativen Phase, der des Kampfes um die Hegemonie in der bürgerlichen Gesellschaft, der staatlichen Phase entsprechen bestimmte intellektuelle Aktivitäten, die nicht willkürlich improvisiert und antizipiert werden können. In der Phase des Kampfes um die Hegemonie bildet sich die Politikwissenschaft heraus, in der staatlichen Phase müssen sich alle Überbaustrukturen entwickeln, bei Strafe der Auflösung des Staates".

Eine derartige Stellung gewinnt ihre ganze Bedeutung erst durch den Bezug auf die Arbeit im Gefängnis selbst. Er konnte weder „willkürlich improvisieren" noch diesen historisch-theoretischen Zeitabschnitt „antizipieren", den er in gewissem Sinne als einen kritischen und utopischen Horizont programmatisch ins Auge faßt: nämlich die Entwicklung aller Überbaustrukturen eines homogenen und expansiven historischen Blocks bis zum Absterben des Staates. Denn er rang zu jener Zeit gerade um den Begriff der Hegemonie, während die passive Revolution im Westen wie im Osten im Vormarsch war. Die Erweiterung der berühmten These von Marx, in der von der Entsprechung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zur Gesamtheit der Verhältnisse von Basis und Überbau die Rede ist, fungiert als eine Art *kritische Norm*, die es möglich macht, die ganze historische Pathologie der passiven Revolutionsprozesse in der italienischen und europäischen Geschichte zu erfassen, insbesondere die bürokratisch-autoritären Deformationen der Übergänge von einer Produktionsweise in die andere. Aus dieser nicht-linearen Entwicklung der Geschichte, die sich auf einen „Pessimismus der Erkenntnis" beruft, um einen „Optimismus des Willens" zu provozieren, zieht Gramsci eine Schlußfolgerung: Man muß mit jeglicher ökonomistischen Auffassung der gesellschaftlichen Realität *brechen*. Dieser Bruch richtet sich gerade auf die Konzeption von Staat und Macht, auf das Übergehen von einer instrumentellen und „engen" Staatsauffassung (als Regierung oder Zwangsapparat) zu einer erweiterten Auffassung des Staates (als Herrschaft plus Hegemonie). Dieser Bruch bleibt jedoch von einer widersprüchlichen Spannung geprägt, weil der Hegemoniebegriff eine doppelte Funktionsweise vermuten läßt.

55 Q. III, S. 1615.
56 Q. II, S. 1493.
57 Fehlt.

In der Tat dient die Hegemonie, wie die jüngsten Debatten gezeigt haben, zugleich als „Staats"-Prinzip und als kritisches anti-staatliches Prinzip. Als Staatsprinzip insofern, als sie jede Analyse berichtigt, die den Staat auf die politische Gesellschaft reduziert, und ihn auf die Gesamtheit der Überbauformen in ihren Beziehungen zur Massenbasis (Hegemonie-Apparate) ausdehnt. Als anti-staatliches Prinzip insofern, als die Hegemonie eine Kritik an der politischen Pathologie (Diktaturen ohne Hegemonie) ermöglicht und auf das hinweist, was an einer Klassenführung und an einem *wirklichen* historischen Block nicht staatlich sein kann und darf. Es gibt Interpretationen, die eine Zerlegung dieser Antinomie zugunsten eines der beiden Prinzipien anstreben: zum einen Hegemonie als bloße Bereicherung der Diktatur; zum anderen, Hegemonie als eine Strategie, die jedes Zwangsmoment des Staates und im Staate auszuräumen versucht. (58) Im Gegensatz dazu scheint diese widersprüchliche Spannung im Hegemoniebegriff eng mit der Auffassung Gramscis, mit seiner Neuinterpretation der Problematik des Übergangs als passive Revolution in Verbindung zu stehen.

Wenn, wie einzelne Textstellen es nahelegen, die Morphologie des Übergangs als eine Politik verstanden werden kann, in der einander *zwei Formen von Stellungskrieg* (und nicht nur eine) gegenüberstehen und wenn diese beiden Kriege zutiefst dissymmetrisch sind, so bleibt zu fragen, ob daraus nicht ein einfacher Schluß zu ziehen ist: Der Hegemoniebegriff selbst weist in dissymmetrischer Weise zwei Gesichter auf, je nach dem ob man ihn unter dem Gesichtspunkt der Strategie der herrschenden Klassen oder unter dem Gesichtspunkt der Strategie der untergeordneten Klassen im Kampf um eine neue Führung der Gesellschaft betrachtet. Für die herrschenden Klassen ist die Erweiterung des Staates immer eine „Stärkung", wenn man berücksichtigt, daß sich diese Stärkung aufgrund der durch die passiven Revolutionen entstandenen Mechanismen vermittels neuer Formen der Massenintegration in die staatlichen und hegemonialen Institutionen vollzieht. Die Präsenz der Massen in den Institutionen, die Tatsache, daß der Staat mehr und mehr ein materielles und (in einem Apparat) materialisiertes Konzentrat der Gesamtheit der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wird, verändern radikal das Verhältnis zwischen Stellungskrieg und Bewegungskrieg.

Die Möglichkeit, unter diesen Bedingungen einen Stellungskrieg zu führen (das Moment des Bruchs gibt es weiterhin, aber es bleibt ‚partiell') verlangt von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten die Fähigkeit, ihre

58 Zur ersten Auffassung vgl. M. Salvadori: Gramsci e il PCI, Mondooperaio, 1976, No. II.

Stellungen zu festigen und eine *Strategie der passiven Anti-Revolution* zu entwickeln. Gramsci beschreibt einige institutionelle Gliederungen dieser Strategie. Zwar wird man in der Analyse Gramscis vergeblich irgendwelchen politischen Pluralismus auf der Ebene des Staates suchen, doch dafür findet man einen *institutionellen Pluralismus*, der der Übergangsproblematik der Erweiterung des Staates entspricht. Neben den basisdemokratischen Formen hebt Gramsci die entscheidende Rolle der Partei als „moderner Fürst" hervor, d. h. die Partei als *Massenpartei*. Das Beharren auf dem Massencharakter der Partei, die Kritik am bürokratischen Zentralismus zugunsten eines demokratischen Zentralismus, in dem die politische Führung und die Bewegung von unten miteinander vermittelt sind, ist gewiß nicht neu. Man findet diesen Gesichtspunkt beispielsweise im polemischen Briefwechsel zwischen Gramsci und Togliatti in Bezug auf die Einschätzung der Opposition in der Sowjetunion im Jahre 1926. Gramsci macht keinen Hehl aus seiner Mißbilligung der Auswirkungen zentralistischer und autoritativer Methoden der KPdSU. Er bemerkt, daß solche Methoden zwangsläufig „Rechts- und Linksabweichungen" hervorbringen sowie die Führungsfunktion der Kommunistischen Partei der UdSSR, die sie unter der Führung Lenins erlangt hatte, belasten (59) und damit auch die Durchschlagskraft zur „Revolutionierung" der Massen im Westen vermindern werden. Immerhin gewinnt dieser nicht so neue Gesichtspunkt trotzdem eine neue theoretische Dimension, wo Gramsci die Frage des bürokratischen Zentralismus mit der passiven Revolution selbst und ihren Auswirkungen in Verbindung bringt. Dies wird durch jene entscheidende Textstelle belegt, wo Gramsci den kritischen Charakter der Theorie der passiven Revolution in Bezug auf die beiden Prinzipien der „*Einleitung*" von Marx kommentiert und hinzufügt: „Revision einiger sektiererischer Begriffe der Theorie der Parteien, die geradezu eine Form von Fatalismus in der Art des ‚göttlichen Rechts' darstellen; Ausarbeitung von Begriffen der Massenpartei und der kleinen Elitepartei und der *Vermittlung zwischen beiden*." (60)

Daß eine solche *Vermittlung* die klassische Form der Partei, wie Lenin sie festgelegt hatte, modifiziert, daß sie eine neuartige Dialektik des Verhältnisses von Ökonomisch-Gesellschaftlichem und Politischem fordert, verändert die Grenzlinien der Politik, weitet sie auf unterschiedliche Bereiche der Hegemonie aus und trägt den strategischen Wirkungen der passiven Revolution in ihrer ganzen Tragweite Rechnung. Für die Arbeiterklasse ist die Erweiterung des Staates eine Strategie des Übergangs.

Wir finden also die beiden oben erwähnten Formen der Erweiterung des Staates wieder, die in ihrer historischen und politischen Antinomie nicht auflösbar sind. Gramsci erforscht zwar die Bedingungen einer passiven Anti-Revolution, gibt aber keine *Lösung der Staatsfrage*, so daß es in dem Sinne keine Theorie des Übergangsstaates gibt, die einem solchen historischen Prozeß angemessen wäre. Es gibt sie nicht, und in gewissem Sinne — aus historischen und theoretischen Gründen — konnte es sie nicht geben. Gramsci dachte als erster über die Beziehungen zwischen Theorie der passiven Revolution und Theorie des Übergangs nach. Ist der Marxismus Gramscis als *Marxismus des Übergangs* nicht auch ein *Marxismus im Übergang:* ein kritischer, offener und schöpferischer Marxismus? Es bleibt heute uns überlassen, unter veränderten historischen Bedingungen, aber auf der *Grundlage bestimmter Begriffe*, die er in seinem Werk erarbeitet hat, folgende Frage zu beantworten: Wie kann theoretisch und politisch die Gleichzeitigkeit einer möglichen passiven Revolution (einschließlich neuer Formen in Verbindung mit der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus) und eines demokratischen und pluralistischen Übergangsstaates neuen Typs gedacht werden, der sich nicht darauf beschränkt, den parlamentarischen Rechtsstaat im klassischen Sinne mit seiner ewig-formalistischen Trennung zwischen politischer und bürgerlicher Gesellschaft zu reproduzieren? Im Gegensatz zum Stalinismus und zur Sozialdemokratie — diesen beiden passiven Revolutionen des 20. Jahrhunderts mit ihren befremdlichen Begleiterscheinungen — kann sich ein antipassiver demokratischer Übergang nur auf eine antibürokratische Ausweitung der Politik-Formen in allen Bereichen des „erweiterten Staates" (von der Basis bis zu den unterschiedlichen Hegemonie-Apparaten) stützen. Denn wie Gramsci nach 1930 richtig eingeschätzt hat, sind die Massen nicht mehr „atomisiert", sondern in der Gesamtheit der Institutionen wohl organisiert und vertreten. Im übrigen erweist sich diese Struktur moderner Demokratien, die für die Führung eines Stellungskriegs so wesentlich ist, als untrennbar von der Existenz „großer politischer Massenparteien" und „großer ökonomischer Gewerkschaften". (61)

Eine solche nicht-instrumentalistische Ausdehnung der Politik zwingt heute die Arbeiterklasse zum Kampf auf relativ neuem politischem Boden: dem Boden der Demokratie als Form des Klassenkampfes und des Übergangs. Aber auch auf einem solchen Boden, der sich von dem in Gramscis Untersuchungen (aufgrund der Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus) einigermaßen unterscheidet, werden weiterhin zwei Stellungskriege miteinander konfrontiert sein. Demnach zeichnet sich die *Form* eines Übergangsstaats ab, die den unterschiedlichen passiven Revolutionen, die mit einer Krise einhergehen, widerstehen kann, weil sie auf einer neuen politischen Dialektik von repräsentativer Demokratie und jener Basisdemokratie beruht, die den Kern von Gramscis Denken ausmacht. Eine Dialektik — und keine frontale Gegenüberstellung beider in einer zerstörerischen Doppelmacht und keine Absorption der einen durch die andere in einem neuen Reformismus, der den Übergang mit einem bloßen Regierungswechsel identifiziert. In dieser Hinsicht ist Gramscis Theorie der passiven Revolution mehr als eine einfache kritische Ergänzung der Marxschen Problematik des Übergangs: Sie ist ein theoretisches und politisches Instrument für unseren Kampf in der Gegenwart.

59 C.P.C., S. 145.
60 Q. II, S. 1567.
61 Ebenda. Zur Dialektik repräsentativer Demokratie und Basisdemokratie als Problem des Übergangsstaats vgl. P. Ingrao: Masse e potere (Riuniti).

REZENSIONEN

Antonio Gramsci: I Quaderni del Carcere. Herausgegeben von Valentino Gerratana, Einaudi Turin 1975.

„Per capire Gramsci bisognerebbe capire l'Italia ... Ma l'Italia è solo il punto di partenza di tale pensiero." („Um Gramsci zu verstehen, sollte man Italien verstehen ... Aber Italien ist nur der Ausgangspunkt dieses Denkens.") Eric J. Hobsbawm

Die kritische Ausgabe der Werke eines Denkers und führenden Politikers vom Niveau Gramscis trägt Probleme in sich, die ihren Werdegang anders gestalten als den einer herkömmlichen Werkausgabe mit strikt philologischem

Charakter. Damit soll nicht gesagt werden, daß hier keine philologische Arbeit geleistet wurde; im Gegenteil, sogar eine sehr sorgfältige. Vielmehr ist beabsichtigt, den Terminus im Sinne V. Gerratanas, dem Herausgeber der „Quaderni", zu erfassen, der die Ausgabe als eine Arbeit der „Gramsci-Philologie" (fililogia gramsciana) definiert hat. Die Merkmale dieser „Gramsci-Philologie" werden transparent, wenn man jenen dialektischen Prozeß genau bestimmt, der die Veröffentlichung der Werke Gramscis und die Entwicklung der PCI (von 1944, erstes Jahr des „Partito Nuovo", bis heute) eng miteinander verbindet, und innerhalb dessen die kritische Ausgabe der „Quaderni" Gestalt angenommen hat.

Gerade durch die gemeinsame Betrachtung der „Quaderni" und dieser entscheidenden Periode der Geschichte der PCI bzw. Nachkriegs-Italiens, wird man sich der spezifischen Motive bewußt, die die erste Ausgabe der „Quaderni" zu einer „taktischen" gemacht haben, d.h. sie sollte für eine gezielte Verbreitung derjenigen Schriften Gramscis sorgen, die damals für die bedeutendsten gehalten wurden. Im Jahre 1945 brachte der Verleger G. Einaudi den Band „Il Risorgimento" als ersten Teil einer sechsbändigen Ausgabe der „Quaderni" heraus; thematisch geordnet, so wie es Gramsci teilweise geleistet hatte, um das Studium Gramscis durch geschichtliche, dem italienischen Leser wohlvertraute Inhalte zu fördern, und gleichzeitig den im Faschismus entstandenen Mangel einer historisch-politisch-philosophischen Analyse zu beheben. Dem Leser wurde damit eine Sammlung historischer Abhandlungen angeboten, die seine Aufmerksamkeit auf die Ursachen lenken sollten, die zur Einheit Italiens (1861) und zur Durchsetzung der Bourgeoisie Norditaliens geführt hatten, was zwangsläufig eine Vertiefung der Kluft zwischen Nord- und Süditalien, d.h. zwischen „Stadt und Land" (Gramsci) zur Folge hatte.

Als Stärke der Analysen des Autors hat man zu Recht eine Methode entdeckt, die „das Ganze in der Geschichte erfaßte" (M.L. Salvadori) und deren man insbesondere nach dem Sturz des Faschismus zur Untersuchung des Neuen in der italienischen Gesellschaft bedurfte, um dadurch ihre Kontinuität zu gewährleisten. — Im Jahre 1947 wird zum ersten Mal offiziell vom „italienischen Weg zum Sozialismus" (La via italiana al socialismo, Togliatti, Florenz) gesprochen. — Dem Band „Il Risorgimento" folgten bald, mit Titeln der Redaktion, die restlichen fünf Bände: „Il materialismo storico e la filosofia di Benedetto Croce", 1948; „Gli intellettuali e la organizzazione della cultura", 1949; „Note sul Machiavelli, sulla politica e sullo Stato Moderno", 1949; „Letteratura e vita nazionale", 1950; „Passato e Presente", 1951.

Aber schon 1947 war (wieder bei Einaudi) der Sammelband „Lettere dal Carcere" (Kerkerbriefe) erschienen, der eine „allgemeine Einleitung für die darauffolgenden Schriften" sein sollte. Eine lebhafte Polemik entwickelte sich um die Motive sowohl für die Auswahl der Briefe als auch für die Auslassung einiger Passagen aus den aufgenommenen Briefen. Vor allem neigte man dazu, in den Auslassungen bestimmter Passagen und Briefe über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Gramsci und Bordiga eine Bevorzugung der „Turiner Gruppe" (des Ordine Nuovo) innerhalb der Partei gegenüber jener „Gruppe von Neapel" zu sehen; letztere wurde von Bordiga, einem der Gründer und erster Parteivorsitzender des PCd'I, ins Leben gerufen.

Erst im Jahre 1964 kam man zu einer Korrektur durch eine Neuauflage der „Lettere", verbessert und wesentlich erweitert von C. Caprioglio und E. Fubini. Wenn man auch, begünstigt durch die neuen Zeiten und ein verändertes politisches Klima, zu einer Überwindung der Mängel der ersten Auflage

der „Lettere" kam, ist es jedoch nicht berechtigt, den Wert der ersten Ausgabe zu mindern oder gar den Willen der damals führenden Gruppe der PCI zu verkennen, die vor allem durch Togliatti die Veröffentlichung aller Werke Gramscis gefordert hatte, dies zu einer Zeit, als die „Schatten" Zdanovs „schwer" auf der Kulturpolitik der übrigen europäischen kommunistischen Parteien „lasteten" (Einaudi).

Aber Mitte der sechziger Jahre wurde seitens des „Istituto Gramsci", 1958 in Rom gegründet, die Notwendigkeit einer neu zu gestaltenden Ausgabe der „Quaderni" erkannt und angestrebt. Warum? Was hatte sich ereignet? Wieso verspürte das „Istituto" eine solche Notwendigkeit? Kurz gesagt, die thematische Ausgabe der „Quaderni", inzwischen von den Schriften 1914 - 1922 begleitet („L'Ordine Nouvo 1919-20"; „Scritti giovanili 1914-1919"; „Sotto la mole 1916-20"; „Socialismo e fascismo, L'Ordini nuovo 1921-22", immer mit Titeln der Redaktion) hatte einerseits ihre Aufgabe als erste gezielte Annäherung an Gramsci erfüllt, andererseits zeigte sich immer mehr, daß ihr Konzept zu einem Hindernis für eine weitere Vertiefung der Kenntnisse der Schriften Gramscis wurde. Mit anderen Worten, indem man die Chronologie der Entstehung der Arbeiten zurückstellte und somit den Wert der zeitlichen Entwicklung der „Quaderni" unterschätzte, hinderte man den Leser an der Aneignung der Methodenlehre Gramscis: „Alle möglichen Bezüge erfassen und sie harmonisch miteinander in einen Zusammenhang bringen." (Gramsci) Und dies gerade zu jenem historischen Zeitpunkt, als innerhalb der PCI und der linken Kräfte Europas die Frage nach einer neuen Kampf- und Bündnisstrategie unter den ersten Anzeichen der folgenden Kämpfe der europäischen Arbeiter- und Studentenbewegung in den sechziger Jahren immer dringender wurde.

Es ist sicher kein Zufall, daß Gramsci gerade in diesen Jahren in Frankreich wiederentdeckt und mit einer Intensität gelesen und diskutiert wurde, die sich heute in dem Buch von Chr. Buci-Glücksmann „Gramsci et l'Etat. Pour une theorie materialiste de la philosophie" (Paris 1975), einem der besten Beiträge zur Herausarbeitung der Kontinuität zwischen früheren Schriften und den „Quaderni", widerspiegelt.

Das gleiche kann leider nicht für die BRD festgestellt werden. Neben einer Reihe unbefriedigender Übersetzungen einiger Schriften Gramscis findet sich wenig Interessantes an Sekundärliteratur. Außerdem fehlt es zur Zeit an einem Verlag, der (wie Gallimard in Frankreich) bereit ist, das „Risiko" einzugehen, seinen Lesern Gramsci zugänglich zu machen.

Die Vorzüge der kritischen Ausgabe der „Quaderni" liegen zweifellos in der beachtlichen „philologischen" Schärfe, mit der der Herausgeber seine Bewegungsfreiheit bis zur äußersten Grenze ausgeschöpft und dem Leser trotzdem unbegrenzte Autonomie eingeräumt hat. Von besonderer Bedeutung ist in dieser Hinsicht der vierte Band dieser Ausgabe: ein kritischer Apparat mit mehr als tausend Seiten über ein Gesamt von 3369 Seiten. Die dort enthaltenen „Indices" und Anmerkungen zum Text wollen als Instrumentarium für die Textinterpretation, nicht selbst als Interpretation verstanden werden. Das ist wiederum möglich dank des technisch-wissenschaftlichen Inhalts der „Anmerkungen" und des Synthesecharakters (im einfachen Sinn des Wortes) des „Indice per argomenti" (Sachregister). Die erneute Aufwertung jener Teile der „Quaderni" (im Text durch Kleindruck gekennzeichnet), die von Gramsci nach einer zweiten, zum Teil dritten Bearbeitung gestrichen wurden, entspricht der Notwendigkeit, größere Klarheit für spätere Fassungen zu verschaffen, in

denen Gramsci manchmal aufgrund der Gefängniszensur gezwungen war, sich per Umschreibung auszudrücken (vgl. S. 419-21 mit S. 1840-44; §2). Zu diesen technisch-wissenschaftlichen Hilfsmitteln, in Übereinstimmung mit der Grundthese dieser Werksausgabe „ohne Belastung durch Interpretationen" (Gerratana), kommt deren philologischer Charakter hinzu, durch den die Untersuchungs-, Studien-, Formulierungs- und/oder Synthesemethode Gramscis faßbar wird.

In diesem Zusammenhang gewinnen die oben angegebenen Seiten, wo Gramsci über Marx schreibt, so sehr an Bedeutung, daß sie durchaus alleine als Einführung in die Lektüre der drei Bände, in denen 29 der „Quaderni" aufgenommen sind, dienen könnten.

Ferner gelingt es dem Herausgeber auch durch die Aufnahme der ersten Entwürfe die Entstehung der Gedanken des Autors aufzuzeigen, bevor er zur letzten Fassung übergeht. Diese wiederum soll nach Gramscis Anweisung nicht als „endgültig", sondern als „vorläufig" (S. 1365), d.h. als letzte ihm mögliche Bearbeitung unter den Gefängnisbedingungen, gelten. Mit ihrer Aufnahme wird einerseits der Charakter des nicht „Endgültigen", des sogar „fragmentarischen" der „Quaderni" sehr deutlich hervorgehoben. Dadurch wird eine zügige Lektüre oft erschwert. Wenn man sie jedoch wie Studien eines Malers oder Bildhauers für ein unvollendetes Werk betrachtet, führt das Werk selbst zur Bereicherung und begünstigt einen tieferen Einblick in das zum Zeitpunkt des Abbruchs erreichte Niveau der Arbeiten. Ausgehend von dem „Besonderen", das Gramsci ständig zum Ausgangspunkt seiner Gedanken macht, kann man besser der „gesamten Entwicklung der geistigen Arbeit" (S. 1840) des Autors folgen. Offensichtlich erfordern die „Quaderni" eine nicht einfache Art des Lesens, in dem Sinne, daß der Rhythmus eines linearen Fortschreitens unterbrochen wird durch Pausen für jene Bezüge — erleichtert durch Anmerkungen, die auf die Überarbeitung hinweisen, und durch den „Indice per argomenti" — die zwischen den verschiedenen Bearbeitungen eines Begriffs, eines Themas und einer These notwendig sind, um dem Leser eine „harmonische" Verknüpfung zu geben, die mit einer thematischen Systematisierung allein nicht erreichbar ist. Sie liegt nicht in einer mechanisch-strukturellen Einheitlichkeit, sondern in der Geschlossenheit des Ganzen.

In der Tat ist sich Gramsci des Problems bewußt und hat in dem „Quaderno 22 — 1934, Americanismo e fordismo", vielleicht besser als in jedem anderen, implizite Anweisungen gegeben, wie man zu einer organischen Lektüre seiner Schriften kommen kann. Zurückgreifend auf Texte aus den „Quaderni 1/3/4/9", um diese in dem „Quaderno 22" zu ordnen, verzichtete er auf eine lineare und diskursive Abhandlung und zieht es vor „einige der ihrem Wesen nach wichtigsten und interessantesten Probleme,auch wenn sie auf den ersten Blick nicht vorrangig zu sein scheinen" (S. 2139), nebeneinander zu stellen. Die Bevorzugung des weniger Auffallenden und eine formelle Diskontinuität seiner Abhandlung stehen der Komplexität und Geschlossenheit seiner Gedanken gegenüber.

Carmine Chiellino

Luciano Gruppi: Gramsci — Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats. VSA, Westberlin 1977.

Mit diesem Buch wird ein erster Beitrag zur westeuropäischen Gramsci-Debatte einem breiteren westdeutschen Publikum zugänglich gemacht. Bisher stellten die wenigen vorhandenen Veröffentlichungen keinen Bezug zu den Themen her, welche gerade heute die Gramsci-Lektüre neu bestimmen, nämlich Gramscis Staats- und Revolutionstheorie. (Eine gute Übersicht bietet hier übrigens die Sammelrezension von Karin Priester, Antonio Gramsci und der italienische Marxismus, in: Neue Politische Literatur 2 76.)

Die Diskussion mit Gramsci-Interpreten, die dem PCI nahestehen, gewinnt im Rahmen der derzeit aktuellen politischen Entwicklung immer mehr an Bedeutung. Im Rahmen dieser Debatte leistet Gruppi einen grundlegenden Beitrag. Sein wesentlicher Untersuchungsgegenstand ist das Verhältnis zu Lenin. In der Frage, ob Gramscis Kontinuität mit dem Leninismus oder seine Originalität zu betonen sei, stellt Gruppi die These auf, daß Gramsci den Leninismus sowohl konsequent auf die italienischen Verhältnisse angewendet als auch weiterentwickelt habe. Diese These entwickelt Gruppi aus den inhaltlichen Konsequenzen des Kampfes beider gegen die in der II. Internazionale vorherrschende Vulgarisierung des Marxismus zum mechanistischen ökonomischen Determinismus /S. 75 u. S. 100/, der den Übergang zum Sozialismus als einen vom revolutionären Subjekt unabhängigen Verlauf, als evolutionären Prozeß verstand. /S. 51/ Bei einer solchen Auffassung blieben „der politische Kampf, der gesellschaftliche Kampf um die Staatsmacht, die Initiative des revolutionären Subjekts und die Funktion der Partei im Dunkeln". /S. 51/

Gruppi skizziert die theoretische Entwicklung Lenins von dessen ersten Schriften an. Hierbei mißt er Lenins Wiedergewinnung des Marxschen Begriffs der ökonomischen Gesellschaftsformation besondere Bedeutung bei. /S. 40/ Dieser Begriff beinhalte zu verstehen, daß die Gesellschaft als einheitliches, in ständiger Entwicklung begriffenes Ganzes zwar auf Basis und Überbau beruhe /S. 47/, daß die Erkenntnis der ökonomischen Basis aber nicht mit der gesamten Wirklichkeit, mit der ökonomischen Gesellschaftsformation überhaupt, zu verwechseln sei. /S. 50/ Nur mit einem solchen Verständnis könne man der Initiative der revolutionären Arbeiterklasse den richtigen Raum zumessen, und damit die Frage nach Hegemonie und Bedeutung der revolutionären Partei adäquat stellen. /S. 54/

Lenin verstand unter Hegemonie (u.a. in „Was tun? " und „Zwei Taktiken") die Fähigkeit zur politischen, ideologischen und kulturellen Führung eines bestimmten Bündnistyps vor und nach der Revolution. Gramsci erweiterte den Hegemoniebegriff aufgrund seiner Untersuchung der gescheiterten Revolutionen im Westen nach dem ersten Weltkrieg sowie der Untersuchung der Unterschiede der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften zum zaristischen Rußland. Während im zaristischen Rußland der Staat alles und die bürgerliche Gesellschaft „embryonal und ungebändig" gewesen sei und nicht „Graben oder Festung" werden konnte, genüge es im Westen nicht, „den Staat zu erobern, man muß die Schützengräben und die Kasematten der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen. Deshalb kann man im Osten einen Bewegungskrieg und muß im Westen einen Stellungskrieg führen." /S. 172/ So ist „Hegemonie ... die Führungsfähigkeit, die der Diktatur des Proletariats die notwendigen gesellschaftlichen Grundlagen bereitet" /S. 82/, d.h. die Fähigkeit, ein widersprüchliches Klassenbündnis mit durchaus zentrifugalen Ten-

denzen durch *Konsensbildung* vor und nach der Revolution zu führen (direzione), *und* die Kraft, die gegnerischen Klassen zu unterdrücken (domino). Revolution auch als „intellektuelle und moralische Reform" /S. 25/, eine Anschauungsweise, die weit über die Rechtfertigung von gewissen Unterdrückungsfunktionen durch den revolutionären Staat hinausweist.

Die entscheidende Neuerung von Gramsci sieht Gruppi darin, daß dieser mit dem Begriff der Hegemonie „die komplexe Gliederung des Überbaus und der gesamten Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation zu erfassen" vermag und „in all ihrer Komplexität beleuchtet". /S. 116/

Basis und Überbau bilden einen historischen Block. Dieser historische Block wird mit der Hegemonie der herrschenden oder zur Herrschaft strebenden Klasse errichtet, „d.h. sie (die Hegemonie) tendiert dahin, eine Einheit unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Kräfte zu verwirklichen, die sich durch eine von ihr ausgearbeitete und verbreitete Weltanschauung zusammenhält". /S. 103/ So analysiert Gramsci die revolutionäre Krise v.a. als Krise des Überbaus, als Krise der Hegemonie, in der Totalität des gesellschaftlichen Prozesses, und entgeht so dem irreführenden Automatismus ökonomische Krise — Krise der bürgerlichen Gesellschaft. /S. 104/

Schon vor der Machtergreifung Führer zu sein, die „subalternen Klassen" zu einer „einheitlichen und kritischen Weltanschauung und Einschätzung der gesellschaftlichen Prozesse" /S. 93/ zu erziehen, die Krise der Hegemonie der Bourgeoisie zur Bildung eines neuen historischen Blocks zu nutzen, dies sind die Schlußfolgerungen aus Gruppis Gramsci-Lektüre.

Und hier zeigt Gruppi über die Frage der Partei wieder die Nähe Gramscis zu Lenin auf. Nur die revolutionäre Partei, „die einen kollektiven Willen (schafft), ... (die) bereits ein Gesamtverständnis von der Gesellschaft und auch von ihrer notwendigen Entwicklung und somit von der zukünftigen Gesellschaft entwickelt hat" /S. 98/, ermögliche es der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten die Gewinnung des „buon senso" (historisch-kritisches Bewußtsein), die Überwindung der Spontaneität, die Erlangung der politischen Initiative, die Einheit zwischen Theorie und Praxis /S. 93/, als „Moment des Klassenbewußtseins", als „Moment der Führung" /S. 57/ zu erreichen.

Die so angegebene Verbindung von Theorie und Praxis (Identität von Geschichte und Theorie; Philosophie ist die sich selbst verwirklichende Geschichte /S. 23/) ist Gruppis Ansatzpunkt zur Erläuterung der philosophischen Thesen Gramscis. Wenn Gramsci der aktiven Rolle des Subjekts eine starke Bedeutung zumesse, verfalle er allerdings in der Frage der Subjekt-Objekt-Dialektik in idealistische Positionen /S. 151/ (Zusammenfallen des Allgemein-Subjektiven mit dem Objektiven). Die angenommene Identität von Philosophie und Geschichte beinhalte die Vorstellung der Identität von Bewußtsein und Wirklichkeit /S. 164/, dies sei ebenfalls eine idealistische Position. Idealistische Positionen könne man bei Gramsci also angeben (und hier kritisiert Gruppi auch Lenins „Empiriokritizismus" /S. 153/), „sobald er allgemeinere philosophische Fragen untersucht, während es ganz anders aussieht, sobald er geschichtliche, gesellschaftliche und kulturelle Zusammenhänge analysiert". /S. 164/ In dieser kurzen Darstellung der Hauptthesen aus Gruppies Buch dürfte deutlich geworden sein, welche Bedeutung die Aufarbeitung der Gramsci-Debatte auch für die Strategiediskussion der Linken hierzulande haben sollte. Daß die „Umsetzung" Gramscis in aktuelle politische Strategie und Taktik nicht linear zu denken ist, zeigt die lebhafte Debatte, die z.Zt. in Frankreich und Italien geführt wird. Hierauf verweist die Einleitung von Claudia Mancina, die einige der in dieser Debatte aufgeworfenen Fragen zum Ausgangspunkt hat. Kann sich der PCI mit der Strategie des historischen Kompromisses noch zu Recht auf Gramsci berufen? Müßte die Strategie des „demokratischen Weges" und die Vorstellung eines „Sozialismus im Pluralismus" nicht mit der eingestandenen Abkehr von Gramsci einhergehen? Ist die Interpretationslinie Lenin-Gramsci-Togliatti-Longo-Berlinguer überhaupt zulässig? Wie verhält sich Gramscis Hegemoniebegriff zum Leninschen Begriff der Diktatur des Proletariats? Es wäre wünschenswert, wenn neben Gruppis vielschichtiger Einführung auch noch andere Texte der westeuropäischen Gramsci-Debatte dem westdeutschen Leser zugänglich gemacht würden, damit an die Stelle oberflächlicher Begeisterung oder Ablehnung der politischen Entwicklung in Italien (und der weitgehenden Unkenntnis über die dort laufenden theoretischen Diskussionen) endlich die Voraussetzungen für eine umfassende und wichtige Debatte auch in der Bundesrepublik und Westberlin gegeben sind.

Matthias Garte

Peter Ruben

DIE WISSENSCHAFTSTHEORETISCHE BEDEUTUNG DER HEGELSCHEN LOGIK*

In der akademisch betriebenen Philosophie wird heute vielfach der Terminus „Wissenschaftstheorie" so verwendet, daß als ausgemacht gilt, Wissenschaftstheorie zu betreiben, heiße, die Sprachen der empirischen Wissenschaften nach dem Konzept der sogenannten „analytischen Wissenschaftstheorie" (1) auf ihren logischen Grund zu reduzieren. Versteht sich, daß darin verständigerweise die formale Logik — wesentlich in der Begründung Freges — als Fundamentaltheorie der wissenschaftlichen Erkenntnis angenommen ist. So kommen als Produkte dieser wissenschaftstheoretischen (oder wissenschaftslogischen) Analyse Feststellungen zustande, die auf dem Vergleich der Fachsprachen mit den sprachlichen Normativen der formalen Logik basieren. Daß dabei die „analytische Wissenschaftstheorie" — von Carnap „Wissenschaftslogik" genannt (2) — den *klassischen* Ansatz in der theoretischen Logik undiskutiert

* Der vorliegende Beitrag ist die vom Autor bearbeitete Fassung eines Vortrages, der im Rahmen des Hegel-Colloquiums am Institut für Philosophie der FU Berlin (West) am 1.6.77 gehalten wurde.

1 Das ist das, was W. Stegmüller in dickleibigen Bänden unter dem Titel „Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie" anbietet.

2 R. Carnap: Logische Syntax der Sprache, 2. Aufl., Wien/New York 1968, S. 205. Nach Carnaps Auffassung „bleibt somit, wenn die Philosophie von allen unwissenschaftlichen Bestandteilen gereinigt wird, als einziger Restbestand die Wissenschaftslogik übrig" (ebd.). Demnach ist für Carnap die Logik relativ zu den Arten der Wissenschaft von der gleichen Bedeutung wie das Geld relativ zu den Waren. Carnaps „Liberalismus" hat also einen wohlbestimmten Grund. Es ist der Absolutismus des Standards einer Wertart, der sich gegen *seine* Werte sehr liberal und aufgeklärt geben kann.

voraussetzt, wird zumeist gar nicht wahrgenommen. Wenn ihr Gegensatz, die *konstruktive* Wissenschaftstheorie (3), artikuliert wird, so verwandeln sich die analytischen Wissenschaftstheoretiker in der Regel in metaphysische Realisten und denunzieren den konstruktiven Standpunkt als merkwürdige Verschrobenheit und Verzichtsleistung gegenüber dem „klassischen Bestand" der Erkenntnis. Umgekehrt verwandeln sich die konstruktiven Wissenschaftstheoretiker in der Kontroverse mit den analytischen in der Regel in metaphysische Nominalisten und denunzieren den entgegengesetzten Standpunkt als Ausdruck unbegründbarer und daher „metaphysischer" Annahmen. Doch, wie bemerkt, dieser charakteristische Gegensatz zwischen dem Analytizismus (auch „Szientismus" genannt) und dem Konstruktivismus wird im akademischen „wissenschaftstheoretischen" Betrieb gewöhnlich gar nicht zur Kenntnis genommen. Adepten der einen wie der anderen Seite geben dafür *ihr* Konzept lieber als *das* Konzept der — versteht sich — „modernen" Wissenschaftstheorie aus.

Sehr hübsch demonstriert uns z.B. Ch. Helberger diesen gewöhnlichen Umstand der Verselbständigung von Abstrakta. Er notiert: „Geht man die von Vertretern der modernen Wissenschaftstheorie vorgelegten Arbeiten durch, stellt man fest, daß von dieser Seite ... praktisch nie explizit ... auf die marxistische Diskussion eingegangen worden ist."(4) Dies zu ändern, ist er nun angetreten. Und damit jeder weiß, wer ihm die „moderne Wissenschaftstheorie" vertritt, erzählt er seinem Publikum: „Aufgrund historisch besonderer Umstände ist die moderne Wissenschaftstheorie im deutschen Sprachraum in erster Linie auf dem Wege über Poppers kritischen Rationalismus bekannt geworden."(5) Lassen wir es auf sich beruhen, welcher „Sprachraum" hier wohl in welchem Zeitintervall gemeint sein könnte, so ist natürlich Helbergers „moderne Wissenschaftstheorie" nicht die moderne, sondern die analytische. Und daß Popper in dieser nicht alleine steht (sondern Carnap als seinen Widerpart definierte, um seine spezielle Art zu artikulieren), hat Helberger inzwischen erkannt, also festgestellt, daß das Wesen der analytischen Wissenschaftstheorie in differenzierten Existenzen im akademischen Betrieb haust. Er meint überdies, daß jenes Wesen „vor allem" vom „Popperschen Liberalismus", also von „einem bestimmten *politischen* Programm", durchaus frei sei und daher befragt werden könne, ob es nicht auch „in der Lage ist, das methodische Verfahren, das von Marx angewendet wurde"(6), unter sich zu subsumieren. Denn: „Eine intellektuelle Abschließung gerade in den für jedes Denken grundlegenden Fragen der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie muß als Ausdruck einer bedenklichen Dogmatisierung verstanden werden."(7) So also wird denn mit der doch wirklich dogmatischen Vorstellung einer *Art* der Wissenschaftstheorie, nämlich der analytischen, als der *Gattung* der Wissenschaftstheorie, eben der sogenannten „modernen", jenen, die diese Vorstellung für eine Verkehrung halten, der eigene Dogmatismus als ihr Stammesfetisch umgehängt. Solcher Verkauf, solche Veräußerung oder Entfremdung des eigenen Produkts kann höchstens im Verhältnis zwischen Zivilisierten und Barbaren Erfolg haben. Jenseits dieses Verhältnisses jedoch bleibt jener Verkauf im reinen Versuch stecken; denn hier zeigt der Anbieter nur, daß er sich als Vertreter eines speziellen ideologischen Konzerns auf dem Meinungsmarkt bewähren will.

3 Das ist das, was P. Lorenzen und die „Erlanger Schule" anbietet.
4 Ch. Helberger: Marxismus als Methode, Frankfurt/M. 1974, S. 9.
5 Ebenda, S. 10-11.
6 Ebenda, S. 14.
7 Ebenda, S. 15.

Wer hat auf dem Warenmarkt nicht genügend gehört, daß das Produkt a des Konzerns A gegen das Produkt b des Konzerns B das „wahrhaft moderne" Produkt für den „wirklich modernen" Menschen sei? Wer zweifelt, daß die Gesetze der Zirkulation im Privataustausch nicht nur für materielle, sondern auch für geistige Erzeugnisse gelten?

Wenn wir den Terminus „Wissenschaftstheorie" bzw. „Theorie der Wissenschaft" sowohl verständig wie vernünftig verwenden wollen, kommen wir um eine präzise Vorstellung der Wissenschaft nicht herum. Man hat keine Theorie über etwas, wenn man dies Etwas nicht hat! Wie aber wird die Wissenschaft sowohl in der analytischen wie in der konstruktiven Wissenschaftstheorie vorgestellt? Sie wird dargeboten, indem ihre *Fachsprachen* dargeboten werden. Wie wird die Wissenschaft erkannt, also die *Theorie* der Wissenschaft erlangt? Sie wird erworben, indem voraussetzungslos die formale Logik in klassischer oder konstruktiver Version als „Natureigenschaft" des Denkens den Maßstab ausmacht, mit dem jene Fachsprachen verglichen werden. Die Herkunft dieses Maßstabs ist rein historisch-faktisch bedingt, durch die Leistungen der genialen Logiker. Ihnen gilt denn auch die Ehrerbietung der „normalen" Wissenschaftstheoretiker. Und nicht wenige hätten es gern, wenn sie ihr frommes Gemüt beim Anblick von Aristoteles, von Frege, von Russell etc. andern mitteilen könnten.

Daß vom Standpunkt des dialektischen Materialismus die Vorgabe von wissenschaftlichen Fachsprachen nicht als *die* Vorstellung *der* Wissenschaft akzeptiert werden kann, habe ich an anderer Stelle begründet.(8) Hier kommt es mir darauf an, unter der Voraussetzung der Existenz des Maßstabs der (klassischen oder konstruktiven) formalen Logik seine Problematik zu zeigen. Solches Zeigen wird nichts weiter als eine Hegel-, Feuerbach- und Marx-Interpretation sein. Denn es war eben Hegel, der zum ersten Mal in der Geschichte der menschlichen Erkenntnis erfaßte: Bleiben wir „bei der abstrakten Ansicht stehen, daß das Logische nur formell sei und von allem Inhalt vielmehr abstrahiere, so haben wir eine einseitige Erkenntnis, welche keinen Gegenstand enthalten soll, eine leere, bestimmungslose Form, die also ebensowenig eine *Übereinstimmung*, — da zur Übereinstimmung wesentlich *zwei* gehören, — ebensowenig Wahrheit ist".(9) Gegen die *nur* formale Fassung der Logik kontert Hegel: „Indem die Logik Wissenschaft der absoluten Form ist, so muß dies Formelle, *damit es ein Wahres sei*, an ihm selbst einen *Inhalt* haben, welcher seiner Form gemäß sei, und um so mehr, da das logische Formelle die reine Form, also das logisch Wahre die *reine Wahrheit* selbst sein muß."(10)

Welches ist das wissenschaftstheoretische Programm, das hier proklamiert wird?

Der Forminhalt

Wer heute formale Logik studiert, beginnt mit der Kenntnisnahme der sogenannten *Aussagen*logik, d.h. einer Disziplin, die definitiv erst durch G. Frege hervorgebracht worden ist und in ihrer gegenwärtigen Gestalt ein Produkt unseres Jahrhunderts darstellt. Alle Hinweise auf frühere Formen der Aussagenlogik

8 Vgl.: P. Ruben: „Wissenschaft als allgemeine Arbeit", in: SOPO 36, Jg. 8 (1976), S. 7-40.
9 G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik, Zweiter Teil, (Ed. G. Lasson) Leipzig 1951, S. 233.
10 Ebenda.

in der antiken Wissenschaft wie in der Scholastik basieren auf dieser Voraussetzung. Mit Bezug auf die Hegel-Interpretation bedeutet dieser Umstand insbesondere, daß man Hegels Begriff der formalen Logik in Kants „Kritik der reinen Vernunft" findet, nicht aber in der gegenwärtigen theoretischen Logik. Weder Kant noch Hegel wußten, was Aussagenlogik ist; beide betrachteten — wie die ganze klassische bürgerliche Philosophie — die Logik als Theorie der Begriffe, Urteile und (syllogistischen) Schlüsse. Das Urteil speziell galt ihnen als Verknüpfung oder als Beziehung von vorgegebenen Begriffen, der Schluß als Verknüpfung bzw. als Beziehung von vorgegebenen Urteilen. Weder Kant noch Hegel hat an dieser zeitgenössischen Gegebenheit etwas ändern wollen. Vielmehr suchte Kant, indem er dies logische Vorgehen als „formale" Logik bestimmte, nach der „transzendentalen" Logik. Und was Hegel suchte, haben wir zitiert.

Unabhängig von dem speziellen Umstand, daß Hegel die Aussagenlogik nicht kannte, bleibt aber seine Bemerkung richtig, daß die formale Logik bei der Betrachtung der Sprache „von allem Inhalt vielmehr abstrahiere". Dies erfährt man in der Logik-Ausbildung dadurch, daß einem der Übergang von Aussagen zu Aussage*formen* mit genau diesem Argument beigebracht wird. Haben wir z.B. die beiden Aussagen: 1. Fritz schläft, und wenn er schläft, philosophiert er nicht; mithin philosophiert er nicht; 2. Luise ißt, und falls sie ißt, liebt sie nicht; also liebt sie nicht; so können wir auf der Basis unseres bereits bestehenden Sprachverständnisses durchaus verstehen, wenn uns der Logiker versichert, daß beide Aussagen die gemeinsame *Form* (3) A und (wenn A, so B); also B haben. Diese Form nimmt der Logiker als eine Form der logischen Wahrheit an, d.h., er überzeugt uns, daß für *jede* Aussage A und B in der durch (3) dargestellten Form gesichert ist: der Gesamtausdruck ist wahr. Indem er selbst von diesem Umstand ebenfalls überzeugt ist, stellt er seinem Publikum den Ausdruck (4) Für alle A und B: A und (wenn A, so B); also B als logisches *Gesetz* vor.

Wie man sieht, kommt die sogenannte Abstraktion „von allem Inhalt" dadurch zustande, daß man die Sätze im ganzen Ausdruck durch *Variable* ersetzt, sie also als *Konstanten* behandelt, die für die Variablen A, B, ... eingesetzt werden können. Solches Verfahren kennt jeder, der an vorgegebenen Systemen Reparaturen ausgeführt hat. Er hat darin zwar keine Variablen eingeführt, aber verschlissene Teile durch unverbrauchte ersetzt. Denkt man den Zwischenzustand, in dem das verschlissene Teil schon nicht mehr am System ist, das neue aber noch nicht, so hat man akkurat eine Vorstellung für das, was die Aussagen*form* bezüglich der logischen Analyse der Sprache vorstellt. Die Variablen bezeichnen Leerstellen, die von bestimmten Teilen ausgefüllt werden können.

Nehmen wir nun den einfachen Satz, so wird *seine* Form in der Logik durch nichts anderes vorgestellt als durch die Satzvariable. Mit Bezug auf diesen Umstand ist Hegels Frage nach dem *Inhalt* der Form bzw. nach dem Forminhalt oder Formgehalt (11) unmittelbar nicht mehr verständlich. Wir können hier nur sagen: Der Inhalt dieser Form wird vorgestellt durch alle sinnvollen Elementarsätze einer Sprache. An der Form selbst, der Aussagenvariablen, ist kein Inhalt mehr feststellbar! Eben weil sie eine *Leer*stelle bezeichnet, stellt sie *keinen* Inhalt dar.

Ist also Hegels Ansatz in der Tat sinnlos oder „vorwissenschaftlich", wie

11 Zu den Termini „Forminhalt" und „Formgehalt" vgl. Anm. 16. Sie bezeichnen dasselbe wie der Terminus „Inhalt der Form", der von Hegel verwendet wird.

uns Popper und andere weismachen wollen? Um diese Frage zu beantworten, haben wir zu beachten, auf welche Ausdrucksformen sich der Dialektiker eigentlich bezieht. Ohne hier weiter auf den logischen und methodologischen Hintergrund dieser Bezugnahme eingehen zu können, stellen wir fest: Die in der ganzen klassischen bürgerlichen Philosophie zugrunde gelegte Ausdrucksform der wissenschaftlichen Sprache hat die Gestalt $S \leqslant P$, worin S (das Subjekt des Satzes) einen Begriff meint, der eine *Existenz* bestimmt, P (das — eingebildete — Prädikat) einen Begriff meint, der das *Wesen* jener Existenz bestimmt, und $\leqslant$ das Zeichen des Bedeutungseinschlusses ist. Diese Formgestalt hat man natürlich im oben angegebenen logischen Satz (3) auch: (3a) $A \,.\, (A \rightarrow B) \gg B$. (12) Hier stellt „$A \,.\, (A \rightarrow B)$" das Subjekt des logischen Satzes, „$\gg$" sein Prädikat und „B" sein Objekt im Rahmen des Prädikatverbands dar. Die klassische Fassung fehlt formell — besser grammatisch — eigentlich nur darin, daß sie das, was wirklich ein Objekt ist, als „Prädikat" faßt, während sie das wirkliche Prädikat, den Bedeutungseinschluß, nur en passant oder kontrovers betrachtet. (13) Um der klassischen bürgerlichen Philosophie in diesem Fehler nicht zu folgen, rekonstruieren wir die obige Formgestalt durch $S \leqslant 0$ (d.h. $S < 0 \vee S = 0$), worin nun O einen Begriff meint, der eine Existenz bestimmt, welche ihrerseits mit der von S bestimmten Existenz ein gemeinsames Wesen hat, an dem beide verschieden oder gleichwertig teilhaben. Hierbei wird in der Regel der durch O bezeichnete Gegenstand auch als das Original des Wesens, d.h. als der Maßstab seines Werts unterstellt. Der Ausdruck $S = O$ z.B. ist dann eine *wissenschaftstheoretische* Vorstellung der gewöhnlichen Meßaussage der mathematisierten Wissenschaften, nämlich $g_i = \quad x\, g_O$, worin g_i die gemessene Größe, der Meß*gegenstand*, und $x\, g_O$ die messende Größe, das Meß*mittel* ist, während das Prädikat = die Gleichheit beider Größen feststellt.

Wie man sieht, ist die wirkliche Basis der logischen Vorstellung der klassischen bürgerlichen Philosophie die Sprache der rechnenden und messenden Wissenschaft. Es handelt sich mitnichten um „metaphysische Spekulation" oder ähnliche Verbrechen gegen die Aufklärung, sondern um eine sehr gut verständliche Entwicklungsstufe der logischen Vorstellung.(14) Daß man sie in der Gegenwart nicht reflektiert, ist sicher kein Beweis gegen diese Entwicklungsstufe und auch kein Beweis für die Potenz der analytischen oder kon-

12 Das Zeichen · meint die Konjunktion, → bezeichnet die Subjunktion und $\gg$ die (Relation der) Implikation der Logik.

13 Natürlich ist dieser Mangel gravierend. Er erscheint in der langen Debatte über die Bedeutung der sog. Kopula „ist" in Ausdrucksformen der Gestalt „S ist p". Nach der hier vertretenen Auffassung stellt „ist" das Prädikat dar und „p" die Prädikatsergänzung (das Prädikativ); „ist" verhält sich also zu „p" wie die Gattung zu ihrer Art. Indem „ist" und mit ihm auch *das Sein* aus angeblich „logischen" Gründen von dieser Stellung verdrängt wird, während das Prädikativ dann *das* Prädikat sein soll, passiert nichts weiter als die gewöhnliche bürgerliche Ersetzung der Gattung durch eine ihrer Arten. Daß dies passiert, ist normal, daß es aber auch *in der Sprache* vorgestellt wird, ist verblüffend — und ein strenger Ausweis für die Notwendigkeit der Erkenntnistheorie im Interesse der menschlichen Emanzipation.

14 Leider gibt es bisher keine vernünftige. d. h. auf der Basis der materialistischen Dialektik betriebene Darstellung der Geschichte der formalen Logik. Für eine solche wäre es außerordentlich interessant, die logische Vorstellung der klassischen bürgerlichen Philosophie detailliert zu analysieren. Kompendien, die uns die Scholastik und die Gegenwart mit ihrer Reproduktion des scholastischen Gegensatzes zwischen dem Realismus und dem Nominalismus als den wahren Himmel logischen Denkens vorstellen, können darin wohl kaum mehr als nützliche Quellensammlungen sein. Philosophisch darf man ihnen keinen Satz glauben.

struktiven Wissenschaftstheorie, die Genesis der Wissenschaft zu begreifen.

Reduzieren wir nun unsere weitere Betrachtung auf die Formgestalt S = O, so wird Hegels Ansatz und wirkliche wissenschaftstheoretische Entdekkung sofort einsichtig: 1. ist der ganze Ausdruck S = O eine *Form*, 2. ist der Ausdruck gegliedert, so daß die Form *in sich* bestimmt ist; 3. sind die Glieder der Form — für Hegel S und O (für uns S und = O) — unabhängig voneinander *keine Glieder*, sondern nur mit Bezug aufeinander wie im Ausschluß gegeneinander (S ist nicht O; O ist nicht S); 4. schließlich besteht die *ganze* Form dadurch und nur dadurch, daß sie in und vermittels dieser Gliederung besteht. Indem aber nun die Form auf die angegebene Weise *in sich* bestimmt ist, so hat sie — als Form — einen Inhalt! Wer wahrnehmen kann, *sieht* das, wenngleich er auch in der Wahrnehmung davon *ab*sehen kann.

Wie sieht man vom Forminhalt ab? Man konzentriert sich auf das Prädikat der Gleichheit, unterstellt S und O als Wertzeichen und findet, daß S = O ausdrücke: Der Wert, den S bezeichnet, ist derselbe, den O bezeichnet. Man sieht also ab, indem man *abstrahiert*. Was dabei herauskommt, ist, daß S und O nicht mehr als Zeichen *verschiedener* Gegenstände, sondern *desselben* Gegenstands (i.e. desselben Werts) gelten bzw. die Gegenstände selbst nurmehr als Zeichen ihrer Gattung! Man hat die beste Anschauung für diesen Umstand, wenn man sich die Vorstellung einer Waage macht, die mit den verschiedenen Gegenständen a und b ins Gleichgewicht gebracht worden ist (man macht übrigens diese Vorstellung wirklich, wenn man wirklich eine Waage macht und wägt). Der Ausdruck a = b widerspiegelt den Gleichgewichtszustand der Waage, und zugleich sind wir ganz sicher, daß z.B. a eine Gans und b — sagen wir — zwei Enten meint. Somit wissen wir, daß a = b *nicht* die Behauptung der Gleichheit der Gans mit den beiden Enten ist, sondern die Behauptung der Gleichheit ihrer jeweiligen schweren Massen. Aber ihre schweren Massen finden wir *nirgend* als greifbare Gegenstände, wir finden sie nur, indem wir zugleich die Gans und die beiden Enten finden. Diese Geschöpfe nun werden in der Abstraktion zu *Zeichen* ihrer schweren Massen und ersetzbar gegen alle anderen Geschöpfe mit der gleichen schweren Masse, falls einen nur diese an den Geschöpfen interessiert.

Für die analytische wie konstruktive Wissenschaftstheorie freilich, welche die Zeichen stets nur als Artefakte des menschlichen Sprachvermögens aufzufassen wissen, ist die Existenz der Gans wie der Enten als *Zeichen* ihrer schweren Massen durchaus unklar. Sie wissen daher auch nicht, daß der Arbeiter für den Kapitalisten nur als Zeichen kaufbarer Arbeitskraft gilt. Dies scheint ihnen absurd. Und es ist auch die Absurdität, d.h. Sinnwidrigkeit, des realen Kapitalismus. Aber weil sie unter dem Kommando der formal logischen Normen Sinnwidrigkeiten, sogenannte „Widersprüche in der Beifügung", nur als Zeichen von nichts unterstellen, die Realität als widerspruchsfrei betrachten, so kommen sie nicht auf die Vorstellung der *Realität* des Absurden und halten daher die absurde Realität für die normale der „Sozialpartnerschaft". Dies ist ein stringenter Ausweis für die „Modernität" sowohl der analytischen wie der konstruktiven Wissenschaftstheorie.

Sieht man nun nicht vom Forminhalt ab, macht man diesen mithin zum speziellen wissenschaftlichen Gegenstand, so betreibt man Hegelsche „Logik" oder *Dialektik* (wenn man will; dialektische Logik oder logische Dialektik). Die vernünftige Auffassung des wissenschaftstheoretischen oder methodischen Sinns der Dialektik hängt von der Wahrnehmung des Forminhalts ab. Wer diese Wahrnehmung nicht vollzieht — aus welchen Gründen immer —, hat den

methodischen Kern der Dialektik nicht beherrschbar im Griff. (Dies ist natürlich kein Vorwurf — wie man überhaupt nicht „Vorwürfe" erhebt, falls man Philosophie betreibt —, sondern die Feststellung eines Sachverhalts, wie er sich dem Autor darstellt.) Dialektisch zu denken, heißt nicht, hüh und hott zu sagen, oder zum Vergnügen die Welt einmal im Kopfstand zu betrachten. Es heißt, den Forminhalt *wahrzunehmen* und auf der Grundlage dieser Wahrnehmung die theoretische Entwicklung ihres Inhalts vorzunehmen.

Es versteht sich, daß an dieser Stelle keine besondere Entfaltung dieses Inhalts vorgenommen werden kann. Wir beschränken uns auf ein paar Bemerkungen zum Hegelschen Sprachgebrauch, um sodann intensiver die Marxsche Aufnahme der Hegelschen Entdeckung zu diskutieren. Betrachten wir nicht den *Sprach*ausdruck S = O als solchen, sondern den *ontologischen* Inhalt desselben, so haben wir es mit zwei verschiedenartigen, aber gattungsgleichen Gegenständen zu tun, welche der Ausdruck als gleichwertig feststellt. Zur weiteren Präzisierung wäre noch nötig, im Prädikat die Wertart anzuzeigen, von der hier die Rede ist (ob es sich z.B. um eine Länge, eine Dauer, eine träge Masse, einen ökonomischen Wert, einen Preis etc. handelt). Wir könnten etwa „$a =_b c$" schreiben und wüßten dann: Das Subjekt „a" meint einen Gegenstand, der mit dem vom Satzobjekt „c" gemeinten Gegenstand nach der Gattungsart b gleichwertig (größengleich) ist. In der Abstraktion deuteten wir diese Feststellung, indem wir $b(a) \equiv b(c)$ erklärten — und formal logisch gewännen unter Annahme des Abstraktionsprinzips für die abstrakte Gleichheit $=_b(a, c)$: $a =_b c \gg b(a) \equiv b(c)$. Übrigens erklären uns die formalen Logiker, daß man die abstrakte Identität nicht nur als notwendige, sondern auch als hinreichende Bedingung der abstrakten Gleichheit akzeptieren könne, daß also $a =_b c \Leftrightarrow b(a) \equiv b(c)$ gilt. Diese logische Äquivalenz stellen uns dann die Analytizisten als die Definition der Gleichheit vor, wobei sie versichern, damit die *Natur* der Gleichheit im Gegensatz zu den spekulierenden Dialektikern aufklärerisch klar und bestimmt entdeckt zu haben.

Der ontologische Inhalt des Ausdrucks $a =_b c$ wird nun in der Hegelschen philosophischen Fachsprache wie folgt bestimmt: Der ganze Ausdruck stellt das *Wesen* dar (genau genommen, die Wesensart b, was Hegel jedoch nicht sieht). Das Negative am Wesen, „die Negativität des Wesens" (15), ist die *Reflexion*. Das will heißen: der Ausdruck $a =_b c$ ist *nicht nur* ein Ganzes, sondern auch eine gegliederte Totalität von sich gegeneinander unterscheidenden Momenten, nämlich von a und c. Der Gegenstand c *reflektiert* darin das Wesen des Gegenstands a wie umgekehrt dieser das Wesen des Gegenstands c — und *beider* Wesen ist *ein* Wesen (wir argumentieren im Rahmen des Hegelschen Sprachgebrauchs). Die Reflexion oder *Widerspiegelung* ist also immanente Bestimmung des Wesens; es erscheint nicht, wenn nicht in der Reflexion! Gegen ihr Wesen sind die Artverschiedenheiten der Gegenstände a und c *un*wesentlich oder *Schein*. Sie sind dies aber nur, weil sie aufeinander als Glieder derselben Gattung (abstrakt: als Elemente desselben Grundbereichs) bezogen sind, weil sie in dieser Beziehung die Gattung zur Erscheinung bringen und eben darum ihre besondere Art unwesentlich bzw. Schein wird. Indem das Wesen also in sich scheint, d.h. sich vermittels der Gleichwertigkeit seiner Individuen durch die wechselseitige Spiegelung darstellt, kann dies nur gelingen, indem die Artverschiedenheiten der Individuen zum Schein werden. Jeder Beobachter von Gleichheiten spricht dies aus, indem er die Artunterschiede der

15 G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik, Zweiter Teil, a.a.O., S. 5.

gleichen Gegenstände als „unwesentlich" charakterisiert — zumeist nicht wissend, nun gerade eine Kategorie unter anderem auch der Hegelschen „Logik" gebraucht zu haben bzw. der Dialektik überhaupt.

Als wichtige terminologische Bestimmung aus diesem kurzen Exkurs halten wir das Wort „Reflexionsbestimmung", das wir auch durch „Widerspiegelungsbestimmung" ersetzen können, fest: Der Gegenstand c reflektiert das Wesentliche an a et vice versa. Wird dies Wesentliche auf den Begriff gebracht, so wird eine Reflexionsbestimmung angegeben. Z.B. ist *Längeneinheit zu sein* eine Reflexionsbestimmung, die durch wirkliche Längeneinheiten gegen alle Gegenstände von dieser Länge realisiert wird. Ebenso ist *Präsident zu sein* eine Reflexionsbestimmung, die durch wirkliche Präsidenten relativ auf die Präsidierten realisiert wird. (Präsidierte meinen oft, sie seien dies, weil jener Präsident ist. Natürliche Gegenstände dagegen dürften kaum glauben, sie seien lang, weil es das Pariser Urmeter so will — oder gewollt hatte.)

Indem Hegel die Artbestimmtheit des Wesens (die Größenart) nicht in Rechnung stellt, gelten ihm die allgemeinen Eigenschaften aller Wesensbestimmungen (Identität, Widerspruch und Tertium non datur) als Reflexionsbestimmungen. Diese Fixierung ist bei Marx aufgegeben.

Die Wertform

In der ersten Auflage seines „Kapital" macht Marx in einer Anmerkung ganz deutlich, welche historische Beziehung seine Entdeckung der Wert*form* hat, die manchen Leuten im Unterschied zur Wert*substanz* (dem gesellschaftlichen Arbeitsvermögen) und zur Wert*größe* (dem Quantum gesellschaftlichen Arbeitsvermögens) zu enorme Denkschwierigkeiten bereitet. Beim Übergang zur qualitativen Diskussion des Wertausdrucks $w =_v g$ (die Ware w stellt denselben Wert v wie das Geld g dar) notiert er: „Es ist kaum verwunderlich, daß die Ökonomen, ganz unter dem Einfluß stofflicher Interessen, den Formgehalt des relativen Wertausdrucks übersehen haben, wenn vor *Hegel* die Logiker von Profession sogar den Forminhalt der Urteils- und Schlußparadigmen übersahen."(16) Marx konnte nicht ahnen, daß „die Logiker von Profession" dies noch heute tun. Es hat ihn wohl auch nicht sonderlich interessiert. In der zweiten Auflage jedenfalls heißt die entsprechende Anmerkung: „Die wenigen Oekonomen, die sich, wie *S. Baily*, mit der Analyse der Wertform beschäftigt haben, konnten zu keinem Resultat kommen, einmal, weil sie Wertform und Wert verwechseln, zweitens, weil sie, unter dem rohen Einfluß des praktischen Bürgers, von vornherein ausschließlich die quantitative Bestimmtheit ins Auge fassen."(17) Hier ist der Bezug auf Hegel nicht mehr genannt. Und das mag ein Grund sein für den Umstand, daß der Zusammenhang des Marxschen Begriffs der Wertform mit dem Hegelschen Begriff des Inhalts der logischen Form kaum beachtet worden ist. Lenin sah sich daher auch zu dem berühmten Aphorismus veranlaßt: „Man kann das ‚Kapital' von Marx und besonders das I. Kapitel nicht vollständig begreifen, ohne die *ganze* Logik von Hegel durchstudiert und begriffen zu haben. Folglich hat nach einem halben Jahrhundert nicht ein Marxist Marx begriffen!!" (18)

16 K. Marx/F. Engels: Studienausgabe in 4 Bänden, hg. v. I. Fetscher, Bd. II, Politische Ökonomie, Frankfurt/M. 1966, S. 174, Anm. 20.
17 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, Berlin (DDR) 1953, S. 54, Anm. 17.
18 W. I. Lenin: „Konspekt zur ‚Wissenschaft der Logik' ", in: LW Bd. 38, Berlin (DDR) 1968, S. 170.

Was ist das Charakteristische, wenn man das durch „$w_1 =_v w_2$" ausgedrückte Wertverhältnis (einen Austauschakt reflektierend) als Wert*form* bzw. den *Forminhalt* des Wertausdrucks denkt? Es besteht einfach darin, daß die Waren w_1 und w_2 in dieser Bestimmtheit selbst als gegenständliche Darstellungen der Momente der Wertform gefaßt sind. Diese Momente nennt Marx „relative Wertform" und „Äquivalentform". Sie werden sprachlich, wie bereits angedeutet, durch das Satzsubjekt einerseits und das Satzobjekt andererseits ausgedrückt — wohlgemerkt durch diese Satz*glieder*, nicht etwa durch die darin verwendeten *Wörter*! In „$w_1 =_v w_2$" stellt also „w_1" die relative Wertform dar und „w_2" die Äquivalentform. Betrachten wir umgekehrt den Ausdruck „$w_2 =_v w_1$", so drückt nunmehr „w_2" die relative Wertform und „w_1" die Äquivalentform aus. Das besagt: die Momente der Wertform sind invariant gegen den Stellenwechsel der sie darstellenden Waren. Oder: Die Wertform zu denken, schließt die *abstrakte* Betrachtung der Gleichheit aus, heißt, die Gleichheit *konkret* (d.i. in der notwendigen Verschiedenheit ihrer Glieder) aufzufassen. Das Konkrete ist nicht das Abstrakte. Auch wird kein Gegenstand konkret betrachtet, wenn er als Vertreter eines Abstraktum betrachtet wird. Er wird dies nur in der Gattungseinheit mit einem anderen Gegenstand, der darin von ihm zugleich als notwendig artverschieden unterstellt ist! Wenn die analytischen oder konstruktiven Wissenschaftstheoretiker von „konkreten Einzelgegenständen" reden, meinen sie immer Gegenstände als Vertreter von Abstrakta, die Individuen also als Zeichen ihrer Gattungen. Dagegen rebelliert der romantische Protest, weiß aber nicht, daß er *dagegen* rebelliert, sondern ahnt nur etwas von der Vorherrschaft des Allgemeinen über das Individuelle, die er nicht will. So greift er das Allgemeine an — und kapiert wieder nicht, daß er in diesem Angriff *wegen der Reflexion* sich selbst opfert, das heroische Individuum.

Man erkennt natürlich, daß die Feststellung der Wertform methodologisch über die Feststellung der grammatischen Bestimmtheit des Wertausdrucks vermittelt wird: Die relative Wertform wird durch das Satzsubjekt bezeichnet, die Äquivalentform dagegen durch das Satzobjekt. Daher ist auch ganz verständlich, daß der Wechsel der diese Momente der Wertform darstellenden Waren die kategoriale Determination nicht ändert. Es mag nun sein, daß in der Sprachwissenschaft die mit dieser syntaktischen Deutung verbundene durchaus traditionelle grammatische Auffassung in Frage gestellt oder gar nicht mehr geteilt wird. Dann ist vom philosophischen Standpunkt zunächst nichts weiter zu sagen als dies, daß wir die Fixierung des Forminhalts einer gegebenen Ausdrucksform nach dem diskutierten Beispiel unter diesen Voraussetzungen nicht als Leistung der empirischen Grammatik betrachten, sondern als Determination durch die, wie man dann sagen kann, *philosophische Syntax*, einem Teilgebiet der Erkenntnistheorie. Es ist dann die Frage nach dem Zusammenhang der (unterschiedlichen) empirischen Grammatik-Konzepte mit dieser philosophischen Syntax als neues Forschungsproblem zu stellen.

Klar ist jedenfalls, daß das Verständnis der von Marx entdeckten Wertform vom Verständnis des von Hegel entdeckten Forminhalts der generellen wissenschaftlichen Ausdrucksformen abhängt. Und die Möglichkeit solchen Verstehens sich durch Proklamation der „Naturgegebenheit" der formal logischen Ausdrucksbestimmungen nehmen zu lassen, wäre gleichbedeutend damit, die Verkehrung der Aufklärung in die Diktatur der verselbständigten Abstrakta zuzulassen, wäre Harakiri der Philosophie selbst als einer Wissenschaft sui generis. Welcher wirkliche Philosoph könnte dies zugeben?

Es versteht sich in diesem Zusammenhang, daß die Annahme einer philosophischen Syntax im obigen Sinne weder die Grammatik der empirisch konstatierbaren Umgangssprachen noch die formale Logik in Frage stellt oder gar als deren „wahrer" Ersatz auftritt. Die Philosophie, das Begreifen der *Wirklichkeit* der Gattung, ist nicht so dumm, auf irgendwelche Arten eben dieser Gattung zu verzichten. Ihr wirklicher Gegner ist die Unphilosophie, d. h. jene Weltanschauung, welche artspezifische Repräsentationen von Gattungseigenschaften schon für die wirkliche Gattung ausgibt, welche also die *Vorstellung* einer Wirklichkeit für *die* Wirklichkeit hält, welche daher die wirklichen Gegenstände nur insoweit notiert, als sie sich gegen Wertstandards bewähren, also Werte sind. Sowohl die Grammatik wie die formale Logik sind strike Voraussetzungen für die Frage, welchen *Inhalt* die doch von ihnen zuerst erfaßten Ausdrucks*formen* besitzen. Man kann ja nicht nach dem Inhalt einer Form als solcher fragen, wenn man nicht zuvor diese Form schon determiniert hat! Demzufolge richtet sich die philosophische Syntax nicht *gegen* die Grammatik und *gegen* die formale Logik, sondern unterstellt beide und formuliert ein *neues* Problem. Wer auf diese neue Problemstellung verzichtet, kann dies natürlich tun. Wenn er jedoch solchen Verzicht als „aufklärerisch", „rational", „vernünftig", „sinnvoll", „wissenschaftlich legitim" etc. charakterisiert, so befindet er sich auf keinem Standpunkt irgendeiner Wissenschaft, sondern auf dem der Unphilosophie. Wer wirklich verzichtet, soll über das, worauf er verzichtet, schweigen. Solches Verhalten kann durch die Philosophie immer akzeptiert werden.

Die Geschichte des nachrevolutionären oder spätbürgerlichen Denkens ist bezüglich der Auffassung der Hegelschen Entdeckung des Forminhalts der Ausdrucksform der messenden Erkenntnis dadurch charakterisiert, daß es in *keinem* seiner Vertreter Hegels Wahrnehmung aufgenommen und verarbeitet hat. Sie ist schlicht und einfach — bis auf den heutigen Tag — nicht mehr verstanden worden.

Über die Gründe dieser totalen Verständnislosigkeit kann hier nicht weiter diskutiert werden. Es sei allein festgestellt, daß die Rezeption des Begriffs des Forminhalts ausschließlich durch den Marxismus-Leninismus erfolgte. Marx' eigene Aufnahme liegt im Begriff der Wertform vor. Und Lenin notiert in seinem berühmten Fragment ‚Zur Frage der Dialektik' die eigene Rezeption wie bekannt: „Beginnen mit dem Einfachsten, ..., mit einem beliebigen *Satz:* ... Iwan ist ein Mensch ... Schon hierin ist (wie Hegel genial bemerkt hat) *Dialektik:* Einzelnes ist *Allgemeines*. ... Somit sind die Gegensätze (das Einzelne ist dem Allgemeinen entgegengesetzt) identisch: Das Einzelne existiert nicht anders als in dem Zusammenhang, der zum Allgemeinen führt. Das Allgemeine existiert nur im Einzelnen, durch das Einzelne." (19) Es ist diese Aufnahme des Begriffs des Forminhalts genereller Widerspiegelungsformen (und der elementare Satz ist eine solche Form), durch die das methodologische Konzept der materialistischen Dialektik weder für die analytische noch für die konstruktive Wissenschaftstheorie faßbar werden. Sehr wohl aber können umgekehrt beide Konzepte als verselbständigte Abstraktionen auf dem Boden der materialistischen Dialektik verstanden werden.

Bekanntlich stellt nun Marx im „Kapital" die *Entwicklung der Wertform* dar, wobei sein unmittelbares Ziel darin besteht, die Existenz des Geldes im Unterschied von den Waren genetisch zu erklären. Während die analytische Nationalökonomie das Geld einfach als gegebenes Faktum voraus-

19 W. I. Lenin: „Zur Frage der Dialektik", in: LW, Bd. 38, a.a.O., S. 340.

setzt, formuliert Marx in seiner politischen Ökonomie das Problem, das Werden des Daseins von Geld darzustellen. Die Entwicklung der Wertform ist diese Darstellung. Zu ihrem Verständnis ist ausdrücklich hervorzuheben, daß die faktische Existenz des Geldes darin vorausgesetzt ist. Um den Sinn der Marxschen Problemstellung in seiner *philosophsichen* Bedeutung klarer zu erkennen, bemerken wir, daß die *gleiche* Frage mit Bezug auf die in der messenden und rechnenden Naturwissenschaft verwendeten Meßstandards oder Etalons gestellt werden kann. Wenn wir fragen: Wo kommen die physikalischen Grundgrößeneinheiten her? , so stellen wir das Problem der Wertformgenese als Problem der materialistischen Naturdialektik. Alle romantischen Attacken gegen die Unterstellung einer objektiven Dialektik der Natur brechen an dieser Problemstellung zusammen — und können daher nichts anderes als die vornehme Ignoranz gegen die Naturwissenschaft ausbilden. Die methodologische Frage nach der Genesis etwa des Pariser Urmeters ist nur eine andere Art der Marxschen Frage nach der Genesis des Geldes; sie ist aber keine wesensverschiedene Frage. Wo dies dennoch behauptet wird, darf man sicher sein, daß die Behauptenden weder die Marxsche Entdeckung der Wertform verstanden haben noch vernünftige Auskunft über die Genesis unserer Maßeinheiten für Längen, Dauern, Massen, Ladungen, Teilchenanzahlen etc. geben können. Der penetrante Hinweis auf die Gesellschaftlichkeit des Arbeitsvermögens, das durch die ökonomische Wertung determiniert wird, vergißt, daß dieses Vermögen die natürliche Fähigkeit von Individuen einer natürlichen Gattung darstellt, und unterstellt die Natur stets in ihrer *speziellen* Art, Stoff zu sein, als *die* Gattung der Natur! Aber Energien und Impulse sind auch Naturphänomene — wenn auch keine Stoffe.

Die Marxsche Entwicklung der Wertform bildet eine Schrittfolge von drei Entwicklungsstufen, die wir hier nur rekapitulieren:

(A) Einfache Wertform: $w_1 = w_2$;

(B) entfaltete Wertform: $w_1 = w_2 \quad + \quad w_1 = w_3 \quad + \quad w_1 = w_4 + \ldots$;

(C) allgemeine Wertform: $w_2 = w_1 \quad \cdot \quad w_3 = w_1 \quad \cdot \quad w_4 = w_1 \cdot \ldots$.

Mit der allgemeinen Wertform ist w_1 zur ausschließlichen Geldware geworden, also zu jener Ware, die die allgemeine Äquivalentform im Ausschluß gegen alle anderen Waren darstellt. Sie ist darin zugleich von der Darstellung der allgemeinen relativen Wertform ausgeschlossen. Der immanente Widerspruch der Ware hat die Gestalt eines äußeren Gegensatzes zwischen den Waren einerseits und dem Geld andererseits angenommen. Als solcher äußerer Gegensatz liegt er dem mathematischen Zugriff offen: Wir haben einerseits die Warenklasse, andererseits die Werteklasse und können unterstellen, daß jeder Ware genau ein Wert (realisiert in Geldgestalt) zugeordnet ist. Die Entwicklung der Wertform ermöglicht also die Anwendung des mathematischen Funktionsbegriffs, d. h. eine wissenschaftliche Leistung, die im Rahmen der analytischen Methode erfolgt. Es ist natürlich kompletter Unsinn, die Verwendbarkeit des Funktionsbegriffs zu unterstellen, ehe die Umbildung des immanenten Widerspruchs (des wesentlichen Widerspruchs) in den äußeren Gegensatz (den erscheinenden Widerspruch) erfolgt ist. (20)

Bekanntlich erklärt Marx nun: „Die Wertform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produk-

20 Solchen Unsinn verkauft W. Becker auf dem Meinungsmarkt unter dem Titel Kritik der Marxschen Wertlehre" (Hamburg 1972).

tion und damit zugleich historisch charakterisiert wird." (21) In der Wertform, so Marx, haben wir den Ausdruck einer Gesellschaftsformation vor uns, „worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert" (22). Warum ist das der Fall? Weil uns die Wertform über die gegenständlich ausschließende Vorstellung des allgemeinen Äquivalents zeigt, daß die Gesellschaftlichkeit der Arbeit als solche gegen die individuellen Arbeiter und ihre Produkte als eine äußere Sache auftritt — und zwar als ein Gegenstand, der in der Wirklichkeit doch nur eine *besondere Art* der Arbeit darstellt. Natürlich ist die hier gemeinte Gesellschaftlichkeit nicht mehr die bornierter Gemeinwesen, sondern die der universalen Gattung. Die Wertform reflektiert den *Weltmarkt*, aber nicht den Dorfanger einer sich selbst genügenden Dorfgemeinschaft oder den heiligen Hain einer Stammesversammlung. Die Wertform ist also in einem Ausdruck der gesetzten *und* der nicht wirklich bestehenden universalen menschlichen Gattung! Die durch die Wertform widergespiegelte Bürgerlichkeit der ihr zugrunde liegenden Produktionsweise erscheint in dem Umstand, daß das Geld als Wertstandard die anderen Waren von sich ausschließt, d. h. die Existenz *dieser* Arbeitsprodukte als ebensolcher *Standards* negiert. Und das wiederum ist der Fall, weil die Arbeitsprodukte selbst auf der Basis des *Privat*eigentums bzw. *Sonder*eigentums erzeugt werden und einander gegenübertreten.

Die Wertform stellt also die bürgerliche Produktionsweise dar, nicht weil sie überhaupt der Forminhalt eines Wertausdrucks ist, sondern weil sie in der Gestalt w_i=g die Festigkeit der wechselseitigen Exklusion von Ware und Geld reflektiert. Um diesen z. B. für das Sozialismusverständnis entscheidenden Umstand zu erfassen, ist es gut, sich für einen Augenblick die Wertform der physikalischen Erkenntnis, d. i. die allgemeine Form der sogenannten Meßaussage, zu vergegenwärtigen. Hier haben wir anstelle von w_i=g vielmehr die Ausdrucksform $g_i = y \times g_o$ (mit irgendeiner Größe g_i, der entsprechenden Größeneinheit g_o und der — im allgemeinen — reellen Zahl y, einem mathematischen *Wert*). Es ist nun klar, daß g_o für eine aktuell bestimmte Messung eine allgemeine Äquivalentform exklusiv darstellt (oder ist — je nachdem, ob man den Standard oder das meint, was der Standard widerspiegelt bzw. reflektiert). Aber, und dies unterscheidet die physikalische von der bürgerlichen Wertform, es ist ganz klar, daß die Standardisierung prinzipiell von *jeder* Art der zu reflektierenden Gattungseigenschaft übernommen werden kann. Die Exklusion einer Art zum Zwecke der Gattungsdarstellung bleibt daher hier immer ein *Mittel* und wird niemals *Zweck*. (Die Liquidation der Pariser Standards — Urmeter und Urkilogramm — in den sechziger Jahren gibt hierfür auch die gehörige sinnliche Anschauung.) Kein Physiker mißt, um Körper gegen Zollstöcke oder Maßeinheiten der schweren Masse einzutauschen — und diese dann zu horten. Die Gegenstände der Darstellung natürlicher Äquivalentformen werden nicht zu Objekten der Eigentumsgier — aus dem einfachen Grunde, weil natürliche Gattungen nicht privatisierbar sind. Man kann weder Raum noch die Zeit noch die träge Masse stehlen. Man kann aber sehr wohl das menschliche Arbeitsvermögen stehlen — und zwar vermittels des Diebstahls der objektiven Arbeitsbedingungen der Gemeineigentümer, d. h. vermittels der Erzeugung des Privateigentums. Indem die Existenz des Privateigentums identisch mit der Nicht-

21 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, a.a.O., S. 86, Anm. 68.
22 Ebenda, S. 87.

existenz des Gemeineigentums ist, hat die Gesellschaftlichkeit der Arbeit kein anderes gegenständliches Dasein als das Geld, diese Vorstellung ihrer Idealität. Ihr prozessierendes Dasein ist der Austausch — als *Privat*austausch. Und weil die Gesellschaftlichkeit im Privataustausch realisiert wird, so ist das Geld notwendig Ausdruck der wechselseitigen Exklusion der Privateigentümer. Seine Exklusion ist daher nur die Widerspiegelung dieser. Und das ist es, was den bürgerlichen Inhalt der Wertform ausmacht.

Denken wir die Wertform in genereller Sicht, was stellt sie dann dar? Sie ist dann nichts anderes als die Widerspiegelung einer determinierten Proportion der verschiedenen Arten einer Gattung! Sind A und B solche Arten sowie g_o Standard einer Gattungseigenschaft, so mag die Proportion $A:B = n \times g_o : m \times g_o$ oder eine andere gelten, in jedem Fall erhält man $A = \frac{n}{m} B$, d. h. eine Wertform im gewöhnlichen Sinne, die natürlich A = B ist, falls n = m gilt. Das besagt aber, daß Wertformen schlechthin zum Ausdruck bringen, daß Gattungen in der *Proportionalität ihrer Arten* erscheinen. Darin zeugen sie nicht *für* die bürgerliche Natur der Wertform, sondern genau *gegen* sie. Beachtet man, daß jede Proportionalität über die Auswahl von Größeneinheiten zur *verdinglichten* Darstellung der fraglichen Gattungseigenschaft in eine Wertform überführt werden kann, so ist klar, daß die Wertform nicht als solche, sondern unter der speziellen Bedingung des Privateigentums als Voraussetzung der Standardisierung die bourgeoise Natur der Produktionsweise zum Ausdruck bringt. Es gibt einfach keine Gesellschaftsformation, die nicht gezwungen ist, die Mannigfaltigkeit ihrer Produktionsarten so zu ordnen, daß der Gattungsaufwand wenigstens dem Ergebnis entspricht. Indem dies wirklich getan wird, wird die Gattung über die Proportionalität der Produktionszweige zur Erscheinung gebracht und mithin die Wertform konstituiert. Es empfiehlt sich daher, entsprechend dem menschlichen Entwicklungsprozeß qualitativ verschiedene Wertformen zu unterscheiden. Die bürgerliche ist dann jene, worin die Proportionalität der Produktionsarten über den Privataustausch der Privateigentümer hinter dem Rücken der Produzenten hergestellt — und stets erneut hergestellt wird. Die Folge der Wertdetermination läßt sich darin gut als Selektionsvorgang im Sinne der synthetischen Evolutionstheorie verstehen.

Mit Bezug auf die bürgerliche Natur der von Marx entdeckten Wertform halten wir schließlich fest: Selbstverständlich muß jede messende und rechnende Wissenschaft Abstrakta *vergegenständlichen*. Man kann nicht mit einer *gedachten* Länge messen, sondern nur mit einem gegenständlichen Längenmaßstab, d. i. ein realisiertes Abstraktum, ein realisiertes Ideal. Es ist aber für die analytische Methode wesentlich gleichgültig, *welche* Art einer Gattung zur Repräsentation derselben verwendet wird. Die Repräsentantenfunktion ist hier also — im strikten Gegensatz zur bürgerlichen Erscheinungsweise des Werts — gerade nicht ausschließend. Sie kann von jeder Art erfüllt werden. Demnach ist die analytische Abstraktion, statt ein Ausdruck der „Bürgerlichkeit" der rechnenden und messenden Wissenschaft zu sein, vielmehr ein Ausweis *gegen die bürgerliche Schranke der Abstraktion*, d.h. gegen den Ausschluß aller Arten einer Gattung mit Ausnahme einer einzigen hinsichtlich ihrer Fähigkeit, eben diese Gattung vorzustellen. Der Zusammenhang von bürgerlicher Wertform und analytischer Abstraktion ist nur und nur der, daß die wirkliche historische Ausbildung der bürgerlichen Wertform auch die wissenschaftliche Fähigkeit zum Gebrauch der abstrakten Gleichheit erzeugt und bindend macht. Die revolutionäre Potenz der messenden Wissenschaft

besteht hier darin, daß sie mit der in ihr geltenden Repräsentantenunabhängigkeit für die Erkenntnis der Gattungseigenschaften fortlaufend gegen die bürgerliche Reduktion der Gattung auf eine ihrer Arten zeugt. Gegen die bürgerliche *Verselbständigung* der Abstraktion zeigt uns die messende Wissenschaft die *verständige* Abstraktion (nach einem Wort von Marx). Sie ermahnt uns fortlaufend, gegen die fetischisierende Verhimmelung verselbständigter Abstrakta als der „heiligen Ideale" die in der verständigen Abstraktion erzeugten Etalons als das zu verwenden, was sie von Hause aus sind — als *Mittel*, als *Werkzeug* der Reflexion, der Widerspiegelung von Gattungseigenschaften.

Es ist daher romantischer Unfug bzw. der Unfug der Romantik (die nicht notwendig Unfug treiben muß), den Protest gegen die Bürgerlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse dadurch zu artikulieren, daß die Abstraktion überhaupt denunziert wird. Da solche Denunziation unmittelbar die *abstrakte* Erscheinungsweise des Allgemeinen oder der Gattung betrifft, so betrifft sie mittelbar auch das konkrete Allgemeine, d. h. die Gattung als dialektischen Gegensatz ihrer Arten — und *folglich die Gattung überhaupt!* Der romantische Protest gegen die Abstraktion des Allgemeinen, der ja nicht zwischen der verständigen und der verselbständigenden Abstraktion zu unterscheiden vermag, ist mithin niemals etwas anderes als ein irrationaler Angriff auf die Gattung schlechthin. Das ist er natürlich auch, wenn er ideologisch vorgibt, die „wahre Menschlichkeit", den „wahren Sozialismus" etc. herbeizaubern zu wollen. In solcher Draperie wird nichts weiter bewiesen als die absolute Unfähigkeit des romantischen Protests zu *denken*, zu *erkennen*, wogegen er eigentlich rebelliert. Es ist denn auch ganz naturgemäß, wenn er im billigsten Mystizismus verendet.

Schlußbemerkung

Die dargestellte Skizze der wissenschaftstheoretischen Bedeutung der hegelschen Logik überzeugt — so ist zu hoffen — davon, daß Hegels „Wissenschaft der Logik", statt einen abstrakten Gegensatz gegen die formale Logik zu bilden, vielmehr deren Aufhebung auf dem Standpunkt der entwickelten Philosophie darstellt. Es versteht sich, daß diese Aufhebung ihrerseits wieder als Gegenstand des dialektischen Materialismus systematisch aufzuheben ist. Wenn die Richtung dieser Arbeit in der gegebenen Skizze adäquat bestimmt ist, so hat sie ihre Aufgabe erfüllt.

Camilla Warnke

DIALEKTIK UND SYSTEMDENKEN IN DER GESELLSCHAFTSTHEORIE

Erkenntnistheoretische und methodologische Überlegungen

Das Ziel meines Beitrags zu der in dieser Zeitschrift geführten Diskussion zur Bedeutung von Systemtheorie für die Konstitution von Gesellschaftstheorie sehe ich zuvörderst darin, die *erkenntnistheoretischen und methodologischen Aspekte* des Themas deutlich sichtbar zu machen. Damit will ich keineswegs sagen, daß diese Dimension des Themas in den Beiträgen von B. Heidt-

mann, H. Wagner und K. H. Tjaden ausgeklammert worden wäre. Wesentliche, vom Standpunkt der materialistischen Dialektik in bezug auf den Diskussionsgegenstand zu formulierende Fragen wurden in den Beiträgen gestellt und beantwortet. Aber der Zugriff auf diese Dimension erfolgte mehr oder weniger en passant und punktuell, so daß ihre relativ eigenständige und systematische Behandlung eine sinnvolle Ergänzung und Vertiefung der Diskussion darstellen kann. Aber ich halte diese Ergänzung nicht nur für sinnvoll, sondern für schlechthin notwendig, weil die Frage nach der Beziehung von historischem Materialismus und Systemtheorie der Gesellschaft meines Erachtens allein im Rahmen des historischen Materialismus nicht hinreichend beantwortet werden kann. Vom Standpunkt des historischen Materialismus kann nämlich nicht geklärt werden, welcher Art die Begriffe und Methoden der Systemwissenschaften sind, und was sie demzufolge für die Widerspiegelung der objektiven Realität zu leisten vermögen.

Soll diese Frage prinzipiell beantwortet werden, dann ist es unerläßlich, sowohl die Denkweise des historischen Materialismus als auch die Denkweise der Systemtheorie (in welcher Lesart auch immer) erkenntnistheoretisch und methodologisch zu rekonstruieren. Das aber bedeutet nach meiner Auffassung, das allgemeine Problem der Beziehung von *materialistischer Dialektik* und *Systemdenken* (in Sinne der zeitgenössischen Systemwissenschaften) zu untersuchen und zu diskutieren, was eben im Zentrum dieses Beitrags stehen soll.

Dabei will ich an das anknüpfen, was implizite und explizite in der bisherigen Diskussion zu diesem Aspekt des Themas gesagt wurde.

B. Heidtmann nimmt in seinem Beitrag (1) eine Zuordnung des systemtheoretischen Ansatzes zur Konstruktion einer allgemeinen Gesellschaftstheorie (in der Version von Luhmann) zu *abstrakter Arbeit* und *erscheinender* gesellschaftlicher Bewegung einerseits und des historischen Materialismus zu *konkreter Arbeit* und *wirklicher* gesellschaftlicher Bewegung andererseits vor. In diesem Kontext ist das weitergehende erkenntnistheoretische Problem aufzuwerfen — und Heidtmann stellt Überlegungen in dieser Richtung an — ob, inwiefern und warum mittels der auf der materialistischen Dialektik beruhenden Gesellschaftstheorie das *Wesen* gesellschaftlicher Bewegung erfaßt werden kann, und ob, inwiefern und warum der systemtheoretische Zugriff auf gesellschaftliche Bewegung demgegenüber bei der Widerspiegelung ihrer *Erscheinung* verharrt. Die Frage so zu stellen aber heißt, sich der Forderung nach dialektisch-materialistischer Rekonstruktion des Systemdenkens bewußt zu sein.

Daß die Lösung solcher erkenntnistheoretischer Probleme auch für K. H. Tjadens Versuch der Weiterentwicklung des historischen Materialismus bedeutsam ist, geht allein schon aus den von ihm zur Debatte gestellten offenen Fragen hervor, z. B. aus der Frage: „ob eine Einbettung systemtheoretischer Modelle und Methoden in die historisch-materialistische Theorie der Gesellschaft ... zu besserer gesellschaftlicher Erkenntnis verhelfen könnte", und aus der Frage, „auf welchen Gegenstandsbereich historisch-materialistischer Theorie sich eine Einarbeitung von Systemtheorie vor allem beziehen solle". (2) Während diese Fragen des historischen Materialismus vom Standpunkt der erkenntnistheoretischen Dimension des Themas nach meiner Meinung als sinnvolle und richtig gestellte Fragen gelten können, greift eine andere von Tjaden

1 B. Heidtmann, Niklas Luhmann und die Systemtheorie im Lichte der Marxschen Hegel-Kritik. In: SOPO 32 (1975).

2 K. H. Tjaden, Soziologische Systemtheorie als Gegensatz zur Gesellschaftstheorie? In: SOPO 40 (1977), S. 55.

in diesem Kontext aufgeworfene Frage zu kurz. Die Frage danach, „*welche* systemtheoretischen Modelle und Methoden denn in die Gesellschaftslehre einzubetten wären", (3) unterstellt stillschweigend, daß es zwischen den verschiedenen systemtheoretischen Modellen und Methoden erkenntnistheoretische und methodologische Unterschiede in dem Sinne gibt, daß die einen auf dialektisch-materialistischen Voraussetzungen beruhen, die anderen hingegen nicht. Die Frage, ob es derartige Unterschiede überhaupt gibt, oder ob die Systemwissenschaften nicht vielmehr erkenntnistheoretisch ein- und derselben Denkweise zuzuordnen sind, bleibt bei Tjaden unreflektiert; sie ist jedoch zu stellen, wenn man die Gewähr haben will, im Rahmen des historischen Materialismus die Frage nach dem Einsatz systemtheoretischen Instrumentariums sinnvoll formulieren zu können.

H. Wagner schließlich konstatiert unter anderem zu Recht, daß „Luhmann die Grundfrage Materialismus oder Idealismus ignoriert" (4), und er vermutet zwischen diesem Tatbestand und dem Äquivalenzfunktionalismus Luhmanns gewisse Abhängigkeiten. Ob diese Beziehungen indes derart sind, daß das eine aus dem anderen zwingend folgt, d. h. ob die grundkategoriale Verwendung des Funktionsbegriffs eine dialektisch-materialistische Gesellschaftstheorie notwendig ausschließt oder nicht, bleibt unentscheidbar, solange die erkenntnistheoretische Beschaffenheit solcher Begriffe wie „System", „Struktur" und „Funktion" nicht bestimmt worden ist.

Mit den hier folgenden erkenntnistheoretischen und methodologischen Überlegungen zum Thema sollen bestimmte vorläufige Ergebnisse der Arbeit einer Forschungsgruppe zum Gegenstand „Dialektik und Systemdenken" vorgestellt und in die Diskussion dieser Zeitschrift eingebracht werden. (5) Dabei versteht es sich, daß nicht in erster Linie das betont werden wird, in dem wir uns mit den in dieser Zeitschrift getroffenen Einschätzungen einig wissen, sondern vielmehr das, von dem wir glauben, daß es für die Diskussion neue Aspekte des Themas erschließen kann.

Seit den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts ist ein neuer Zweig von Wissenschaften entstanden, dessen wissenschaftliche Vorgehensweise und methodologische Attitüde als „Systemdenken" (auch „Systemforschung", „Systemanalyse", „Systemtheorie" genannt) bezeichnet werden kann. Es wurde unmittelbar durch das Bedürfnis inauguriert, die innere Organisiertheit und Zielorientiertheit des Verhaltens von technischen und biologischen Objekten dem analytischen Zugriff zugänglich zu machen, und in der Folge wurde es sehr rasch zur Lösung auch von Organisationsproblemen in der Gesellschaft in Gebrauch genommen. Mit der Erweiterung des Anwendungsgebietes bildeten sich eine Reihe von spezifischen Systemdisziplinen heraus (wie Operationsforschung, Spieltheorie, Konflikttheorie, um nur einige zu nennen).

Das Systemdenken — das allen diesen Disziplinen gemeinsam ist — kann kurz als der Versuch bezeichnet werden, der traditionellen Maxime: „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile", einen solchen präzisen analytischen Sinn zu geben, daß die *mathematisierte* Darstellung eben dieses

3 Ebenda.

4 H. Wagner, Gesellschaftliche Analysen mit Luhmanns Systemtheorie. In: SOPO 34/35 (1976), S. 41.

5 Marxistische Gesellschaftsdialektik oder „Systemtheorie der Gesellschaft" i. Manuskript. Wird voraussichtlich Ende 1977 im Akademie-Verlag (Berlin/DDR) in der Reihe: „Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte" erscheinen.

Ganzen realisierbar wird. Was L. v. Bertalanffy als Ziel einer Allgemeinen Systemtheorie formuliert: „In ihrer ausgearbeiteten Form wird sie eine logisch-mathematische Disziplin, eine rein formale Theorie sein, die auf verschiedene empirische Wissenschaften anwendbar ist" (6), kann (auch dort, wo ihre Ausdrucksweise noch vorwiegend verbal ist) als Tendenz für alle Disziplinen gelten, die Systeme unter irgendeinem Aspekt zum Thema haben, sei es der Aspekt ihrer Strukturiertheit oder ihrer Funktionalität, ihrer Erhaltungs- und Veränderungsbedingungen gegenüber der Umwelt oder ihrer inneren Organisation.

Dieser Bezug der Systemwissenschaften zur Mathematik deutet bereits darauf hin, daß ihr Gegenstand *abstrakte Objekte* sind. Es wird die allgemeine Eigenschaft empirisch-realer Gegenstände, Systeme zu sein, aus ihrem Kontext mit den anderen Eigenschaften dieser Objekte herausgelöst und für sich betrachtet. Somit kann auch gesagt werden: Die Systemwissenschaften bilden die empirisch realen Objekte abstrakt, weil nur hinsichtlich eines bestimmten Aspekts ab. Das zeigt sich schon in der sprachlichen Struktur ihrer Aussagen. Ihre Subjekte bezeichnen nicht empirisch-reale Dinge, sondern sind immer Ausdrücke für das „abstrakte Ding" System (resp. Struktur, Funktion usw.). Daher sind hier Aussagen, wie die folgenden, typisch: „Es gibt geschlossene und offene Systeme", „Systeme bestehen aus Mengen von Elementen und Relationen". D. h. die Aussagen der Systemwissenschaften zielen darauf ab, die Eigenschaft der Systemhaftigkeit näher zu bestimmen.

Diese allgemeine Charakteristik der Systemwissenschaften, es mit abstrakten Objekten zu tun zu haben, ist zunächst hinreichend, um vom Standpunkt der materialistischen Dialektik den Anspruch zurückzuweisen, daß ihre Begriffe und Methoden den Rang philosophischer Kategorien und den der philosophischen Methode beanspruchen könnten (oder daß das Systemdenken imstande sei, die klassischen weltanschaulichen Fragen zu beantworten). Ein derartiger Versuch kann zunächst ganz allgemein mit denselben Argumenten entkräftet werden wie der, Philosophie als mathesis universalis konstruieren zu wollen. Aber diese Charakteristik reicht noch nicht aus, um den systemwissenschaftlichen Zugang zu den empirisch-realen Objekten in seiner Spezifik zu erfassen.

In einer der frühen Arbeiten zur Bestimmung dessen, was das sich eben als eigenständige Forschungsweise abzeichnende Systemdenken sei, trifft der Psychologe A. Angyal (1941) die in unserem Zusammenhang bemerkenswerte Feststellung: „Eine Relation verlangt einen Aspekt, unter dem die Relation gebildet wird. Zwei Objekte können z. B. mit Bezug auf ihre Farbe, ihre Größe oder ihr Gewicht aufeinander bezogen werden. Daher ist es, ehe man eine Relation feststellen kann, nötig, irgendeinen Gesichtspunkt der Bezugsobjekte auszusondern, der als Basis der Relation dienen kann. Die Eigenschaft der Bezugsobjekte, auf welcher die Relation basiert, ist dabei deren immanente Qualität — wie etwa im Fall der Größe, der Farbe oder des Gewichts. Das Objekt steht auf Grund seiner immanenten Qualitäten in Beziehungen zu einem anderen Objekt ... Die Mitglieder eines Systems dagegen werden nicht auf Grund ihrer immanenten Qualitäten Systemkonstituenten, sondern auf Grund ihrer Verteilung oder Anordnung im System. Das Objekt ist am System nicht beteiligt wegen seiner inhärenten Qualität, sondern wegen seines *Stellen-*

6 L. v. Bertalanffy: General System Theory. New York 1968, S. 36.

werts im System". (7) Und weiter heißt es: „Wenn die einzelnen Objekte a, b, c, d zu einem Aggregat verbunden werden, so sind sie darin als Objekt a, als Objekt b, als Objekt c etc. beteiligt, d. h. als Linien, Abstände, Farbflecken, oder was auch immer sie sein mögen. Wenn jedoch eine Ganzheit durch Verwendung der Objekte a, b, c, d konstituiert wird, so sind die Teile der resultierenden Ganzheit nicht das Objekt a, das Objekt b, das Objekt c etc., sondern $\alpha, \beta, \gamma, \delta$, d. h. die *Stellenwerte der Objekte* a, b, c, d." (8)

Für unsere Bestimmung dessen, was Systemdenken ist, ist hier zunächst Angyals Gedanke von der Existenz der „Stellenwerte" als der eigentlichen Elemente eines Systems von wesentlicher Bedeutung: In der Tat sind diejenigen Systeme, die vom Systemdenken als die gegebenen Objekte seiner Analyse unterstellt werden, nicht etwa die sinnlich-gegenständlich wahrnehmbaren eigenschaftsbestimmten Objekte, sondern die *Wertzusammenhänge*, die sich auf Grund der Stellung solcher eigenschaftsbestimmter Objekte innerhalb realer Organisationen ergeben. Die, wie man mit Angyal durchaus sagen kann, *inhärenten Qualitäten* der isolierbaren Naturgegenstände gehen in Systeme nicht als solche, sondern vielmehr nur als Bedingungen ein, um die Existenz der durch die Systeme selbst bestimmten Stellenwerte zu garantieren.

Behält man diesen Aspekt im Auge — auf den wir später noch einmal zurückkommen werden — dann wird verständlich, welcherart der Erkenntnisgewinn ist, der durch das Systemdenken erzielt wird. Es gestattet, daß qualitativ durchaus verschiedene Ganzheiten (z. B. biologische und technische) durch mathematisch gleichartige Gleichungssysteme repräsentiert werden können. Die Idee der Systemanalyse ergibt sich mit anderen Worten auf Grund der Realisation der Abstraktion von der Verschiedenheit eben jener qualitativen Unterschiede. Zugleich ist einsichtig, daß die Unterscheidung von verschiedenen Typen solcher Gleichungssysteme auch als Unterscheidung von Systemtypen betrachtet werden kann. Damit hat das Systemdenken mit der Erarbeitung einer, wie L. v. Bertalanffy sie nennt, „Allgemeinen Systemtheorie" eine legitime Aufgabe.

Ist einerseits für das Systemdenken also charakteristisch, daß es qualitativ verschiedene Ganzheiten identisch setzt, so andererseits ebenso, und zwangsläufig damit verbunden, daß es qualitativ in sich identische Ganzheiten über eine Vielzahl verschiedener Systemmodelle abbildet. Aus der Sicht der kybernetischen Systemtheorie gilt nach Ashby, daß „jedes materielle Objekt nicht weniger als unendlich viele Variablen und damit von möglichen Systemen enthält". (9) Das jeweils realisierte Systemmodell aber kommt dadurch zustande, daß unter bestimmten Gesichtspunkten bestimmte Beziehungen des empirisch-realen Objekts aus der Gesamtheit der ihm eigentümlichen Beziehungen herausgelöst und für sich dargestellt werden. Mittels des Systemdenkens werden empirisch-reale Ganzheiten somit über eine Menge von Abstraktionen analytisch dargestellt. L. v. Bertalanffy nennt diesen Aspekt des Systemdenkens „Perspektivismus" (10) und N. Luhmann spricht

7 A. Angyal, A Logic of Systems. Auszug aus Kap. 8 von: Foundations for a Science of Personality, Havard U. P., 1941; abgedruckt in: Systems Thinking; hrsg. von F. E. Emery i. d. R. Penguin Modern Management Readings. Harmondsworth 1971, S. 20.
8 Ebenda, S. 26.
9 W. R. Ashby, An Introduction to Cybernetics, London 1975, S. 39.
10 Vgl. L. V. Bertalanffy, General System Theory, a.a.O., S. 247.

von einem dem Systemdenken eigentümlichen „Bezugssystemrelativismus". (11)

Für unser Thema ist dabei von Interesse, wie sich der so beschaffene Systembegriff zu dem von Marx gebrauchten und für die Abbildung des Ganzheitscharakters der Gesellschaft eingesetzten Begriffs der Totalität verhält. Was Ashby für die Kybernetik sagt, kann für Systemdenken schlechthin in Anspruch genommen werden: „Kybernetik betrachtet die Totalität in all ihrer möglichen Vielfalt". (12) Und indem „Totalität" in systemtheoretischer Sicht analytisch als *Vielfalt* aufgefaßt wird, wird sie unter dem Titel der *Komplexität*, d. h. hinsichtlich ihres quantitativen Aspekts gedacht. Das Verhältnis von Komplexität und System aber ist dann notwendig folgendermaßen bestimmt: Wenn Systeme nur jeweils „selektive Leistungen" (13), Aspekte in bezug auf empirisch-reale Ganzheiten darstellen, dann sind sie als reduzierte Komplexität definierbar. Mit Luhmann unterstellt, daß Totalität in systemtheoretischer Sicht als Komplexität bestimmt ist, gilt folgendes: „Totalität wird nicht für Systeme behauptet, sondern nur für das Woraus ihrer Selektivität, Systeme beziehen sich aufs Totale gerade dadurch, daß sie es nicht *sind*, sondern reduzieren". (14)

Der auf Komplexität abgestellte (analytische) Begriff der Ganzheit ist nun keineswegs identisch mit „Totalität" im Marxschen Sinne. In der Theorie von Marx impliziert der Begriff der Totalität zwar durchaus den quantitativen Aspekt der Komplexität, jedoch ist dieser hier dem *qualitativen* untergeordnet.

Wenn ich richtig sehe, verwendet Marx den Totalitätsbegriff vor allem in der Absicht, die ökonomisch bestimmten Strukturverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber den entsprechenden Strukturverhältnissen der vorkapitalistischen Gesellschaften zu spezifizieren, das heißt, um sichtbar zu machen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis — das Kapital — alle gesellschaftlichen Verhältnisse dominiert derart, daß sie qualitativ identisch werden. Die bürgerliche Gesellschaft ist nach Marx Totalität (oder organisches System) deshalb, weil „im vollendeten bürgerlichen System jedes ökonomische Verhältnis das andre in der bürgerlich-ökonomischen Form voraussetzt und so jedes Gesetz zugleich Voraussetzung ist". Und „seine Entwicklung zur Totalität besteht eben (darin), alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen. Es wird so historisch zur Totalität". (15)

Es kann hier weder gründlich noch umfassend auf die Beziehung des Systembegriffs zu dem der Totalität eingegangen werden, so wie Marx ihn verstanden und gebraucht hat, da dessen Untersuchung seitens der marxistischen Philosophie noch aussteht. Wenn L. Althusser mit dem berechtigten Argument, daß Hegels Begriff der Totalität durch die Vorstellung von der Versöhnung der Gegensätze belastet sei, diesen aus dem Begriffsarsenal des historischen Materialismus ausschließen möchte, so macht er zwar deutlich,

11 Vgl. N. Luhmann, Systemtheoretische Argumentationen. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas. In: J. Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Frankfurt/Main 1971, S. 335.
12 W. R. Ashby, An Introduction to Cybernetics, a.a.O., S. 131.
13 Vgl. N. Luhmann, Systemtheoretische Argumentationen, a.a.O., S. 384.
14 Ebenda, Fußnote 146.
15 K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin (DDR) 1953, S. 189.

daß die materialistische Rekonstruktion des hegelschen Totalitätsbegriffs erst noch zu leisten ist. Dennoch halte ich es für voreilig, deswegen zu behaupten, „daß Hegel eine Gesellschaft als *Totalität* denkt, während Marx sie als ein komplexes strukturiertes *Ganzes* mit Dominanz denkt, ... daß man Hegel die Kategorie der Totalität überlassen kann und für Marx die Kategorie des Ganzen beanspruchen sollte." (16)

Abgesehen davon, daß dieser Vorschlag bei Althusser bloße Proklamation bleibt, vermag schon ein flüchtiger Blick auf Hegels Behandlung des traditionellen Ganzheitskonzepts darüber zu belehren, daß Hegel mittels der Kategorien „Totalität" und „Moment" berechtigte Kritik an der mechanizistischen Ganzheitsauffassung vom Standpunkt der Dialektik übt. Die von Hegel in diesem Kontext vorgetragenen Überlegungen, die an Kants zweiter Antinomie der reinen Vernunft ansetzen, sind darauf gerichtet, Ganzheiten hinsichtlich ihrer qualitativen Einheit begrifflich erfaßbar zu machen. Durch die Kantsche Antinomie war ja stringent folgendes aufgewiesen worden: Solange das Denken rein analytisch Ganzes und Teil, als Selbständige gegeneinander fixiert, und ihre Einheit nur eine „gesetzte Beziehung, eine äußerliche Zusammensetzung" bleibt (17), solange in bezug auf das Verhältnis von Ganzem und Teil nur ausgesagt wird, daß sie in *einer* Beziehung jeweils Einfaches (Element) und in einer *anderen* Beziehung jeweils Ganzes (System) sind, ist die von Kant formulierte Antinomie nicht aufzulösen. Das Denken schreitet in diesem Fall am Leitfaden der abwechselnden (bezugssystemabhängigen) Setzung Ganzes oder Teil zu sein, ins schlechte Unendliche fort (18), d. h., die im dialektischen Sinne konkrete, die qualitative Einheit des Ganzen wird auf diesem Wege nicht realisiert.

Es geschieht unter dieser Voraussetzung vielmehr gerade das, was auch für die Sicht des zeitgenössischen Systemdenkens typisch ist: Ganzheit wird analytisch über eine Menge von je bezugssystemabhängigen und gleichberechtigten Perspektiven abgebildet, angesichts derer die Frage nach der qualitativen Identität, nach dem Wesen, nach der Substanz des Gegenstandes gar nicht gestellt werden kann. Das Problem des Wesens stellt sich in dieser Sicht lediglich als eine Frage des Geltens: Wesentlich zu sein ist hier jeweils relativ bestimmt, bezogen auf den das Systemmodell konstituierenden (subjektiven) Gesichtspunkt.

Dem tritt Hegel mit der Auffassung entgegen, daß die „Wahrheit des Verhältnisses" von Ganzem und Teil „in der Vermittlung" bestehe. (19) Der Teil ist nach Hegel als Moment aufzufassen, das heißt als ein Etwas, das in einer seiner Bestimmungen die Qualität des Ganzen an sich hat, und das Ganze ist genau dann als Totalität bestimmt, wenn es in einer seiner Bestimmungen mit der Qualität seiner Teile identisch ist.

Es steht nun meines Erachtens außer allem Zweifel, daß Hegel mit den Kategorien der Totalität und des Moments versucht hat, einen im Sinne der Dialektik konkreten Ganzheitsbegriff zu konstituieren. Denn erst auf der Grundlage, daß dieser doppelt bestimmt ist, kann die von P. Ruben zu recht für einen dialektischen Ganzheitsbegriff in Anspruch genommene Bedingung

16 L. Althusser, Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein? In: SOPO 34/35 (1976).
17 Vgl. G. W. F. Hegel, Wissenschaft der Logik, Zweiter Teil, hrsg. von G. Lasson, Leipzig 1934, S. 143.
18 Vgl. ebenda, S. 144.
19 Vgl. ebenda, S. 142.

realisiert werden: „Eine Ganzheit wird konkret betrachtet, wenn man sie als Verbindung von Gleichartigkeit und Verschiedenartigkeit betrachtet." (20)

Es dürfte nach den hier vorgetragenen Überlegungen einleuchten, daß Marx gute Gründe hatte, daß hegelsche Totalitätskonzept in methodischen Gebrauch zu nehmen. Marx war es ja nicht in erster Linie darum zu tun, im Sinne des analytischen Zugriffs und im Vorzeichen der Feststellung, „es gibt", den bereits vor ihm von den bürgerlichen Ökonomen aufgedeckten Zusammenhängen der kapitalistischen Gesellschaft unbewertet weitere hinzuzufügen, sondern es ging ihm darum, die Substanz, das Wesen oder das allgemeine Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise zu erkennen. Dazu benötigte er ein Ganzheitskonzept, nach dem die Einheit der Gesellschaft als konkrete, qualitativ bestimmte, widersprüchliche Einheit gedacht werden konnte.

Die Analyse eines bisher unbekannten, kürzlich erstmalig gedruckten Textes von Karl Marx mag anschaulich dokumentieren, wie Marx diese konkrete Einheit untersucht. (21)

Marx geht davon aus, „daß das Geldsystem eine hohe Entwicklung und größere Scheidung und Trennung der Klassen voraussetzt, als das Fehlen des Geldsystems, d. vorgeldlichen Gesellschaftsstufen". (22) Aber auf der Ebene der Zirkulation, in der Beziehung, in der sich die Individuen als consumers und dealers, als über das Geld vermittelte, nach dem Gesetz der Äquivalenz Austauschende verhalten, wird dieser widersprüchliche Charakter des Ganzen als solcher, die Scheidung der Gesellschaft in Klassen nicht sichtbar. Hier erscheint die kapitalistische Gesellschaft vielmehr als eine Ganzheit, die ausschließlich auf der Gleichartigkeit der Individuen beruht, als ein System, das sich aus qualitativ gleichartigen Elementen konstituiert. „In der Form von Geld, von Gold, Silber oder Noten sieht man es allerdings dem Einkommen nicht mehr an, daß es dem Individuum nur als einer bestimmten Klasse zugehörig, als einem Klassenindividuum zukommt ... Die Vergoldung oder Versilberung verwischt den Klassencharakter und übertüncht ihn." (23) Und diese qualitative Gleichheit der Individuen ist kein bloßer Schein, sondern eine tatsächlich existierende, sofern nur das Bezugssystem die Sphäre der kapitalistischen Waren- und Geldzirkulation (in Abstraktion von der Sphäre der Produktion) ist. Es fällt also im Akt des Austauschs „der besondre Charakter des in Geld verwandelten Einkommens weg" (24), das heißt vom Standpunkt der Zirkulation verschwinden die qualitativen Unterschiede des Ganzen als qualitative. Nichtsdestoweniger setzt sich auch auf der Grundlage des die Zirkulation regierenden Gesetzes der Gleichheit die qualitative Ungleichheit der Klassen durch; sie erscheint aber jetzt in der Form ungleichartiger Maßverhältnisse, in der Form der Ungleichheit in bezug auf die „Quantität des zur Disposition stehnden Geldes". (25)

Das skizzierte Marxsche Vorgehen erbringt für unser Thema verallgemeinert folgendes. Es wird von Marx 1. vorausgesetzt, daß die zu analysierende

20 P. Ruben, Die materialistische Dialektik und ihre Grundgesetze. In: Gesetz, Erkenntnis, Handeln. Berlin 1972, S. 149.
21 Es handelt sich um ein Manuskript, das 1851 entstand, den Titel „Reflection" trägt und in der Einheit 5/1977 erstmals veröffentlicht wurde.
22 Ebenda, S. 525.
23 Ebenda.
24 Ebenda.
25 Ebenda.

Ganzheit eine solche ist, die wesentlich auf der Verschiedenartigkeit ihrer „Teile" beruht, und daß es eben diese Verschiedenartigkeit ist, die ihre qualitative Bestimmtheit ausmacht. Es wird jedoch von Marx außerdem vorausgesetzt, daß diese Feststellung der qualitativen Verschiedenartigkeit nicht ausreicht, um die Ganzheit zu bestimmen.

Dazu ist 2. vielmehr erforderlich, die qualitativ Verschiedenartigen als Einheit zu fassen. Dies geschieht mittels der Fixierung derjenigen Eigenschaften, in bezug auf die sie Gleichartigkeit aufweisen, hinsichtlich derer sie qualitativ identisch sind. Damit ist gleichzeitig unterstellt, daß in den „Teilen" des Ganzen selbst die Einheit von Gleichartigkeit und Ungleichartigkeit realisiert ist, oder daß sie Momente im Sinne Hegels sind.

Auf der Grundlage der zunächst für sich festgehaltenen gegensätzlichen Bestimmungen der qualitativen Ungleichartigkeit und qualitativen Gleichartigkeit tut Marx dann den 3. Schritt. Er vermittelt die Bestimmung der Gleichartigkeit mit der der Ungleichartigkeit zum Widerspruch derart, daß er letztere als die Dominante der von ihm untersuchten Ganzheit ausweist: Die qualitative Verschiedenartigkeit erscheint jetzt — vermittelt über die qualitative Identität — als *quantitativer* Unterschied.

Wie verhält sich nun das zeitgenössische Systemdenken zu diesem Dreierschritt der Marxschen dialektischen Ganzheitsanalyse? Es setzt gemäß seinem Charakter als abstrakt-analytisches Denken notwendig an jenem Punkt an, der hier als der 2. Schritt der Marxschen Analyse ausgewiesen wurde: Es beruht auf der Realisation der Abstraktion von den qualitativen Unterschieden und reflektiert diese mittels des mathematischen Instrumentariums in Form der quantitativen Vorstellung von Proportionalitäten. (So wird beispielsweise von Luhmann mittels des Begriffs der Komplexität qualitativ Verschiedenartiges identisch gesetzt, vergleichbar gemacht und quantitativ unterscheidbar.)

Aus dieser erkenntnistheoretischen Lokalisierung des zeitgenössischen Systemdenkens folgt meines Erachtens, daß der dialektisch gefaßte und der systemtheoretisch gefaßte Ganzheitsbegriff weder miteinander identisch noch miteinander unverträglich sind. Letzterer kann vom Standpunkt der Dialektik als der abstrakte, einseitig auf die Bestimmung der qualitativen Gleichartigkeit reduzierte Begriff der Ganzheit bezeichnet werden, oder im Systemdenken findet die Dialektik von Teil und Ganzem ihren analytischen Ausdruck. Indirekt bestätigt Luhmann, wenn er — wie schon zitiert — schreibt: „Systeme beziehen sich aufs Totale gerade dadurch, daß sie es nicht sind, sondern reduzieren". Unverträglichkeit tritt erst dann ein, wenn — wie von Luhmann — darüber hinaus noch proklamiert wird, daß die Existenzweise objektiv-realer Ganzheiten immer nur System in diesem abstrakten Sinne sein könne: „Systeme selbst sind immer schon selektive Leistungen, Aspekte von Weltzuständen, deren Selektivität die Wissenschaft mit ihren analytischen Kategorien nur nachzeichnet, nicht begründet. Der Analytik von Wissenschaft kommt mithin entgegen, ... daß selbst faktische Systeme der physischen, organischen, psychischen oder sozialen Realität keine konkreten Totalitäten sind." (26)

Der ontologischen Wendung des Systemdenkens, die Luhmann hier vollzieht, kann vom Standpunkt der materialistischen Dialektik nicht zugestimmt werden. Sie zu akzeptieren, würde zur Selbstauflösung der Dialektik führen, da sie unter dieser Voraussetzung eben auf das verzichten würde, was ihre

26 N. Luhmann, Systemtheoretische Argumentationen, a.a.O., S. 384.

methodische Bestimmtheit ausmacht: auf den im hegelschen Sinne konkreten Begriff.

Das möchte ich umso nachdrücklicher betonen, als die Identifizierung des abstrakt-analytischen Systembegriffs mit dem dialektisch aufgefaßten Ganzheitsbegriff auch in Publikationen marxistischer Autoren vorgenommen wurde und wird.

Eine Forderung wie die, die systemtheoretischen Grundbegriffe (beispielsweise System und Struktur) in das Arsenal der Kategorien der materialistischen Dialektik aufzunehmen, halte ich für ebenso unannehmbar wie die erst jüngst geäußerte Auffassung, daß die mathematische Spieltheorie als eine „problemorientierte Sprache zum Sprechen und Denken über dialektische Widersprüche vorgestellt" werden könne. (27) Derartigen Auffassungen liegt m. E. nicht nur ein bemerkenswert flacher Begriff von Dialektik zugrunde (ein Begriff von Dialektik, dem beispielsweise jede Darstellung einer physikalischen Wechselwirkung schon als begriffener Widerspruch gilt!), sondern auch eine bemerkenswerte Bewußtlosigkeit in erkenntnistheoretischer Hinsicht. Es wird hier die Aufgabe der erkenntnistheoretischen Rekonstruktion des Systemdenkens weder gesehen, geschweige denn gelöst.

Mit Blauberg und Judin ist gegen die unreflektierte Gleichsetzung von Dialektik und Systemdenken geltend zu machen: „Selbstverständlich müssen die Vertreter des dialektischen Materialismus die System- und Strukturforschung ausgehend von den Grundprinzipien der marxistisch-leninistischen Philosophie interpretieren und alle Versuche, diese Forschung als eine ‚neue', ‚moderne' Art von Philosophie auszugeben, einer prinzipiellen Kritik unterziehen." (28) Es ist mit anderen Worten nachzuweisen, daß alle derartigen Versuche auf einer Verwechslung von Philosophie und Wissenschaft, der Dialektik mit ihrem analytischen Ausdruck beruhen, und daß, sofern die das Systemdenken leitenden Begriffe und Methoden als philosophische Kategorien und Methoden ausgegeben werden, ein Typ von Philosophie entsteht, der — gemäß seiner Herkunft — notwendig undialektisch ist.

Wenn die hier vorgetragenen Überlegungen zur Beziehung von Dialektik und Systemdenken richtig sind, dann ist aber auch der romantische Protest gegen alles, was „System" heißt, die ultralinke Phrase abzulehnen, die glaubt, zwischen beiden absolute Unverträglichkeit konstatieren zu müssen. Mit der Behauptung, daß, wenn die Dialektik ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär sei und daher als Methode geeignet, die Gesellschaft in ihrer Entwicklung und revolutionären Veränderung adäquat zu erfassen, wird die Systemtheorie nicht als mathematisch-analytische Wissenschaft, sondern als Weltanschauung unterstellt. Das aber ist sie ihrem Charakter nach ebensowenig wie die Mathematik, und ebenso wie diese ist sie daher philosophisch zu begründen. Unter dieser Voraussetzung aber gilt, daß das system-theoretische Instrumentarium sowohl im Rahmen kritisch-revolutionärer als auch konservativer, den gegebenen status quo verteidigender Gesellschaftstheorie eingesetzt werden kann. Und sofern Systemdenken als allgemeine System-

27 Vgl. R. Thiel, Mathematik – Sprache – Dialektik. Berlin 1975, S. 219. Vgl. zum Verhältnis von Dialektik und Spieltheorie, P. Ruben, Strategisches Ziel und dialektischer Widerspruch. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin (DDR), 1970, H. 11.

28 J. W. Blauberg/E.G. Judin, Philosophische Probleme der System- und Strukturforschung. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge Heft 10, 1970, S. 1062.

theorie auftritt, gilt auch — so meine These — daß sie einsetzbar ist; um allgemeine gesellschaftliche Zusammenhänge zu fixieren, womit sie für die weitere Entwicklung des historischen Materialismus fruchtbar gemacht werden könnte.

Mit dieser These wird zunächst nur behauptet, daß man auf der Grundlage dialektischer Gesellschaftsauffassung mit systemtheoretischen Begriffen und Methoden sinnvoll arbeiten kann; es ist mit ihr noch nichts darüber ausgesagt, welcherart die gesellschaftlichen Zusammenhänge sind, auf die sie Anwendung finden kann. Wir wissen bisher nur dies: Ihrer abstrakten Allgemeinheit und ihres Bezugssystemrelativismus wegen vermag die systemwissenschaftliche Denkweise keine Kriterien vorzugeben, die von ihr fixierten Zusammenhänge hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit bewerten zu können.

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, den Gültigkeitsbereich des Systemdenkens im Sinne der zeitgenössischen Systemwissenschaften im Rahmen historisch-materialistischer Gesellschaftstheorie zu ermitteln. Dazu werde ich den vom Thema scheinbar zunächst wegführenden Weg einschlagen, zu zeigen, welcher Typ von Philosophie und Weltanschauung zwangsläufig entsteht, wenn man — wie Luhmann — Begriffe und Methoden des Systemdenkens philosophisch-grundkategorial verwendet. Danach wird anhand der ökonomischen Theorie von Marx geprüft werden, ob diesen philosophischen Aussagen ein irgendgearteter Bereich ökonomischer Wirklichkeit korrespondiert. Und ich werde meinen Vorschlag zur Lokalisation des Gültigkeitsbereich von Systemdenken vorstellen. Auf dieser Grundlage soll schließlich die in dieser Zeitschrift von allen an der Diskussion Beteiligten erörterte Frage debattiert werden, inwiefern gesamtgesellschaftliche Theorie auf der Grundlage von Systemtheorie falsches Bewußtsein und inwiefern sie adäquate Widerspiegelung verkehrter Verhältnisse ist.

Ich möchte nochmals betonen, daß ich unterscheide zwischen dem Systemdenken in Gestalt der mathematisch-analytischen systemwissenschaftlichen Disziplinen, die per se weltanschaulich neutral sind, und andererseits der Hypostasierung dieser systemtheoretischen Begriffe und Methoden zu philosophischen. Diese Unterscheidung ist erforderlich, da der Anspruch, systemtheoretische Gesellschaftstheorie schaffen zu wollen — um den die Diskussion hier geführt wird — nicht systemwissenschaftlicher sondern *philosophischer* Natur ist. Bei diesem Vorhaben spielen die Begriffe des Systems, der Struktur, der Funktion in bezug auf die zu konstituierende Gesellschaftstheorie die gleiche Rolle wie die Kategorien der materialistischen Dialektik hinsichtlich des historischen Materialismus. Sie liefern das philosophisch-weltanschauliche Fundament für die Gesellschaftstheorie.

Dieses Fundament bloßzulegen und seine Implikationen und Konsequenzen zu zeigen, wird uns dadurch erleichtert, daß uns H. Rombach in sozusagen kategorialer und methodischer Reinheit einen Typ von Philosophie vorführt, der auf den Begriffen „Funktion", „Relation" und „Struktur" beruht, und den er „Strukturontologie" (29) oder „Ontologie des Funktionalismus" (30) nennt. Der Sinn dieser Philosophie besteht nach Rombach darin, den zeitgenössischen Wissenschaften, die nach seiner Meinung ihrer Tendenz

29 Vgl. H. Rombach, Strukturontologie. Eine Phänomenologie der Freiheit. Freiburg/München 1971.

30 Vgl. H. Rombach, Substanz, System, Struktur. Die Ontologie des Funktionalismus und der philosophische Hintergrund der modernen Wissenschaft. Bd. I, II. Freiburg/München, 1965-66.

nach durchweg funktionalistisch orientiert sind, zu ihrer adäquaten philosophischen Begründung zu verhelfen. Zum Grundbegriff dieser Philosophie erklärt er daher den der Funktion. Funktion aber ist definiert als „Unselbständigkeit", „Angelegtheit auf Anderes", „Sein im Anderen". Und das Ziel einer Ontologie des Funktionalismus müsse darin bestehen, die sogenannte traditionelle „Substanzenontologie" zu überwinden. Diese unterstelle die Dinge als Substanzen, d. h. als Seiendes, das für sich zu bestehen vermag. (31) Zum Typ der Substanzontologie zählt Rombach daher jede Philosophie, die von einer wie auch immer aufgefaßten Gegenständlichkeit ihren Ausgang nimmt. Unter diese Charakteristik fällt natürlich auch jeder Materialismus. Rombachs Aussage lautet somit: Die empirisch vorgefundenen Dinge sind in Wahrheit nichts als Funktionen, nichts als ihre jeweilige Äußerung im jeweiligen Zusammenhang. Etwas ist nur das, was es zu bewirken imstande ist. Damit aber wird die Wirklichkeit auf reine Wirkungsfähigkeit reduziert. Rombachs Vorgehen besteht mit anderen Worten darin, daß er das *Verhalten* von dem sich verhaltenden Gegenstand abtrennt, indem er eben diesen Gegenstand in eine Gesamtheit von Verhaltensweisen auflöst, und so jegliche Substantialität als Schein erklärt. Unter der Voraussetzung dieser philosophischen Operation aber wird die Frage nach einem eigenständigen Wesen der Dinge, das sich in der Vielfalt ihrer Beziehungen identisch erhält, gegenstandslos.

Unschwer erkennen wir hier jenen „Bezugssystemrelativismus" oder „Perspektivismus" wieder, von dem bereits weiter oben die Rede war, nur daß er uns im Kontext der weltanschaulich neutralen Systemwissenschaften als legitimer Zugriff auf die empirisch-realen Objekte entgegentrat, während er nun in seiner philosophischen Überhöhung als unzulässige Reduktion des Widerspruchs von Gegenstand und Verhalten auf nur eine seiner Seiten zu gelten hat. Was den Systemwissenschaften recht ist: den Gegenstand nicht als Substanz vorauszusetzen, sondern seine Verhaltensformen zum Gegenstand der Analyse zu machen (also von einem abstrakten Objekt auszugehen) ist der Philosophie noch lange nicht billig. Vom Standpunkt der materialistischen Dialektik jedenfalls kann das Problem nicht so gestellt werden, wie Ashby es für die Kybernetik stellt: Die Frage sei nicht, „was ein Ding ist", sondern „was es tut"; (32) ebensowenig jedoch wird die materialistische Dialektik das, „was ein Ding ist"; in Unabhängigkeit von seinem Verhalten bestimmen. (33)

„Substanzenontologie" und „Strukturontologie" müssen daher aus dem Blickwinkel der materialistischen Dialektik als gleichermaßen undialektische und einseitige, einander abstrakt negierende philosophische Positionen aufgefaßt werden.

Rombachs philosophische Position ist bei genauerem Hinsehen die der Phänomenologie. Und im Untertitel seiner „Strukturontologie" weist er sie

31 Vgl. H. Rombach, Substanz, System, Struktur. Bd. I., a.a.O., S. 11-13.

32 W. R. Ashby, An Introduction to Cybernetics, a.a.O., S. 1.

33 Ich möchte in diesem Zusammenhang auf P. Marwedel, Funktionalismus und Herrschaft – Die Entwicklung eines Theorie-Konzepts von Malinowski zu Luhmann, Köln 1976, aufmerksam machen. Im Abschnitt: Die System/Umwelt-Theorie von N. Luhmann als Produkt von Abstraktionsprozessen und individueller Primärerfahrung, S. 266 ff., findet sich eine vom Standpunkt der materialistischen Dialektik m. E. ausgezeichnete erkenntnistheoretische Analyse der Theoriebildung und Methodik der Systemwissenschaften. Auch Marwedel vertritt die These, daß im Systemdenken das Verhalten von seinem Gegenstand getrennt und diesem gegenüber einseitig fixiert wird. S. 271 ff.

auch als solche aus. Wenn nämlich Funktion als „Angelegtheit auf Anderes" definiert wird, die traditionelle philosophische Bestimmung für die Erscheinung aber Sein-für-Anderes ist, dann ist die Funktion als Erscheinung bestimmt. Und wenn nun jegliche Gegenständlichkeit und Substantialität als bloßer Schein zu gelten hat, hinter dem sich als das eigentlich Seiende die in Relationen sich offenbarenden Funktionen verbergen, dann löst sich jegliche Wirklichkeit notwendig in pure Erscheinung auf.

Diese enge Beziehung zwischen hypostasiertem Funktionsbegriff und phänomenologischer Position findet sich übrigens — und zwar ganz bewußt — auch bei Luhmann. Wenn dieser schreibt: „Der Funktionalismus macht sich, von der Philosophie seit langem dazu angeregt, auf den Weg, alle Substanzen in Funktionen aufzulösen" (34), dann ist die in diesem Kontext gemeinte Philosophie zweifellos die Transzendentale Phänomenologie, so wie sie von E. Husserl begründet wurde. Immer dann nämlich, wenn Luhmann seinen systemtheoretischen Ansatz zur Gesellschaftstheorie begründen und philosophisch legitimieren will, greift er auf Husserls Vorgaben zurück. (35)

Rombach konzipiert seine „Ontologie des Funktionalismus" nun ausdrücklich als Gegenentwurf zu Hegels Philosophie. Und der Stein des Anstoßes ist natürlich jene „gehaltvolle Restauration" des Substanzbegriffs der Metaphysik des 17. Jahrhunderts, die Marx als eine der positiven Leistungen Hegels hervorgehoben hat. Rombachs Angriff richtet sich damit bei näherem Hinsehen gegen Hegels Philosophie genau in den Aspekten, worin diese dialektisch ist. Denn worin besteht diese „gehaltvolle Restauration"?

Die Metaphysik des 17. Jahrhunderts hatte unter dem Titel der Substanz das Wesen der Dinge als Wesen an sich, als abstraktes Wesen — d. h. als Wesen getrennt von seinem Sein-für-Anderes, seinem Erscheinen — aufgefaßt, resp. Substanz ist hier der Ausdruck dafür, daß Gegenständlichkeit als vorgängiges Sein unterstellt und als unabhängig vom Verhalten gedacht wird.

Diese Position wird — wie H. Bergmann und P. Ruben im Hinblick auf unser Thema gezeigt haben (36) — im Denken der Aufklärung kritisiert. Hier wird eine Subjektivierung des Substanzbegriffs vorgenommen: „Substanz" sei nicht Ausdruck für etwas objektiv Reales, sondern bloßer Name; sinnvoll sei es nur, einerseits vom „Subjekt", andererseits vom „Körper" zu sprechen (Hobbes). Die Substanz gehört jedoch als Vorstellung dem Denken an. Denken aber sei ein Verhalten, die bloße Äußerung eines Dings, nicht selbst ein Ding. Auch in dieser Konzeption wird also die Trennung von Gegenständlichkeit und Verhalten (von Wesen und Erscheinung) unterstellt, und letzteres wird gegenüber der Gegenständlichkeit fixiert und verabsolutiert. Aber indem die Substanz der Subjektivität zugeschlagen wird, kommt gleichzeitig etwas Neues in Sicht: die Bestimmung des Denkens als aktiver Tätigkeit.

Auf der Grundlage dieser Vorgaben und in Kritik der Einseitigkeit beider Standpunkte gewinnt Hegel die dialektische Grundfigur seiner Philosophie.

34 N. Luhmann, Soziologische Aufklärung. In: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Köln-Opladen, 1970, S. 72.

35 Diese Abhängigkeit Luhmanns von Husserls Transzendentaler Phänomenologie hat L. Eley, Transzendentale Phänomenologie und Systemtheorie der Gesellschaft, Freiburg i. Br., 1972, nachgewiesen.

36 H. Bergmann/P. Ruben, Dialektik und Systemdenken in der französischen Aufklärung i. Manuskript. Dieser Aufsatz wird in: Dialektik und Systemdenken – historische Aspekte Ende 1977 im Akademie-Verlag in der Reihe: Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte erscheinen.

Die Wahrheit des An-sich-Seins und des Seins-für-Anderes, der abstrakt aufgefaßten Gegenständlichkeit und des abstrakt aufgefaßten Verhaltens, des abstrakt aufgefaßten Wesens und der abstrakt aufgefaßten Erscheinung, ist ihr An-und-für-sich-Sein: die über das Verhalten mit sich vermittelte Gegenständlichkeit, das über sein Erscheinen mit sich vermittelte Wesen.

Als An-und-für-sich-Sein also gewinnt Hegel den Substanzbegriff zurück, und er unterstellt damit, daß dasjenige, was in Wahrheit einzig für sich zu bestehen vermag, Gegenständlichkeit in untrennbarer und widersprüchlicher Einheit mit dem Verhalten sei.

Hegels spezifisch idealistisch Fassung dieser Formel besteht bekanntlich darin, daß er Gegenständlichkeit als Vergegenständlichung auffaßt und Objektivität letztlich als Objektivierung der Idee. Dafür wird er von Marx kritisiert. Aber gleichzeitig ist in dieser Formel erstmalig das allgemeine Gattungswesen des Menschen (seine dialektisch aufgefaßte Substantialität) auf den Begriff gebracht, indem es nämlich als dessen Selbstentwicklung im Wege der tätigen Aneignung vorausgesetzter Objekte bestimmt wird. Marx' Fortbildung des hegelschen Ansatzes aber besteht darin, dem Verhalten der Gattung materialistisch die vom Menschen unabhängige Natur vorauszusetzen, daß heißt Objektivierung im vollen Ernst als Objektivität zu denken, womit das Verhalten der Gattung wesentlich als materiell-gegenständliche Tätigkeit, als Produktion zu denken ist. In der in dieser Weise materialistisch umgestülpten Formel aber verbirgt sich das für bürgerliches Denken so schwer verständliche Geheimnis der materialistischen Dialektik. Wenn irgend zutrifft, daß der Gegenstand der Philosophie letztlich die Selbsterkenntnis und Selbstkritik der Gattung ist, und wenn zutrifft, daß die Bedingung für die Existenz und Selbstentwicklung der Gattung sowohl ihre Einheit mit als auch ihr Gegensatz zur vorausgesetzten Natur ist, wenn also das Wesen der Gattung selbst dieser reale Widerspruch ist, dann muß er auch als Grundlage philosophischen Denkens vorausgesetzt werden.

Dieser kurze philosophiehistorische Exkurs mag deutlich machen, daß die von K. H. Tjaden gegen Habermas und Luhmann vorgetragenen Argumente tatsächlich den Kern der Differenz zwischen marxistisch- und rein systemtheoretisch fundierter Gesellschaftstheorie namhaft machen. (37) Während der historische Materialismus — indem für ihn die Produktion die Wesensbestimmung der Gattung ist — Gesellschaft als Produktionsweise und Gesellschaftsentwicklung stets auf der Grundlage der Auseinandersetzung der Gesellschaft mit der Natur denkt, wird in den systemtheoretischen Ansätzen zu gesellschaftlicher Evolutionstheorie vom Naturverhältnis der Gesellschaft abstrahiert. Evolution erscheint hier als rein *inner*gesellschaftlicher Vorgang, das heißt als eine Bewegung, die zwischen zwei Polen verläuft: den sinnkonstituierenden Handlungen der Subjekte und den Systemen, in denen sich diese objektivieren.

In seinem Modell sozialer Evolutionen will Habermas zwar — wie K. H. Tjaden richtig bemerkt — „die außergesellschaftliche Welt, in der die gesellschaftliche sich konstituiert, als vorgeschichtliche Vorbedingung des sog. soziokulturellen Evolutionsniveaus begreifen", aber nachdem dieses Niveau erst einmal erreicht ist, handelt es sich nach Habermas um „ausschließlich soziale

37 Vgl. K. H. Tjaden, Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte, Überlegungen zu einer gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklungstheorie. In: Das Argument, 101, 1977.

Evolution". (38) Und bei Luhmann nimmt diese Reduktion die Gestalt an, daß für ihn „die außergesellschaftliche Welt" als außergeschichtliche Randbedingung der sinnkonstituierenden Systembildung gilt. (39)

Mit K. H. Tjaden sei hier betont: „Die historisch-materialistisch Theorie geht demgegenüber davon aus, daß die vor- und außergesellschaftliche Natur tatsächliche und andauernde Bedingung der gesellschaftlichen Lebensweise der Menschen ist, welche somit weder als voraussetzungslos noch als unabhängige soziokulturelle Evolution von der Evolution jener Bedingungen abgetrennt werden kann. Gesellschaftliche Entwicklung ist Entwicklung derjenigen Systeme sozialer Aktivität, die auf der naturrevolutionären Entgegensetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur beruhen und den problematischen materiellen Austausch zwischen diesen beiden Naturmomenten bewerkstelligen." (40)

Tjaden gibt hier zwei Bestimmungen für das Verhältnis Gesellschaft/Natur an: Er kennzeichnet es zum einen als Gegensatz und unter dem Titel des materiellen Austausch zum anderen als Einheit. Damit bestimmt er es aber als Widerspruch. Wenn Luhmann hingegen die Beziehung vom System und Umwelt als Innen/Außen-Differenz auffaßt, reduziert er den Widerspruch auf den abstrakten Gegensatz. Darauf hat P. Marwedel hingewiesen. „Während System/Umwelt-Beziehung Kontext ist, ist ein Innen/Außen-Verhältnis Entgegensetzung und mit ihr das System/Umwelt-Verhältnis als objektiv-reale, im Prozeß tatsächlich vorgehende Wechselwirkung nicht mehr faßbar. Mit dem Übergang von den System/Umwelt-Beziehungen ... zur abstrakten Innen/Außen-Differenz wird der reale Zusammenhang aufgehoben. In dieser Relation sind die Beziehungen tendentiell als Gegensatz gefaßt. Die realen Wechselwirkungen sind in Innen und Außen aufgespalten, polarisiert. Der sich im System/Umwelt-Verhältnis gegenseitig entwickelnde Zusammenhang wird einerseits auf den geordneten Zusammenhang im Innern des Systems und andererseits auf das Äußere Nicht-Gegliederte verschoben. Zwischen Innen und Außen gibt es keine sich gegenseitig entwickelnde Vermittlung." (41)

Daß diese Fixierung auf innergesellschaftliche Bezüge die notwendige Konsequenz des hypostasierten funktional-strukturellen Ansatzes ist, wollen wir nochmals mit Rombach zeigen. Rombach legt folgenden Gegenentwurf zu Hegels Modell für die Selbstentwicklung der Gattung vor. Die Entwicklung verläuft nicht vom Ansich zum Anundfürsich, und ihre Selbstvermittlung erfolgt nicht über das Sein-für-Anderes. Vielmehr ist das Sein-für-Anderes (das als Funktion resp. Erscheinung bestimmt ist) der ontologische Ausgangspunkt der Bewegung und das Ansich (das als Struktur bestimmt ist) der Endpunkt der Bewegung. Das An-und-für-sich-Sein aber ist nichts weiter als die

38 Vgl. ebenda, S. 14.
39 Vgl. ebenda, S. 15.
40 Ebenda, S. 16.
41 P. Marwedel, Funktionalismus und Herrschaft, a.a.O., S. 268. Ähnlich äußert sich auch H. Holzer: „Was Luhmann ... nicht leistet, ja worauf er bewußt verzichtet, ist: die Sinnkonstitution gesellschaftlicher Systeme und deren Umweltbezug zu mindest abstrakt als in sich verschränkte, theoretisch-praktische Aneignungsprozesse zu fassen, die die lebensnotwendige Organisation des Stoffwechsels ‚Mensch-Natur' ausmachen. Das hat zur Folge ... daß Luhmann zum einen zu einer formalen Bestimmung von Sinn und Umwelt, zum anderen zu einer Hypostasierung der Sinnfragen kommt." Kapitalismus als Abstraktum? Makrosoziologische Systemtheorie in der amerikanischen und westdeutschen Soziologie, i. Manuskript.

den Anfang mit dem Ende vermittelnde Bewegung. (42) Mit dieser Figur bestimmt Rombach die Existenzweise der Gattung als eine Bewegung, in der die auf bloß bezugssystemrelatives Verhalten reduzierten (das heißt die im Sinne von Angyal als bloße Stellenwerte im System definierten) Subjekte die gesellschaftlichen Strukturen ebenso hervorbringen, wie sie selbst von ihnen determiniert sind. Vorausgesetzt, daß unter dem Titel des Ansich traditionell „Gegenständlichkeit", „Objektivität" verstanden wird — und Rombach setzt die traditionellen Bedeutungen ja voraus — dann lautet seine Aussage: Jede Gegenständlichkeit, Objektivität (qua Struktur) kommt nur zustande im Wege der Vergegenständlichung und Objektivierung von Subjektivem; das aber heißt, es gibt für Rombach kein Ansich, keinerlei Gegenständlichkeit, die die Bedingung der Subjekt-Unabhängigkeit, die die Bedingung der Materialität erfüllt. Und da Rombach darüber hinaus den Vorgang der wechselseitigen Bestimmung von Funktion und Struktur, von Subjekt und Objekt hermetisch in sich abschließt, indem er diese unter dem Titel des Anundfürsich für das ganze der Bewegung ausgibt, bestimmt er den Selbstentwicklungsprozeß der Gattung — wie Luhmann und Habermas auch — als ein auf letztlich *inner*gesellschaftliche Beziehungen reduziertes Geschehen.

Wir greifen nun nochmals die von K. H. Tjaden aufgeworfene Frage auf: „Zu fragen wäre ..., auf welchen Gegenstandsbereich historisch-materialistischer Theorie sich eine Einarbeitung von Systemtheorie ... beziehen solle." Und als Antwort auf diese Frage stelle ich die These zur Diskussion: Sie ist im Kontext marxistischer Gesellschaftstheorie auf Grund der ihr eigentümlichen Abstraktheit geeignet, die die Zirkulationssphäre der Gesellschaft regierenden Gesetze zu erfassen.

Wenn die Einbettung systemtheoretischer Begriffe und Methoden in den historischen Materialismus und somit ihre erkenntnistheoretische, dialektisch-materialistische Rekonstruktion hingegen nicht erfolgt, und wenn Hand in Hand damit unterstellt wird, daß das Systemdenken hinreichend sei, die gesellschaftliche Existenzweise der Gattung überhaupt auf den Begriff zu bringen, dann wird die so konstituierte Gesellschaftstheorie notwendig ideologisch. Die ideologische Verkehrung aber besteht darin, daß in diesem Falle die Sphäre der Zirkulation, die Austauschverhältnisse und die sie regierenden Gesetze nicht als die *Erscheinung* von *Produktions*verhältnissen gelten, sondern notwendig für das gesellschaftliche Ganze einstehen. Jetzt handelt es sich mit anderen Worten nicht mehr einfach darum, daß die Zirkulation hinsichtlich ihrer Eigenschaft erfaßt werden soll, eine relativ in sich abgeschlossene Sphäre zu repräsentieren, deren inneres Struktur- und Bewegungsgesetz mittels des systemtheoretischen Instrumentariums abzubilden ist, sondern darum, daß der adäquate Begriff für die Einheit der Gesellschaft überhaupt ausschließlich an der Zirkulationssphäre festgemacht wird, das heißt, daß die Erkenntnis gesellschaftlicher Ganzheitlichkeit bereits auf dieser Stufe abgeschlossen wird.

Die ideologische Verkehrung rein systemtheoretisch konstituierter Gesellschaftstheorie besteht also kurz darin, daß die Zirkulation vom Standpunkt der Zirkulation reflektiert wird, womit sich Systemtheorie der Gesellschaft als nichts weiter denn als moderne Variante des Grundschemas bürgerlicher Gesellschaftstheorie überhaupt repräsentiert.

Die behauptete Korrespondenz von Systemtheorie der Gesellschaft mit den Verhältnissen der Zirkulation soll hier anhand von Marx' Analysen der

42 Vgl. H. Rombach, Strukturontologie, a.a.O., S. 176.

Zirkulationssphäre aufgewiesen werden. Denn wenn gezeigt werden kann, daß die Verhältnisse der Zirkulation (und nur die der Zirkulation) dem systemtheoretischen Begriff von Gesellschaft entsprechen, dann darf vermutet werden, daß der Gültigkeitsbereich von Systemtheorie im Kontext von Gesellschaftstheorie eben die Zirkulationssphäre der Gesellschaft ist. Dieser wollen wir uns nun zuwenden.

1. Marx stellt ausdrücklich fest, daß sich bereits in der Zirkulation die „Totalität des gesellschaftlichen Prozesses" darstellt, daß sie eine „Form" sei, worin „das Ganze der gesellschaftlichen Bewegung selbst" erscheint. Er hält sie „als erste Totalität unter den ökonomischen Kategorien (für) gut, um dies zur Anschauung zu bringen". (43) In der Kategorie der Zirkulation wird nämlich der Austausch nicht als die „bloße Summe aller Wechselbeziehungen der Warenbesitzer" (44), als unendliche linear-kausale Abfolge von Kauf- und Verkaufsakten reflektiert. Nur auf den „ersten Blick betrachtet, erscheint die Zirkulation als ein *schlecht unendlicher Prozeß* ... Aber genauer betrachtet bietet sie noch andre Phänomene dar; die Phänomene des Zusammenschließens oder der Rückkehr des Ausgangspunkts in sich". (45) Die Kategorie der Zirkulation bezeichnet nach Marx damit einen Typ von gesellschaftlicher Bewegung, nach dem diese, formal gesehen, kreisförmig verläuft, damit hermetisch in sich abgeschlossen ist, und die — obwohl sie die linear-kausale Bewegung der einzelnen Tauschakte zu ihrer Grundlage hat — diesen gegenüber einen Bewegungstyp darstellt, der von eigenständigen Gesetzen regiert wird, der sich nicht auf kausal-lineare Bewegung reduzieren läßt. Somit charakterisiert Marx die Zirkulation hinsichtlich ihrer Einheit als System, und zwar als ein in sich abgeschlossenes System.

2. Mit der Kategorie der Zirkulation wird die Einheit der Gesellschaft reflektiert, so wie sie sich als über den Austausch vermittelte darstellt. Daher gehen in den realen Kontext der Zirkulation (und ihren Begriff) die den Austausch vollziehenden Individuen und die in ihm veräußerten und angeeigneten Gegenstände nur insoweit ein, als sie die Tauschrelation realisieren: als *abstrakte* Individuen also und als *abstrakte* Gegenstände, als durch ihren Tauschwert definierte Waren. Diese Bestimmung der Zirkulation impliziert zugleich folgendes. Wenn es die Tauschrelation ist, die die Individuen und die Gegenstände ihrer Bedürfnisbefriedigung miteinander vermittelt, erscheint die Tauschbeziehung auch als das den Momenten gemeinsame übergeordnete Gesetz. Die sinnlich-gegenständlichen Individuen und Objekte gehen in die Tauschrelation nicht als solche, sondern vielmehr nur als Bedingungen ein, um die Existenz der durch die Tauschrelation selbst bestimmten Stellenwerte zu garantieren, um die vorausgesetzten, verselbständigten *Wertzusammenhänge* (den „objektiven Inhalt" des kapitalistischen Systems, die „Verwertung des Werts") (46) zu realisieren.

Genau durch diese Reduktion der sinnlich-empirischen Gegenstände auf abstrakte Inhaber von Stellenwerten in vorausgesetzten Relationsgefügen aber kennzeichnete Angyal — wie wir sehen — das moderne Systemdenken. Und Rombachs Ontologie des Funktionalismus stellt, indem in ihr die sinnlich-empirischen Dinge in relationsabhängige, von Relationen bestimmte

43 K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a.a.O., S. 111.
44 Vgl. K. Marx, Das Kapital 1. Bd. In: K. Marx/F. Engels, Werke Bd. 23, Berlin 1962, S. 179.
45 K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a.a.O., S. 111 f.
46 Vgl. K. Marx, Das Kapital 1. Bd., a.a.O., S. 167.

Funktionen verwandelt werden, in geradezu kategorialer Reinheit die für die kapitalistische Zirkulation gültigen Verhältnisse vor.

3. Wird nun die Reflektion des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs ausschließlich an der Zirkulation festgemacht, dann ist es unvermeidlich, daß der mit dem Begriff der Zirkulation gegebene Systemabschluß auch als a priori voraussetzende ontologische Bestimmtheit von Gesellschaft überhaupt unterstellt, daß ihre Bewegung als rein innergesellschaftlicher Vorgang definiert wird. Und auf dieser Grundlage erschöpft sich die Aufgabe von Gesellschaftstheorie dann in der theoretischen Rekonstruktion der Vermittlung der Tätigkeit der gesellschaftlichen Subjekte mit gesellschaftlicher Objektivität, wobei letztere als aufgeklärt gilt, wenn sie auf *Intersubjektivität* zurückgeführt wird.

Diese Erklärungsweise von Gesellschaft bleibt aber in jenem Zirkel befangen, den Marx, wie folgt, treffend charakterisiert hat: „Sosehr nun das Ganze dieser Bewegung als gesellschaftlicher Prozeß erscheint, und sosehr die einzelnen Momente dieser Bewegung vom bewußten Willen und besonderen Zwecken der Individuen ausgehn, sosehr erscheint die Totalität des Prozesses als ein objektiver Zusammenhang, der naturwüchsig entsteht; zwar aus dem Aufeinanderwirken der bewußten Individuen hervorgeht, aber weder in ihrem Bewußtsein liegt, noch als Ganzes unter sie subsumiert wird. Ihr eignes Aufeinanderstoßen produziert ihnen eine über ihnen stehnde, *fremde* gesellschaftliche Macht; ihre Wechselwirkung als von ihnen unabhängiger Prozeß und Gewalt".(47)

Der Schein von „Naturwüchsigkeit", von dem Marx hier spricht, kann nun mit der Berufung auf Intersubjektivität in keiner Weise aufgelöst werden. Denn was bedeutet im Kontext und vom Standpunkt der Zirkulation „objektiv"? Es bedeutet hier genau das, was es im traditionellen philosophischen Sprachgebrauch bezeichnet: „unabhängig vom einzelnen Subjekt und seinem Bewußtsein". (48) Und in diesem Sinne wird „objektiv" zu Recht auch von Marx anläßlich der Analyse der Zirkulation verwendet. Wenn „objektiv" das bezeichnet, was *nicht* subjektiv ist, also einen Ausdruck darstellt, der seinen Gegensatz (subjektiv) aus sich ausgeschlossen hat, dann kann mit ihm adäquat die reale Verselbständigung des Wertverhältnisses gegenüber den Subjekten erfaßt werden. „Objektiv" ist aber relativ auf den Begriff des Subjektiven gebildet; letzterer schließt daher ersteren nicht nur aus, sondern setzt ihn gleichzeitig voraus, und zwar als seinen abstrakten Gegensatz: „subjektiv" bedeutet traditionell „vom einzelnen Subjekt und seinem Bewußtsein abhängig, durch das Subjekt bestimmt, von ihm bedingt". (49) Und Marx verwendet diesen abstrakten (jede objektive Bestimmtheit des Individuums eliminierenden) Subjektbegriff, um die reale Reduktion der Individuen in der Zirkulation auf die Eigenschaft, wertbestimmt zu sein, auszudrücken.

Da, wie sich zeigt, den Begriffen des gesellschaftlich Objektiven und des gesellschaftlich Subjektiven gleichermaßen die Abstraktion des Wertes zugrundeliegt, können sie in dieser abstrakten Identität aufeinander bezogen und miteinander gleichgesetzt werden. Das heißt, Objektivität ist in näherer Bestimmung durchaus korrekt als Intersubjektivität aufzufassen, wobei

47 K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a.a.O., S. 111.
48 Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von G. Klaus u. M. Buhr, Leipzig 1974, S. 885.
49 Ebenda, S. 1189.

Intersubjektivität jedoch nichts weiter bezeichnen kann, als *das wertbestimmte Verhalten der Gesamtheit der Individuen.*

An dieser Stelle ist für Marx der Erklärungswert der Kategorien des Objektiven und des Subjektiven aber notwendig erschöpft. Da mit ihnen die Existenz des Wertes nicht rekonstruiert werden kann, weil er sowohl im Begriff des Objektiven als auch des Subjektiven implizite vorausgesetz ist, und auch die gedankliche Bewegung, die das Objektive mit dem Subjektiven vermittelt, im Rahmen dieser Voraussetzung verbleibt, erscheint im Lichte der Subjekt-Objekt-Beziehung die Verselbständigung der Wertverhältnisse gegenüber den Individuen, die für die kapitalistische Gesellschaft charakteristisch ist, als unaufhebbares naturwüchsiges Faktum. (50)

Marx führt die Verhältnisse der Zirkulation, kurz gesagt, in die der Produktion zurück, rekonstruiert von den Verhältnissen der Produktion her die Verhältnisse der Zirkulation (51), die sich in dieser Sicht als „das Phänomen eines hinter ihr vorgehenden Prozesses" erweisen (52), als der Sphäre der *Erscheinung* zugehörig, für die unter der Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise mit Hegel gilt, „daß die an und für sich seiende Welt die *verkehrte* der erscheinenden ist". (53)

Die die Austauschverhältnisse der Produktion bestimmende *Ungleichheit* (in bezug auf das Eigentum an Produktionsmitteln) *erscheint* nämlich unter den Austauschverhältnissen der Zirkulation nicht als solche, sondern im Vorzeichen der *Gleichheit* als — wie wir sahen — über das Gesetz des äquivalenten Austauschs vermitteltes quantitatives Verhältnis. Der Übergang von den Verhältnissen der Zirkulation zu denen der Produktion erfordert daher in methodischer Sicht den Übergang vom abstrakten Systemdenken zur Dialektik, von einer Ganzheitsvorstellung von Gesellschaft, in der ihre Identität in Abstraktion von ihrer Ungleichheit gedacht wird, zu einer Ganzheitsvorstellung, in der diese Identität unter der Voraussetzung der Ungleichheit reflektiert und erst von dieser Position her rekonstruiert wird.

4. Indem Marx die Zirkulation in ihren „Grund", in die Produktion zurückführt, vertieft er die Bestimmung der Objektivität der gesellschaftlichen Verhältnisse zu der ihrer Materialität, das heißt, er führt die objektiven verselbständigten Wertverhältnisse der kapitalistischen Zirkulation in ihren Ursprung zurück, weist ihre Existenz als historisch notwendig aus und entkleidet sie gleichzeitig ihres Scheins von Naturwüchsigkeit. Nachdem wir die

50 Soweit ich bisher die ökonomischen Texte von Marx geprüft habe, verwendet Marx den Terminus „objektiv" dann, wenn er die Zirkulationssphäre untersucht. Im Zusammenhang mit der Produktion treten für die hier gemeinte Objektivität Termini wie „materiell-gegenständlich" auf.

51 Wie Marx diesen Übergang in die Produktion im Zusammenhang mit der Ableitung des Kapitals methodisch vollzieht, ist für die Beziehung von abstrakt-analytischem und dialektischem Denken höchst aufschlußreich und bedarf einer eigenen Analyse. Diese habe ich in folgendem Artikel zu leisten versucht: C. Warnke, Zum Verhältnis von Dialektik und Systemdenken in der Gesellschaftserkenntnis, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, H. 7, 1977.

52 Vgl. K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a.a.O., S. 166.

53 G. W. F. Hegel, Wissenschaft der Logik, zweiter Teil, a.a.O., S. 134. Der konstatierbare Zusammenhang zwischen den Kategorien der Zirkulation und der philosophischen Kategorie der Erscheinung einerseits, den Kategorien der Produktion und der philosophischen Kategorie des Wesens andererseits muß hier ausgeklammert werden. Der Versuch der Darstellung dieses Zusammenhangs findet sich in: Marxistische Gesellschaftsdialektik oder „Systemtheorie der Gesellschaft"? , a.a. O., in den Beiträgen von B. Heidtmann und C. Warnke.

für die Zirkulation gültige Subjekt-Objekt-Beziehung dargestellt haben, läßt sich nun folgendes zeigen. Wird diese materialistische Rekonstruktion gesellschaftlicher Objektivität nicht geleistet, bleibt die Gesellschaftstheorie dem Rahmen der Subjekt-Objekt-Beziehung verhaftet, dann sind idealistische Konsequenzen unausweichlich.

In der Subjekt-Objekt-Beziehung, so wie sie sich vom Standpunkt der Zirkulation darstellt, schließt im Sinne analytischen Denkens die Bestimmung der Objektivität die der Subjektivität aus sich aus und umgekehrt. Subjekte aber, die kein Moment des Objektiven an sich haben, sind notwendig auf reines Verhalten reduziert (sie sind Funktion im Sinne vom Rombach!), und Objekte, aus denen das Moment ihrer Subjektivität eleminiert ist, repräsentieren eine Vorstellung von Gegenständlichkeit, in der vom Moment ihres Verhaltens abstrahiert ist. (54) Auf der Grundlage dieser Vorgaben und der Vorstellung, daß der gesellschaftliche Zusammenhang die Vermittlung dieser Pole ist, kann die Objektivität der gesellschaftlichen Verhältnisse nur unter dem Titel der Verdinglichung, der *Objektivierung* von gesellschaftlicher Subjektivität gedacht werden. Damit ist jedoch das Objektive, das zunächst als dasjenige definiert worden war, was unabhängig vom einzelnen Subjekt und seinem Bewußtsein existiert, als letztlich ideell und nicht materiell bestimmt. Denn wenn das Objektive Produkt der vom Subjekt geleisteten Objektivierung ist, das Subjektive aber in seiner analytischen Trennung vom Objektiven (d. h. vom Nicht-Bewußtsein) einseitig das Moment des Bewußtseins repräsentiert, dann ist das Objektive — als von der Subjektivität hervorgebracht vorgestellt — selbst ideell.

Exakt dieser Denkfigur begegnen wir in systemtheoretischen Gesellschaftsmodellen. So tritt die auf das Verhalten reduzierte Subjektivität bei Luhmann unter dem Titel der Sinnbildung oder Sinnkonstitution auf, die nach Husserls Modell in Trennung von objektiver Gegenständlichkeit als rein intentionaler Akt aufgefaßt wird. Das Korrelat von Sinnbildung auf der Objektseite ist System, „*sinnhaft* identifiziertes System" (55), womit „System" als Objektivierung der auf Sinnbildung reduzierten gesellschaftlichen Subjektivität bestimmt wird.

Der hier versuchte Zugriff, um die Korrespondenz von Systemtheorie der Gesellschaft und der der Zirkulation eigentümlichen Kategorienwelt aufzuhellen, muß höchst unvollständig bleiben. Wenn ich ihn dennoch unternommen habe, so in der Absicht, eine Arbeitshypothese vorzustellen, auf deren Grundlage — wie ich vermute — Systemtheorie der Gesellschaft vom Standpunkt der Dialektik erkenntnistheoretisch und methodologisch rekonstruiert werden kann. Soweit ich sehe, läßt sich alle bisher von marxistischer Seite vorgetragene Kritik an rein systemtheoretisch fundierter Gesellschaftstheorie mühelos mit dieser Arbeitshypothese vereinbaren.

54 Beim materialistisch verstandenen Begriff der Produktion erfolgt in bezug auf keines seiner Momente die Trennung von Subjektivität und Objektivität, Verhalten und Gegenständlichkeit. Hier ist die Tätigkeit des Subjekts als gegenständliche Tätigkeit bestimmt, und die dieser Tätigkeit vorausgesetzte materielle Natur *verhält* sich, indem *gegen* sie als gegen einen autonomen Partner im realen Widerstreit die Reproduktion der eigenen Existenzbedingungen immer erst und erneut durchzusetzen ist. Ja, was in diesem Verhältnis jeweils Subjekt und Objekt ist, entscheidet sich erst in diesem Widerstreit.

55 Vgl. N. Luhmann, Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse, in: Habermas/N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, a.a.O., S. 11.

Um mich nur auf die in dieser Zeitschrift geführte Diskussion zu beziehen: Wenn B. Heidtmann Luhmanns Sinnbegriff und die Grundidee des Äquivalenzfunktionalismus mit der Kategorie der abstrakten Arbeit zusammenbringt, so entspricht diese Aussage jener Eigentümlichkeit der Zirkulation, die hier unter Punkt 2 dargestellt wurde. Wenn K. H. Tjaden den Akzent darauf legt, historisch-materialistische Gesellschaftstheorie an den Begriff der materialistisch aufgefaßten Produktion zu binden, so geht es ihm genau darum, die hier unter Punkt 3 mit den Kategorien der Zirkulation notwendig verbundenen theoretischen Restriktionen zu kritisieren. Und wenn schließlich H. Wagner auf den geheimen Idealismus von Luhmanns Theorie aufmerksam macht, so läßt sich dieser erkenntnistheoretisch und methodologisch auf die in Punkt 4 dargestellte, die Zirkulation regierenden Subjekt-Objekt-Beziehungen zurückführen.

Sollte dieser Artikel dazu beitragen können, aus methodologisch-erkenntnistheoretischer Perspektive zu einer vertieften Sicht der aktuellen Entwicklungsprobleme des historischen Materialismus anzuregen, dann hat er seinen Zweck erfüllt.

Thomas Waldhubel, Silke Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation)

TECHNISCHER FORTSCHRITT, ENTWICKLUNG DER PERSÖNLICHKEIT UND MARXISTISCHE THEORIE (2)

Antwort auf W. Wotschack (SOPO 37/38)* Fortsetzung von Teil 1 (SOPO 40)

IV. Die heutige Aufgabe: Anwendung des Marxschen Verfahrens

Die Bedeutung der Entwicklung individueller Fähigkeiten für die Teilnahme am politischen Kampf zur Beseitigung „der Herrschaft des Produkts über die Produzenten" (67), damit die „Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen" (68) können, erschließt sich auch rückblickend von den Anforderungen und Möglichkeiten der Individuen her, wie sie die „planmäßige bewußte Organisation" (69) der gesellschaftlichen Produktion erfordert und bedingt. Die gesellschaftliche Aktivität der Teilnahme an der Leitung und Planung der gesellschaftlichen Prozesse im Sozialismus „zeichnet sich durch freies, bewußtes, aus innerem Antrieb resultierendes, auf den gesellschaft-

* W. Wotschack: Automation, Gesellschaftliche Verhältnisse und Persönlichkeit. Zur Kritik eines Beitrages von T. Waldhubel und S. Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation), in: SOPO 37/38 (Dezember 1976), S. 117-137. Seitenangaben in Schrägstrichen beziehen sich auf diesen Beitrag.

67 MEW 20, S. 264.

68 Ebd.

69 Ebd.

lichen Fortschritt gerichtetes Handeln aus ... Jeder gesellschaftlichen Aktivität wohnt ein bestimmtes Maß an Bewußtsein, an Kenntnis und Voraussicht gesellschaftlicher Fernwirkung inne". (70) Erfordert nicht die gesellschaftliche Aktivität zur Überwindung der Verhältnisse herrschender Privatmächte ähnliche Fähigkeiten bei den Individuen? Und setzt andererseits nicht gerade der Kapitalismus der Herausbildung solcher Fähigkeiten enge Grenzen, indem die von den Menschen verursachten und geschaffenen Dinge zu Mächten über die Menschen werden? Wie können Fähigkeiten und Haltungen, die gesellschaftliches, planendes und organisierendes Handeln ermöglichen, entstehen, wenn die Produktionsverhältnisse die Produzenten unter die Herrschaft „fremder Mächte" zwingen? Bedeutet die Herausbildung kämpferischer Persönlichkeiten unter diesen Bedingungen nicht, daß die Entfaltung gesellschaftlicher Aktivität gerade die durch die zu überwindenden Verhältnisse gesetzten Grenzen überwinden und Zukünftiges realisieren muß?

Wie ist eine solch widersprüchliche Anforderung überhaupt erfüllbar? Auf welche Art können die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisenden Persönlichkeitsmomente der gesellschaftlichen Aktivität entwickelt werden, wo ist der Ort dieser Entwicklung, wie können diese Umwälzungsfermente auf der individuellen Ebene empirisch erforscht werden?

Innerhalb der materialistischen Geschichtsauffassung wird der menschlichen Arbeit die zentrale Rolle für die Entwicklung der Menschheit überhaupt beigemessen (71). Innerhalb der adäquaten Theorie vom Individuum wird die gesellschaftliche Arbeit als materielle Grundlage der Herausbildung menschlicher Fähigkeiten angesehen. Der Untersuchungsort ist damit bestimmt, die Stätte der Arbeitstätigkeit ist aufzusuchen (72). Untersuchung der konkreten Arbeitstätigkeit des einzelnen Individuums! Findet nun die Arbeit nicht immer auch schon in gesellschaftlichen Verhältnissen statt und ist notwendiger Bestandteil der Reproduktion dieser Verhältnisse? Erneut wirft der Gegenstand, die Arbeitstätigkeit in gesellschaftlichen Verhältnissen, das Problem der bestimmten Negation auf: welches ist die zukunftsträchtige Perspektive in der individuellen Arbeit und der dazu erforderlichen Fähigkeiten etc. einer gesellschaftlichen Produktion, wie sie als widersprüchliche Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß bestimmt ist? Woher ist diese Perspektive zu gewinnen?

Bei der Lösung dieser Probleme kommt dem Forscher eine historische Besonderheit zu Hilfe und schafft neue Möglichkeiten des Erkenntnisgewinns. Schuf der Kapitalismus die materiellen Voraussetzungen für eine von der Herrschaft der Dinge und Menschen über Menschen befreiten Gesellschaft, so existieren mit den verschiedenen Ländern der sozialistischen Staatenwelt unterschiedlich entwickelte Beispiele dieser zukünftigen, den Kapitalismus ablö-

70 H. Jetzschmann, Probleme der gesellschaftlichen Aktivität der Arbeiterklasse in der materiellen Produktion, in: Dt. Z. f. Ph., 22. Jahrgang 1974, Heft 2, S. 149.

71 Vgl. hierzu Teil III. Marxens Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten des Individuums.

72 Die Entwicklung der notwendigen Fähigkeiten kämpferischer Persönlichkeiten findet statt, nachdem sie sich gewerkschaftlich und politisch organisiert haben, könnte ein Einwand lauten. Die hier interessierende Frage lautet aber, wie kommt jemand zum Kampf bzw. zur Einsicht in seine Notwendigkeit? Diese Frage ist nicht für einzelne bereits Kämpfende zu beantworten, sondern es gilt, die Bedingungen herauszustellen, die alle Produzenten potentiell zur Teilnahme am politischen Kampf führen können. Diese alle betreffenden Bedingungen finden sich in der Arbeit.

senden Gesellschaft. Die Diskussion um den Aufweis der Realisierungsmöglichkeiten der Zielvorstellung „Sozialistische Persönlichkeit" in diesen Ländern muß selbst wiederum diese Zielvorstellung als eine in der Wirklichkeit selbst begründete Entwicklungsperspektive auf eine materielle Grundlage stellen. Wie also stellt sich der Zusammenhang von Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung in den sozialistischen Ländern dar?

„Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen" (73). Erfordern die neuartigen Produktionsverhältnisse des Sozialismus zu ihrer Ausfüllung nicht dementsprechend eine neuartige Produktionsweise? Bei dem DDR-Historiker Wolfgang Jonas findet sich der Hinweis, daß die alten vom Kapitalismus übernommenen Produktivkräfte zu Widersprüchen führen, die mit Macht zur Lösung durch Revolutionierung der Produktivkräfte drängen (74). „So entspringen zum Beispiel der Fließbandfertigung teilweise gesetzmäßige Wirkungen, die zwar dem kapitalistischen Profitstreben voll entsprechen, aber unserer sozialistisch-kommunistischen Zielstellung und dem Wesen unserer Produktionsverhältnisse entgegengesetzt sind" (75). Dieser Widerspruch zwischen den sozialen Verhältnissen und der Art der Produktion sei durch die Revolutionierung der Produktivkräfte, „durch die Automatisierung von Routineprozessen" (76), zu lösen. „So, wie mit der Industriellen Revolution des Kapitalismus sich eine Gesamtrevolution der Struktur und Dynamik der Produktivkräfte vollzog, bahnt sich eine solche auch mit der wissenschaftlich-technischen Revolution des Sozialismus-Kommunismus an" (77). Ausgehend von der Bestimmung der Automation als adäquate sozialistische Produktionsweise wurde in dem Beitrag „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und individuelle Emanzipation" skizziert, auf welche Art in den veränderten Arbeitstätigkeiten Fähigkeiten, Kenntnisse und Haltungen erforderlich werden, die es den Produzenten ermöglichen, gesellschaftlich zu denken und zu handeln, sich zu sozialistischen Persönlichkeiten zu entfalten.

Rückblickend kann die dabei vollzogene Abstraktion von den Produktionsverhältnissen aus methodischen Überlegungen heraus als doppelt gerechtfertigt und notwendig erkannt werden, eine Abstraktion, die uns von W. als Vernachlässigung der „Entwicklung der Produktionsverhältnisse" /134/ angekreidet wird und zu einer Position des „technologischen Determinismus" /130/ führe. Handelte es sich um eine Untersuchung der Entwicklungsbedingungen von sozialistischen Persönlichkeiten, so ist vom Gegenstand her der Sozialismus immer schon mitgedacht. Darüber hinaus sind gesellschaftliche Verhältnisse keine „leere Abstraktion", sondern werden von den Individuen der Gesellschaft beständig reproduziert und weiterentwickelt. Wurde von uns die materielle Basis der Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten untersucht und die Entwicklung von „We-

73 MEW 23, S. 194 f.

74 W. Jonas, Zu einigen Problemen des Verhältnisses zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, in: Jb. f. Wirtschaftsgeschichte 1976/I., S. 237.

75 Ebd.

76 Ebd.

77 Ebd. Ähnliche Äußerungen zur Automation als der adäquaten sozialistischen Produktionsweise finden sich an unzähligen Stellen der entsprechenden Literatur aus den sozialistischen Ländern. Beispielsweise heißt es in einem Text eines sowjetischen Autorenkollektivs: „Die maschinelle Produktion als technische Basis der gegenwärtigen Arbeit entspricht noch den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Der Kommunismus und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln benötigen das automatisierte Produktionssystem." (Wissenschaftlich-technische Revolution und Gesellschaft, Moskau und Leipzig, 1976, S. 285).

senszügen sozialistischer Persönlichkeiten" in der Automationsarbeit aufgespürt, so war damit das Moment gefunden, welches auch die Verhältnisse zwischen den Individuen vervollkommnet und weitertreibt. (78) Von wem, wenn nicht von sozialistischen Persönlichkeiten, sollen die sozialistischen Verhältnisse vollzogen und weiterentwickelt werden? Führt W. aber gegen ein solches Untersuchungsverfahren ins Feld, es werde „Automation ... zu der Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung" /120/ gemacht und stattdessen müsse die „Durchsetzungsform dieses allgemeinhistorischen Prozesses" /122/ betrachtet werden, dann trifft der darin enthaltene Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit keineswegs. Wird mit der Automation die materielle Basis der gesellschaftlichen Weiterentwicklung analysiert, so ist die „Anerkennung der relativen Selbständigkeit z. B. des technischen Fortschritts ... nicht gleichbedeutend mit der Behauptung seiner angeblich ursächlich determinierenden Rolle" (79), werden keineswegs die neuen Produktionsverhältnisse negiert, durch welche, insbesondere „durch die Freisetzung der Hauptproduktivkraft Mensch ... die Bedingungen für eine stürmische Entwicklung der Produktivkräfte gegeben und die notwendigen historischen Voraussetzungen geschaffen (sind), diese Entwicklung je nach erreichtem Entwicklungsstand der Produktivkräfte in eine Revolutionierung des gesamten Systems der gesellschaftlichen Produktivkräfte überzuleiten" (80). Spielt in dem Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften die materielle Basis in Gestalt der Produktivkräfte die „revolutionierende Rolle" (Schleifstein), so führt das bloße Starren auf die gesellschaftliche Form, in der diese gesellschaftlichen Produktivkräfte entwickelt werden, zur Auslöschung des weitertreibenden Widerspruchs und damit zur Unfähigkeit, die Wege der gesellschaftlichen Weiterentwicklung über die Entwicklung der Individuen in der verwirrenden Landkarte der Wirklichkeit herauszufinden und zu begehen. Hätte W. den Artikel von K. H. Teßmann nur weiter zur Kenntnis genommen, und nicht nur die einleitenden Bemerkungen, die er zitiert, um den Vorwurf des „technologischen Determinismus" zu erheben /120/, er wäre darauf gestoßen, daß „die Begründer unserer wissenschaftlichen Geschichtsauffassung die letzten Quellen für den historischen Fortschritt in den inneren Widersprüchen und Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der jeweiligen, historisch konkreten, formationsspezifischen ökonomischen Produktionsweise aufdeckten" (81)! Den Fortschritt zu planen und zu gestalten, erfordert daher die Auseinanderfaltung der widersprüchlichen Einheit einer bestimmten Produktionsweise, in der „die Produktivkräfte das sich letztlich durchsetzende kontinuierliche Moment darstellen" (82), um die materiellen Bedingungen der gesellschaftlichen Weiterentwicklung identifizieren zu können. Das Festhalten der gesellschaftlichen Verhältnisse als letzte Erklärungsursache führt dagegen nicht zu dieser Erkenntnis, sondern vielmehr zu einer Festschreibung des Bestehenden und zur Aufgabe der notwendigen Weiterentwicklung. Wie wir gesehen haben, wird eine solche freiwillige Abschneidung der eigenen Zukunft von den Theoretikern der sozialistischen Länder keineswegs empfohlen.

Der Aufweis der Realisierungsmöglichkeiten sozialistischer Persönlichkeiten in und aufgrund automatischer Produktion gestattet es, bestimmte utopisch erscheinende, weil in der Wirklichkeit noch nicht unmittelbar sichtbare Elemente der Zielvorstellung „allseitiges Individuum" von Marx, zu konkretisieren und als in der Wirklichkeit selbst gründende Entwicklungsperspektiven durch die Weiterentwicklung der materiellen Basis zunehmend zu realisieren.

78 „ ... aber neue, höhere Beziehungen zwischen den Menschen können nicht völlig siegen, solange sie keine Bedingungen für die Entwicklung mächtigerer Produktivkräfte, für die Dynamik der gesamten Basis der Gesellschaft geschaffen haben werden als jene, die die alte Gesellschaftsordnung zur Verfügung hatte". Wissenschaftlich-technische Revolution ..., a.a.O., S. 219.

79 K. H. Teßmann, Zur Kritik des technologischen Determinismus, Dt. Z. f. Ph., 22. J., 9/1974, S. 1095.

80 W. Jonas, a.a.O., S. 238.

81 Teßmann, a.a.)., S. 1098.

82 Ebd., S. 1090.

83 entfällt.

Wurde von der materiell begründeten Perspektive sozialistischer Persönlichkeiten aus die Kritik an gewissen in der DDR praktizierten ‚Veranstaltungen' zur ‚Erzeugung' sozialistischer Verhaltensweisen geführt, und als hemmende, den Zielen teilweise widersprechende problematisiert, so handelt es sich dabei keineswegs um eine „einfache Negation zu einem utopisch konstruierten Ideal" /132/. Weder stellt die Zielvorstellung sozialistische Eigentümer ein „utopische konstruiertes Ideal" dar, noch wurde eine lediglich „einfache Negation" geführt. Der mit dem Marxschen Verfahren vertraute Leser wird stattdessen in dem Aussprechen der hemmenden und zu überwindenden Einflüsse beispielsweise der Vermittlung äußerlicher Moralvorstellungen die „bestimmte Negation" eingesetzt finden. W. wendet gegen dies Verfahren ein: „Die Autoren kritisieren zwar bestimmte Entwicklungen im Überbaubereich der DDR als hemmende für die Persönlichkeitsentwicklung, geben aber grundsätzlich nicht an, ob diese überhaupt eine Relevanz besitzen, und wie etwa nicht hemmende vorzustellen seien". /132/ Der letzte Vorwurf erledigt sich aus dem bisherigen von selbst. Möchte der Verfasser aber sagen, daß die Politik der SED für die gesellschaftliche Entwicklung der DDR keine „Relevanz" besitzt und folglich auch die „zehn sozialistischen Gebote" des ehemaligen Parteivorsitzenden Ulbricht irrelevant gewesen sind? – Im gleichen Zusammenhang macht W. uns eine bedenkenlose Vermischung zweier „auf unterschiedlicher Ebene angesiedelte Aspekte der Wirkungen auf die Entwicklung der Persönlichkeit" /132/ zum Vorwurf: den „gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsprozeß" /133/ und den „Prozeß der Vorbereitung" durch Pädagogen u. a. Der Autor sieht bei uns eine „Identifizierung" /133/ der beiden Aspekte. Warum? Wie an unserem Beitrag überprüfbar, wurde gerade der Anspruch des sozialistischen Bildungswesens ernstgenommen, im notwendigen Vorlauf zu der Entwicklung der Arbeit die prognostizierbaren Fähigkeiten, Kenntnisse und Haltungen den zukünftigen Produzenten zu vermitteln. Es wurden die „Aussagen von Pädagogen" /133/ über die Herstellung sozialistischer Verhaltensweisen mit den absehbaren Anforderungen der Automationsarbeit und mit der Zielvorstellung „sozialistische Persönlichkeit" konfrontiert und von den Anforderungen des „Lebens- und Arbeitsprozeß" her eine Kritik an diesen Vorstellungen geführt. Dient das Bildungssystem der Vorbereitung, so ist die Angemessenheit der Vorbereitung an dem, woraufhin vorbereitet wird, zu überprüfen. Allerdings wurde damit noch keine Erklärung gefunden, die das historisch bedingte Auftreten der kritisierten „Überbauerscheinungen" aus den materiellen Verhältnissen heraus ableitet. Dies war nicht Gegenstand unserer Skizze. Vielmehr sollten die Resultate dieser wissenschaftlichen Problemverarbeitung am Ort ihres Wirksamwerdens auf ihre Brauchbarkeit hin überprüft werden, wobei die Perspektive „Sozialistische Persönlichkeit" als Maßstab der Beurteilung benutzt wurde.

Kehren wir, nachdem mit der „Sozialistischen Persönlichkeit" der Maßstab der bestimmten Negation gefunden wurde, zu unserer Problemstellung zurück, auf welche Art in der Arbeit unter kapitalistischen Verhältnissen Elemente der Persönlichkeitsentwicklung herausgefunden werden können, die als Vorgriff auf die „Sozialistische Persönlichkeit" für politisch Handelnde in dieser Gesellschaft notwendig sind. – Der „historische Wert" des Kapitals (84) liegt in der Schaffung der materiellen Grundlagen einer unmittelbar gesellschaftlichen Produktion; es ist „ein *wesentliches Verhältnis für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte*" (85). Es ist der innere Zwang der Kapitalgesetze, der zu einer beständigen „Revolutionierung" der materiellen Produktivkräfte führt. Betrachtet man nur die Güter und Genüsse, die zum alltäglichen Bedarf heutiger Menschen geworden sind, so ist unzweifelhaft, daß die Produktivkräfte im Laufe der letzten hundert Jahre, also seit Marxens Zeiten, in ungeheurem Maße vorangetrieben wurden. Führte die Einsparung lebendiger Arbeitskraft zunächst zu immer weitergehender Zerlegung der Einzelarbeiten bis zu den bekannten Erscheinungen des Fließbandes, so wurde über diese Entlee-

84 MEW 23, S. 618.
85 Grundrisse ..., a.a.O., S. 231.

rung und Verarmung der Arbeitstätigkeiten auf inhaltslose und eingeschränkte Routineverrichtungen die Übernahme dieser Resttätigkeiten der Produzenten durch selbstregulierende Steuerungsmechanismen vorbereitet. Durch die Automation wurde und wird das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine grundlegend verändert.

W. scheint sich über diese grundlegende Umwälzung nicht im Klaren zu sein und führt gegen einen mißverstandenen Automationsbegriff in tiefster Ahnungslosigkeit an, Automation könne mit einem relativ hohen Anteil an schwerer körperlicher Arbeit verbunden sein /124/ oder unterstellt uns einen Automationsbegriff, der die volle Freisetzung von menschlicher Arbeit beinhalte /127/. Einen entwickelteren Gegenstand, hier die Automation, in seinen wesensmäßigen Zusammenhängen zu begreifen erfordert (86), den Prozeß der Entwicklung, der Automation, in seinen entwicklungsnotwendigen Stufen in logisch-historischer Analyse aufzuzeichnen. Erst der Nachvollzug des Entstehungsprozesses liefert den vollen Begriff des entwickelten Gegenstandes. Gemäß dieser methodischen Anforderung wurde in den Arbeiten des Projekts (87) ein Automationsbegriff vorgeschlagen, der weder einseitig die Freisetzung von Arbeit als Perspektive beinhaltet, noch sich an besonderen Erscheinungen nicht voll entwickelter Automation festmacht, sondern das Wesen der Automation in dem geänderten Mensch-Maschine-Verhältnis sieht (88). Ein Verhältnis, welches die Produzenten aus dem unmittelbaren Fertigungsprozeß entläßt und von ihnen die vornehmlich geistigen Tätigkeiten der Überwachung, Kontrolle und Planung fordert. Wo also begriffliche Klarheit vorgeschlagen wurde, sollte auch W. nicht Unklarheit schaffen und sich durch Kunstgriffe Angriffspunkte schaffen, indem er z. B. unterstellt „die theoretische Grundlage ihres Automationsbegriffs ist beschränkt auf Freisetzung von lebendiger Arbeit" /122/. Von hier aus fällt es W. nicht schwer zu behaupten, in den Thesen zur individuellen Entfaltung werde von den „Verhaltensweisen der Produzenten im unmittelbaren Produktionsprozeß grundsätzlich" /133/ abstrahiert, übrig bliebe ein „sich mit der Technik einstellendes Verhaltenssyndrom der Automationsarbeiter" /133f./. Wird von W. die grundlegende Umwälzung des Mensch-Maschine-Verhältnisses in der Automation nicht gesehen, können die Arbeitstätigkeiten und die dazu erforderlichen Fähigkeiten und Haltungen nicht identifiziert werden, so muß er in deren Aufweis und der Bedeutung dieser Tätigkeiten für die Persönlichkeitsentwicklung eine Theorie sehen, die „die Persönlichkeitsentwicklung als eine besondere Form des Mensch-Maschine-Verhältnisses" /119/ darstellt. Angesichts der Doppelgesichtigkeit der Technik im Kapitalismus kann eine solche Kritik mit der oft auch noch bei fortschrittlichen Lesern bestehenden Technikfeindlichkeit rechnen, muß aber den grundlegenden Zusammenhang zwischen Arbeit, Arbeitsmittel und Persönlichkeitsentwicklung aufgeben. (89)

86 Vgl. auch K. Holzkamp, Die historische Methode des wissenschaftl. Sozialismus ..., a.a.O.
87 Vgl. z. B. Automation in der BRD, a.a.O., S. 8 f.
88 entfällt.
89 Die Autoren des Artikels in Konsequent 27 sprechen hier eine deutlichere Sprache: „Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen besteht kein innerer Zusammenhang zwischen beiden Momenten, keine notwendige Parallelität zwischen der Entwicklung der gegenständlichen Produktivkräfte und der der Produzenten." (M. Bach u.a., a.a.O., S. 84) Sofern die Autoren damit die widersprüchliche Durchsetzungsweise der Anforderungen weiterentwickelter Produktionstechnik an die Produzenten in einer ungeplanten Gesellschaft im Auge haben, kann ihnen zugestimmt werden (vgl. dazu auch die Überlegungen des Projekts Automation und Qualifikation in dem Band Automation in der BRD, a.a.O., S. 22 ff. oder in: Demokratische Erziehung 6/75, S. 28 ff.). Allerdings, was sich hier widersprüchlich durchsetzt, ist ein „innerer Zusammenhang", ein gegenseitiges Bedingungsverhältnis von materiellen Produktivkräften und Produzenten, der in jeder Gesellschaft besteht. Vgl. dazu auch G. Wolkow, Der Sozialismus, der Mensch und die wissenschaftlich-technische Revolution, in: Wissenschaftlich-technische Revolution. Die Beschlüsse des XXIV. Parteitages der KPdSU in Aktion, Moskau (APN) 1973, S. 31 f.

Das Kapital schafft unter heutigen Bedingungen also nicht nur die materiellen Voraussetzungen des Sozialismus, sondern in seinem Heißhunger nach Profit entwickelt es in zunehmend umfassenderen Ausmaß die Automation als sozialistische Produktionsweise (90), wozu zum Beispiel das erste sozialistische Land ungeheure und jahrzehntelange Anstrengungen vollbringen mußte (91). Die Perspektive der sozialistischen Persönlichkeit, in den sozialistischen Ländern auf Grundlage der Automation zunehmend realisiert, kann nun ihrerseits als die die „bestimmte Negation" anleitende Perspektive benutzt werden bei der Untersuchung der Automationstätigkeiten. Sie kann nicht nur, sondern muß es, denn unterschiedliche Ergebnisse über die durch die Automation erforderliche Qualifikation der Produzenten zeigen auf, daß die empirische Forschung ohne eine Perspektive dieser Arbeitstätigkeiten weder formationsspezifische Momente von den produktionsnotwendigen und vorwärtsweisenden noch wesentliche von den unwesentlichen Aspekten trennen kann und rettungslos in der Vielfalt der Erscheinungen versinkt (92). Die historische Gleichzeitigkeit von Kapitalismus und Sozialismus führt also dazu, daß bei der Untersuchung der durch den Kapitalismus geschaffenen und weiterhin vorangetriebenen materiellen Grundlagen der zukünftigen Gesellschaft die Realisierung und Entfaltung dieser Grundlagen im existierenden Sozialismus als Maßstab der Unterscheidung von fortschrittlichen und formationsspezifischen Entwicklungstendenzen in der materiellen Produktion der kapitalistischen Länder eingesetzt werden kann. Die „Sozialistische Persönlichkeit" wird damit zum ‚heuristischen Prinzip' bei der Untersuchung von Automationsarbeit und der in ihr erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Haltungen innerhalb kapitalistischer Betriebe.

Ohne sich nun bewußt mit dem hier vorgeführten methodischen Verfahren auseinanderzusetzen, wird von W. die Möglichkeit eines solchen Vorgehens grundsätzlich bestritten. Indem er auf einer „besonderen Form der Produktivkräfte des Sozialismus" /131/ besteht und bestreitet, „technische Errungenschaften der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ... als technische Errungenschaften überhaupt" /127/ begreifen zu können, postuliert er implizit eine „Verschiedenheit der technischen Ausrüstung in den gegenwärtigen Gesellschaften" /130/, so daß offenbar Erkenntnisse über die Persönlichkeitsentwicklung in der automatischen Produktionsweise – aus dem Sozialismus gewonnen – in

90 In dem bereits erwähnten Band Automation in der BRD findet sich der empirische Nachweis des Automationsgrades und seiner Perspektiven in der BRD. Der von W. als neuartige Kapitalismustheorie beargwöhnte Artikel von H. May und R. Nemitz setzt sich mit Thesen auseinander, die von bestimmten Aspekten ausgehend wie Fall der Profitrate, Zunahme der Arbeitslosigkeit etc. zur Auffassung gelangen, im Kapitalismus könne sich die Automation nicht durchsetzen. Letztendlich bewegt sich diese Auseinandersetzung auf dem gleichen Problemfeld wie die vorliegende Diskussion: das Verhältnis von Marxscher Gesellschaftstheorie und Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaft, die empirisch zu erforschen sind.

91 „So ist der Sozialismus zuerst gezwungen, die sozialistische Industrialisierung durchzuführen; seine tiefere Wechselbeziehung mit der wissenschaftlich-technischen Revolution wird erst allmählich realisiert. In einer solchen Zeit kann innerhalb der neuen Gesellschaft im Ergebnis des Widerspruchs zwischen einem unzureichenden Niveau der Produktivkräfte und den neu geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnissen, die auf der gegenseitigen Zusammenarbeit der Werktätigen beruhen, durchaus eine bestimmte Spannung entstehen". Wissenschaftlich-technische Revolution und Gesellschaft, a.a.O., S. 224.

92 Siehe dazu unsere Auseinandersetzung mit den vorliegenden empirischen industriesoziologischen Untersuchungen, in: Automationsarbeit I (Methode). (Argument-Sonderband AS 19).

keinen fruchtbaren Zusammenhang mit der Untersuchung der Automationsarbeit im Kapitalismus gebracht werden können. Hört der Kapitalismus also auf, die materiellen Grundlagen für eine entwickeltere Gesellschaft zu schaffen, und wird dies Zukünftige das ganz andere sein? Es hat den Anschein, als sei es ein Anliegen von W., durch den Beweis einer besonderen sozialistischen Produktionstechnik die Einsicht in den Unterschied zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus wieder vergessen zu machen. Wie wird dies Anliegen verwirklicht? Die Entwicklung der Produktivkräfte stellt sich dem Verfasser hauptsächlich unter dem Aspekt der „Arbeitsproduktivität" /120/ dar, „Entwicklung der Produktivität" wird begriffen als „identisch mit Ökonomie der Zeit" /121/. Aber ist dies der wesentliche Gesichtspunkt, um die Revolutionierung des Mensch-Maschine-Verhältnisses in der automatischen Produktionsweise als materielle Grundlage der Verallgemeinerung sozialistischer Persönlichkeiten erkennen zu können? Diese auf die Effektivitätssteigerung beschränkte Sichtweise verhilft dem Autor dazu, der Herausarbeitung des neuartigen Mensch-Maschine-Verhältnisses und seiner Möglichkeiten die Abstraktion von der „Durchsetzungsform" anzulasten. Indem er nämlich den Automationsbegriff reduziert auf „Freisetzung von lebendiger Arbeit" /122/, kann er feststellen, daß wir einem solchen Automationsbegriff folgend „keiner bestimmten Gesellschaft" /122/ bedürften, da wir die gesellschaftliche Form der Durchsetzung der Reduzierung der lebendigen Arbeit mit eben diesem Inhalt identifizierten /ebd./. Eine solche „Identifikation von Reduzierung der Verausgabung lebendiger Arbeit mit ihrer gesellschaftlichen Form" /122/ werde vermieden durch die „Betonung der Formbestimmtheit des Reproduktionsprozesses" /131/ und könne zu „Aufschlüssen ... über die Existenz einer sozialistischen Entwicklungsform der Produktivkräfte" /126/ führen. Wird also der gedanklichen Trennung der beiden Seiten der widersprüchlichen Einheit der materiellen Produktion voneinander die Identifikation des Inhalts, also der Produktivkräfte und der konkreten Arbeit, mit der Form, also den gesellschaftlichen Arbeitsverhältnissen, angelastet, so erhebt W. seinerseits „die gesellschaftliche Form" der Durchsetzung der Produktivitätssteigerung zum Primat, und sieht eine „sozialistische Form" /130/ der Produktivkräfte („sicher erst in Ansätzen sichtbar" /130/) wachsen, identifiziert also die Art und Weise der Naturauseinandersetzung, wie sie durch die von der Gesellschaft entwickelten Arbeitsmittel bestimmt wird, mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die Arbeit geleistet wird. Der ehemals als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung, der Ablösung einer Gesellschaftsformation durch eine höhere, erkannte Widerspruch wird derart eingeebnet, die widersprüchliche Einheit umgemünzt in eine einseitige Determination der materiellen Produktion, der Aneignung der Naturstoffe und ihrer Umformung nach ihren eigenen Gesetzen, durch die Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Die Elemente und Keime der zukünftigen Gesellschaft in der bürgerlichen müssen unerkannt bleiben, die politisch Handelnden werden auf eine bloß moralische Kritik der bösartigen Erscheinungen des Kapitalismus zurückgeworfen.

Dagegen ermöglicht die von Marx vorgeschlagene und exemplarisch angewandte Methode der „bestimmten Negation", die individuelle Entwicklung der Produzenten herauszuarbeiten, wie sie durch die Weiterentwicklung der materiellen Produktivkräfte bedingt wird. Die neuen Fähigkeiten können daraufhin untersucht werden, ob sie zu einem gesellschaftlichen Handeln befähigen, und zugleich können die Einflüsse der Arbeitsverhältnisse analytisch getrennt werden, die einer solchen Entfaltung entgegenstehen. Der Widerspruch von konkreter Arbeitstätigkeit und gesellschaftlicher Form der Arbeit kann in seiner Verarbeitung durch die Produzenten verfolgt werden und damit Hinweise liefern, welche Seite dieses Widerspruchs, welche einzelnen Persönlichkeitsmomente befördert und für den Kampf um die Aufhebung des gesellschaftlichen Widerspruchs nutzbar gemacht werden können.

Wenn die von der weiter sich durchsetzenden Automation erheischten Anforderungen z. B. Kritikbereitschaft, Urteilsfähigkeit, selbständiges Denken sind

93 Vgl. zur Begründung der sozialistischen Perspektive als eine in der materiellen Entwicklung gründende Perspektive durch Marx Abschnitt II.

(und Ergebnisse unserer noch nicht zum endgültigen Abschluß gebrachten empirischen Forschung deuten darauf hin), somit Fähigkeiten und Haltungen für die zu meisternde Produktionstechnik auch im Kapitalismus notwendig sind, die nicht nur als Teilbestimmungen „sozialistischer Persönlichkeiten" betrachtet werden können, sondern auch als Eigenschaften, die von den Individuen erwartet werden müssen, die die Verhältnisse zu einem Besseren wenden wollen, dann bedeutet dies zweierlei: Zunächst für das Kapital: einerseits für die Ausbildung der für die Aufrechterhaltung der Produktion, somit der Sicherung des Profits notwendigen Fähigkeiten und Haltungen, andererseits aber zugleich für ihre Einschränkung zu sorgen, da sie — eben hier zeigt sich der Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften konkret — der unvernünftigen Form der Produktion widerstreben. Ferner dagegen für die sozialistische Bewegung: den für die Veränderung des Bestehenden, für den Aufbau einer neuen menschlichen Gesellschaft benötigten Elementen verändernder, in den Lauf der Geschichte eingreifender Individuen zum Durchbruch zu verhelfen. Sie kann und muß sich die in der wirklichen Bewegung, zunächst unabhängig von ihr, sich keimhaft entwickelnden Elemente des Neuen im Interesse des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts zunutze machen.

Wo sind nun die Felder, auf denen ein so bestimmter Kampf geführt werden muß: sicherlich dort, wo die neuen Fähigkeiten und Haltungen unmittelbar gebraucht werden und zum Einsatz kommen müssen — also in der Produktion selbst, darüber besteht kein Zweifel (94).

Mit zunehmender Bedeutung neuer Kenntnisse und Fähigkeiten für die Produktion, mit produktivkraftbedingter Notwendigkeit ihrer Verallgemeinerung gewinnen aber auch die Orte an Bedeutung, an denen diese neuen Qualifikationen vorbereitet werden, nämlich die Institutionen der Ausbildung; dies ist eine Tatsache, die Vertreter des Kapitals längst erkannt haben (es sei erinnert an die harten Auseinandersetzungen um die Berufsbildung oder auch der Hochschulbildung, wo beispielsweise die Ausbilder und Erzieher der zukünftigen materiellen Produzenten im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen). So geht es nicht um eine Einschränkung des Kampffeldes, sondern im Gegenteil um seine Ausweitung. Nur wer die wirkliche Entwicklung mit all ihren Folgen für den Überbau nicht zur Kenntnis nimmt oder nehmen will, kann es als „Pikanterie" /136/ abtun, wenn als ein Kampffeld für Reformen die Bildungsinstitutionen angegeben werden. Er wird die historische Aufgabe versäumen, die notwendigen Reformen in diesen Bereichen voranzutreiben, den Kampf gegen die kapitalistische Beschränkung und systemspezifische Einbindung rechtzeitig und erfolgreich zu organisieren (96).

94 Auch wenn W. offenbar zu unterstellen sucht, wir würden dies nicht anerkennen. Allerdings gibt es einen kleinen, vielleicht nicht unbedeutenden Unterschied: keineswegs gehen wir davon aus, wie W. dies nahezulegen scheint /126/, daß die „Humanisierung der Arbeit" – verstanden als Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitsplatzverschönerung, Wechsel der Arbeit – kurzum Maßnahmen wie „job enrichment", „job enlargement" etc. – wichtigste Kampfaufgabe ist. Bezieht sie sich doch notwendig in der Hauptsache auf vorautomatisierte Arbeitsplätze (insbesondere Montagearbeitsplätze, die in geringem Ausmaß bislang der Automatisierung zugänglich sind). Mit der alleinigen Blickrichtung hierauf werden notwendige Aufgaben in automatisierten Betrieben möglicherweise unterbewertet – wie Bildungsforderungen, Rationalisierungsschutzabkommen u.a.; kurz: es besteht die Gefahr des Reformismus.

95 entfällt.

96 In diesem Zusammenhang besteht die Gefahr, daß automationsspezifische Anforderungen so unspezifisch gefaßt werden, daß auch industrielle oder gar vorindustrielle handwerkliche Anforderungen darunter-verstanden werden können. So werden z. B. bei M. Bach u. a. aufgeführt: „Rechnen, Schreiben und Lesen, sowie ... Umgehenlernen mit Werkzeugen und Werkstoffen". (a.a.O., S. 82) Dergestalt hinkt man aus Unkenntnis der realen Entwicklungsnotwendigkeiten im Zuge der Automation hinter der wirklichen Entwicklung her.

Es geht darum, die konkreten Widersprüche aufzudecken; es geht ferner darum, den notwendig zunehmenden Manipulationsangeboten — sei es im Betrieb oder in der Schule — der Systemverteidiger zu begegnen und aufzuzeigen, welche widersprüchlichen Kräfte sich dahinter verbergen, um Beschränkung und Pervertierung individueller Entfaltung zurückzuweisen (z. B. systemspezifische Rücknahmen, Einschränkungen von Kritikbereitschaft, selbständiges Denken). Es geht um die Aufdeckung der Widersprüche, um scheinhafte Lösungen dieser Widersprüche unmöglich zu machen (97), um also die Individuen zu wappnen für die konsequente Zurückweisung solcher Lösungsversuche vermittels der Erzeugung von Schein.

V. Welche Perspektive bietet der Sozialismus den Individuen?

Erfordert es zugegebenermaßen auch harte Schulung und Anstrengung, das Gute im Schlechten zu erkennen, also wirkliche Widersprüche denkend zu durchdringen, um aus ihnen die zukünftige Entwicklung und das vorwärtsweisende Handeln zu bestimmen, so muß dennoch erstaunen, daß W. sich gegen die Annahme einer Zielvorstellung sogar im Sozialismus wendet; verwunderlich, weil doch hier der Blick auf die Wirklichkeit und die Richtung ihrer Entwicklung nicht durch die besondere Verquickung von Gutem und Schlechtem des Kapitalismus getrübt und verstellt wird. Von Marx wurde die freie Gesellschaft assoziierter Produzenten als Überwindung der „Vorgeschichte der Menschheit" begriffen, als „bewußte Rekonstitution der menschlichen Gesellschaft" (98). Bedeutet eine solche gemeinschaftliche, selbstbewußte In-die-Hand-Nahme der eigenen Geschichte nicht, daß die Individuen — von der blinden Durchsetzung der Entwicklungsgesetze der vorherigen Gesellschaften befreit — den Lauf der eigenen Geschichte und die Richtung dieses Laufs lenken können und müssen? In solchen und ähnlichen Bestimmungen des Sozialismus sieht W. lediglich eine „abstrakte Feststellung", die planende Lenkung der vergesellschafteten Produktion erscheint ihm als wesentliche Bestimmung unzureichend /120f./.

Welche Merkmale des Sozialismus hält er stattdessen für die wesentlichen? Wir erfahren, der Sozialismus sei als sich „organisch" entwickelnder Prozeß zu verstehen /121/, wissenschaftliche Prognose im Sozialismus sei abhängig von den sich herausbildenden, dem Sozialismus eigenen Verhältnissen /134/, die Durchsetzung der Automation sei ein konkreter Prozeß, in einem konkreten Zusammenhang /122/. Ähnliche Aussagen könnten zuhauf angeführt werden, aber erfahren wir durch sie etwas über den Inhalt der Prozesse, über den Inhalt der Prognosen, über den Inhalt der Produktivitätssteigerung? Mitnichten, sämt-

97 Es geht also keineswegs um „Neutralisierung" der Produktionsverhältnisse „durch Bewußtseinsakte" – wie W. /136/ unsere Vorschläge kolportiert, sondern um die Vermittlung von Einsichten in die Veränderbarkeit und Veränderungsnotwendigkeit der Verhältnisse, die notwendige Grundlage revolutionären Handelns. Vgl. dazu die exemplarische Analyse von F. Haug, Erziehung und gesellschaftliche Produktion: Kritik des Rollenspiels, Frankfurt/M. 1977.

98 MEW 25, S. 99.

99 entfällt.

liche Gegenargumente des Verfassers laufen darauf hinaus, mittels der „Betonung der Formbestimmtheit des Reproduktionsprozesses" /131/ den Inhalt dieser gesellschaftlichen Form nicht zur Kenntnis zu nehmen bzw. zu erschlagen. Erinnern wir uns der Marxschen Aussage, der Sozialismus sei gerade die Gesellschaftsform, in der der Inhalt, das materielle Leben der Menschen, mit der gesellschaftlichen Form übereinstimmt, weil die Arbeit als unmittelbar gesellschaftliche bewußt gestaltet wird und nicht durch blinde Mechanismen reguliert wird, dann zeigt sich die Entwickeltheit des Sozialismus an dem Ausmaß, indem die einzelnen Individuen in der Lage sind, an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens teilzuhaben, sich die kulturellen und geistigen, wissenschaftlichen Güter der Menschheit anzueignen, schöpferisch auf das gesellschaftliche Leben Einfluß zu nehmen (100). All dies scheint von dem Autor so gering geachtet zu werden, daß er gegen die These, aufgrund der automatischen Produktionsweise werde die inhaltliche Füllung der sozialistischen Produktionsverhältnisse von allen arbeitenden Menschen geleistet werden können, nur die Durchsetzungsform der Automation, die gesellschaftlichen Verhältnisse ins Felde führen kann, welche doch nur der Ermöglichungsgrund der Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten sind. Wird derart die gesellschaftliche Form gegen die Entfaltung der Individuen als Prinzip des Sozialismus (101) ausgespielt, so scheint hier eine Verkennung vorzuliegen, was nun im Sozialismus das Ziel ist und was das dorthin führende Mittel.

Erinnern wir uns der Erkenntnis, welche von Teßmann folgender Art formuliert wird: „Die Triebkräfte des historischen Fortschritts liegen weder allein in den Produktivkräften noch allein in den Produktionsverhältnissen, sondern in den objektiv-realen und gegensätzlichen Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen" (102). W. nun muß notwendigerweise im Unklaren über die Triebkräfte der Entwicklung verharren, wenn er die widersprüchliche Einheit auflöst in eine monokausale Abhängigkeit von den Produktionsverhältnissen. Fällt das Bewegungsgesetz des historischen Fortschritts aus der wissenschaftlichen Betrachtung heraus, so nimmt nicht wunder, daß in der Folge Vorstellungen über die Richtung dieser Entwicklung geleugnet werden, kein Aufschluß über Zielvorstellungen zu erhalten ist, außer derjenigen der „Effektivität ... (der) Rationalität in der Auseinandersetzung mit der Natur" /129/ als „gesellschaftlicher Zielrichtung" /ebd./. Ist dies die sozialistische Zielstellung, so erscheint die Notwendigkeit kaum noch einsichtig, eine Gesellschaftsform zu überwinden, die sich im Bereich der unmittelbaren Produktion durch eine höhere „Rationalität" und „Effektivität" auszeichnet, als die historischen Beispiele einer neuen, noch allgemein zu schaffenden, und die aufgrund einer auch vom Autor konstatierten höheren Produktivität /127/ größere Konsummöglichkeiten bietet als die sozialistischen Länder. Zweifellos kommt der Produktivitätssteigerung bei der Entwicklung des Sozialismus eine zentrale Bedeutung zu, aber kann der Sozialismus einzig durch die Steigerung der Konsummöglichkeiten und sozialen Sicherheiten seine historische Überlegenheit ausweisen und entfalten gegenüber einer Gesellschaftsform, deren „historischer Auftrag" gerade in der schrankenlosen Vorantreibung der Produktivkräfte liegt?

Mit dem Aufwerfen dieser Fragen ist uns weder an einer wie immer gearteten „Sozialismus-Interpretation" /134/ oder gar an einer „theoretischen Selbstbestätigung" /135/ ge-

100 entfällt.
101 Vgl. MEW 23, S. 618.
102 K. H. Teßmann, Zur Kritik ..., a.a.O., S. 1090.

legen, vielmehr ist das zugrundeliegende Problem auch eines der Darstellung des heutigen Sozialismus. Je tiefer die Einsichten in die Entwicklungsaufgaben und -ziele des Sozialismus sind, desto genauer und klarer kann die historische Überlegenheit als anzustrebendes Ziel für die Bevölkerung kapitalistischer Länder verdeutlicht werden. Die historische Überlegenheit des Sozialismus ergibt sich aus seinen Wesensbestimmungen, die immer auch Aufgabe und damit Zielvorstellungen sind; sie dürfte kaum mittels der Betonung gegenwärtiger „Entwicklungsschwierigkeiten" zu fassen sein. Eine solche Selbstverständigung ist unabdingbar, um die antikommunistischen Denkformen aufbrechen zu können, die aus der Erfahrung des Faschismus und des „Kalten Krieges" gewachsen vielfältige Anknüpfungspunkte in den Erscheinungen der sozialistischen Länder finden.

Bietet der Sozialismus dem einzelnen Menschen auch andere Entfaltungsmöglichkeiten, die über die Ausdehnung des individuellen Konsums hinausgehen? Greifen wir auf das aufgewiesene Interesse des Marxismus an der Entfaltung der Individuen zurück, auf die Vorstellung eines Sozialismus, dessen Weiterentwicklung die Entfaltung der Individuen unabdingbar erfordert, so ist daraus nicht nur eine Perspektive für die Individuen herleitbar, sondern auch der wissenschaftliche Auftrag gegeben, die Bedingungen der Verwirklichung dieser Perspektive zu ergründen. Welchen Weg hat eine Theorie von den Individuen und ihrer „geschichtlichen Produktion" (103) einzuschlagen? Wie von der „Kritischen Psychologie" (104) inhaltlich aufgewiesen wurde, ist nur in einer historischen Analyse Verständnis über die Persönlichkeitsstrukturen heutiger Menschen zu gewinnen. Kein anderes Verfahren vermeidet den Irrtum, sämtliche psychischen Erscheinungen, seien sie nun Deformationen oder Entfaltungen der Individualität, auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse zurückführen zu müssen. Die Aufdeckung der „gesellschaftlichen Natur" der Menschen erfordert nicht nur die Abstraktion von den besonderen gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern auch die Auseinanderfaltung der beiden Seiten des Menschen: die „natürliche Natur" und die „gesellschaftliche Natur". Erst die Abklärung der biologischen Ausstattung des Menschen, die seine Fähigkeit zur Vergesellschaftung, zur Aneignung und Entwicklung des menschlichen Wesens begründet, führt zu einer wissenschaftlich fundierten Auffassung des menschlichen Individuums. Aus dem Zueinander von Natur des Menschen und Entwicklung dieser Natur in der Geschichte kann eine Perspektive der individuellen Entfaltung und Entwicklung bestimmt werden, welche durch den heutigen Stand der materiellen Produktivkräfte, „der Kräfte der Individuen selbst", als Zielvorstellung „Sozialistische Persönlichkeit" konkretisierbar ist.

Gegen ein solches Verfahren, dessen Ergebnisse in den „Texten zur kritischen Psychologie" überprüfbar vorliegen, hegt W. offenbar schwerste wissenschaftliche Bedenken: „Ein ‚Ideal' der sozialistischen Persönlichkeit ... widerspricht zumindest den Grundthesen des Marxismus" /135/. Zweifellos wäre es unwissenschaftlich, die wirkliche Entwicklung nach einem außerhalb ihrer liegenden Idealvorstellung zu konstruieren, aber liegt die wissenschaftliche Auffassung vom Individuum darin, „die menschliche Persönlichkeit ... als ‚Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse' " /134/ zu begreifen? Hier ist schärfster Widerspruch einzulegen: die Grundthese, von der W. auszugehen scheint, ist als 6. Feuerbachthese wohlbekannt und lautet: „In seiner Wirklichkeit ist es (das

103 L. Sève, a.a.O., S. 102.
104 Gemeint sind die Versuche einer materialistischen Psychologie, wie sie vor allem am Psychologischen Institut der FU Berlin unternommen werden, in denen in Anwendung der Marxschen Methode die Ansätze der sowjetischen „Kulturhistorischen Schule" kritisch aufgearbeitet wurden. Vgl. dazu die Reihe „Texte zur Kritischen Psychologie" aus dem Psychologischen Institut der FU Berlin (Campus Verlag Frankfurt/M. und New York).

menschliche Wesen, d. V.) das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" (105). In der verkürzten Wiedergabe dieser Kernthese der materialistischen Auffassung von den Individuen schlägt uns eine Vorstellung entgegen, die Sève in ausführlichen Überlegungen zur 6. Feuerbachthese als eine Position des theogetischen Antihumanismus zurückweist. Besagt doch diese These nichts, als daß die menschlichen Individuen sich das menschliche Wesen, welches in Gestalt der Produktivkräfte außerhalb der Individuen liegt, in der Produktion ihres Lebens aneignen, indem sie sich vergesellschaften. Eine Reduzierung der Individuen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse verstellt den Weg, die „Produktion" der Individuen in der Geschichte zu verfolgen, die Entwicklungsbedingungen der Individuen zu analysieren; führt entgegen der Absicht von W. letztlich zu der Vorstellung eines „abstrakten Menschen" /135/. Der Anspruch des wissenschaftlichen Humanismus kann nicht erfüllt, ja gar nicht wahrgenommen werden, die Entwicklung der Individuen, ihre Aneignung menschlicher Fähigkeiten und menschlicher Erfahrungen in der Anwendung der Produktivkräfte muß unbegriffen bleiben. Die Aufgabe der Aufdeckung der Bedingungen voller Entfaltung menschlicher Individualität stellt sich dem Wissenschaftler nicht mehr.

Bestimmt sich die natürliche Ausstattung der Menschen als Fähigkeit der Aneignung, der spezifisch menschlichen Form des Lernens, so realisiert sich die „natürliche Natur" als Aneignungsfähigkeit in eben dieser Aneignung des gesellschaftlichen Wesens durch die Herausbildung der Fähigkeiten, Kenntnisse und Haltungen, die zum Erhalt des individuellen Lebens in und durch die gesellschaftliche Arbeit notwendig sind. Die Beherrschung der materiellen Produktivkräfte setzt voraus die Aneignung der Gattungskräfte, der in diesen Produktivkräften vergegenständlichten menschlichen Fähigkeiten. Erscheint unter diesem Gesichtspunkt individuelle Entfaltung lediglich als Realisierung des bereits Vorhandenen, so legt ein weiteres Resultat der historischen Analyse die Ursachen des Tätigwerdens der einzelnen Menschen und damit auch die Beweggründe der Weiterentwicklung frei. Gemeint sind die menschlichen Bedürfnisse, deren Entstehung auf die menschliche Besonderheit zurückzuführen ist, Kontrolle über und Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen dadurch erlangen zu können, daß in der gesellschaftlichen Arbeit von den Individuen ein Beitrag zur Lebenserhaltung aller geleistet wird. Diese Bedürfnisse nach Gestaltung und Kontrolle der Lebensbedingungen, „produktive Bedürfnisse" genannt (106), lassen einen bestimmten Stand der Lebensgestaltung als unzureichend und verbesserungsfähig erscheinen, bedingen die Motivation, auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens Einfluß zu nehmen und zu seiner Weiterentwicklung in der eigenen Tätigkeit beizutragen. Mit diesem Wissen nun kann der Sozialismus als die einzig adäquate Gesellschaftsform begriffen werden, die die Verallgemeinerung der Entfaltung der produktiven Bedürfnisse und damit der individuellen Entwicklung überhaupt erlaubt. Und nichts anderes meint der Marxsche Gedanke, „erst auf dieser Stufe (der Vereinigung der assoziierten Produzenten, d. V.) fällt die Selbstbetätigung mit dem materiellen Leben zusammen, was der Entwicklung der Individuen zu totalen Individuen und der Abstreifung aller Naturwüchsigkeit entspricht ..." (107).

Mit dem Verfahren der materialistischen Forschung wurde so nicht nur eine Begründung der individuellen Entfaltung als Perspektive der zukünftigen Gesellschaft gefunden, sondern gleichzeitig der Maßstab der bestimmten Negation, um die widersprüchliche Persönlichkeitsentwicklung im heutigen Kapi-

105 MEW 3, S. 6.
106 Vgl. dazu U. Holzkamp-Osterkamp, a.a.O.
107 MEW 3, S.

talismus aufdecken zu können. Indem mit dieser bestimmten Negation als Forschungswerkzeug erforscht werden kann, welche produktiven Bedürfnisse aufgrund der Arbeitstätigkeit und der Aneignung der gesellschaftlichen Erfahrung bereits jetzt hervorgebracht werden und welche Grenzen ihrer Entfaltung durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gesetzt werden, werden die Ansatzpunkte für den Hebel der auf allgemeine Emanzipation gerichteten Politik bestimmbar, an denen den Individuen dieser Gesellschaft der Sozialismus als einzig mögliche Perspektive der ungehemmten Befriedigung ständig vorwärtstreibender produktiver Bedürfnisse und damit als notwendiges Kampfziel einsichtig gemacht werden kann.

W. dagegen vergibt sich die Möglichkeit, diese Forschungsaufgabe zu erkennen. Die krassen Fehlinterpretationen der materialistischen Theorie vom Individuum gipfeln in der Behauptung, die „menschliche Persönlichkeit ... (könne nicht) als Summe von Fähigkeiten und Verhaltensweisen" /134/ aufgefaßt werden. Übrig bleibt ein kaum denkbares, abstraktes Menschengebilde, welches das „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" /134/ sei, ohne Substanz, ohne psychische Leistungen und Sinne und Nerven. Der Inhalt der menschlichen Entwicklung bleibt außer acht, nur die Form interessiert, losgelöst von den konkreten Individuen. Die Einebnung des Widerspruchs in dem Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, die einseitige und verabsolutierende Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse wirkt sich also auch in der Frage der wissenschaftlichen Untersuchung der Entwicklungsbedingungen der Individuen erkenntnishemmend aus. Die Verkennung der Bedeutung der Produktivkräfte, der vergegenständlichten menschlichen Fähigkeiten, „der produktiven Organe des Gesellschaftsmenschen" (108) führt zu einer fatalen Entleerung des menschlichen Wesens von den menschlichen Wesenskräften überhaupt.

Ausgangspunkt der Überlegungen war die materialistische Auffassung vom menschlichen Individuum, Endpunkt ist die Kritik einer fehlleitenden Anschauung der menschlichen Individuen. Rückblickend erhellt sich die Denkweise des Autors. Fehlt dem Theoretiker ein wissenschaftlich begründetes Menschenbild, verkennt er das grundlegende Interesse des wissenschaftlichen Sozialismus an der Entfaltung und Befreiung der konkreten Individuen, dann kann dies nur dazu verleiten, die materiellen Grundlagen dieser Entfaltungsmöglichkeiten in der widersprüchlichen Einheit kapitalistischer Produktionsweise zu mißachten bzw. die Notwendigkeit ihrer Analyse nicht wahrzunehmen. Diese undialektische Betrachtungsweise gerät notwendigerweise in Schwierigkeiten, den historischen Fortschritt und die ungeheuren Möglichkeiten der individuellen Entfaltung, wie sie mit dem Sozialismus prinzipiell gegeben sind, im politischen Kampf für die Herstellung dieser Bedingungen als Kampfziel zu antizipieren und den Individuen, die in ihrer Gesamtheit als einzelne Subjekte diesen Kampf zu führen und durchzustehen haben, damit einer Perspektive des Kampfes anzubieten.

Nur der Sozialismus läßt die Suche der Arbeiter nach Verbesserungsmöglichkeiten ihrer Produktionsinstrumente sinnvoll werden, bietet die Möglichkeiten, gesellschaftliche Produktionsanlagen als gesellschaftliches Eigentum verantwortlich zu beherrschen, weist der individuellen Weiterentwicklung zur besseren Beherrschung der Naturprozesse eine Perspektive, gibt den Raum und die Gelegenheit, die neu in der Produktion entstandenen Bedürfnisse nach schöpferischer Betätigung allseitig zu entfalten, gibt den Individuen die Chance und die Aufgabe auf, zu Trägern des gesellschaftlichen Fortschritts sich zu entwikkeln.

108 MEW 23, S. 391, FN 89.

Detlev Albers

FÜR EINE DEMOKRATISCHE HOCHSCHULE*

I.

Die Entwicklung der Hochschulreform in Bremen ist in den letzten Jahren von schweren Rückschlägen gekennzeichnet gewesen. Weitere Schritte zum Abbau der Reformansätze sind beispielsweise mit der Verabschiedung des Bremer Hochschulgesetzes vorprogrammiert. Niemand vermag heute mehr die Fragen des Personalratsvorsitzenden als bloße Schwarzmalerei abzutun: „Wir bleiben voller Mißtrauen gegenüber der weiteren Entwicklung des Betriebes, in dem wir arbeiten. Wann wird an die Stelle des Anspruchs des Bremer Modells, Wissenschaft im Interesse des arbeitenden Volkes zu betreiben, die Ausbildung der Studenten zu leitenden Angestellten, die Zusammenarbeit mit der Industrie in Forschungsprojekten treten? Wann werden die ersten Hochschullehrer dieses Betriebes behaupten, der Kooperationsvertrag mit der Arbeiterkammer Bremen sei verfassungswidrig? Wann werden weitere konservative Hochschullehrer und Studenten behaupten, die Mitbestimmungsrechte des Personalrats der Universität verstießen gegen die Freiheit von Forschung und Lehre? Wann wird der politische Druck auf die Beschäftigten dieses Betriebes stärker werden? Das Scheitern der Hochschulreform im Interesse der Arbeitenden wäre zweifellos eine Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung." (Rolf Prigge, Rede auf der Veranstaltung „Widerstand gegen das BHG" am 3. Feb. 1977).

Die Rückschläge in Bremen waren und sind begleitet von Verschlechterungen der Hochschulsituation im gesamten Bundesgebiet. Die negativen Auswirkungen staatlicher Sparpolitik, Stellenstop und Stellenstreichungen für Wissenschaftler und Verwaltungspersonal, Studienplatzvernichtung, Numerus clausus und gänzlich unzureichende Ausbildungsförderung für Studenten gehören an allen Hochschulen zum Alltagsbild der zurückliegenden Jahre. Ergänzt und abgesichert werden diese Maßnahmen durch eine auf sämtlichen Ebenen spürbaren Verschärfung des Konkurrenz- und Leistungsdrucks, gleichgültig, ob sie nun den Namen Kapazitäts- und Lehrverpflichtungsverordnung, Regelstudienzeit oder Kurzstudiengänge trägt. Bei alledem sind die Hochschulen und allgemeiner noch das Bildungswesen keine Ausnahme; sie sind nur einer jener vielen gesellschaftlichen Bereiche, in denen Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen dazu dienen sollen, das Aufbrechen grundlegender Widersprüche in der bestehenden Wirtschaftsordnung zu Lasten der abhängig Beschäftigten zu überwinden oder doch zumindest kurzfristig zu bereinigen. Kein gesellschaftliches Datum kennzeichnet die Tragweite der anhaltenden Wirtschaftskrise eindringlicher als die jetzt schon im dritten Jahre vorhandene Arbeitslosigkeit von mehr als einer Million Arbeitnehmern. Längst gibt es am langfristigen, nicht nur konjunkturellen Charakter der gegenwärtigen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise keinen Zweifel mehr. Um so aggressiver sind gerade in der Bundesrepublik die Anstrengungen der herrschenden Klasse, die Abwälzung der ökonomischen und sozialen Krisenlasten durch eine allgemeine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach rechts und die Durchsetzung umfassender politischer Formierungsmaßnahmen abzusichern.

* Die hier folgenden, von der Redaktion z. T. gekürzten, Thesen sind im April dieses Jahres aus Anlaß der Bewerbung um das Amt des Konrektors an der Universität Bremen vom Verfasser vorgelegt worden.

Die Hochschulen werden in einer solchen Situation, in der sie nicht allein von den Krisenfolgen betroffen sind, ja in der Arbeitnehmer anderer Bereiche sogar noch stärkere Einbußen erleiden, nur dann Verständnis und Durchsetzungsmöglichkeiten für ihre berechtigten Forderungen finden, wenn sich ihre Mitglieder selbst als Teil einer breiten demokratischen Gegenbewegung begreifen und ihre Forderungen in diesem Zusammenhang begründen. Trifft dies für die Hochschulen insgesamt zu, so gilt es um so mehr für die Studenten, Dienstleister und Hochschullehrer einer Reformhochschule wie der Universität Bremen. Ihre Arbeitsbedingungen sind objektiv noch anfälliger für den Zugriff staatlicher Einsparungen und politischer Reglementierungen. Trotz quantitativ bedeutsamer Ausbauerfolge in den vergangenen Jahren, ist es deshalb schon bisher zu einer erheblichen Enttäuschung über die Entwicklungschancen des „Bremer Modells" in Teilen der ursprünglich reformorientierten Kräfte aller Mitgliedergruppen gekommen. Andererseits kann nur die gemeinsame Anstrengung des vorhandenen Reformpotentials in den drei Statusgruppen, das in Bremen noch immer größer als an den traditionellen Universitäten ist, eine Chance, vielleicht die einzige reale Chance bieten, um unter den veränderten, erschwerten gesellschaftlichen Bedingungen jenen zusätzlichen Rückhalt in der demokratischen Bewegung unseres Landes zu gewinnen, der erforderlich ist, um wenigstens Ansätze der in Bremen eingeleiteten Hochschulreform zu behaupten und zu festigen. Nur so auch wird sich den berechtigten Befürchtungen des Personalratsvorsitzenden entgegenwirken lassen.

II.

Das Hochschulrahmengesetz und der hierauf aufbauende Entwurf für ein bremisches Hochschulgesetz beseitigt den Kern des Bremer Modells. Bundesweit sind das HRG und seine landesrechtliche Umsetzung auf den berechtigten Widerstand der demokratischen Studentenbewegung, großer Teile des nichtwissenschaftlichen Personals, der Assistenten und fortschrittlicher Hochschullehrer gestoßen. Auch von Seiten der Gewerkschaften und progressiver Kräfte des sozialliberalen Lagers ist grundsätzliche Kritik vorgebracht worden. Überall bedeuten die zentralen Bestimmungen des HRG (Majorisierung sämtlicher Mitgliedsgruppen durch die Hochschullehrer, Ordnungsrecht, Regelstudienzeit, Studienreform- oder besser -verhinderungskommissionen bis hin zur Lehrkörperstruktur) eine vielfach reaktionäre Absage gegenüber jeder ernsthaften Reformpolitik im Hochschulbereich. Während das HRG aber an den anderen Hochschulen neben gravierenden Rückschritten in Einzelfragen überwiegend auf das Festschreiben des hochschulpolitisch unerträglichen Status quo hinausläuft, zerschlägt es in Bremen die in mehrjähriger Praxis erprobten und bewährten Grundlagen demokratischer Hochschulreform.

Unter diesen Umständen sieht sich die Universität angesichts des vorliegenden Senatsentwurfs für ein bremisches Hochschulgesetz einer zweifachen Aufgabe gegenüber. Sie muß einerseits klarmachen, daß sie jedes Anpassungsgesetz an das HRG in seiner geltenden Fassung grundsätzlich ablehnt, weil damit zwangsläufig wesentliche Prinzipien des Bremer Modells aufgegeben werden. Ihre grundsätzliche Ablehnung muß sich auch in öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen niederschlagen. Denn nur durch den Druck einer demokratischen Massenbewegung kann erreicht werden, daß sich das HRG auf Dauer als ‚unanwendbar' erweist oder daß — mit an-

deren Worten — die Novellierung des HRG, zumindest aber die Einräumung einer hochschulpolitischen Experimentierklausel unvermeidlich wird. In diesem Rahmen erhält auch die Forderung nach voller Ausschöpfung der gesetzlich eingeräumten Drei-Jahres-Frist ihre Bedeutung, die erst eine hinreichende Entfaltung des demokratischen Widerstandes gegen das HRG erlaubt. Schließlich ist allen Tendenzen zur Vorausanwendung des HRG, sei es im Rahmen der Berufungspolitik, der Personalrichtwerte und Überlastquoten oder bei der Revision von Prüfungsordnungen innerhalb der Universität und gegenüber der Behörde entschiedener Widerstand entgegenzusetzen.

Andererseits kann es der Hochschule nicht gleichgültig sein, welche Fassung das künftige Bremer Landesgesetz im Rahmen des HRG erhält. Sämtliche ‚Ecken und Winkel' (Erich Frister), gewollte und ungewollte Lücken im HRG sind für bessere Ausgangsbedingungen im Kampf um demokratische Hochschulreformen zu nutzen. Die Dichte der staatlichen Eingriffsbefugnisse, das Prinzip des Globalhaushalts der Universität, der Verzicht auf ein besonderes Ordnungsrecht, die Absicherung der politischen Mandats der Studentenschaft — alle diese und andere Einzelfragen können anders als im vorliegenden Entwurf nach Auffassung der Universität bereits aufgrund der bestehenden Rechtslage in akzeptabler Weise vom Landesgesetzgeber geregelt werden. Die Universität darf deshalb nicht darauf verzichten, ihre Forderungen zu derartigen Fragen mit dem notwendigen Nachdruck in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

III.

Neben dem HRG hat sich der in den letzten Jahren gewachsene Außendruck auf die Aktivität der Hochschulen in weiteren Maßnahmen negativ ausgewirkt, wobei die anhaltende Praxis der Berufsverbote besonders zu nennen ist. Fünf Jahre nach der Verabschiedung des sogenannten „Radikalenerlasses" verletzen die staatlichen Organe in Bund, Ländern und Gemeinden mit ihrer hierauf beruhenden Praxis noch immer die Wahrung der im Grundgesetz garantierten Meinungs-, Berufs- und Vereinigungsfreiheit. Sie verstoßen damit zugleich gegen elementare menschliche Freiheitsrechte, wie sie der UN-Charta, der europäischen „Konvention über die Menschenrechte" und zuletzt in der Schlußakte der Helsinki-Konferenz niedergelegt und auch von der Bundesrepublik anerkannt sind. Über ein halbe Million Überprüfungen politischer Aktivitäten, mehrere tausend von Berufsverboten Betroffene, sowie diskriminierende Anhörungen und Disziplinarmaßnahmen belegen, daß für einen ganzen Teil der Bevölkerung grundlegende Bürgerrechte eingeschränkt oder sogar außer Kraft gesetzt worden sind. Die aktuelle Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß die Quantität der ausgesprochenen Berufsverbote in einigen Bundesländern zeitweilig zurückgegangen ist, daß die inhaltliche Tendenz aber ungebrochen erscheint und sich sogar Verschärfungen andeuten (Niedersachsen). Immer wieder wird versucht, die Kritik an der Berufsverbotspraxis von der grundsätzlichen auf die Verfahrensebene zu schieben, wenn man sich überhaupt der öffentlichen Diskussion stellt.

Die Universität Bremen hat als Einrichtung wissenschaftlicher Ausbildung und Forschung nicht nur die negativen Auswirkungen des so geschaffenen Klimas der Verunsicherung, der Ausbreitung politischen Duckmäusertums usw. besonders zu spüren bekommen. Mitglieder aller Statusgruppen sind in der Vergangenheit auch unmittelbar von der Einbeziehung in die Praxis des Radikalenerlasses betroffen oder zumindest bedroht worden. Der weitgehende Konsens der gesamten Hochschule in der Ablehnung solcher Maßnahmen hat sich dabei stets als die wichtigste Form der Abwehr von Angriffen auf die demokratischen Grundrechte einzelner Hochschulangehöriger erwiesen. Angesichts des wachsenden Widerstandes, auf den der Radikalenerlaß und seine Folgen inzwischen im In- und Ausland stoßen, werden Universität und Universitätsleitung ihre Auffassung weiterhin mit allem Nachdruck vertreten müssen, daß es um die völlige Beseitigung der Berufsverbote geht und daß dieses Ziel in sich selbst nicht kompromißfähig ist.

IV.

Die Arbeit an einer Reformhochschule in Zeiten der Gegenreform verlangt von allen Beteiligten die Auseinandersetzung mit zusätzlichen Schwierigkeiten und beruflichen Risiken. Sie kann aber nach wie vor auch Chancen zur Aneignung exemplarischer Erfahrungen im Umgang mit alternativen Forschungs- und Studieninhalten und ihrer Organisation liefern. Die Studenten der Universität Bremen sind, nachdem sie den Numerus Clausus überwunden haben, nicht nur den allgemeinen sozialen Mechanismen zur Auslese und Disziplinierung (unzureichende Ausbildungsförderung, Darlehensregelung im BAFÖG und GradFÖG), sowie in vielen Bereichen einer zunehmenden Unsicherheit ihrer Berufsperspektive ausgesetzt. Außerdem drohen wichtige Errungenschaften der Bremer Studienreform, wie das Projektstudium oder prüfungsabschichtende Leistungskontrollen durch staatlich erzwungene Verschärfungen der Prüfungsordnungen ihrer progressiven Funktion beraubt und als zusätzliche Instrumente zur Erhöhung des Leistungsdrucks eingesetzt zu werden. Hinzu kommen die ständigen Versuche von konservativer und reaktionärer Seite, den Wert der in Bremen erworbenen Studienqualifikationen öffentlich zu diffamieren. Dies alles erfordert als Antwort eine verstärkte Mobilisierung, Politisierung und Organisierung der Studenten, kurz ihre gewerkschaftliche Orientierung, um zusammen mit den fortschrittlichen Kräften innerhalb und außerhalb der Hochschule eine Ausbildung nach den Prinzipien des forschenden Lernens und auf der Grundlage demokratischer Studieninhalte zu behaupten, weiterzuentwickeln und gesellschaftlich absichern zu helfen.

Bei der Verteidigung fortschrittlicher Modelle der Studienreform und ihrem weiteren Ausbau kommt der Lehrerausbildung ein zentraler Stellenwert zu. Dies gilt vor allem, weil die in Bremen konzipierte Lehrerausbildung in mehrfacher Hinsicht als vorbildlich für die übrigen Bundesländer anzusehen ist. Das Bremer Lehrerausbildungsgesetz (BLAG) hat erstmals in der Bundesrepublik eine einheitliche Lehrerausbildung für alle Schulstufen gesetzlich verankert. Sein inhaltlicher Anspruch ist, jeden Lehrer zu einer „wissenschaftlich fundierten Unterrichtstätigkeit" zu befähigen.

Die Gruppe der Dienstleister sieht sich nach den vielfältigen Sonderbelastungen der Aufbauphase jetzt noch direkter als die übrigen Statusgruppen dem staatlich ausgelösten Rationalisierungsdruck gegenüber. Sie ist zudem in besonderem Maße durch die mitbestimmungsfeindlichen Regelungen des HRG und damit auch des künftigen BHG betroffen. Hinzu kommt, daß die ebenfalls vom HRG erzwungene Übernahme der Leitungsaufgaben in den Studienbereichen durch Hochschullehrer und die Aufsplitterung des Lehrpersonals durch die Schaffung des Mittelbaus Arbeitsplätze und Qualifikationen

von Teilen des Verwaltungs- und des technischen Personals gefährden. Die entgegen den ursprünglichen Vorstellungen des Bremer Modells jetzt absehbare Einführung einer vierten Statusgruppe, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Hochschulassistenten, schafft deshalb Konkurrenzprobleme unter den Beschäftigten, die den Nährboden für berufsgruppenisolierte, d.h. ständische und antigewerkschaftliche Positionen bereiten können. Umso mehr kommt es darauf an, in allen Bereichen der Universität Formen der Interessenvertretung zu entwickeln, die den Besonderheiten der Abhängigkeiten und der Arbeitssituation dieser Mitgliedergruppe Rechnung tragen. Neben der Nutzung der verbleibenden Einflußmöglichkeiten auf die Entscheidungsgremien der Universität ist es deshalb vorrangig, die bestehenden Regelungen zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz in Form der Mitarbeiterkollegien und zu den Mitbestimmungsrechten des Personalrats auch im Wissenschaftsbereich konsequent in Anspruch zu nehmen. Dabei ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß der aktiven Mitarbeit aller Dienstleister und dem Maß ihrer tatsächlichen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Entscheidungsprozesse in der Universität eine Schlüsselrolle für den Rückhalt dieses Ausbildungs-„Betriebs" in der Bremer Arbeitsnehmerschaft zufällt.

Oberflächlich betrachtet, könnten die Hochschullehrer als diejenige Gruppe erscheinen, die am wenigsten von den verschlechterten Gesamtbedingungen im Hochschulbereich betroffen ist. Denn unübersehbar ist der Abbau des Bremer Modells zu einem guten Teil mit dem Aufbau neuer professoraler Privilegien verbunden. Mehr noch als bei den übrigen Beschäftigten der Universität ist deshalb bei den Hochschullehrern kurzfristig die Zunahme konservativer und berufsständischer Tendenzen, verbunden mit einer Überlagerung der Ansätze zu gewerkschaftlichem Bewußtsein, zu befürchten. Dennoch wären solche Auffassungen von einem illusionären Vorbeigehen an der eigenen Interessenlage als Wissenschaftler und als Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst gekennzeichnet. Zum einen lassen Maßnahmen zur Rationalisierung, zur vermeintlich besseren Auslastung und ausdrücklich zur „Überlastung" der Hochschuleinrichtungen auch die Arbeitssituation der Professoren nicht unberührt. Sie erhöhen vielmehr, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Angewiesenheit auf wirksame Formen der Interessenvertretung, die sich langfristig nur als Teil der organisierten Arbeitnehmerschaft finden lassen. Schließlich sind spezifische Probleme, wie die Verwirklichung angemessener Überleitungsbestimmungen für die Hochschullehrer auf Zeit, nur durch das gemeinsame Handeln der Statusgruppen und dessen gewerkschaftliche Unterstützung lösbar. Aus ihrer objektiven und subjektiven Interessenlage heraus wäre es daher kurzsichtig, wenn sich die Hochschullehrer aufgrund der veränderten Bedingungen davon abhalten ließen, die an der Universität Bremen verbleibenden Möglichkeiten zur Erarbeitung fortschrittlicher und gesellschaftskritischer wissenschaftlicher Ansätze konsequent auszuschöpfen.

V.

Verteidigung und Ausbau der verbleibenden Reformansätze im Hochschulbereich bedürfen dringender denn je der Unterstützung durch das fortschrittliche gesellschaftliche Lager. Dabei erlangt das bewußte und gewollte Zusammenwirken von Hochschule, progressiver Wissenschaft und Gewerkschaftsbewegung eine entscheidende Bedeutung. Ihre Grundlage bilden unverändert die 23 Thesen des DGB zur Hochschulreform, die den Kernbereich der gemeinsamen Interessen von Studenten, Dienstleistern und Hochschullehrern abstecken. Erster institutioneller Ausdruck der Zusammenarbeit sind in Bremen und anderswo die Kooperationsverträge zwischen DGB bzw. Arbeiterkammer und Hochschule, die es weiter auszubauen gilt.

Die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen der zurückliegenden Jahre haben die Angewiesenheit beider Seiten aufeinander vertieft und vorangetrieben. Wissenschaftliche Analysen und Vorschläge gerade auch marxistischer Orientierung zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zählen dazu ebenso wie fundierte Ausarbeitungen zu den Gefahren der Atomenergie, den Problemen des Umweltschutzes, den Belastungen am Arbeitsplatz, die Entwicklung fortschrittlicher Unterrichtsmodelle oder die Anfertigung von Gutachten zu Fragen des Arbeits- und Sozialrechts, die sich an gewerkschaftlichen Positionen orientieren. Dies alles sind wissenschaftliche Dienstleistungen aus dem Hochschulbereich, für die gegenwärtig in einer Gewerkschaftsbewegung, die sich gegen die Abwälzung der Krisenlasten zur Wehr setzt, ein noch größerer Bedarf besteht als zuvor. Gleichzeitig aber ist das Risiko, der gesellschaftliche Preis in Form von Isolierungsversuchen bis hin zu offenen Diffamierungen, gewachsen, der für eine wissenschaftliche Parteinahme, Ausbildung und Forschung für die Interessen der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung zu zahlen ist.

Die demokratische Bewegung wird sich aus der Defensivposition, in der sie sich momentan fast überall befindet, nur durch eigene Anstrengungen in dem jeweils betroffenen gesellschaftlichen Bereich selbst befreien können. Daneben aber muß es stärker noch als in der Vergangenheit darum gehen, vermittelt über die Gewerkschaftsbewegung und andere fortschrittliche politische Kräfte den Zusammenhalt und das Gewicht des demokratischen Widerstandspotentials gesamtgesellschaftlich zur Geltung zu bringen und damit mittelfristig auch in unserem Land eine progressive Tendenzwende einzuleiten. Im Hochschulbereich gibt es derzeit zumindest Anhaltspunkte dafür, daß beide Erfordernisse erkannt werden. Trotz vielfältig verschlechterter Arbeits- und Studienbedingungen ist es im vergangenen Semester zu einer Ausweitung und Intensivierung vor allem der studentischen Aktionen gegen die staatlichen Formierungsmaßnahmen gekommen. Die Initiativen zur „demokratischen Universität, bzw. Gegenuniversität" sind auch geeignet, die gesellschaftliche Funktion fortschrittlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse zu verdeutlichen und deren Verallgemeinerung durch die demokratische Bewegung neue Impulse zu verleihen. Um so wichtiger ist es, daß solche Initiativen von allen Hochschulgruppen mitgetragen und darüber hinaus vor allem von gewerkschaftlicher Seite unterstützt werden.

Hans-Henning Adler

PARLAMENTARISCHE OPPOSITION UND DIKTATUR DES PROLETARIATS

Die in SOPO Nr. 36 veröffentlichte Dokumentation über theoretische Grundpositionen der FKP zur Frage der Diktatur des Proletariats im Zusammenhang mit den Beschlüssen ihres 22. Parteitages hat auch für Marxisten in der BRD und in Westberlin grundsätzliche Bedeutung. Weniger entscheidend ist dabei, daß die FKP logischerweise den Begriff der Diktatur des Proletariats schon deshalb aus ihrem Programm streichen mußte, weil der Begriff der Arbeiterklasse von der FKP etwas verengt auf die manuell tätigen Arbeiter (44 % der aktiven Bevölkerung) bezogen wird (1). Die FKP wollte damit konsequent zum Ausdruck bringen, daß sie keine Minderheitsherrschaft anstreben will.

Unproblematisch ist es auch, den Begriff der Diktatur des Proletariats aus dem Programm und als politische Losung zu streichen, weil das Wort „Diktatur" immer wieder Assoziationen zu faschistischen Regimes wie denen Hitlers, Mussolinis, Salazars oder Francos weckt, obwohl derartiges von Kommunisten natürlich nie gemeint war.

Das entscheidende und auch für uns interessante an der Diskussion in Frankreich in den letzten Jahren ist, daß die FKP ein sozialistisches Frankreich will, das gestützt ist auf die Gesamtheit aller Werktätigen und die führende Rolle der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Schichten der Werktätigen, wobei diese Rolle der Arbeiterklasse ohne politisch-rechtliche Vorrechte wahrgenommen werden soll (2). Hier stellt sich die FKP den gängigen Angriffen von rechts entgegen und weist die Unterstellungen, sie würde ihren Machtanspruch gegen ihre Gegner rücksichtslos durchsetzen, zurück. Die Frage, ob Kommunisten unabhängig von der historischen Situation und den nationalen Besonderheiten ihres Landes nie eine echte Opposition zulassen werden, wenn sie einmal an die Macht gekommen sind, bestimmt die Diskussion in den kapitalistischen Ländern Europas, die über starke Kommunistische Parteien verfügen, schon lange.

Auch wenn diese Frage in der BRD und in Westberlin weniger aktuell ist als in diesen Ländern, verlangt ihr grundsätzlicher Charakter dort wie hier eine Klärung.

Die Bestätigung ihrer Behauptung meinen die antimarxistischen Ideologen zum einen in der Tatsache zu finden, daß in den sozialistischen Ländern eine bürgerliche Opposition, die zum Kapitalismus zurück will, nicht zugelassen ist, zum anderen behaupten sie, diese These unmittelbar mit der marxistischen Theorie begründen zu können. Es sei ja gerade die Lehre von der Diktatur des Proletariats, die zu einer völligen Unvereinbarkeit zwischen diesem Prinzip treuer kommunistischer Politik und den wesentlichen Grundsätzen der Demokratie führe.

Gerade weil es um die Auseinandersetzung mit theoretischen Grundpositionen von Marx, Engels und Lenin zu dieser Frage geht, kann zumindest

1 Georges Marchais: Der Französische Weg zum Sozialismus. In: SOPO Nr. 36, S. 106.

2 Paul Boccara: Die Errungenschaft des Marxismus und die neuen Bedingungen berücksichtigen. In: SOPO Nr. 36, S. 114.

für diesen Beitrag der Begriff der Diktatur des Proletariats nicht ausgespart bleiben. Die authentischen Aussagen der Klassiker werden ja immer wieder in verfälschender Interpretation als Waffe gegen den Marxismus ins Feld geführt. Marxisten müssen sich deshalb mit der Frage auseinandersetzen, ob eine zentrale These ihrer Staatstheorie undemokratisch ist.

Bürgerliche Ideologen, für die ja die Stellung einer Partei zum Parlamentarismus Hauptanknüpfungspunkt ihrer Einschätzungen ist (3), spitzen die Fragen gern so zu: Die demokratischen Gepflogenheiten des Parlamentarismus, besonders das Wechselspiel von Regierungsmehrheit und Opposition, die Bereitschaft der an der Regierung befindlichen Partei, sich durch Mehrheitsentscheidung abwählen zu lassen, sei unvereinbar mit der marxistischen Staatsauffassung. Eine dem Marxismus-Leninismus treu ergebene Partei müsse zwangsläufig, wenn sie einmal auf dem parlamentarischen Wege an die Macht gekommen sei, wenn die politische Macht der Arbeiterklasse errichtet sei, den Parlamentarismus abschaffen, in keinem Fall aber würde sie sich wieder der Disposition der Wähler stellen und die Rechte einer parlamentarischen Opposition achten. In demagogischer Weise wird der „legale" Weg Hitlers an die Macht mit der Strategie der Kommunisten vergleichen. Diese Argumentation war eine der Hauptkrücken des KPD-Urteils (4), sie tritt in letzter Zeit in Zusammenhang mit den Berufsverboten wieder stärker in den Vordergrund (5). Es handelt sich hier aber nicht allein um juristische Spitzfindigkeiten; diese Argumentation drückt auch den Bewußtseinsstand erheblicher Teile der Bevölkerung aus. Angesichts der Tatsache, daß in den sozialistischen Ländern eine parlamentarische Opposition „nach westlichem Verständnis" nicht existiert, erscheint diese Argumentation auf den ersten Blick auch so einleuchtend und läßt sich deshalb auch so leicht popularisieren.

Was besagt „Diktatur des Proletariats" aber nun wirklich? Die Diktatur des Proletariats ist die politische Macht der Arbeiterklasse, die sie im Ergebnis des politischen Sieges ihrer Revolution durch den Sturz der politischen Macht der Bourgeoisie errichtet (6). Dieser Begriff der marxistischen Staatstheorie charakterisiert eine bestimmte historische Periode, die notwendig im Ergebnis der sozialistischen Revolution entsteht und bis zur Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, d. h. der niederen Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation reicht (7). Der Übergang zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaftsformation vollzieht sich also nicht allein durch die Revolution, sondern darüber hinaus auch über eine revolutionäre Übergangsperiode, in der die ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse so grundlegend umgewälzt werden, daß eine qualitativ neue Gesellschaftsformation entsteht. Diese geschichtliche Periode ist, wie Lenin schreibt, durch ein bestimmtes Verhältnis der Klassen zueinander bestimmt:

„Diktatur des Proletariats bedeutet, wenn man diesen lateinischen, wissenschaftlichen, historisch-philosophischen Ausdruck in eine einfachere Sprache übersetzt: Nur

3 Willi Gerns, Robert Steigerwald: Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, Frankfurt am Main 1973, S. 91.

4 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. V, S. 203.

5 Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 31.3.76. Az: 5 AZR 104/74 und auch Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In: Das Parlament Nr. 45 1975.

6 Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1973, S. 168.

7 Vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW 19, 28.

eine bestimmte Klasse, nämlich die städtischen Arbeiter und überhaupt die Fabrikarbeiter, die Industriearbeiter, ist im Stande, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten zu führen im Kampf für den Sturz der Macht des Kapitals, im Prozeß des Sturzes dieser Macht, im Kampf um die Sicherung und Festigung des Sieges bei der Schaffung der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in dem ganzen Kampf für die völlige Aufhebung der Klassen" (8). „Die Diktatur des Proletariats ist eine besondere Form des Klassenbündnisses zwischen dem Proletariat, der Avantgarde der Werktätigen, und den zahlreichen nichtproletarischen Schichten der Werktätigen (Kleinbürgertum, Kleinbesitzer, Bauernschaft, Intelligenz usw.) oder deren Mehrheit, eines Bündnisses gegen das Kapital, eines Bündnisses um das Kapital restlos zu stürzen, den Widerstand der Bourgeoisie und Restaurationsversuche von ihrer Seite endgültig niederzuschlagen, eines Bündnisses, um den Sozialismus ein für allemal zu errichten und zu festigen" (9).

Die Aufgaben der Diktatur des Proletariats sind also der Aufbau des Sozialismus — und das ist die wichtigste Funktion (10) — und die Niederhaltung der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie existiert ja zunächst noch solange, wie nicht nach der Enteignung der Großbetriebe auch die kleine Warenproduktion sozialistisch umgestaltet ist. Hinzu kommt, daß die bürgerliche Intelligenz, wenn sie nicht erfolgreich in den Prozeß des sozialistischen Aufbaus integriert wird, auch noch lange nach einer fast vollständigen Sozialisierung der Industrie eine für den Sozialismus gefährliche Rolle spielen kann, wie die Ereignisse 1968 in der CSSR eindrucksvoll bewiesen haben. Deshalb gehört zum Aufbau des Sozialismus auch die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Bevölkerung. In dieser Übergangsperiode ist auch die Niederhaltung der zu Beginn der Periode ja noch als Klasse existierenden Bourgeoisie mit Gewalt notwendig, weil die bürgerlichen Kräfte versuchen werden, die geschichtliche Entwicklung zurückzudrehen. „So lange sie (diese Periode d.V.) nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration" (11). „Niederhaltung mit Gewalt" bedeutet, daß politische — d. h. hier staatliche — Machtmittel durch die herrschenden Klassen angewendet werden, um ihre Interessen gegenüber anderen Klasseninteressen durchzusetzen. In dieser Phase der Geschichte wird deshalb der Klassenkampf nicht beseitigt. Durch die Machteroberung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen wird vielmehr „das rationale Zwischenstadium geschaffen, in welchem der Klassenkampf seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen kann" (Marx) (12).

Die Diktatur des Proletariats ist also auch wesentlich Klassenkampf, der durch die an der Macht befindliche Arbeiterklasse mit den Mitteln der staatlichen Gewalt fortgeführt wird. Man kann auch sagen: Mit dem Sieg der sozialistischen Revolution verschwindet der Klassenantagonismus nicht, denn seine Seiten tauschen die Plätze: die zuvor unterdrückten Klassen werden zur herrschenden (13).

Es entsteht also ein neuer Staat, wobei nach marxistischer Auffassung der Staat ja auch nichts anderes ist als „eine besondere Machtorganisation,

8 Lenin-Werke 29, 409.
9 Lenin-Werke 29, 370.
10 Lenin-Werke 29, 377.
11 Lenin-Werke 28, 252 f.
12 Marx in: MEW 17, 545 f.
13 Grigori Glesermann: Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus. In: PFS 1972 Bd. III, S. 382.

eine Organisation der Gewalt zur Unterdrückung einer Klasse" (14). Der hier zitierte marxistische Gewaltbegriff sagt zunächst nichts über die formale Legalität oder Illegalität der Gewaltanwendung aus. Auch der Begriff „Diktatur" bezeichnet nur das Herrschaftsverhältnis einer Klasse über andere, das für den marxistischen Staatsbegriff konstituierend ist (15). Jeder Staat, gleich welcher Herrschaftsform, ist in diesem allgemeinen Sinne eine „Diktatur". Eine Ausnahme bildet allein der Staat, der schon als solcher abstirbt, d. h. der Staat der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die zum Kommunismus übergeht. Marx spricht hier vom „Staatswesen der Kommunistischen Gesellschaft" (16).

Diesen Begriff der Diktatur des Proletariats haben Marx und Engels geprägt. Er wurde von Lenin in seiner Schrift „Staat und Revolution" aufgegriffen (17). Lenin hat den Begriff der „Diktatur" in anderen Aufsätzen, die mehr aktuellen Bezug zu den konkreten Vorgängen in Rußland hatten, jedoch auch anders verwandt (18). So ist die Begriffsbestimmung der Diktatur als eine „sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist", in Lenins Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" ganz deutlich vom Verlauf der Oktoberrevolution und den sich ankündigenden Zeichen des Bürgerkriegs geprägt und beschreibt daher die in Rußland aufgrund dieser Umstände notwendig gewordene spezifische Form des neuen Staates. Diese Schrift entstand nämlich unmittelbar nach der Oktoberrevolution, während „Staat und Revolution" vor der Revolution geschrieben worden und von dem Gedanken getragen war, die allgemeingültigen Grundlagen der marxistischen Staatstheorie zusammenzufassen.

Diese allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten treten in den verschiedenen Ländern nicht in ein und derselben Weise zu Tage. „Alle Nationen werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich", schrieb Lenin, „aber keine auf genau die gleiche Art und Weise, jede wird zu dieser oder jener Form der Demokratie, zu dieser oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens etwas eigenes beitragen" (19).

So hat die Geschichte auch schon verschiedene Formen hervorgebracht: Die Pariser Kommune, die Sowjets im Verlauf der Oktoberrevolution, die volksdemokratischen Ordnungen, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden sind, und schließlich auch eine besondere Form auf Kuba.

Die möglichen verschiedenen Formen sind damit keineswegs erschöpft. Fest steht jedenfalls, daß die sich herausbildende Form der Diktatur des Proletariats untrennbar zusammenhängt mit dem Verlauf der sozialistischen Revolution und den während dieser Revolution herrschenden nationalen und internationalen Bedingungen. Unter den außerordentlich komplizierten und schwierigen Bedingungen in Rußland z. B. sagte Lenin, „mußten wir die Dik-

14 Lenin-Werke 25, 415.
15 Klaus/Buhr: Philosophisches Wörterbuch Bd. I, Berlin 1971, S. 250.
16 Marx in: MEW 19, 28.
17 Lenin-Werke 25, 425.
18 Diktatur des Proletariats – Einleitung in eine Dokumentation. In: SOPO Nr. 36, S. 91. Vgl. Valentino Gerratana: La teoria marxista dello stato e la via italiano al socialismo. In: Rinascita 1956, Bd. 8/9, S. 461 f. Es ist nicht richtig, diese Definition als „beständige Definition" Lenins zu bestimmen (so Lucien Sève: Leninistische Entwicklung der Strategie der friedlichen Revolution. Der 22. Parteitag der FKP. In: SOPO Nr. 37/38, S. 61).
19 Lenin-Werke 23, 64.

tatur des Proletariats in ihrer härtesten Form verwirklichen" (20). Hier hat man zeitweilig der Bourgeoisie sogar das aktive Wahlrecht entzogen, wobei Lenin unterstrichen hat, daß dies keine Gesetzmäßigkeit der Diktatur des Proletariats ist (21).

Gibt es nun auch eine Form, die mit den Prinzipien der in den westlichen bürgerlichen Staaten entstandenen parlamentarischen Demokratie vereinbar ist, also eine Form, die den Wechsel von Regierung und Opposition erlaubt? Hierbei geht es nicht darum, daß die Staatsform der bürgerlichen Demokratie unverändert in die sozialistische Gesellschaft übernommen werden könnte, sondern um die Frage, ob bestimmte demokratische Verfassungsinstitute aus der bürgerlichen Geschichtsperiode fortexistieren können.

An dieser Stelle sei noch bemerkt, daß diese Überlegungen, die verschiedene Formen der Diktatur des Proletariats zum Gegenstand haben, die grundsätzliche Überlegenheit der sozialistischen Demokratie gegenüber der bürgerlichen, die Tatsache, daß die Diktatur des Proletariats ihrem Inhalt nach millionenfach demokratischer ist als jede bürgerliche Herrschaftsform (Lenin), praktisch als bekannt voraussetzen.

Der Vergleich zwischen den verschiedenen Inhalten der Demokratie unter kapitalistischen und unter sozialistischen Bedingungen soll deshalb hier nicht grundsätzlich erörtert werden. Nur so viel:

Falsch ist es z. B., das für bestimmte bürgerliche Demokratien charakteristische Wechselspiel von Regierung und Opposition zu verabsolutieren und überhaupt zur einzigen Garantie für Freiheit und Demokratie zu erklären, was Cesare Luporini tut, der auf der Tagung der Paulus-Gesellschaft 1965 in Salzburg ganz allgemein gesagt hat:

„Ich glaube, wirkliche Freiheit für Gruppen mit verschiedener Ideologie, die zu gemeinsamer Arbeit an politischen und sozialen Aufgaben entschlossen sind, ist konkret ohne die Dialektik zwischen Regierung und Opposition nicht denkbar" (22). Richtiger hat der Diskussionsredner auf dieser Tagung, Luciano Gruppi vom ZK der IKP, eingeordnet: „Auf die Frage, warum gewisse Forderungen von Marxisten nur in westlichen Ländern erhoben werden, ist die Antwort einfach: eben weil sie in westlichen Ländern leben, wo sie gewisse Erfahrungen machten, eine parlamentarische Tradition kennen, ..." (23).

Das Prinzip der parlamentarischen Opposition ist eben ein Kontrollinstrument unter anderen, das geeignet ist, dem Volkswillen Ausdruck zu verleihen. Das Vorhandensein eines verfassungsrechtlichen Kontrollinstruments garantiert aber nicht, daß in einer klassengespaltenen Gesellschaft bei der Kontrollausübung der unterlegenen Klasse tatsächlich das gleiche Gewicht zukommt wie der herrschenden (24). Ob dies nämlich der Fall ist, ist nicht nur verfassungsrechtlich zu beantworten. Wenn in einem Land die Oppositionspartei nahezu das gleiche Programm vertritt wie die Regierungspartei, geht dieses Instrument des Wechsels von Regierung und Opposition schlicht ins Leere. Wenn in einem anderen Land die politischen Grundentscheidungen gar nicht im Parlament, sondern andernorts fallen, spielt der Regierungswechsel auch keine Rolle.

20 Lenin-Werke 28, 203.
21 Lenin-Werke 28, 254.
22 Cesare Luporini: Freiheit im Kommunismus? In: Christentum und Marxismus heute, hrsg. von Erich Kellner, Wien 1966, S. 232.
23 Luciano Gruppi: Chancen und Risiken einer Kooperation, ebenda, S. 313.
24 Maurice Cornforth: Marxistische Wissenschaft und antimarxistisches Dogma, Frankfurt 1973, S. 300 f.

Auf der anderen Seite kann auch ein Land ohne parlamentarische Opposition demokratisch sein, wenn nämlich gewährleistet ist, daß die gewählten Abgeordneten der Volksvertretung an Wähleraufträge gebunden und ständig abwählbar sind und außerdem in ein Gremium gewählt werden, das tatsächlich die oberste Staatsgewalt ausübt.

Sogar ein Land ohne zentrales Vertretungsorgan kann demokratisch sein, wenn das Volk auf andere Weise, wie etwa durch regelmäßig einberufene Volksversammlungen, die Möglichkeit hat, auf die Staatspolitik einzuwirken, wie das bislang noch auf Kuba geschah.

Entscheidend ist auch, ob eine vom Volk gewählte Regierung tatsächlich die Macht im Interesse der Wähler ausüben kann, z. B. die Wirtschaftsentwicklung effektiv gestalten, ohne von einem Unternehmerverband mit der Drohung des Investitionsstopps in die Schranken ihrer begrenzten Entscheidungsbefugnis gewiesen zu werden. Weiter setzt Demokratie Einflußmöglichkeiten für die Bürger nicht nur auf der allgemeinen staatlichen Ebene voraus, sondern auch Mitbestimmung in den Betrieben, Bildungseinrichtungen, Verwaltungen usw., also in allen Bereichen der Gesellschaft voraus. So gesehen hängt Demokratie in erster Linie von der sozialen und politischen Grundlage einer Gesellschaft ab. Sie kann nicht ausschließlich am Vorhandensein de mokratischer Verfassungsprinzipien gemessen werden.

Das Verfassungsprinzip der freien Bildung der Opposition und ihres Rechts der Regierungsübernahme hat auf der anderen Seite aber auch in der Geschichte schon mehrmals bewiesen, daß durch eine in dieser Form getroffene Volksentscheidung bestimmte politische Veränderungen *mit*beeinflußt werden. Ein Beispiel ist sicher der Regierungswechsel 1969 in der BRD und deren Einfluß auf die folgenden Veränderungen in der Außenpolitik gegenüber den sozialistischen Ländern.

Die mit der bürgerlichen Revolution entstandene Konkurrenz verschiedener Fraktionen und Gruppierungen des Bürgertums im politischen Bereich, der wechselnde Kampf der konservativen und liberalen Hauptströmungen der Bourgeoisie um die Regierungsgewalt, hat dies spezifisch parlamentarische Wechselspiel von Regierung und Opposition hervorgebracht, das mit der Entstehung der Arbeiterbewegung insofern eine Modifizierung erfahren hat, als nicht allein verschiedene Fraktionen und Gruppierungen der Bourgeoisie auf der parlamentarischen Bühne kämpfen, sondern ebenso das Proletariat mit einer eigenen Partei, die seine Interessen zum Ausdruck bringt, an den Wahlen beteiligt ist.

In den Parteifunktionen des Parlaments eines kapitalistischen Staates kann sich also durchaus der Widerspruch zwischen Monopolbourgeoisie und Volksmassen widerspiegeln, wenn in ihm antimonopolistische Parteien vertreten sind, wie das z. B. in Frankreich und Italien in Gestalt starker kommunistischer Parteien der Fall ist (25).

Kann dieser mit der bürgerlichen Revolution entstandene Mechanismus, der nicht mehr allein Ausdruck und Form des Konkurrenzkampfes der Bourgeoisie ist, sondern auch Austragungsort des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie geworden ist, als Form insoweit überleben, als er Ausdruck dieses Klassenkampfes nicht nur unter der Herrschaft der Bourgeoisie und ihrer Hegemonie, sondern auch unter der Hegemonie der Arbeiterklas-

25 Hans Mertens: Die Gewaltenteilung, ihre Definition im KPD-Verbotsurteil als Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Verfassungswirklichkeit. In: 20 Jahre KPD-Urteil, Frankfurt 1976, S. 87 f.

se sein würde? Kann der Weg des sozialistischen Aufbaus also beschritten werden, wenn gleichzeitig der bürgerlichen Opposition die verfassungsmäßigen Rechte der Kandidatur zu Wahlen und auch die Möglichkeit der Regierungsübernahme verbleiben?

Heute, unter den Bedingungen der Existenz des erstarkten sozialistischen Lagers, wo es möglich geworden ist, den imperialistischen Staaten die Politik der friedlichen Koexistenz aufzuzwingen, heute, wo in den entwickelten kapitalistischen Ländern die herrschende Klasse auf eine kleine Zahl die ganze restliche Gesellschaft ausbeutender und unterdrückender Monopolkapitalisten geschrumpft ist, bestehen neue und bessere Ausgangsbedingungen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Aus diesem Grund sind die kommunistischen Parteien der Welt auch seit den Beratungen der Kommunistischen- und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 der Auffassung, daß ein friedlicher Weg zum Sozialismus, d. h. natürlich nicht ein Weg des Klassenfriedens, aber ein Weg ohne blutige Auseinandersetzungen, möglich geworden ist. Marx und Engels hatten diesen Weg zwar für die Ausnahme gehalten, ihn aber auch nie ausgeschlossen (26). Auch Lenin lehnte es ab, den bewaffneten Aufstand unter allen Umständen als obligatorische Kampfform zu betrachten (27).

Früher war die Bourgeoisie stärker als das Proletariat und zwang ihm häufig ein für sie günstiges Kampffeld auf. Jetzt wird der Sozialismus stärker, und es wird ihm in wachsendem Maße möglich, der Bourgeoisie sowohl die Formen als auch den Schauplatz des Kampfes aufzuzwingen (28). Einer dieser Schauplätze ist das Parlament, weil den Monopolen ein durch allgemeine Wahlen gebildetes Repräsentativorgan in kritischen Phasen ihrer Machtausübung immer ein Dorn im Auge ist. Deshalb können auf der Grundlage eines breiten und entwickelten außerparlamentarischen Massenkampfes die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten mit Hilfe der Erringung der Mehrheit im Parlament die antimonopolistische und sozialistische Umgestaltung vollziehen. Dabei schafft eine parlamentarische Mehrheit nicht die Macht selbst (entgegen revisionistischen Postulaten), sie gibt aber das Recht der Regierungsbildung und kann als gesetzliche Grundlage und Instrument für die Machtausübung genutzt werden (29).

Unter den heutigen Bedingungen ist es deshalb nicht mehr zwingend notwendig, die Parlamente als Institutionen zu zerschlagen und durch völlig neue Organe der Staatsmacht zu ersetzen. Wenn auch die spezifisch bürgerlichen Eigenarten wie Abgeordnetenkauf, Beraterverträge, Verselbständigung der Parlamentarier von den Wählern, restlos beseitigt werden müssen, so bedeutet dies nicht, daß damit auch Rechtsinstitutionen des Parlaments, die demokratischen Verfassungsgrundsätze, aufgehoben werden müßten. Es besteht durchaus die Möglichkeit, das Parlament aus einem Instrument der Monopole zur Manipulierung des Volkes in ein wirklich demokratisches Organ des arbeitenden Volkes zu verwandeln (30). Diese Funktion gewinnt das Parlament, wenn es zur Form und zum Organ der Umsetzung der außer-

26 MEW 6, 472 und MEW 18, 154.
27 Lenin-Werke 27, 56 und Lenin-Werke 26, 20.
28 Georg Kar: Über die friedlichen und nichtfriedlichen Wege der sozialistischen Revolution. In: PFS 1962, Bd. 5, S. 403 ff. (406 f.).
29 Vgl. Antimonopolistische Alternative – Sozialistische Perspektive, Autorenkollektiv, Berlin 1973, S. 133.
30 Willi Gerns, Robert Steigerwald ..., S. 93.

parlamentarisch durch Massenaktionen vorgetragenen revolutionären Forderungen wird.

Das gleiche, was für bestimmte demokratische Institutionen gilt, gilt auch für das Instrumentarium der Lenkung der Wirtschaft, das bereits der staatsmonopolistische Kapitalismus hervorgebracht hat. Auch dieses Lenkungsinstrumentarium wäre auszubauen und in seiner Zielsetzung für die Volksmassen zu nutzen, nicht aber zu zerschlagen (31).

Aus dieser Erkenntnis, daß die sozialistische Revolution auch in der Form der Erringung der Mehrheit im Parlament möglich ist, sind für die Fortführung der Revolution mit den Mitteln der Staatsmacht, also für die Diktatur des Proletariats, auch Schlußfolgerungen zu ziehen:

In kapitalistischen Ländern mit einer entwickelten Arbeiterbewegung, die von starken kommunistischen Parteien geführt werden, findet diese Frage großes politisches Interesse:

So erklärte Georges Marchais, der Generalsekretär der FKP, dazu: „Es ist z. B. angesichts der Traditionen unseres Landes undenkbar, daß der Sozialismus in Frankreich in einem Einparteiensystem seinen Ausdruck finden könnte. Es wird in einem sozialistischen Frankreich nicht nur mehrere demokratische Parteien geben, die an der Machtausübung beteiligt sind, sondern es wird auch Oppositionsparteien geben können, die frei über alle Mittel einer legalen Aktivität verfügen können" (32). „In einem sozialistischen Frankreich werden die Rechte der Minderheit, so lange sie nach dem demokratischen Spielregeln im Rahmen der Gesetzlichkeit ausgeübt werden, streng respektiert. Das Recht der Oppositionsparteien, eine neue Mehrheit zu bilden, wird folglich sowohl durch die Freiheiten, über die sie wie alle anderen Gruppierungen verfügen, als auch durch die Anwendung des Prinzips der proportionalen Vertretung bei allen Wahlen garantiert sein" (33).

Im Programm der Kommunistischen Partei Großbritanniens heißt es: „Democratically organised political parties. including those hostile to socialism, would have the right to maintain their organisation, publications and propaganda and to contest elections" (34).

Auch die chilenische KP hatte vor, einer die Verfassung achtenden bürgerlichen Opposition die verfassungsmäßigen Rechte zu erhalten. „Unter der Volksregierung bleibt die politische Opposition bestehen. Solange ihre materielle und ideologische Basis fortbesteht, sollte – wie es im Programm heißt – die Opposition anerkannt werden, natürlich unter der Voraussetzung, daß sie im Rahmen der Gesetze wirkt" (35).

In einer Stellungnahme des Parteivorstands der DKP zu der Verfälschung und Zerstörung demokratischer Verfassungsgrundsätze durch das Großkapital und seine Parteien heißt es: „Sie (die DKP d.V.) führt den Kampf für die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung, für die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft, um eine antimonopolistische Demokratie, für den Sozialismus auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte" (36). Willi Gerns vom Präsidium des Parteivorstands der DKP

31 Serge Goffard: Die Machtfrage steht auf der Tagesordnung. In: SOPO Nr. 36, S. 133.
32 Georges Marchais: Die demokratische Herausforderung, Frankfurt/Main 1974, S. 170.
33 Ebenda, S. 121 f. Vgl. auch die Rede von Georges Marchais auf dem XXI. Parteitag der FKP, Frankfurt 1974, S. 46.
34 The british road to socialism, programme of the Communist Party, London 1968, S. 52, ebenso der neue Programmentwurf, Informations-Bulletin 4/1977, S. 16.
35 Luis Corvalán: Chile. Das Volk kommt an die Macht. In: PFS 1970, Bd. 12, S. 1596 ff. (1605).
36 „Gegen die Verfälschung und Zerstörung demokratischer Verfassungsgrundsätze", hrsg. vom Parteivorstand der DKP, Referat Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik.

führt aus: „Wenn es gelingt, das Monopolkapital daran zu hindern, die bürgerlich-demokratischen Rechte völlig über Bord zu werfen, zu faschistischen oder anderen autoritären Herrschaftsformen zu greifen, wenn sich also der Kampf um eine antimonopolistische Demokratie und Sozialismus auf dem Boden bürgerlich-demokratischer Verhältnisse entfalten kann, wird auch das zweifellos das Bild des Sozialismus in der Bundesrepublik mit prägen" (37).

Der entscheidende Gedanke ist hier, daß die sozialistische Revolution auf friedlichem Wege auch die Form der Fortsetzung der Revolution mit den Mitteln der Staatsmacht, d. h. die Diktatur des Proletariats, determiniert. Von den Marxisten ist der enge Zusammenhang zwischen den Formen der sich daraufhin herausbildenden Staatsmacht der Arbeiterklasse andererseits stets auch in der Auseinandersetzung mit dem Dogmatismus hervorgehoben worden. Ein sowjetisches Autorenkollektiv schreibt: „Die Maoisten übersehen die elementare Wahrheit: die Mittel der Umgestaltung können nicht neutral sein gegenüber den Zielen der Umgestaltung, und die Art und Weise, in der in den einzelnen Ländern die herangereifte soziale Umwälzung vollzogen werden muß, drückt auch dem Charakter der neugeschaffenen Ordnung ihren Stempel auf" (38).

Gerade diesen Gedanken hat auch die Geschichte bestätigt: So ist beispielsweise der Aufbau des Sozialismus in der DDR geprägt von dem gemeinsamen Leid der demokratischen Kräfte unter der Naziherrschaft und dem folgenden gemeinsamen Kampf dieser Kräfte und Parteien in der Nationalen Front für die Beseitigung aller politischen und ökonomischen Wurzeln des Faschismus auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone. Zu den historisch-spezifischen Bedingungen der DDR gehört natürlich auch, daß die gefestigte antifaschistische Einheit dann den Sozialismus unter den Bedingungen des Kalten Krieges, der offen ausgesprochenen Kriegsdrohung durch die NATO, der Sabotage und Subversion aufzubauen begann. Die Zulassung einer bürgerlichen Opposition war unter diesen Bedingungen nicht nur undenkbar, sie hätte sogar den Frieden in Europa gefährdet. In der DDR hat sich jetzt, geprägt durch die eigene Geschichte, auf den Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus beruhend eine lebendige sozialistische Demokratie herausgebildet, die ihre Überlegenheit über jede bürgerliche Demokratie tagtäglich allein dadurch beweist, daß immer mehr Menschen verantwortlich an der Leitung und Planung von Staat und Gesellschaft beteiligt werden. Im übrigen ist die Entwicklung der Demokratie in den sozialistischen Ländern keinesfalls beendet. Erst die sozialistische Grundlage garantiert ihre kontinuierliche und gesicherte Fort- und Höherentwicklung. Es ist deshalb auch die Tendenz der Entwicklung, die die Demokratie unter dem Kapitalismus und unter sozialistischen Bedingungen unterscheidet (39).

Die Erfahrungen der DDR sind für den Aufbau des Sozialismus auch in der Bundesrepublik nützlich, aber nicht in ihren spezifischen Ausformungen übertragbar. Gerade weil die DDR und die BRD keine gemeinsame Nation sind, kann es in der BRD nur einen Weg zum Sozialismus geben, der auf der Grundlage der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus ganz BRD-spezifische Ausformungen hervorbringen wird. Entscheidend ist dabei, daß die heutige Ausgangslage in der BRD der heutigen Situation in Frankreich, England oder Italien vergleichbarer ist als der Ausgangslage, in der sich die DDR nach dem 2. Weltkrieg befunden hat. Deshalb kann man auch nicht die Verfassungsordnung der DDR auf die BRD übertragen (40), was den Kommunisten als politische Absicht immer wieder unterstellt wird.

37 Willi Gerns: Allgemeine Gesetzmäßigkeiten und nationale Besonderheiten des Sozialismus. In: Marxistische Blätter 1/1977, S. 94.
38 Kritik der theoretischen Auffassungen Mao-Tse-Tungs, Autorenkollektiv, Frankfurt 1973, S. 148 f.
39 Georges Marchais ..., S. 154.

An großer Bedeutung für die konkreten Besonderheiten des Sozialismus in der Bundesrepublik wird die Tatsache sein, daß sich der Übergang zum Sozialismus in unserem Lande unter Bedingungen vollziehen wird, da der Sozialismus bereits die Hauptrichtung der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmt und sich das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus, der Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung verändert haben wird (41).

Aufgrund der heutigen Bedingungen des Klassenkampfes in der BRD geht die DKP davon aus, daß der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte um eine antimonopolistische Demokratie am besten geeignet ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Mit dieser Form des Herangehens an die sozialistische Umwälzung erstrebt die DKP den für das arbeitende Volk der BRD günstigsten Weg zum Sozialismus (42). Schon heute zeigt der antimonopolistische Kampf, daß die Verfassung der BRD von der Arbeiterklasse verteidigt werden muß, während die Großbourgeoisie fortgesetzt ihre Aushöhlung betreibt, um ihre Herrschaft abzusichern. Deshalb wird das Grundgesetz immer mehr — während es für die Herrschenden ein Hindernis ihrer Machtausübung geworden ist — zur Waffe der fortschrittlichen Kräfte gegen das kapitalistische Unrecht. Die im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte widersprechen der auf Gewalt und Unrecht basierenden Diktatur der Bourgeoisie. Für die im Verlaufe der antimonopolistischen Umwälzung erkämpfte antimonopolistische Staatsmacht und für die im Ergebnis der sozialistischen Revolution gebildete Staatsmacht der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen sind die demokratischen Prinzipien und Freiheiten des Grundgesetzes der beste Anknüpfungspunkt, um eine große Mehrheit der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß diese Rechte und Freiheiten zu ihrer vollständigen Verwirklichung auch eine neue soziale Grundlage brauchen.

Wenn während dieses revolutionären Prozesses die bürgerlichen Parteien und Kräfte, die gegenüber der antimonopolistischen Regierung in Opposition stehen, auf die Anwendung illegaler konterrevolutionärer Gewalt verzichten, dann werden diese Kräfte auch ihre verfassungsmäßigen Rechte behalten können. Ihre verfassungsrechtliche Position kann unter dieser Voraussetzung in der antimonopolistischen und der sozialistischen Umwälzung auch keine unterschiedliche sein (43), weil beide Umwälzungen nur zwei Entwicklungsstadien in einem einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind (44). Die entscheidende Auseinandersetzung erfolgt ohnehin bereits im Kampf um die antimonopolistische Demokratie,

40 Erwin Siemantel: Zur Identität politischer Parteien. In: 20 Jahre KPD-Verbot, S. 145 f.
41 Willi Gerns: Allgemeine Gesetzmäßigkeiten ..., S. 93.
42 These 9 der Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP (1971).
43 So anscheinend aber Gerns/Steigerwald in: „Für eine sozialistische Bundesrepublik", Frankfurt/Main 1976, S. 76 ff.
44 These 9 der Thesen ...

weil alle beteiligten Klassen wissen oder ahnen, daß die Errichtung der neuen Staatsmacht antimonopolistischer Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse und die Enteignung der Monopole gerade jene Bedingungen schafft, die früher oder später sozialistische Umgestaltungen nicht nur ermöglichen, sondern auch verlangen (45). In dieser Entwicklungsphase stürmischer politischer Auseinandersetzungen wird sich aller Voraussicht nach bereits entscheiden, ob das bundesdeutsche Großbürgertum bei der Anwendung seiner politischen Mittel tatsächlich Gesetz und Verfassung achten sollte. Selbstverständlich hat eine antimonopolistische oder sozialistische Regierung das Recht, mit den Mitteln staatlicher Verbote und strafrechtlicher Sanktionen vorzugehen, wenn bürgerliche Kräfte die tragenden Verfassungsprinzipien zu bekämpfen beginnen. Der Unterdrückungscharakter der antimonopolistischen und der sozialistischen Staatsmacht gegenüber den Reaktionären ist kein prinzipiell anderer. Eine „Diktatur" in dem allgemeinen Sinne, wie sie für den marxistischen Staatsbegriff bestimmend ist, ist auch die antimonopolistische Demokratie, weil staatliche Gewalt als Mittel des Klassenkampfes eingesetzt wird.

Es ist aber auch vorstellbar, daß in der BRD in der Entwicklung des Kampfes um die antimonopolistische Demokratie und um den Sozialismus im Verlaufe dieser Umgestaltungen unter den immer günstiger werdenden internationalen Bedingungen ein solches Übergewicht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entsteht, daß sich ein Staat herausbildet, wo unter Führung der Arbeiterklasse mit Hilfe der staatlichen Gewalt auf gesetzlichem Wege die Bourgeoisie enteignet und die sozialistische Ordnung aufgebaut wird und bei alledem dieser Staat seine parlamentarische Form beibehält, einschließlich des Rechts der bürgerlichen Parteien, auf gesetzlichem Wege den eingeschlagenen Weg zurück zu gehen.

Jede kommunistische Partei trägt in ihrem Kampf den demokratischen Traditionen ihres Landes Rechnung. Das allgemeine Wahlrecht, fortschrittlich-demokratische Verfassungsrechte sind ja in vielen Ländern demokratische Errungenschaften, die vor allem von der Arbeiterklasse erkämpft wurden.

Gerade die Entwicklung des Wahlrechts vom Klassenwahlrecht zum allgemeinen Wahlrecht zeigt, daß die ursprünglich einmal von der revolutionären Bourgeoisie auf die Tagesordnung gesetzten Prinzipien demokratischer Wahlen erst durch die Arbeiterbewegung einen allgemeinen Charakter gewannen. (46)

Ob es die republikanisch-antifaschistische Verfassung Italiens (47) oder das Bonner Grundgesetz ist, die Kommunisten dieser Länder nutzen die in diesen Verfassungen mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck kommenden demokratischen Errungenschaften für den Befreiungskampf der Werktätigen ihres Landes.

Dieser den nationalen Traditionen entsprechende Weg würde nichts an den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Übergangsetappe vom Kapitalismus zum Sozialismus, dessen Staat die Diktatur des Proletariats ist, ändern, weil das für diese geschichtliche Etappe spezifische Machtverhältnis der Klassen zueinander auch unter den unterschiedlichsten nationalen Bedingungen in verschiedenen Formen bestehen kann.

45 „Der Imperialismus der BRD", Autorenkollektiv aus der DDR, Frankfurt/Main 1971, S. 567.
46 Vgl. dazu: Graf/Seiler: Wahl und Wahlrecht im Klassenkampf, Frankfurt 1971.
47 Vgl. dazu: Palmiro Togliatti: Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, Berlin 1965, S. 86.

Die Staatsmacht der Arbeiterklasse braucht nicht wie etwa in der DDR selbst auch Norm der Verfassung zu sein. Es besteht auch kein zwingender Grund, heute vorherzusagen, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Norm in der Verfassung des sozialistischen Staates der BRD verankert sein wird (48). Eine derartige Vorhersage wäre etwas kühn. Sie ist aber auch gar nicht notwendig, weil die Staatsmacht der Arbeiterklasse auch ausgeübt werden kann, wenn sie nicht Norm der Verfassung ist, wenn die Verfassung also zur Frage der Klassenbeziehungen ihren weitgehend formalen Charakter behält. Ebenso kann man heute nicht vorhersagen, daß das Grundgesetz seine neutrale Position zur Frage einer kapitalistischen oder sozialistischen Wirtschaftsordnung aufgeben müsse. Für die Aufgaben des Aufbaus des Sozialismus ist das Grundgesetz nicht nur kein Hindernis, es gewährleistet mit dem Sozialstaatsgebot und der Sozialisierungsmöglichkeit (Art. 20, 15 GG) sogar verfassungspolitische Grundlagen für den Aufbau einer humaneren Ordnung.

Die Diktatur des Proletariats braucht deshalb nicht durch politisch-rechtliche Vorrechte ausgeübt zu werden. Sie ist vielmehr eine tatsächliche politische Realität, die ihren Ausdruck findet in einer aktiven Massenbewegung für die Erkämpfung der sozialistischen Ziele außerhalb des Parlaments, einer stabilen Mehrheit der Kräfte des werktätigen Volkes im Parlament, einer entsprechenden Vertretung in der Regierung und einem entscheidenden Einfluß der politischen Kräfte der Arbeiterbewegung in Verwaltung, Armee und Justiz. Sobald die Kontrollfäden zerschnitten und die Einflußkräfte zerstört (49) worden sind, die im bürgerlichen Staat die Abhängigkeit der Staatsorgane vom Kapital gewährleistet hatten, und sobald der Staat sein Wesen so verändert hat, daß Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen geschaffen worden sind, ist seinem Wesen nach ein völlig neuer Staat entstanden. Auf dieser politischen Grundlage können die Aufgaben der Diktatur des Proletariats vollzogen werden.

Die Unterdrückungsfunktion der Diktatur des Proletariats in dieser Form besteht darin, den Zwang einer Klasse gegenüber der anderen vor allem mit den Mitteln der Gesetzlichkeit auszuüben (50) und mit der ganzen Strenge von Polizei und Justiz die Bourgeoisie an der Anwendung illegaler konterrevolutionärer Gewalt zu hindern. Auch allein die Tatsache, daß die Massenmedien, z. B. die Pressemonopole, nicht mehr unter der Regie eines allmächtigen Verlegers stehen werden, sondern stattdessen Formen der demokratischen Kontrolle gefunden werden, wird für die Bourgeoisie eine ungeheure Unterdrückung sein.

Daß eine solche historische Chance der Machtausübung der Arbeiterklasse real existiert, ergibt folgender Gedanke: Wenn es gelungen ist, durch eine große Entfaltung des demokratischen Massenkampfes das Kräfteverhältnis der Klassen zueinander in der Weise zu gestalten, daß eine unbewaffnete und auf gesetzlichem Wege vollzogene Revolution möglich geworden ist, dann wird die Volksbewegung, ausgestattet mit der Autorität der Staatsmacht, auch so stark sein, daß die Chance der Bourgeoisie, durch parlamentarische Wahlen das Blatt zu wenden, eine immer unwahrscheinlicher werdende Möglichkeit ist. Deshalb ist es in einer sozialistischen Bundesrepublik nicht nur denkbar, daß mehrere Parteien beim Aufbau des Sozialismus ein Regierungsbündnis

48 Gerns/Steigerwald: Für eine ... , S. 76.
49 Maurice Cornforth: Marxistische Wissenschaft und antimarxistisches Dogma, Frankfurt 1973, S. 31..
50 François Hincker: Für die kritische Assimilation der Theorie. In: SOPO Nr. 36, S. 122.

eingehen, sondern es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch eine parlamentarische Minderheit geben, wenn diese sich an die Verfassung der sozialistischen Bundesrepublik hält (51). Diese Verfassung wäre natürlich ein in vielen Artikeln — etwa durch die Einführung des Volksentscheids — geändertes Grundgesetz, die verfassungsrechtlichen Grundprinzipien blieben jedoch unberührt.

Auch wenn die Gesamttendenz der Entwicklung nach marxistischer Erkenntnis nicht darin verharren wird, den Widerspruch zwischen kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den modernen Produktivkräften unaufgelöst zu lassen, ist in der revolutionären Periode, wo Stellungskrieg und bewegte Formen einander abwechseln können (52), auch ein Rückschlag nicht auszuschließen. Marxisten haben jedoch aufgrund ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gesetzmäßigkeit der Fort- und Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft die absolute Zuversicht, daß sich letztlich doch die humanere Ordnung, der Sozialismus, durchsetzen wird. Diese Gesetzmäßigkeit wird sich um so spürbarer in den Erscheinungen der geschichtlichen Entwicklung niederschlagen, je stärker der Sozialismus international bereits geworden ist.

Wenn also eingangs gesagt wurde, daß die sich herausbildende Form der Diktatur des Proletariats von den internationalen Bedingungen und den nationalen Bedingungen des jeweiligen Landes abhängen wird, so läßt sich diese Erkenntnis für die Phase des Aufbaus des Sozialismus in der BRD dahin konkretisieren, daß unter den internationalen Bedingungen eines weiter erstarkten sozialistischen Lagers und unter den nationalen Bedingungen einer demokratischen Tradition der Arbeiterbewegung und einer in Ansätzen demokratischen Verfassungstradition (die von der Paulskirchenverfassung zur Weimarer Verfassung bis zum Grundgesetz und den demokratischen Länderverfassungen reicht) eine Machtergreifung und Machtausübung der Arbeiterklasse möglich ist, die friedliche und verfassungsmäßig-parlamentarische Formen annimmt. Wenn es dem arbeitenden Volk gelingt, das Monopolkapital daran zu hindern, gegen die sozialistischen Kräfte einen Bürgerkrieg zu entfesseln, so wird das seine Auswirkungen haben auf die Formen und Methoden des Klassenkampfes, auf die Maßnahmen zur Sicherung der sozialistischen Demokratie, auf den Zeitraum der sozialistischen Umgestaltung der kleinen Warenproduktion, kleiner und mittlerer Betriebe in Stadt und Land. Dann wird es möglich sein, diesen Prozeß in einem längeren Zeitraum kontinuierlicher, für die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen überzeugender und leichter vollziehbar zu gestalten (53).

Bei alledem ist jedoch festzuhalten, daß die staatliche Gewalt, der staatliche Zwang gegenüber der sich ihrer Enteignung wehrenden Bourgeoisie, unvermeidlich ist. Anderenfalls hätte der Staat seine historische Funktion als Instrument der herrschenden Klasse ja bereits eingebüßt.

Die Formen des Zwangs können aber unterschiedlich sein und richten sich in erster Linie nach dem Widerstand der Bourgeoisie selber. Wenn irgend möglich wird die Arbeiterklasse stets die Methoden des gewaltlosen Kampfes, der Überzeugung und Erziehung vollziehen. Aber sie wird ohne Zögern Zwang anwenden, wenn die dem Sozialismus feindlichen Kräfte

51 Willi Gerns: Allgemeine Gesetzmäßigkeiten ..., S. 95.
52 François Hincker: Für die kritische ..., S. 119.
53 Willi Gerns: Allgemeine Gesetzmäßigkeiten ..., S. 93 f.

selbst zu Subversionen und Gewalt greifen (54).

Den Gedanken, daß es nicht vom Willen der Arbeiterklasse und ihrer Partei abhängt, ob eine friedliche Umwälzung möglich ist, haben schon Engels und Lenin ausgedrückt: „Die Kommunisten wären gewiß die letzten, die sich dagegen (Aufhebung des Privateigentums auf friedlichem Wege, d. V.) auflehnen würden" (55). Dies gilt nicht nur für die Frage, ob die Umwälzung mit Waffengewalt stattfindet oder nicht, sondern auch für die Frage der Einhaltung der Gesetzlichkeit: „Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die ‚Revolutionäre', die ‚Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand" (56).

Wenn unter den heutigen Bedingungen in bestimmten Ländern also die Möglichkeit besteht, einen friedlichen und die Gesetzlichkeit achtenden Weg des sozialistischen Aufbaus zu gehen, dann besteht gar kein Zweifel, daß dieser leichtere Weg auch von den kommunistischen Parteien angestrebt wird. Daraus folgt: Wenn nur die Möglichkeit besteht, die Diktatur des Proletariats in einer Form auszuüben, die sich an bestimmte demokratische Verfassungstraditionen gebunden fühlt, dann ist die eingangs aufgegriffene These vom totalitären Wesen der marxistischen Staatstheorie bereits widerlegt. Denn die Arbeiterklasse wird die Möglichkeiten wahrnehmen, sobald die objektiv-historischen Bedingungen für eine derartige Variante der Diktatur des Proletariats bestehen.

Diese Überlegungen sind natürlich insoweit theoretisch und spekulativ, als die Erfahrung lehrt und gerade das Beispiel Chile erschreckend deutlich zeigt, daß die Reaktion sich keinesfalls bei ihren Versuchen, die Entwicklung zurückzudrehen, auf die gesetzlichen und friedlichen Mittel beschränkt. Es ist deshalb auch unmöglich, über die Wahrscheinlichkeit der oben skizzierten Entwicklung heute eine exakte Aussage zu machen. Darauf kommt es aber hier auch nicht an. Weil nämlich diese Entwicklung unter den heutigen geschichtlichen Bedingungen als möglich eingeschätzt werden kann, und weil dieser friedliche und demokratisch-parlamentarische Weg von den Kommunisten stets vorgezogen und angestrebt wird, ist die Behauptung, die Unterdrückung jeder Opposition läge im Wesen des Marxismus-Leninismus, falsch. Unter den heutigen Bedingungen in der BRD liegt es einzig und allein an der Bourgeoisie selbst, ob die von ihr während ihrer besseren Zeiten auf die Fahnen geschriebenen parlamentarisch-demokratischen Grundsätze für eine überschaubare Zeit erhalten bleiben oder nicht.

Es bleibt an dieser Stelle die übliche Frage nach den „Garantien" abzuhandeln. Es wird entgegnet: Woher wissen wir, daß die auf gesetzlichem Wege an die Macht gekommenen Kommunisten nicht doch irgendwann einmal die Verfassung brechen werden? Ist die Wahrung bürgerlich-demokratischer Verfassungsgrundsätze nicht eine taktische Frage für Kommunisten? Diese Frage nach den Garantien während der Diktatur des Proletariats hat den selben Kern wie die Frage: Ist das Anstreben des friedlichen Weges der Revolution nicht auch nur ein taktischer Trick, um unter den Bedingungen der Legalität den bewaffneten Umsturz noch besser vorzubereiten? Zu diesen Ver-

54 „Für eine fortgeschrittene Demokratie – für ein sozialistisches Frankreich" („Manifeste de Champigny") L'Humanite vom 7.12.68.
55 Engels: Grundsätze des Kommunismus. In: MEW 4, 372.
56 Engels in: MEW 7, 525.

dächtigungen geben die Äußerungen pseudorevolutionärer Maoisten die beste Munition. So heißt es z. B. in einem Artikel der chinesischen Zeitung „Renmin Ribao" vom 31.3.1964, in der die Politik und Strategie der kommunistischen Weltbewegung angegriffen wird: „Von *taktischen Überlegungen* ausgehend, ist es vorteilhaft, den Wunsch nach einem friedlichen Übergang zu erwähnen." Diese Auffassung wird von den Kommunisten scharf zurückgewiesen, denn die Frage des friedlichen und nichtfriedlichen Weges ist eine Frage der gesamten humanistischen Weltanschauung der kommunistischen Parteien (57). Die grandiose Anziehungskraft des Kommunismus liegt nicht nur in seinen Zielen, sondern auch in den Mitteln, diese Ziele zu erreichen, in der Einheit der einen wie der anderen (58).

Den bürgerlichen Kritikern, die der Meinung sind, die wissenschaftliche Weltanschauung der Kommunisten sei für die Kommunisten selber nicht verbindlich, im Zweifel würde doch dem tagespolitischen Kalkül der Vorrang gegeben, antwortet der finnische Kommunist Erikii Tuominen:

„Das Maximum der noch auf der Basis des Kapitalismus möglichen Demokratisierung ist der Anfang für die Schaffung solcher Garantien; die Garantien liegen in unserem tagtäglichen Kampf für die Interessen der Werktätigen wie auch in unserer Bereitschaft, ein Bündnis mit allen demokratischen Kräften einzugehen, und in unserem Kampf gegen jegliche linkssektiererischen Ansichten. Aber dem müssen wir noch einiges hinzufügen. Wir sagen allen, die uns die Frage der Garantien stellen: Die Garantien hängen auch von euch ab!" (59)

57 Kritik der theoretischen ..., S. 123.
58 Georg Kar: Über den friedlichen ..., S. 404.
59 Erikii Tuominen: Die sozialistische Revolution und der bürgerliche Staat. In: PFS 1964, Bd. 6, S. 441 ff. (446).

Robert Katzenstein

KLASSENKAMPF UND POLITISCHE MACHTSTRUKTUREN

Es ist heute viel von neuen Bedingungen die Rede, die neue Wege zum und der Entwicklung des Sozialismus eröffnen. Solche neuen Bedingungen gibt es in der Tat. Wenn heute ein Land wie Somalia, um nur ein Beispiel zu nennen — man könnte auch Kuba nehmen oder jedes beliebige andere Land —, seine gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändern kann, und zwar mit der Zielrichtung Sozialismus, so ist das ein Beweis für die Existenz und die Kraft solcher neuen Bedingungen. Daß es einen solchen Weg einschlagen *kann*, ist dem Sozialismus geschuldet, der materiellen und ideellen Kraft, in der er sich realisiert *hat*. Der Sozialismus und seine Kraft sind also derartige neue Bedingungen. Daß die Mehrheit der früher unterjochten Völker sich politisch unabhängig gemacht hat und daß sie sich mehr und mehr auch ökonomisch unabhängig machen, sich dem Ausbeutungsnetz des Imperialismus entziehen, verändert das Kräfteverhältnis in der Welt und ist ebenfalls eine neue Bedingung. Auch das ist nur möglich geworden auf der Basis der realen Kraft, des Sozialismus, die sich in den sozialistischen Ländern materialisiert hat.

Heute kann niemand diesen Völkern den Weg verwehren. Es ist erst wenige Jahrzehnte her, da wäre am Imperialismus eine solche Bewegung ökonomisch, politisch und militärisch erstickt. Daß diese Völker Wege zum Sozialismus einschlagen *können*, ist dem veränderten Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital in der Welt geschuldet, die durch die fortschreitenden nationalen Bewegungen in aller Welt noch verstärkt wird. *Daß* sie ihn einschlagen, wie *weit* und in welchen *Formen* sie ihn gehen, das ist dem inneren Kräfteverhältnis der Klassen geschuldet. Wohlgemerkt, dem *Kräfteverhältnis*, nicht der Struktur der Klassen. Damit komme ich auf den Punkt zu sprechen, um den es mir hier eigentlich geht.

In der Diskussion hierzulande — in Frankreich und Italien sieht das ganz anders aus — scheint man oft beides zu verwechseln. Aus der Tatsache allein, daß die Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern die Mehrheit bildet, daß die Kleineigentümer im Konzentrationsprozeß des Kapitals weitgehend zerrieben worden sind, daß ein zunehmender Teil des Mittelstandes durch Lohnabhängigkeit charakterisiert wird und daß die Bourgeoisie selbst nur noch eine kleine Minderheit ausmacht, die überdies noch gespalten ist, schließt man auf neue Möglichkeiten des Überganges zum Sozialismus. Dabei ist es unbestritten, daß hier tatsächlich neue Bedingungen gegeben sind und neue Möglichkeiten eröffnet werden. Ich schließe mich hier den Ausführungen von Sève an. (1)

Es gibt sogar noch viel mehr Punkte als nur die Mehrheit der Arbeiterklasse, die diese These erhärten: Die Arbeiterklasse ist in viel höherem Maße organisiert als früher, sie ist in der Durchsetzung ihrer Interessen erfahren, und selbst die Zwischenklassen sind organisiert und kampfbereit, usw. Aber das allein ändert nichts daran, daß die Formen der politischen Machtstrukturen beim Übergang zum Sozialismus im Klassenkampf und durch das Kräfteverhältnis der Klassen bestimmt werden; Klassenstrukturen haben noch nie eine Revolution gemacht, sie setzen nur bestimmte Bedingungen für einen solchen Prozeß. Es genügt also nicht, veränderte Klassenstrukturen festzustellen, sondern man müßte untersuchen, wie sich unter diesen Bedingungen Kräfteverhältnisse bilden und welche Einflüsse hier wirksam werden oder, allgemeiner, wie der Zusammenhang und die Wechselwirkung zwischen ökonomischen, ideologischen und politischen Prozessen unter diesen Bedingungen zum Tragen kommen, welche neuen Faktoren sich hier ergeben. Darum sollte sich eigentlich die Diskussion drehen. Hier liegen die weißen Flekken. Das ist ein weites Feld, und es ist eigentlich unnötig zu sagen, daß auch ich hier sicherlich mehr Fragen aufwerfen werde als Antworten zu geben vermag. Aber wenn sich daraus eine Diskussion ergibt, die uns weiterführt, dann betrachte ich das als Erfolg. (2) Beziehen möchte ich mich zunächst auf die Thesen Christoph Kievenheims, insofern er die Entwicklung der Produktivkräfte als objektive Grundlage aller anderen gesellschaftlichen Prozesse versteht; das ist ohne Zweifel ein an sich richtiger Ansatzpunkt. (3)

1 Vgl. L. Sève, „Leninistische Entwicklung der Strategie der friedlichen Revolution", SOPO 37/38, 1976/3.
2 Zur weiteren Beschäftigung mit den theoretisch/methodischen Problemen, die im Zusammenhang der marxistischen Diskussion der Sozialismus-Frage gestellt sind, vgl. B. Heidtmann, „Eurokommunismus" als Ideologie? Über theoretisch-politische Voraussetzungen der Sozialismus-Frage, SOPO, 40, 1977/2.
3 C. Kievenheim, „Eurokommunismus" und „realer Sozialismus", SOPO 40, 1977/2.

Zuvor vielleicht noch eine Bemerkung. Daß der Übergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege und auch die Entwicklung des Sozialismus in überkommenen demokratischen Formen vor sich gehen können, ist in der marxistisch-leninistischen Theorie, mit Verlaub zu sagen, ein alter Hut. Das ist übrigens der einzige Punkt, in dem ich mit Sève nicht voll übereinstimme. Er meint, Lenin hätte in seiner Theorie der sozialistischen Revolution sofort eine Schwenkung um 180° gemacht, als er 1917 nach Rußland kam und feststellte, daß sich dort Bedingungen herausgebildet hätten, die einen friedlichen Übergang zum Sozialismus möglich machten. Ich meine, umgekehrt wird ein Schuh draus: Gerade weil dieser Weg als eine, wenn auch damals noch geringe, Möglichkeit in seiner Theorie enthalten war, deshalb hat er die konkreten Bedingungen sofort erkannt und die Konsequenzen daraus gezogen. Die Formen des Übergangs und der Entwicklung des Sozialismus sind für Lenin grundlegend immer eine Frage des Kräfteverhältnisses der Klassen gewesen, und so betrachtet ist es selbstverständlich, daß immer Bedingungen für einen solchen Übergang entstehen können und im Fortlauf dieses Überganges, weltweit gesehen, — wir befinden uns ja mittendrin in der historischen Periode der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus — auch entstehen müssen, wenn das Kräfteverhältnis sich eindeutig und stabil zugunsten der werktätigen Klassen verschoben hat und deren politische Macht garantiert.

„Damit im Staate tatsächlich die Mehrheit entscheidet, bedarf es bestimmter realer Bedingungen ... Wenn die politische Macht im Staate sich in den Händen einer Klasse befindet, deren Interessen mit denen der Mehrheit übereinstimmt, dann ist die Lenkung des Staates wirklich entsprechend dem Willen der Mehrheit möglich." (4)

Diese Schlußfolgerung Lenins ist wiederum nicht abstrakt gezogen, sondern Ergebnis einer gründlichen Analyse der Marxschen Untersuchungen der revolutionären Prozesse, die im Kapitalismus abgelaufen sind und in denen allgemeine Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten sichtbar werden. Niemand anders als Marx hat auch diese Bestimmung der politischen Herrschaftsstrukturen und ihrer Formen im Klassenkampf gerade mit Bezug auf die bürgerliche parlamentarisch-demokratische Verfassung zum Ausdruck gebracht. Er hat dabei auch zugleich herausgeschält, wo der Verfassungsfeind zu suchen ist und wo der Freund, denn er legt klar, daß nur die Bourgeoisie, nicht aber die werktätigen Klassen, ein Interesse daran haben kann und letztendlich haben muß, diese Verfassung über Bord zu werfen:

„Der umfassende Widerspruch aber dieser Konstitution besteht darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen. Von den einen verlangt sie, daß sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort-, von den anderen, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen." (5)

Alle diese Zusammenhänge verliert Kievenheim aus dem Auge. Er entwickelt ein merkwürdig mechanistisches Verständnis des Zusammenhanges Produktivkräfte — Produktionsverhältnisse, bei dem die ganzen Prozesse im Überbaubereich völlig in den Hintergrund treten bzw. eine direkte, unmittelbare Ableitung erfahren. (6) Es ist gar nicht abzustreiten, daß in seinen Gedanken ein rationaler Kern ist, aber er geht so haarscharf an den eigentlichen Fragestellungen vorbei, daß man sich fragt, was soll uns der Kern, wenn wir das Fleisch brauchen.

4 Lenin, Werke, Bd. 25, S. 198 f.
5 Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 7, Berlin (DDR) 1960, S. 43.
6 Ausführlich dazu, B. Heidtmann, a.a.O., S. 112 ff.

Vielleicht liegt das an seinem Ausgangspunkt. Kievenheim geht von einem Marxzitat aus, in dem festgestellt wird, daß eine neue Gesellschaftsformation nie an die Stelle der alten tritt, ehe nicht ihre materiellen Existenzbedingungen, ökonomisch wie klassenmäßig, im Schoße der alten herangereift sind. (7) Das ist richtig, aber es ist eine sehr hohe Abstraktionsstufe. Kievenheim hätte lieber von einer anderen Stelle bei Marx ausgehen sollen, an der er die *Zusammenhänge* einer Gesellschaftsformation und ihrer Umwälzung zusammenfaßt und in ihrer Mittelbarkeit zeigt. Die Basis, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, so schreibt Marx dort, bestimmt die ganzen rechtlichen und politischen Strukturen einer Gesellschaftsordnung, wie überhaupt ihren geistigen Lebensprozeß. Veränderungen in der Basis setzen dann den Prozeß in Gang, der diesen Überbau der Gesellschaft umwälzt.

„In der Betrachtung solcher Umwälzungen", so fährt er dann fort, „muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten." (8)

Hier wird der Bereich angesprochen, der die offenen Fragen umfaßt. Wie werden sich die Menschen dieser Konflikte bewußt und fechten sie aus, und welche Einflüsse werden da wirksam, nach welchen Gesetzmäßigkeiten und wie sind die heute bestehenden Bedingungen darin einzuordnen? Um in der Begrifflichkeit Gramscis zu sprechen: Wie bildet sich die ideologische Führung der Arbeiterklasse heraus, ihre Hegemonie? Welche Einflüsse ergeben sich dabei aus den gegebenen Bedingungen gerade in den hochentwickelten imperialistischen Ländern für die Ausbildung des Klassenbewußtseins und die Gestaltung des Kräfteverhältnisses; z. B. aus dem Einfluß des Opportunismus in der Arbeiterbewegung? Das ist ja kein kleiner Einfluß! Ist der Boden der neuen Bedingungen tatsächlich so tragfähig, daß er ausreicht, um den Übergang der Monopolbourgeoisie in die militärische Phase ihrer Herrschaft zu verhindern, denn der Zerfall ihrer *Hegemonie* bedeutet ja eben, wie Gramsci darlegt, noch nicht den Zerfall ihrer *Herrschaft*, sondern legt bloß das Gerippe der nackten Gewalt in dieser Herrschaft frei. Ist das durch die neuen Bedingungen zu neutralisieren, ist es schon neutralisiert? Das sind doch die Fragen und das ist die Ebene, die es zu untersuchen gilt. Bei Marx, Engels, Lenin finden wir eine Fülle von Analysen über die eine Gesellschaftsordnung verfestigenden Elemente und ebenso auch konkreter revolutionärer Prozesse und allgemeiner Zusammenhänge, in denen die Menschen sich dieses Konfliktes bewußt werden und ihn ausfechten. Das reicht von der Urgesellschaft bis zum Übergang zum Sozialismus und von der Solonschen Revolution bis zur sozialistischen Oktoberrevolution. An diesen Untersuchungen knüpft Gramsci an — übrigens auch bei der Entwicklung seines Hegemoniebegriffs knüpft er direkt bei Marx an (9) — und es ist sein großes Verdienst, daß er gerade diesen Überbaubereich und die sich dort abspielenden Prozesse in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen stellt und dabei aus den konkreten Bedingungen, etwa des Großgrundbesitzes und der Bauernfrage in Italien, der Bedeu-

7 C. Kievenheim, a.a.O., S. 101.
8 MEW, Bd. 13, S. 8 f.
9 Vgl. MEW Bd. 17, S. 593.

tung der katholischen Kirche usw., die Einflüsse auf diese Prozesse zu erfassen sucht. Hier liegen doch wirklich die Probleme, und es ist auch nicht so, daß sie nicht konkret greifbar wären. Die Kupferbergleute in Chile z. B. — im Monopolbereich tätig und für chilenische Verhältnisse hochbezahlt —, sie waren doch eine ganz wesentliche Kraft für den Wahlsieg der Unidad Popular. Aber schon im Rahmen der neugeschaffenen Betriebsleitungsstrukturen im verstaatlichten Bereich unterscheiden sie sich von anderen chilenischen Arbeiterschichten. Und ihre ökonomische Einstellung, historisch entstanden und erklärbar, führte schließlich sogar dazu, daß sie sich von den linken Gewerkschaften ab- und den rechten zuwandten, die Regierung Allende bestreikten und die Unidad Popular schwächten. Können solche Einflüsse nicht auch in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern Bedeutung gewinnen? Immerhin haben sie den ganzen Verlauf der sozialistischen Revolutionen in der Welt maßgeblich beeinflußt. Bei Kievenheim stellt sich die Sache einfach dar: Hier hochentwickelte Produktivkräfte, die Arbeiterklasse bildet die Mehrheit der Bevölkerung, folglich ganz andere Bedingungen für die sozialistische Revolution. Dort niedrig entwickelte Produktivkräfte, die Arbeiterklasse bildet die Minderheit, folglich Besonderheiten der sozialistischen Revolution. Es hört sich an, als wäre die Oktoberrevolution in Rußland, die den ganzen Prozeß in der Welt einleitete, ganz einfach zu früh gekommen. Die Bedingungen waren noch gar nicht reif für diese Revolution. Es handelt sich um eine *Sonder*entwicklung. (10) Erst jetzt haben die objektiven Bedingungen für die sozialistische Revolution die rechte Reife erlangt und deshalb kann sie sich viel harmonischer vollziehen. Hätte er nicht nur die Revolution in Rußland fest im Blick gehabt, dann wäre ihm aufgefallen, daß zur selben Zeit auch in Deutschland eine Revolution stattgefunden hat und niedergeschlagen wurde; in einem Lande also, in dem die Kievenheimschen Bedingungen der sozialistischen Revolution doch in hohem Maße entwickelt waren. Warum konnte sich gerade in Rußland und warum nicht in Deutschland ein Kräfteverhältnis entfalten, das die Revolution bis zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse vorantrieb? Das lag doch am Einfluß des Opportunismus auf die deutsche Arbeiterbewegung.

Wenn man diese Frage durchdenkt, den Ursachen nachgeht, so stößt man eben darauf, daß das Klassenbewußtsein nicht allein durch die Klassenlage, sondern auch durch die materiellen Existenzbedingungen der Klasse bestimmt wird und daß der Imperialismus hier bestimmte Bedingungen für die Entfaltung der Arbeiterbewegung setzt, d. h. man kommt auf die Leninsche Imperialismustheorie und seine sich daraus ableitende Theorie der sozialistischen Revolution zurück. Das Kapital entwickelt eben nicht nur den Weltmarkt, es bringt auch das Monopol hervor und entwickelt weltweite monopolistische Ausbeutungsbeziehungen, die sich den verschiedensten nationalen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen aufpfropfen, sich mit ihnen verflechten. Er verbindet sich und erhält — um dieser Ausbeutungsverhältnisse willen —, die reaktionärsten gesellschaftlichen Strukturen. Durch dieses Netz von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen aber werden die Existenzbedingungen der Menschen in diesen Ländern geprägt. Sie werden ausgesogen bis aufs Blut. Dort ballen sich deshalb die Konflikte zusammen, die die Massen in Bewegung setzen.

Man muß diesen Gedanken noch weiter verfolgen. Diese monopolistischen Verhältnisse sind es auch, die bewirkt haben, daß sich im imperialisti-

10 C. Kievenheim, a.a.O., S. 100. Hvbg. von Kievenheim.

schen Teil der Welt die materiellen Grundlagen der Produktion, die Produktivkräfte, in so ungeheurem Ausmaße entwickelt haben, daß sie überreif für die Umwälzung der Produktionsverhältnisse geworden sind. Sie sind es auch, über die jenem anderen Teil der Welt, dort wo die Masse der Weltbevölkerung lebt, die Mittel für die eigene Entwicklung entzogen wurden. Noch heute bewirken die neokolonialistischen Ausbeutungsverhältnisse ja, daß sich die Entwicklungsschere zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Ländern und den jungen Nationalstaaten immer weiter öffnet; und es zeigen sich die entsprechenden Klassenkonflikte, die man so schön neutral und fast rassistisch mit dem Begriff Nord-Süd-Konflikt umschreibt. Ich will das gar nicht ausführlich abhandeln. Aber wenn man einmal die Größenordnungen dieses Flusses von Akkumulationsmitteln abschätzen will, auch nur einen Begriff davon bekommen will, dann bedenke man doch nur die Auswirkungen, die allein die Wiederinbesitznahme der Ölquellen durch die Erzeugerländer auf den Fluß dieser Finanzströme hatte. Und noch heute reichen die Mehrwertteile, die aus der Verarbeitung und Vermarktung des Öls beispielsweise in der BRD realisiert werden, aus, um die Entwicklung ganzer schnell wachsender volkswirtschaftlicher Bereiche zu finanzieren. (11) Ströme von Akkumulationsmitteln wurden also in die imperialistischen Metropolen gezogen; ein Prozeß, der die Entwicklung hier vorantrieb und sie dort, in den unterjochten Ländern, unterband. Die Sache geht noch weiter. Es ist ja nicht etwa so, daß sich die Konflikte im Verhältnis Produktivkräfte — Produktionsverhältnisse in den imperialistischen Ländern nicht zugespitzt hätten. Gerade an den neuen Formen, die das Kapital entwickeln mußte, um die von ihm selbst gesetzten Schranken der Produktivkraftentfaltung immer wieder zu durchbrechen, an der Ausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, zeigt sich ja diese Zuspitzung deutlich. Aber der gleiche Prozeß hat bewirkt, daß sich diese Konflikte in der ökonomischen Basis bisher noch nicht in eine solche soziale und politische Bewegung der Arbeiterklasse umgesetzt hat, daß sie zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse führte. Derselbe imperialistische Ausbeutungsprozeß, der hier der Entwicklung der Produktionsgrundlagen bis zur Überreife zugrunde lag, war gleichzeitig die Basis dafür, daß die Entwicklung der klassenmäßigen Bedingungen für die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung aufgehalten wurde. Die sozialen Konflikte verlagerten sich in die weniger entwickelten Länder, d. h. dort erlangten sie ihre volle Schärfe. In ihnen verknoteten sich die monopolistischen, kapitalistischen, feudalen und halbfeudalen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, und es bildete sich ein Knäuel von ökonomischen und sozialen Konfliktstoffen, das dort die Kräfte zusammengeschweißt hat, die den Sieg der sozialistischen Revolution ermöglichten. Es ist also keineswegs ein Zufall, daß die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Welt ihren Anfang in Rußland und nicht in Deutschland genommen hat, daß sie ihren Weg über die Hinterhöfe des Imperialismus nahm, daß sie sich mit den nationalen Befreiungsbewegungen verband und daß sie alle jene vielfältigen Formen und auch Widersprüche hervorbrachte, die sich aus diesen heterogenen Klassenverbindungen ergeben. Erst jetzt erreicht die Welle dieser gesellschaftlichen Umwälzungen wieder die hochentwickelten kapitalistischen Länder, von denen sie einst ihren Ausgang nahm. Auch dies kein Zufall, sondern Ergebnis der kumulierenden ökonomischen Widersprüche einerseits und der revolutionären Veränderungen in der

11 Ich habe das einmal überschlägig berechnet; vgl. „Technischer Fortschritt – Kapitalbewegung – Kapitalfixierung", Berlin (West), 1974, S. XVII.

Welt andererseits. Ebensowenig ist es Zufall, daß dabei die Massen zuerst in Italien und Frankreich in Bewegung gerieten. Ich kann hier nicht beide Länder behandeln. Wenn ich Frankreich vorziehe, so deshalb, weil dort die Bedingungen für eine antimonopolistische oder fortgeschrittene Demokratie, wie immer man das fassen will, bereits einen höheren Reifegrad erreicht haben als in Italien.

Die Wurzeln der gegenwärtigen ökonomischen wie politischen Situation in Frankreich liegen in seiner Vergangenheit. Der französische Imperialismus entwickelte auf der Basis seines riesigen Kolonialreiches ausgesprochen parasitäre Züge. Industriell blieb das Land hinter anderen imperialistischen Ländern zurück. Die innere Akkumulationskraft des französischen Kapitals war nach dem Kriege also vergleichsweise begrenzt und seine äußere mußte durch den Zerfall des Kolonialsystems betroffen werden. Nach und nach, denn hergebrachte Wirtschaftsverflechtungen und ökonomische Abhängigkeiten boten noch lange Zeit ein weites Feld neokolonialer Ausbeutung. Unter den neuen Bedingungen mußte die französische Finanzoligarchie also einerseits die innere Produktionsgrundlage entwickeln, während auf der anderen Seite ihr Ausbeutungsfeld Einengungen unterworfen war. Die Dinge sind natürlich vielschichtiger, als ich sie hier darstellen kann. Ihre Akkumulationskraft wurde auch durch das Bestreben beansprucht, den Zerfall ihres Kolonialreiches aufzuhalten und die alte Weltgeltung wiederzuerlangen, d.h. durch jahrzehntelange Kolonialkriege und den Aufbau einer eigenständigen militärischen Machtstellung usw. Wie dem auch sei, in Frankreich war die ökonomische Basis für die Ausbildung des Opportunismus in der Arbeiterbewegung weitaus schwächer, als in der BRD. Die französische Finanzoligarchie war in ganz anderem Maße als die in der BRD gezwungen, auch die inländischen Ausbeutungsquellen voll auszuschöpfen. Daher die Kontinuität und die besondere Schärfe der Klassenkämpfe in Frankreich im Vergleich zur BRD. Ein solcher Prozeß aber schärft das Klassenbewußtsein, läßt den Gegensatz der Klasseninteressen sehr viel klarer hervortreten und ins Bewußtsein dringen. Daher auch die relative Stärke der FKP während der ganzen Periode nach dem Kriege. Daher die Kampfbereitschaft und relative Geschlossenheit der Gewerkschaften, obwohl es der Monopolbourgeoisie gelungen war, sie aufzuspalten.

Anders als in der BRD war die französische Monopolbourgeoisie auch nicht in dem gleichen Maße in der Lage, die sozialen Konflikte aufzufangen, die sich aus der Konzentration des Kapitals und der Proletarisierung der Bauern und der Kleineigentümer überhaupt ergaben.

Wir haben also in Frankreich wie in Italien — dort allerdings besonders auf die früher bestimmende Rolle des Großgrundbesitzes zurückzuführen — und anders als in der BRD, allgemeine Bedingungen, die ständige soziale Kämpfe, wenn auch zunächst mit wesentlich ökonomischer Zielrichtung, hervorriefen, die das Klassenbewußtsein wach hielten, die Klassenfronten klar erkennbar machten und die von einer klassenbewußten Partei geführt wurden. Auf diese Basis traf die Krise der 70er Jahre. Ich kann hier nicht auf die Besonderheiten eingehen, die ihr größere Tiefe und vor allem einen mehr oder weniger chronischen Charakter verleihen. Sie wirkt auch in allen und sie löst auch in allen imperialistischen Ländern soziale Kämpfe mit neuem Charakter aus. Aber in Frankreich und Italien setzte sie zuerst wirklich breite Massen in Bewegung und verlieh ihren Kämpfen eine neue, politische Zielrichtung. Der Reifegrad dieser Bewegung ist in Italien noch geringer als in Frankreich. In Italien ist es der IKP bei den Wahlen 1976 überhaupt erstmals gelungen, zur

Wahlpartei der gesamten Arbeiterklasse zu werden; bis dahin wählten noch rd. 35% der Arbeiter die Christlichen Demokraten (DC). (12) Gerade die Polarisierung der politischen Kräfte in Italien, die geringe Bedeutung der Zwischenparteien und der immer noch große Einfluß der DC zeigen, wie groß der Einfluß der bürgerlichen Ideologie noch ist. Das mag seine hauptsächliche Ursache in dem breiten Zustrom proletarisierter Bauern und Kleineigentümer haben, die dieser Ideologie noch weitgehend verhaftet sind und erst ein ihrer neuen Klassenstellung entsprechendes Bewußtsein entwickeln müssen. Vor allem aber orientiert sich der Mittelstand noch weitgehend an der DC.

In Frankreich sieht die Sache anders aus. Dort haben die sich abspielenden Prozesse bereits begonnen, auch das Bewußtsein der Zwischenklassen und -schichten, ob Kleineigentümer oder Lohnabhängige, zu verändern. Sie drängen in höherem Maße und in bewußteren Formen und daher in größerer Geschlossenheit zu gesellschaftlichen Veränderungen. Das drückt sich darin aus, daß die Sozialistische Partei Frankreichs (SPF) bereits sozialistische Zielsetzungen anstrebt und sie gemeinsam mit der FKP zu verwirklichen trachtet. Man darf das nicht überschätzen, aber man darf es auch nicht unterschätzen.

Man darf es nicht unterschätzen, weil sich in einer Partei immer die bewußtesten Kräfte einer Klasse sammeln. Die Partei ist daher nicht nur Ausdruck des Entwicklungsgrades der Klasse oder Schicht, die sie vertritt, sondern sie übt auch eine Orientierungsfunktion, eine führende Rolle aus, und das ist besonders wichtig in Bezug auf den Mittelstand und seine Bedeutung für die Gestaltung des Kräfteverhältnisses. Deshalb ist es schon ein sehr wesentlicher Unterschied etwa in Bezug auf die Sozialistische Partei Portugals oder die SPD, daß die SPF eine bewußtseinsbildende Kraft ist, d.h. eine Kraft, die den Massen, die sich an ihr orientieren, ihre spezifischen und der Monopolbourgeoisie entgegengesetzten, sie aber mit der Arbeiterklasse verbindenden Interessen bewußt macht, während die Soares-Partei und die SPD eine desorientierende, das Bewußtsein verschüttende Rolle spielen — nicht nur in Bezug auf die Mittelschichten, sondern auch auf die Arbeiterklasse selbst — und damit das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zugunsten der Monopolbourgeoisie verändern. Eben weil sich an diesen Parteien unter den gegebenen Bedingungen zunächst Massen orientieren, kommt ihnen im Prozeß gesellschaftlicher Veränderungen in gewissem Sinne eine Schlüsselrolle zu. Dieser Prozeß selbst ist unvermeidlich. Die Gewalt der Fakten drängt die arbeitenden Klassen früher oder später auf den Weg der gesellschaftlichen Umgestaltung. Von der Haltung dieser Parteien, ihrer Erkenntnis der grundlegenden Zusammenhänge einer Klassengesellschaft und ihrer Rolle bei der Entwicklung des Kräfteverhältnisses, hängt es dabei aber ab, ob und in welchen Formen sich dieser Prozeß vollziehen kann. Dabei ist es überhaupt nicht die Frage, ob sie diese Rolle bewußt oder unbewußt spielen; sie ist ihnen objektiv zugemessen. Das sind grundlegende Zusammenhänge zwischen Klassenbewegung und ihrer Widerspiegelung auf der politischen Oberfläche. Aus diesen Zusammenhängen heraus fällt die führende Rolle im Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung auch immer den Kommunistischen und Arbeiterparteien zu. Sie streben diese Rolle doch nicht aus politischem Ehrgeiz oder aus Machtbesessenheit an; sie wird ihnen von der Geschichte genauso zugemessen. Das ist übrigens sehr deutlich an der Rolle der Kommunisten im antifaschistischen Widerstand abzumessen, denn da fällt je-

12 Vgl. E. Krippendorf, „Italien: Der historische Kompromiß", Kursbuch 46, Berlin (West) 1976. Das ist übrigens eine hochinteressante Analyse der Situation in Italien.

der Schleier politischen Ehrgeizes oder der Machtbesessenheit, den ihnen das Bürgertum umzuhängen trachtet, fort. In diesen Parteien sammeln sich vielmehr ebenfalls die bewußtesten Kräfte ihrer Klasse. In ihnen verkörpern sich daher auch die bewußt gewordenen und in wissenschaftliche Erkenntnis umgewandelten historischen Erfahrungen dieser Klasse und zwar einer Klasse, die der genaue Gegenpol zur Bourgeoisie ist und deren soziale Emanzipation die Aufhebung der Bourgeoisie verlangt, der sich die Klassengegensätze am reinsten darstellen und deren Emanzipation auch mit der Großproduktion verbunden ist, die also nichts nach rückwärts zieht und daher auch am konsequentesten ist. Das ist der Grund, warum sich die revolutionären Kräfte aller werktätigen Klassen um diese Parteien sammeln, wenn sich die gesellschaftlichen Konflikte zuspitzen und die sozialdemokratischen Parteien der historischen Verantwortung nicht genügen.

Man lese einmal die Analyse der Klassenkämpfe in Frankreich von 1848 bis 1850 von Karl Marx nach.(13) Das ist die Periode der politischen Emanzipation der Arbeiterklasse und der Konstitution ihrer Partei in Frankreich. Ein hochinteressanter Prozeß, weil hier die ganze Spontaneität der Bildung dieser Partei im Klassenkampf zur revolutionären Partei des Proletariats — einschließlich einer notwendig utopisch-sozialistischen Phase — und die zwangsläufige Sammlung aller revolutionären Kräfte um diese Partei sichtbar wird. Die gegebenen Bedingungen erzwingen diesen Prozeß.

Diese grundlegenden Zusammenhänge zeigen sich übrigens auch in der BRD. Freilich unter ganz anderen Bedingungen und folglich in ganz anderen Zusammenhängen, nämlich dem Eindringen der bürgerlichen Ideologie in die Arbeiterklasse; aber deswegen auch wieder wichtig für die Einschätzung der neuen Bedingungen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, weil dieser Prozeß natürlich ebenfalls die Ausbildung von Kräfteverhältnissen wesentlich beeinflußt.

Die Lage in der BRD war ja völlig anders als die in Frankreich oder Italien. Ohne Kolonialreich und in die Expansion gegen die imperialistische Konkurrenz gezwungen, hatte das deutsche Finanzkapital vor dem II. Weltkrieg nicht nur eine vergleichsweise große industrielle Produktionsgrundlage entwickelt, sondern diese auch in einer Struktur, die den Verhältnissen der Nachkriegsentwicklung in der Welt in hohem Maße angepaßt war; Eisen- und Stahlindustrie, Chemische Industrie, Elektrotechnische Industrie, Maschinenbau usw., das waren die strukturbestimmenden Zweige. Die Aufrüstung, um der deutschen Finanzoligarchie den „Platz an der Sonne" zu schaffen, hatte die Entwicklung dieser Bereiche nur gefördert. Das alles aber waren Zweige, die nach dem II. Weltkrieg sowohl den Erfordernissen der technischen Revolution als auch den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals in aller Welt, dem Vordringen der westdeutschen Monopole in die unabhängig werdenden Länder usw. bestens angepaßt waren. Wo immer industrielle Entwicklung stattfand, konnte das deutsche Finanzkapital zur Stelle sein und Gewinne einstreichen; Gewinne, die zudem weder durch Kolonialkriege noch, lange Zeit hindurch, durch Aufrüstung geschmälert wurden. Das waren reiche Akkumulationsquellen,und jeder Schritt im eigenen rapiden Akkumulationsprozeß erweiterte sie. Das war die Grundlage des westdeutschen „Wirtschaftswunders"; es lief von ganz alleine. Das waren aber auch die Grundlagen für den Einfluß des Reformismus in der Arbeiterbewegung. Man darf das nicht moralisch werten. Es ist einfach der Einfluß der gegebenen Existenzbedingungen auf das Be-

13 MEW, Bd. 7.

wußtsein der Arbeiterklasse, und solche Bewußtseinsveränderungen vollziehen sich ganz subtil. In den Memoiren von Wolfgang Abendroth findet man einen solchen Prozeß beschrieben:

„Auf dem Höhepunkt der Restaurationsphase", so schreibt er, „breitete sich unter früher linken Gewerkschaftsführern die Vorstellung aus, daß die Konjunktur – anders als in der Weimarer Republik – ewig währen würde, obwohl manche dieser Gewerkschaftsführer den Zusammenbruch der Weltwirtschaft in der großen Krise von 1929 selbst miterlebt hatten. Jetzt aber, so meinten sie, gebe es Methoden, die geeignet seien, schwere Krisen zu vermeiden." (14)

So subtil ist der Prozeß, und Abendroth spricht hier von gestandenen Leuten, Widerstandskämpfern, ehrlichen Gewerkschaftsführern durch und durch.

Abendroth selbst dringt nicht voll bis zur verallgemeinernden Analyse dieser Prozesse vor, die sie erst in ihrer Bedeutung für den Klassenkampf erhellen (obwohl er sie, gewissermaßen instinktiv erfaßt — das beweist seine ganze Haltung in der Nachkriegsgeschichte der westdeutschen Arbeiterbewegung). Aber selbst er, der doch dieses Vordringen des Reformismus erlebt hat, der dadurch selbst in die Isolierung gedrängt worden ist, einfach weil dadurch der Einflußspielraum für seine konsequent marxistischen Anschauungen eingeengt worden ist, selbst er schreibt, daß sich immer mehr Arbeiter von der KPD abgesetzt hätten, weil sie stur „linientreu" reagiert hätte.(15) Als ob diese Entwicklungen nicht zwei Seiten ein und desselben Prozesses wären, der sich auf einer solchen ökonomischen Basis vollzieht. Sie ist ja eben die Grundlage, auf der sich Bewußtseinsveränderungen innerhalb der Arbeiterbewegung ergeben, verschiedene Strömungen in ihr entstehen, die ihre Spaltung zur Folge haben. Hier zieht sich die Kette der einheitlichen Arbeiterbewegung auseinander, bilden sich verschiedene Gruppierungen innerhalb der Linken heraus, bis an irgendeinem Punkt dann ein Bruch zwischen ihnen aufklafft. Das ist ja gerade ein Prozeß, der dazu führt, daß die Partei auf die klassenbewußtesten Kräfte reduziert wird, d.h. auf die Kräfte, die selbst unter diesen Bedingungen die grundlegenden Zusammenhänge der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes nicht aus dem Auge verlieren; denen sich übrigens die klassenbewußten Kräfte anderer Auffassungen durchaus verbunden fühlen (auch hierfür ist Abendroth ein Beispiel). Sobald die Bedingungen entstehen, die diesen Nebel bürgerlicher Ideologie fortblasen, werden diese Parteien auch wieder zum Kristallisationskern, um den sich die linke Bewegung wieder sammelt. Mit Sammlung meine ich nicht, daß sich diese Kräfte den Kommunistischen und Arbeiterparteien unmittelbar anschließen. Dazu sind die Dinge zu kompliziert und die Bewegungen zu vielschichtig. Immer aber werden diese Parteien die Orientierungspunkte einer solchen Bewegung sein und die Frage der Aktionseinheit mit ihnen der Katalysator, an dem sich die Prozesse einer solchen Umkehrungsbewegung entzünden. Wir erleben das ja gerade jetzt, unter den auch in der BRD von der Wirkungsrichtung her grundsätzlich veränderten Bedingungen, da sich auch innerhalb der SPD wieder eine konsequent fortschrittliche Opposition kräftig zu Worte zu melden beginnt. Das ist im Grunde der gleiche Prozeß, der in Frankreich schon eine höhere Reife erlangt hat. Hier liegt auch das Potential, über das die heute gegebenen Bedingungen für neue politische Strukturen bei der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse real zum

14 B. Dietrich und J. Perels, Wolfgang Abendroth: „Ein Leben in der Arbeiterbewegung", Frankfurt/M. 1976, S. 267.

15 Ebenda, S. 222 f.

Tragen kommen können. Deshalb ist die Haltung der SPF auch so bedeutsam, wobei sich der Bewußtseinsgrad in der SPF eben darin widerspiegelt, daß sie bereits die ökonomische Entmachtung der Monopolbourgeoisie im Gemeinsamen Programm der Linksunion mit verankert hat.

Man darf das aber auch nicht überschätzen. Die SPF spiegelt nur das Bewußtsein der Klassen und Schichten wider, die sie vertritt, und hier bleibt die Frage offen, wie weit diese Schichten im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung die notwendige Konsequenz aufbringen, wenn sich hier die Probleme konkret stellen. Tatsächlich setzt sich die SPF aus vier Strömungen zusammen, von denen nur eine, die freilich ein gutes Viertel der Mitglieder umfaßt, das gemeinsame Programm vorbehaltlos unterstützen.(16) Was die Linksunion zusammenhält, sind im Grunde zunächst nur Forderungen allgemeinen sozialen Fortschritts, die z.T. in der BRD schon durchgesetzt werden konnten. Schon in der Frage der Nationalisierungen ist der Mittelstand und ist folglich auch die SPF gespalten; ebenso in Bezug auf Art und Ausmaß möglicher staatlicher Eingriffe. Diese Fragen aber werden unvermeidlich eine wesentliche Rolle spielen, wenn es gilt, die soziale Emanzipation der werktätigen Klassen gegen den Widerstand der Monopolbourgeoisie durchzusetzen und dieser gleichzeitig die Kraft zu nehmen, die bestehenden parlamentarisch-demokratischen politischen Strukturen zu sprengen. Hier zeigen sich Grenzen des Bewußtseins, aus denen sich gefährliche Verschiebungen des Kräfteverhältnisses ergeben können. Chile hat das gezeigt. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß ein solcher Prozeß der sozialen Emanzipation keine ökonomischen Schwierigkeiten mit sich bringen wird, die zur Grundlage solcher Veränderungen des Kräfteverhältnisses werden können. Kievenheims Gedanke, daß der hohe Entwicklungsstand der Produktivkräfte die Gefahren solcher Fraktionen verringert, ist nur auf der hohen Abstraktionsstufe richtig, die er wählt. Man braucht sich nur die Probleme anzuschauen, vor denen diese Länder stehen, um das zu begreifen. Selbst wenn man einmal von den Eingriffsmöglichkeiten des internationalen Monopolkapitals absieht, etwa der Sperrung von Energie- und Rohstoffzufuhren u. dgl., und selbst wenn man davon absieht, daß allein schon die Ungewißheit der politischen Entwicklung die Triebkräfte ökonomischen Wachstums des nationalen Kapitals erlahmen läßt, also Investitionsrückgang, Vermögenssicherung, Kapitalflucht usw. auslöst, selbst dann bedeutet allein schon die Lösung der sozialen Probleme, die der Kapitalismus aufgehäuft hat, daß man ohne wesentliche Veränderungen in der Verfügungsgewalt über das Nationaleinkommen und ohne gesellschaftliche Verfügung über die zentralen ökonomischen Positionen nicht auskommt. Ich kann diese Probleme hier nicht alle auflisten. Zwei wesentliche seien herausgegriffen. Erstens, die regionalen Krisen- und Entwicklungsprobleme. Ihre Lösung ist nur möglich, wenn der Entwicklung andere Maßstäbe als der Profit zugrunde liegen. Das ergibt sich schon einfach daraus, daß die Verflechtungsbeziehungen der gesellschaftlichen Produktion selbst schon wesentliches Moment der Kapitalverwertungsbedingungen sind. Nehmen wir nur ein Beispiel: Bei der Erdölraffination — und das gilt ebenso für jede andere Produktion, wenn auch oft in anderer Beziehung — fallen hunderte von Nebenprodukten an. Ihre Vermarktung ist aber wesentliches Moment der Rentabilität hochproduktiver Anlagen. Wie aber soll sie erfolgen, wenn der ganze Komplex der weiterverarbeitenden Industrien fehlt oder in weit entfernten Räumen konzentriert ist? Unter solchen Bedingungen wird

16 Vgl. Regis Debray, „Frankreich ist nicht Chile", Kursbuch 46, Berlin (West) 1976.

sogar schon die Beseitigung der Nebenprodukte zu einem Problem und zu einem Kostenfaktor. Das sind ja wichtige Gründe, weshalb das Kapital in die industriellen Ballungsgebiete wandert, sie aufbläht und weniger entwickelte oder nicht entsprechend strukturierte Gebiete meidet und verkommen läßt. Soziale Emanzipation der werktätigen Klassen aber heißt Entwicklung trotz dieser Schwierigkeiten, gegen die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Rationalität. Das verursacht zunächst einmal ungeheure gesellschaftliche Kosten, mit allen Folgen, die das für die unmittelbare Gestaltung der Lebenslage der Bevölkerung hat, ehe sich der wirklich große gesellschaftliche Nutzen, der daraus entspringt, tatsächlich real bemerkbar macht.

Wir können hier auf das Beispiel der Industrialisierung des Mecklenburger Raumes in der DDR zurückgreifen; eine Leistung, die ihresgleichen in den kapitalistischen Ländern nicht findet, die aber selbstverständliches Erfordernis jeder fortschrittlichen und auf die Bedürfnisse der werktätigen Massen orientierten Politik sein *muß*. (17) Diese Entwicklung erforderte nicht nur einen Investitionsaufwand in Milliardenhöhe auf Jahre hinaus, sondern es dauerte auch Jahre, vielleicht ein Jahrzehnt und mehr, ehe die dort geschaffenen Betriebe so in die Gesamtverflechtung des gesellschaftlichen Produktionsorganismus eingeordnet waren, daß sich ihre eigene Akkumulationskraft voll entfalten konnte. Bis dahin waren es Zuschußbetriebe, die dem gesellschaftlichen Akkumulationsfonds Mittel entzogen. Man stelle sich doch so etwas nur einmal vor, ohne Außenhandelsmonopol, ohne die Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen Ländern, unter dem Druck der Konkurrenz ausländischer Konzerne usw.usf. Man stelle sich so etwas in Frankreich oder Italien vor, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, gegen die Konkurrenz des starken westdeutschen Kapitals. Die Vorstellung allein genügt, um die Schwierigkeiten zu ermessen, die sich hier auftun. Das Recht auf Arbeit zu verwirklichen heißt aber eben, solche Probleme zu meistern.

Der zweite Problemkomplex betrifft den technischen Fortschritt; er ist mit dem ersten verbunden. Der technische Fortschritt hat heute einen Punkt erreicht, an dem man ihn nicht mehr unkontrolliert und von kapitalistischen Rentabilitätsgesichtspunkten gesteuert ablaufen lassen kann, ohne soziale Probleme in scharfer Form aufklaffen zu lassen. Man muß z.B. die technische Erneuerung bestehender Betriebe mit dem Aufbau von Alternativindustrien, der Umqualifizierung der Beschäftigten usw. koordinieren. Das bedeutet ebenfalls Eingriffe in die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe und gesellschaftliche Kosten in ähnlicher Höhe, wie sie in Bezug auf die Regionalentwicklung entstehen. Man stelle sich doch nur einmal vor — ich kann das Problem hier nur anschneiden —, was für Fragen durch die Modernisierung der französischen Stahlindustrie aufgeworfen werden. Das geht ja über die Auslösung regionaler Krisen in den herkömmlichen Standorten dieser Industrie und die Entwicklung von Alternativindustrien hinaus. Hier muß der technische Fortschritt der Alternativentwicklung angepaßt, d.h. verzögert werden, und damit wird, über das Stahlpreisniveau, auch die Konkurrenzfähigkeit der Stahlverarbeiter, der Automobilindustrie, des Maschinenbaues usw., berührt. Und dieser Prozeß soll innerhalb der EG, in Konkurrenz zum westdeutschen Finanzkapital verlaufen.

Hier entstehen also wirklich echte Probleme, die man in den Griff bekommen muß. Natürlich legt die Lösung dieser Probleme über einen längeren

17 Ich wähle die DDR als Beispiel, weil sie schon ein hochentwickeltes Industrieland war; die gleichen Prozesse vollzogen sich natürlich auch in allen anderen sozialistischen Ländern.

Zeitraum gesehen die Grundlage für einen schnellen gesellschaftlichen Fortschritt. Insofern hat Kievenheim recht, und das Beispiel der DDR, der Beitrag des Mecklenburger Raumes zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in der DDR heute, ohne Arbeitslosigkeit, zeigt, welches Maß an gesellschaftlicher Produktivkraft dadurch schließlich freigesetzt wird. Aber zunächst einmal beanspruchen diese Prozesse gesellschaftliche Akkumulationsmittel und sie rufen ökonomische Friktionen hervor, die umso größer sind, je größer die private Verfügungsgewalt über diese Mittel noch ist. Ich will damit nicht sagen, daß die Verstaatlichung nicht ebenfalls ökonomische Friktionen hervorruft, sondern ich will damit nur die Schwierigkeiten zeigen, die sich auch dann ergeben, wenn man die nichtmonopolisierten privaten Produzenten, die ja ganz ohne Zweifel eine ökonomische Funktion auch in einem solchen Prozeß gesellschaftlicher Umgestaltung haben (18), in diesen Prozeß einbeziehen will. Es gibt keinen solchen Prozeß ohne ökonomische Friktionen, und sie bleiben natürlich auch nicht ohne Einfluß auf das Kräfteverhältnis der Klassen. Das gilt nicht nur mit Bezug auf die Zwischenklassen. Das Beispiel der Kupferbergleute in Chile zeigt, daß sich hier auch Probleme für die Arbeiterklasse selbst ergeben, deren Bewußtsein zunächst einmal noch weitgehend durch den ökonomischen Kampf und die materiellen Existenzbedingungen geprägt wird, die sie sich erkämpfen konnten. Hier sind ja auch echte Probleme für die DDR entstanden, die sie unter und gegen die Einwirkung des westdeutschen Monopolkapitals lösen mußte; freilich sind die Bedingungen für Frankreich, Italien usw. heute günstiger, als sie es damals für die DDR waren.

Es wird also eine ganze Reihe von Problemen geben, zu deren Lösung es eines einheitlichen geschlossenen Handelns der Volksunionen bedarf und wo jedes Aufbrechen Gefahr für den Bestand der Demokratie überhaupt mit sich bringt. Deshalb ist es ja auch so wichtig, die Volksfront von vornherein klar antimonopolistisch aufzubauen — hier kommt wieder die führende Rolle der Parteien ins Spiel —, damit sie auch konsequent alle Versuche abschlagen kann, die Herrschaft der Mehrheit zu brechen; denn die Alternative lautet heute faktisch faschistische Diktatur der Monopolbourgeoisie.

Faßt man alle diese Momente zusammen, so scheint mir an den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes, aus denen sich die politischen Formen des Übergangs zum Sozialismus ergeben, nichts Grundlegendes verändert. Was sich verändert hat, ist die Gewichtung der verschiedenen Bedingungen, aus deren Beziehung sich die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und deren Durchsetzungsformen ergeben. Hier liegt das eigentlich „Neue" an den heutigen Bedingungen. Deshalb widerstrebt es mir auch, Unterschiede zwischen hoch und niedrig entwickelten kapitalistischen Ländern zu machen. In jedem Land sind die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten gleich und die konkreten Bedingungen unterschiedlich. In Portugal z.B., einem unterentwickelten Land, wo die Armee bislang eine fortschrittliche Rolle spielt, wären sie für einen friedlichen parlamentarisch-demokratischen Weg zum Sozialismus außerordentlich günstig, wenn zugleich noch eine Linksunion wie in Frankreich als Bedingung hinzukäme. Gerade weil das neue in der Gewichtung der verschiedenen Bedingungen liegt, deshalb auch die Zwiespältigkeit, daß man einerseits genau weiß — und in den Diskussionen in Frankreich und Italien kommt das auch sehr deutlich zum Ausdruck —, daß sich an den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten nichts geändert hat, während andererseits durch diesen Prozeß die Be-

18 Lenin hat oft darauf hingewiesen, und es gibt auch kein sozialistisches Land, das nicht Formen entwickelt hat, um das zu bewerkstelligen.

dingungen greifbarer geworden sind, die neue Formen der politischen Übergangsstrukturen ermöglichen *können.* Sie sind vorhanden, als Bedingungen auch naturwissenschaftlich treu konstatierbar, wie eben das sozialistische Weltsystem, die Mehrheit der Arbeiterklasse usw., aber sie sind im konkreten Prozeß noch nicht erprobt worden. Man kennt auch mehr oder weniger die Einflußkraft der einzelnen Bedingungen, aber man weiß auch, daß sie als Kraft unüberwindlich nur dann sind, wenn die wesentlichsten zusammentreffen; z.B. Mehrheit der Arbeiterklasse + Klassenbewußtsein + fortschrittliche Armee. Aber wie diesen Aufbau vollziehen, das ist im Grunde noch nicht untersucht. Deshalb ist das Neue auch mehr spürbar als wirklich ableitbar. Das Bündnis der Volksfront z.B. ist nicht neu. Ob hier wirklich neue Momente ins Spiel kommen, wird sich erst erweisen,wenn sie in der Zerreißprobe steht. Andererseits kann man das auch nicht von der Hand weisen, denn im spanischen Bürgerkrieg 1936 ist die Volksfront unter dem Druck der faschistischen Putschisten zu einer Kraft zusammengeschweißt worden, die unter den heutigen Bedingungen in der Welt mit Leichtigkeit siegen würde. Und es gibt eine ganze Reihe von Prozessen, in denen die höhere Kraft der veränderten Bedingungen zum Ausdruck kommt. Das Vordringen der Kommunistischen Parteien bzw. der Unionen fortschrittlicher Kräfte im kommunalen und regionalen Bereich z.B. Auch dies ist in seiner Bedeutung schwer abschätzbar. Viele Momente können hier eine Rolle spielen. Aber hier geht es auch nicht mehr nur um eine Oppositionsstellung, um das Parlament als Tribüne, hier geht es um politische Schaltstellen in den Gemeinden und Regionen, in denen gearbeitet und entschieden wird. Das ist bei weitem noch nicht der staatliche Machtapparat. Im Gegenteil, das Komplizierte und das Problematische an der ganzen Sache ist ja gerade, daß sich der staatliche Machtapparat noch weitgehend im Zugriff der Monopole befindet und von den alten Kräften beherrscht wird. Auch der ideologische Einfluß der Bourgeoisie ist bei weitem noch nicht beseitigt, die Hegemonie der Arbeiterklasse bei weitem noch nicht aufgebaut. Dennoch lebt z.B. in Italien mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Gemeinden und Regionen, die von Kommunisten oder einer Allianz der fortschrittlichen Kräfte regiert werden. Und das ist kein oberflächlicher Einfluß, der sich hier ergibt, sondern hier werden die werktätigen Klassen bei der Gestaltung ihres eigenen gesellschaftlichen Lebensprozesses aktiviert; sozusagen eine kontinuierliche Bürgerinitiative. In einem solchen Prozeß bildet sich Bewußtsein und bildet sich Klassenkraft. Aber das ganze ist eben noch nicht die Gesamtheit der Bedingungen, sondern es ist ein heute möglich gewordener Prozeß der Schaffung dieser Gesamtheit von Bedingungen, die erst die Kraft, die die politischen Übergangsformen zum Sozialismus bestimmt, unüberwindlich macht. Das ganze ist noch sehr stark eine Gratwanderung. Darüber muß man sich klar sein. Die friedliche Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse und nach dem Willen der Mehrheit und die politische Form, in der sie sich vollzieht, ist erst dann gesichert, wenn diese Kraft wirklich aufgebaut worden ist.

Christoph Kievenheim

EINE ANTWORT AUF B. HEIDTMANNS KONSTRUKTION EINER EUROKOMMUNISMUS-IDEOLOGIE

Auf Anforderung der SOPO-Redaktion hatte ich einen „spontanen" Diskussionsbeitrag auf einer Veranstaltung des Westberliner BDWi zu einigen fragmentarischen Thesen über „Eurokommunismus" und „realer Sozialismus" zusammengefaßt. Ein Versuch, die wissenschaftliche Diskussion bei uns über Voraussetzungen der Politik der linken Bewegung anzuregen: „Die Diskussion und Vereinheitlichung unterschiedlicher Positionen der demokratischen Bewegung (ist) dringlich." (SOPO Editorial 40/5) Diskussion und Vereinheitlichung von Positionen setzen vorgängig ihre Zur-Kenntnisnahme voraus. Dieses politisch und wissenschaftlich eigentlich selbstverständliche Verfahren ist durch Heidtmann weitgehend durch Ideologie-Verdacht und eine willkürliche Aussonderung meiner Positionen aus dem marxistischen Diskussionsspektrum verdrängt worden. Die Stoßrichtung dieser „Antwort" drückt aber eine verbreitete Schwierigkeit aus, sich innerhalb des „orthodox-marxistischen Lagers" mit dem für die BRD sicherlich neuen Phänomen theoretischer Grundsatzdiskussionen innerhalb dieses Spektrums vorwärtstreibend auseinanderzusetzen. Dazu gehört der politisch interessierte Versuch der Isolation des hiesigen Diskussionsstrangs von den Auseinandersetzungen unter den westeuropäischen Marxisten. Es mußte auch auffällig sein, daß ich nicht die Kontroverse unter den französischen Marxisten als „verbindlichen Kanon" voraussetzte, sondern mich in erster Linie „positiv" auf die Erkenntnisse von Sève und Lenoir bezog. Die fundamentale Unterschiedenheit in der „subjektiven" und realpolitischen Situation zwischen Frankreich, Italien usw. einerseits und der BRD andererseits und mein eigenes Erkenntnis-Defizit über die Bedingungen dieser Differenz hatte mich veranlaßt, ganz bewußt auf die Diskussion der „subjektiven Umsetzungsbedingungen" zu verzichten. (siehe SOPO 40/100) Man wird auf diesem Gebiet verstärkt weiterarbeiten müssen. Ich will mich im folgenden darauf beschränken, meine theoretische Position und deren Grundlagen gegenüber den Unterstellungen H.'s richtig zu stellen.

1. Struktur und Entwicklung des Kapitalismus und der Voraussetzungen seiner Transformation

Mit Habermas und Luhmann verbinde mich — so mutmaßt H. — die Auffassung einer beschränkten Gültigkeit Marxscher Revolutionstheorie für die heutige Entwicklungsphase dieser Gesellschaft. Meine These war, daß ich in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften (im Unterschied etwa zu Rußland 1917 oder Bulgarien 1945) die von Marx genannten objektiven Voraussetzungen der Transformation zu einer Gesellschaft höheren Typus (in Gestalt entwickelter Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit) „nicht nur eingeholt (sondern) in gewissem Sinne bereits über sie hinaus entwickelt (sind)". (40/101). Man könnte also auch sagen: Die Marxschen Aussagen über die Entwicklungstendenz des Kapitalismus und damit die Entfaltung seiner inneren Widersprüche haben ihre reale Gültigkeit voll bewiesen. Nicht revisionsbedürftig ist daher die Marxsche Theorie der Struktur und Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsformation, in der sich Bildungselemente der künftigen, sozialistischen Gesellschaft entfalten.

Sehr revisionsbedürftig ist hingegen eine theoretische Praxis, welche „unmittelbar Gegebenes" und zweifellos „real Existentes" der unter faktisch

anderen Bedingungen entstandenen nachkapitalistischen Gesellschaften Osteuropas umstandslos als „realen Sozialismus" bezeichnet, wobei die Gefahr besteht, daß, aus defizitären Entwicklungsvoraussetzungen vielleicht historisch notwendig Entstandenes und in der Weiterentwicklung daher notwendig zu Überwindendes, nicht mehr in seinem spezifischen Entwicklungszusammenhang begriffen wird. Zu diesen Voraussetzungen gehört auch die Konstitution der Arbeiterklasse als „Subjekt des politischen Handelns" als wesentliches transitorisches Element. (40/101). Streitbar ist allerdings meine These, die Bedingungen des Sozialismus hätten sich heute strukturell über diejenigen der „hochkapitalistischen Phase" hinausentfaltet, wobei ich auf die in der Monopol- und Stamokap-Theorie erfaßten Phänomene verwies. Meine These von der historischen Entfaltung der kapitalistischen Grundstruktur (und damit auch ihrer Grundwidersprüche) darf sich dabei allerdings wohl weniger auf Luhmann als vielmehr etwa auf Lenin stützen oder auch auf die französische Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, welche die Entwicklung zum Monopolkapitalismus und systemnotwendigen Staatsinterventionismus als Ausdruck einer höheren Entwicklungsstufe der Produktivkräfte und damit zugleich der Weiterentwicklung der Bildungselemente der neuen Gesellschaft begreift. Wichtig für jede demokratische und sozialistische Reformstrategie ist in diesem Zusammenhang die Einsicht, daß es sich um *materielle* Bildungselemente der neuen Gesellschaft handelt (wie sie etwa in dem Zwang zu verstärkter gesellschaftlicher Regulation der Ökonomie zum Ausdruck kommen) und nicht nur um ideelle, „unter denen die historische Nähe und Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus sichtbar wird". (40/112) Es bleibt der Vorwurf, daß ich auf den mir zur Verfügung stehenden acht Seiten an Resultate bisheriger Analysen angeknüpft habe und dabei von den in der Tat beträchtlichen nationalen, empirischen und zeitgeschichtlichen Differenzen einzelner hochentwickelter kapitalistischer Länder abstrahiert habe. Es wäre an H. gewesen, nun nachzuweisen, daß diese Abstraktion bzw. ihre strategischen Schlußfolgerungen nicht „wirklich das Gemeinsame hervorhebt" (GR, S. 7), also es keine verständige Abstraktion ist. H.'s Einwände treffen insgesamt diese Ebene gar nicht.

2. Die besonderen Entwicklungsbedingungen des „realen Sozialismus"

H. hätte zwar zu Recht monieren können, daß ich den Begriff der „materiellen Basis" (40/104) mißverständlicherweise auf die Produktivkräfte vereinseitigte (und es bei mir korrekterweise heißen muß: Die produktivkraftmäßigen Voraussetzungen der neuen Gesellschaft mußten erst nachträglich geschaffen werden.). Wieso aber hier der Vorwurf einer „Verkehrung von Politik und Ökonomie? ((40/110) Wieso als „Gegenbeweis" gegen meine These „formell" sozialistischer Verhältnisse bei den Hauptproduktionsmitteln der Verweis auf die Existenz nicht einmal formalsozialistischer Eigentumsverhältnisse bei halbstaatlichen Kommanditgesellschaften in der DDR? (40/110) Meine Behauptung von einer nachträglichen Schaffung der produktivkraftmäßigen Basis des Sozialismus ist übrigens — in der marxistischen Diskussion — denkbar wenig originell. In der Sowjetunion sprach man in diesem Zusammenhang von „ursprünglicher sozialistischer Akkumulation". Und empirisch ist doch längst nachgewiesen: „Die UdSSR war allerdings auch nach dem Wiederaufbau der Wirtschaft ein rückständiges Agrarland, in dem kleine Warenproduktion bei weitem überwog." (Lorenz, Sozialgeschichte der Sowjetunion, I, S. 128) Heißt es von einer „idealen" Formation (40/114) oder idealistischer Begriff-

lichkeit ausgehen, wenn man die Aufbaubedingungen des Sozialismus ebenso wie die Transformationsbedingungen der alten Gesellschaft an der Existenz einer starken Arbeiterbewegung, an der Konstitution der „Klasse als Subjekt" mißt und die Frage stellt, wie dieses Subjekt wohl nach den Leiden des Bürgerkrieges in Rußland oder nach zwölf Jahren Faschismus in Deutschland (übrigens auch nach 20 Jahren „volksdemokratisch-sozialistischer" Diktatur in der CSSR 1968) wohl real beschaffen war? Die von mir gedachte Begrifflichkeit des „formellen" und „realen" Sozialismus und ihre Entlehnung aus der Marxschen Kapitalismusanalyse ist sicher für eine Entwicklungsetappe, eine Transformationsperiode wie den Sozialismus höchst streitbar. Denn der Sozialismus muß ja selbst als Voraussetzung und materielle Bildungsstufe des Kommunismus gedacht und praktiziert werden. Aber auch die Diskussion in den existenten sozialistischen Ländern spricht ja von „entwickeltem" (und daher logischerweise auch von noch nicht entwickeltem) Sozialismus. Interessant ist hier die Diskussion darüber, was davon eigentlich schon zu den entwickelten Bedingungen gehört. Und eben dies darf nicht einfach formell begriffen werden. So kann die Frage, ob die Klasse oder die ganze Bevölkerung „Subjekt" der gesellschaftlichen Planung und Entwicklung der Ökonomie ist, etwa nicht durch den schlichten Verweis auf die Existenz dieser Planung beantwortet werden. Die Klassensubjekte sind — wie Holzkamp jüngst zurecht hervorhob (s. Argument 103/325) „nicht eine oberhalb und unabhängig von den individuellen Subjekten bestehende selbständige Wesenheit, sondern sind reale Zusammenfassungen bestimmter Gruppen oder Klassen oder auch aller Mitglieder der Gesellschaft aufgrund der erkannten gemeinsamen Betroffenheit von objektiven Notwendigkeiten gesellschaftlicher Realitätsveränderung". Damit die Klasse Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung ist, reicht es nicht hin, daß alle arbeiten (das tun sie zumeist auch im Kapitalismus), sondern daß sich der Wille der Klasse in demokratischer Willensbildung der einzelnen Individuen formiert. Dies eben ist gerade keine „ökonomistische" oder „kausalmechanistische" Konzeption gesellschaftlicher Entwicklung, wie sie H. mir unterstellt. (40/113) Ökonomistisch nenne ich vielmehr die Reduktion der Subjektivität der Klasse auf die Herstellung einer neuen Arbeitsökonomie. „Die Entwicklung der Vergesellschaftung der Arbeit ist aber die Verwirklichung sozialistischer Demokratie." (40/113) Sicherlich — Politik ist auch nach Lenin nichts anderes als der „konzentrierte Ausdruck der Ökonomik".(LW 32/73) Wenn Lenin in diesem Zusammenhang gleichzeitig von einem „Primat der Politik" spricht, kann das wohl aber doch nur bedeuten, daß die Entfaltung der realen Herrschaft der Klasse nicht nur über die Natur, sondern eben über die Gesellschaft primär daran gemessen werden muß, inwieweit sie und die ihr verbündeten Schichten — solange überhaupt noch eine spezifisch staatlich-politische Sphäre existiert — selbstbestimmend auf die hier gefällten Entscheidungen einwirkt. Gerade in einer zentral geplanten Ökonomie kann Betriebsdemokratie ebensowenig als hinreichendes Kriterium von Demokratisierung angesehen werden, wie die beratende Funktion des Volkes bei der Gesetzeserstellung.

3. Die neue Qualität der Klassenkonstellation

Unverdient scheint mir H.'s Vorwurf einer reduziert „arithmethischen Mehrheitsauffassung". (40/117) Ich hatte gerade versucht, die neue Qualität der Bündniskonstellation zwischen Arbeiterklasse und lohnabhängigen Mittelschichten (in Unterscheidung zum Bündnis mit den einfachen Warenproduzenten) festzustellen. In eben diesem bündnispolitischen Zusammenhang hatte ich auch auf Entwicklungstendenzen innerhalb der wissenschaftlich-technischen Intelligenz hingewiesen, deren widersprüchliche Situation ich in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten (u.a. im Zusammenhang mit der Klassenstrukturstudie des IMSF) herausgearbeitet hatte. Eben dort war ich einem rein quantitativ nur an der *Form* der Lohnarbeit orientierten Begriff von Arbeiterklasse entgegengetreten und habe an der Erarbeitung und empirischen Verifizierung eines Begriffs der Arbeiterklasse mitgearbeitet, der sich am „Grundwiderspruch" des Kapitalismus und seiner Entfaltung orientiert. Aber auch ohne die Lektüre marxistischer soziologischer Grundlagenliteratur hätte sich H. seine ganze, auf S. 116 ff. entfaltete Polemik über einen voluntaristischen Begriff der Arbeiterklasse sparen können. Meine Rede von den „für die Arbeiterklasse primär relevanten Bündnisschichten" (40/102) war wohl eindeutig. Und es ist eben dieses Klassen- und Schichtenverhältnis, die noch differenzierte Stellung der am Sozialismus objektiv interessierten Schichten heute und auch morgen in einer sozialistischen Gesellschaft, welche *eine* Grundlage für einen politischen pluralistischen Ausdruck in den Formen der gemeinsamen Willensbildung der Übergangsgesellschaft bildet. „Der Prozeß verläuft also pluralistisch, aber mit einer Führung, einer Hegemonie: die, wenn sie nicht die der Arbeiterklasse wird, die der Bourgeoisie sein muß." (Mancina: Hegemonie, Diktatur und Pluralismus. In: Gruppi: Gramsci, Hamburg/Westberlin 1977, S. 8)

4. Politische Gleichheit, Freiheit und Klassenverhältnis

Wie alle Formen der Macht ist auch die sozialistische Demokratie „nicht nur grundlegend bestimmt durch die Formen der Aneignung, sondern auch durch die Entwicklung der objektiven und subjektiven Klassenverhältnisse". (40/101) Dieser Hinweis war für H.'s Ideologie-Konstruktion ebenso unerheblich, wie mein Verweis auf den Widerspruch zwischen politischer Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit (40/106) in der bürgerlichen Gesellschaft. Politische Freiheit und Gleichheit ist übrigens historisch gesehen keineswegs (im Unterschied zur privatrechtlichen) konstitutiver Bestandteil des politischen Überbaus in der bürgerlichen Gesellschaft. Der Bedarf des Bürgertums nach ihr wird immer wieder eingeschränkt durch ihre Nützungsgefahr seitens der Arbeiterklasse. Aus meiner These, daß die Beseitigung ökonomischer Ungleichheit (bzw. des zentralen Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital) in der sozialistischen Gesellschaft, als Voraussetzung realer *gesellschaftlicher* Gleichheit und Freiheit, nicht die Beseitigung der bereits erkämpften formalen politischen Freiheiten (sofern es Politik noch als gesonderte Sphäre gibt), sondern eben erst deren volle Entfaltung möglich und notwendig mache (damit auch die volle Nützung der garantierten Organisations- und Meinungsfreiheit), zaubert H. die merkwürdige Unterstellung hervor, ich wolle den Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft im Sinne der Verwandlung aller in Privateigentümer auflösen. (40/118) Es bleibt zu vermuten, daß H. die *bürgerliche* Gleichheitsform nicht als eine eben beschränkte, von der Gesellschaft selbst abgehobene begreift (deren Beschränktheit eben der ökonomischen Konstitution dieser Gesellschaft geschuldet ist), sondern individuelle Freiheit und Gleichheit per se mit ihrer privaten, bürgerlichen Form gleichsetzt. Dieses Mißverständnis stände exemplarisch für eine objektive Gedankenform dieser Gesellschaft, die Individuelles nur so denken kann wie es in ihr auftritt: als Privates. Wie ich be-

reits oben anführte, kann die Freiheit der individuellen Organisations- und Meinungsäußerung im politischen Bereich — welche die Arbeiterklasse erbittert gegen die diktatorische Tendenz der bürgerlichen Gesellschaft verteidigt hat — der Konstitution der Klasse als Subjekt (40/119) auch nicht so entgegengesetzt werden, daß letztere nur die Bedingung der „Emanzipation aller einzelnen" ist. Wie soll sich denn die Klasse „als Subjekt" realisieren, wenn das Subjekt nicht in der Praxis der zusammenwirkenden und kämpfenden Individuen einer Klasse hergestellt wird? Die Formen dieser Willensbildung werden auch nach den Bedingungen der nationalen Entwicklungsbesonderheiten und vielen anderen Faktoren unterschiedlich sein — und insofern war meine Vermutung über die Weiterentwicklung primär repräsentativer Demokratie sicherlich zu einseitig und kurz gegriffen. Aber alle diese Formen können nur als demokratisch bezeichnet werden, wenn die Souveränität des Mehrheitswillens nicht „metaphysisch" (über eine vermutete Vertreterfunktion durch eine Partei) sondern durch reale demokratische Massen- und Willensbildungspraxis der Mehrheit zum Ausdruck kommt. Darüber werden wir gerade in Deutschland diskutieren müssen.

KONGRESSBERICHTE:

PHILOSOPHIE DER PRAXIS — PRAXIS DER PHILOSOPHIE ZUM XII. INTERNATIONALEN HEGEL-KONGRESS IN SALZBURG

Wie Praxis philosophisch thematisiert und von welchem Praxisbegriff dabei ausgegangen wird, hängt von der jeweiligen Praxis der Philosophie in ihrem Verhältnis zu den Wissenschaften und zur Politik ab. Angesichts der selbständigen Entwicklung der Naturwissenschaften hat die Philosophie ihre dominierende Rolle augenscheinlich eingebüßt. Der ehemals für *alle* Bereiche gesellschaftlicher Praxis gleichermaßen normativ geltend gemachte Wahrheitsanspruch ist daher auch von der bürgerlichen Philosophie inzwischen problematisiert worden. Dennoch hat bürgerliche Philosophie ihre Kontinuität in der Verleugnung ihres objektiv *parteilichen* Vorgehens in Bezug auf die Wissenschaften. Denn gleichgültig, ob sie *heute* allgemeine — angeblich naturwissenschaftlichen Verfahrensweisen entnommene und methodologisch begründete — Rationalitätskriterien aufstellt, denen sie unterschiedlos *jede* Aussagepraxis unterwirft, die sich als wissenschaftliche ausgeben will, oder ob sie andererseits den Geltungsanspruch von Sätzen am Ziel eines ausschließlich intersubjektiv zu ermittelnden Idealkonsensus mißt, zu dem alle *Subjekte* kraft ihrer Vernünftigkeit fähig sein sollen, in jedem Falle richten sich ihre Interventionen in letzter Instanz gegen eine *wissenschaftliche* Erkenntnis der Geschichte, deren Möglichkeit — trotz oder gerade aufgrund der Existenz der marxistischen Geschichtswissenschaft — nach wie vor bestritten wird. Damit aber vertritt sie bürgerliche Klassenpositionen in der Theorie, denn nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat bedarf *objektiver* Erkenntnisse der Geschichte, um im Klassenkampf siegreich zu sein.

Der diesjährige Internationale Hegel-Kongreß trug dieser Herausforderung des Marxismus vonseiten der bürgerlichen Philosophie insofern konkret Rechnung, als die kritische Auseinandersetzung sowohl mit den Rehabilitierungsversuchen einer „praktischen Philosophie" als auch mit dem sich allmählich zur bundesrepublikanischen Staatsphilosophie mausernden „Kritischen Rationalismus" einen Schwerpunkt der Debatten bildete.

Nun wird der Ablauf einer solchen Kontroverse nicht zuletzt dadurch bestimmt, welche Positionen im Hinblick auf eine Definition philosophischer Praxis im marxistischen Lager selbst dominieren. Zumindest problematisch ist es, wenn zahlreiche Marxisten in sozialistischen, aber auch in kapitalistischen Ländern den alten allgemeinen philosophischen Wahrheitsanspruch als fortschrittliche Erben der bürgerlich-philosophischen Vergangenheit, insbesondere der Philosophie Hegels, zu erneuern suchen, indem sie die bürgerliche Philosophie der Gegenwart als bloße ideologische Krisenerscheinung einer historisch dekadenten Klasse abtun und den Übergang der „Vernunft" an die heute fortschrittliche und in vielen Ländern bereits siegreiche Klasse, das Proletariat, behaupten. Abgesehen davon, daß der Klassengegner nicht schon deshalb philosophisch tot ist, wenn man ihn totsagt, birgt eine solche Argumentation das Risiko in sich, die Aussagen und Begriffe der marxistischen *Wissenschaft* der Geschichte nur als neue Antworten auf alte philosophische Fragestellungen zu interpretieren, anstatt zu prüfen, ob nicht eben diese Fragestellungen, ausgehend von der *neuen wissenschaftlichen Problematik* des Historischen Materialismus, als *ideologische* zu kennzeichnen und dementsprechend zurückzuweisen sind.

Die Gefahr, daß die marxistische Wissenschaft der Geschichte, der Historische Materialismus, durch Marxisten selbst zum Objekt philosophischer Ausbeutung werden kann, liegt unter anderem darin begründet, daß sie — wie jede Wissenschaft — eine *eigene* ideologische Vorgeschichte besitzt, so daß es eingehender Untersuchungen auch der Geschichte der Marxschen Theorie selbst bedarf, um die neue Problematik dieser Wissenschaft, die auch Marx noch häufig in Kategorien dachte, die ihrer Vorgeschichte entstammen, herauszuarbeiten. Dies gilt nicht zuletzt für die Explikation der philosophischen Bezugnahme von Marx auf Hegel. Zwar mangelte es auf dem Salzburger Kongreß nicht an Beiträgen die eine Differenz zwischen dem Marxismus und der Philosophie Hegels herauszustellen versuchten, doch wurde dabei in den meisten Fällen auf die *frühe* Hegel-Kritik von Marx rekurriert, die als materialistische Umkehrung der Hegelschen Positionen im Sinne Feuerbachs aufgefaßt werden kann.

H. Lübbe, Gründungsmitglied des reaktionären Professorenbundes „Freiheit der Wissenschaft", nahm das Thema des Kongresses zum Anlaß, um *seine* Auffassung philosophischer Praxis am Gegenstand der bisherigen Hegel-Kongresse zu demonstrieren. Nicht ohne Genugtuung stellte er die Kongresse der Hegel-Gesellschaft als einen institutionalisierten akademischen Raum dar, der stets das für die Philosophie notwendige Maß an Distanz zur Politik gewährleistet habe, das an den Hochschulen der BRD seit 1967 schon nicht mehr gesichert sei. Die auf den Hegel-Kongressen üblichen „bürgerlichen Verkehrsformen" dienten hingegen der friedlichen Koexistenz gegensätzlicher ideologischer Positionen und seien zugleich Vorbedingung für deren Zersetzung, weil ideologische Geltungsansprüche hier einem Zwang zu argumentativer Begründung ausgesetzt seien.

Angesichts des Verlaufs des diesjährigen Hegel-Kongresses der anläßlich

des 75. Geburtstages von Wilhelm Raimund Beyer in den Prunksälen der Salzburger Residenz abgehalten wurde und dem unbeteiligten Zuschauer vielleicht zunächst den Eindruck vermitteln konnte, als seien tatsächlich die Philosophen aller Länder gleichermaßen an die Macht gelangt, um in ungestörter Eintracht über die Geschicke der Menschheit zu räsonieren, wird Lübbe dennoch unter Umständen sein „Lob" der bisherigen Kongreßpraxis als voreilig betrachten. Dies hauptsächlich aufgrund des philosophischen Eingriffs eines Westberliner Teilnehmers, der in seinem Diskussionsbeitrag die von *M. Kriele* (Köln) zuvor vertretene naturrechtliche Konzeption, Freiheit könne nur durch rechtliche Institutionalisierung *geschaffen* und *bewahrt* werden, als philosophische Legitimation einer real zunehmenden Verrechtlichung der Politik und damit einhergehenden Politisierung des Rechts in der BRD begriff und deren *praktische Auswirkungen* an einem aktuellen politischen Ereignis demonstrierte. Mit dem vorgeführten Beispiel — die Festnahme und „erkennungsdienstliche Behandlung" von fünf Westberliner Teilnehmern des Kongresses an der BRD-Grenze wegen angeblichen „Terrorismus-Verdachts", die ihre Anwesenheit bei der Eröffnungsveranstaltung des Kongresses verhindert hatte — brach die Politik *von außen* in den von Lübbe so gepriesenen akademischen Versöhnungsdiskurs ein. Denn es erhellte schlaglichtartig, daß auch der akademische Raum — ebenso wie das Recht — den gesellschaftlichen Machtverhältnissen unterworfen ist. Daß in der dadurch ausgelösten politischen Diskussion über die Berufsverbote in der BRD auf die *philosophischen* Thesen Krieles und die des Diskussionsredners inhaltlich nicht mehr eingegangen wurde, sollte freilich Marxisten zu der selbstkritischen Frage veranlassen, ob sich nicht hier wiederum die herkömmliche Trennung von Philosophie und Politik reproduzierte.

Mit der auch in diesem Zusammenhang relevanten Frage der Kennzeichnung marxistischer Philosophie und ihrer Praxis befaßten sich mehrere Beiträge. *W. Schmied-Kowarzik* (Kassel) ging von dem in der Marxschen Jugendschriften entwickelten Begriff der „radikalen Kritik" aus und behauptete dessen fortwährende Geltung im Gesamtwerk von Marx. Kritik bedeutet „Aufhebung" und „Verwirklichung" der Philosophie in einem: Aufhebung, insofern mit ihrem fortgeschrittensten theoretischen Ausdruck, der Hegelschen Philosophie, die entfremdete Wirklichkeit selbst kritisiert wird, Verwirklichung der Philosophie, weil sie in Gestalt des kritischen Bewußtseins der revolutionären Bewegung Teil der die entfremdeten Verhältnisse *wirklich* aufhebenden Praxis ist.

B. Heidtmann (Berlin-West) untersuchte die Marxsche Kritik der *Anwendung* der Hegelschen Dialektik in der Rechtsphilosophie, um daraus die marxistische Kritik der Hegelschen Dialektik selbst rekonstruieren zu können. Dabei bestimmte er in einer Analyse des Verhältnisses von Wesenslogik und Begriffslogik bei Hegel die Marxsche Hegel-Kritik eben dieses Verhältnisses, um daraus die spezifische Vorgehensweise von Marx in der „Kritik der Politischen Ökonomie" abzuleiten. Diese kennzeichnete er als dialektisches Begreifen der „eigentümlichen Logik des eigentümlichen Gegenstandes", d.h. der bürgerlichen Gesellschaft, die Marx als ein bereits durch die klassische Politische Ökonomie wissenschaftlich angeeigneter Gegenstand gegeben sei. Im Unterschied zu Hegel, der die Wesenslogik in einem System von Vermittlungen aufhebt, sei für den Marxismus der Standpunkt des Wesens essentiell. Die Begriffslogik hingegen fungiere bei Marx als Methodologie zum Begreifen der Bewegung des Gegenstandes selbst.

In seiner Darlegung des Verhältnisses der Philosophie zu den Wissenschaften am Beispiel von Darwins Evolutionstheorie stützte sich *H.J. Rheinberger* (Berlin-West) — jedoch an diesem Ort nicht explizit — auf Althussers Unterscheidung von Wissenschaft und Philosophie. Die Eroberung des neuen Kontinents der Naturgeschichte — so Rheinberger — vollzog sich im Bruch mit der finalistischen Konzeption der *philosophischen* Naturgeschichte des 18. Jahrhunderts durch die Einführung der ateleologischen mechanischen Kausalität in die Theorie der Evolution, bei deren wissenschaftlicher Ausarbeitung aber die mechanische Kausalität zu einer dialektischen umgebildet wurde, die Darwin jedoch, obwohl sie völlig unvereinbar mit jeder empiristischen Konzeption ist, nur in Begriffen des Baconschen Empirismus zu denken vermochte. Wie Althusser lehnte Rheinberger in Konsequenz seiner Ausführungen sowohl ein Selbstverständnis der *materialistischen* Philosophie als höhere Generalisierungsstufe im Verhältnis zu den Wissenschaften als auch jede Konstruktion eines philosophischen Systems ab. Die Analogie jedoch, nach der Rheinberger — auch hier eine ältere Metapher Althussers aufgreifend — die Beziehung von Wissenschaften und Philosophie als Beziehung von „Erkenntniskräften" und „Erkenntnisverhältnissen" zu denken vorschlug, bedürfte weiterer Ausführung, um das theorizistische Mißverständnis einer historisch unvermeidlichen Revolutionierung der Philosophie durch die alle Fesseln sprengenden Wissenschaften auszuschließen.

Die demgegenüber den Primat der Praxis *in* der Theorie herausstellende Definition der Philosophie als *in letzter Instanz Klassenkampf in der Theorie*, die Althusser seit einiger Zeit, um jeder Gefahr eines solchen Theorizismus vorzubeugen, vertritt, war Gegenstand der Kritik von *G. Besse* (Paris), weil sie im Verständnis Althussers den Wahrheitsbezug der Philosophie verleugne. Doch versäumte es Besse, auf die von Althusser stets hervorgehobene Verbindung der marxistischen Philosophie mit der marxistischen Geschichtswissenschaft einzugehen. Seine eigene Konzeption der Philosophie war traditionell erkenntnistheoretisch ausgerichtet: marxistische Philosophie habe die Einheit und Differenz der Dialektik der Erkenntnis und der Dialektik des Gegenstandes aufzuweisen, ohne in Ontologie oder Nominalismus zu verfallen.

Von *A. Gedö* (Budapest) wurde *jeder* Versuch, die gängige Vorstellung von einer philosophischen Kontinuität zwischen Marx und Hegel zu problematisieren, als „Anti-Hegelianismus" und damit praktischer Verzicht auf den Dialektischen Materialismus angegriffen. Letzterer verbinde so gegensätzliche philosophische Positionen wie z.B. die von Althusser und Colletti, die nur eine gemeinsame revisionistische Stoßrichtung verfolgten. Die „anti-hegelianische" Variante sei ein Zugeständnis an die anti-marxistischen Attacken des „Kritischen Rationalismus". Da Gedö jedoch auf jede *inhaltliche* Begründung seiner Vorwürfe verzichtete, konnte er nur an die Macht vorhandener Vorurteile appellieren, deren bloße Bestätigung aber nicht Aufgabe marxistischer Philosophie sein kann.

Die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten der „historischen Expansion" einer Philosophie diskutierte *A. Mazzone* (Rom) im Zusammenhang eines auf Thesen Gramscis fundierten ideologietheoretischen Ansatzes. Entsprechend dem Gegenstand seiner Fragestellung — der Bildung von Ideologien innerhalb konkreter historischer Verhältnisse einer bestimmten Gesellschaftsformation — stützte er sich auf Gramscis Begriff des „historischen Blocks", als dessen „Zement" die herrschenden Ideologien wirken. Die widersprüchliche Kohärenz der Vorstellungen von Individuen und Klassenbewegungen sei Resultat der jeweiligen Erfahrung und Praxis unter der Einwirkung ma-

teriell existierender Formalstrukturen, wie z.B. des Warenfetischismus oder bestimmter historischer Traditionen.

In einer Reihe von Referaten wurde der Versuch unternommen, einen allgemeinen Praxisbegriff aus dem Marxschen Begriff der Arbeit abzuleiten. Vorausgesetzt wurde dabei in der Regel ein philosophischer Zusammenhang zwischen dem anthropologischen Arbeitsbegriff der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte" und den Aussagen von Marx über den Arbeitsprozeß im „Kapital". Die ideologischen Konsequenzen der Herauslösung und philosophischen Verwertung *eines* Elements aus dem Komplex der Begriffe, mit deren Hilfe Marx sein theoretisches Objekt, die kapitalistische Produktionsweise, konstruiert, können an dieser Stelle höchstens angedeutet werden, denn sie bedürfen ausführlicher Kritik, insbesondere was die auf diese Weise mit Notwendigkeit unterbleibende historische Spezifikation des Praxisbegriffs, die eine Differenzierung der sozialen Praxis in verschiedene aufeinander einwirkende Praxisarten erlauben würde, betrifft.

So ergab sich für *R. Kirchhoff* (Berlin-West) als Konsequenz seiner Kritik an der von Habermas vorgenommenen Unterscheidung von Arbeit und Interaktion, die Produktionsverhältnisse als *Produkt* des Arbeitsprozesses zu denken, anstatt als seine immer schon vorauszusetzenden materiellen Bedingungen. *E. Hahn* (Berlin-West) begriff, ausgehend von der philosophischen Kategorie der Arbeit, die gesamte Geschichte als Prozeß der Praxis in einer einfachen Dialektik von Objektivem und Subjektivem. Dieses lineare geschichtsphilosophische Erklärungsschema kann freilich — innerhalb seiner Fragestellung — von einer Differenzierung zwischen verschiedenen historischen Praxisformen ebenso absehen wie vom Klassenkampf.

R. Zimmermann (Konstanz) und *P. Damerow* (Berlin-West) versuchten — wenngleich auf unterschiedliche Weise — den Arbeitsbegriff für eine *allgemeine* philosophische Erkenntnistheorie zu nutzen. Aus der Bestimmung der Praxis in den „Thesen über Feuerbach" als „sinnlich-menschlicher Tätigkeit", einer „fundamentalen Einheit von praktischer Intersubjektivität und gegenständlicher Objektivität" meinte Zimmermann, eine Alternative zur erkenntnistheoretischen Position Lenins entwickeln zu können, durch die sich die Beantwortung der philosophischen Grundfrage nach dem Verhältnis von „Sein" und „Bewußtsein" *praktisch* erübrige. Damerow kritisierte den Dualismus von Gegenstandserkenntnis und formal-logischer Abstraktion in der genetischen Erkenntnistheorie Piagets mit Hilfe des Hegelschen Reflexionsbegriffes, der dem Arbeitsbegriff nachgezeichnet sei. Wesentlich für dessen Bestimmung wiederum sei die Einheit von zwecksetzender Tätigkeit und materieller Voraussetzung des Arbeitsgegenstandes im Arbeitsmittel. Auf den Erkenntnisprozeß übertragen, bedeutet dies, daß die sinnlich-gegenständliche Erkenntnis als Inhalt der objektiven Gedankenformen aufgefaßt werden muß.

Die Beziehung von Logik, Praxis und Sprache bemühte sich *Jörg Zeller* (Berlin-West) im Zusammenhang des Problems einer möglichen Synthese von formaler und inhaltlicher Logik zu klären. Angesichts des auch von modernen Logikern inzwischen konstatierten Ungenügens einer rein formalen Darstellung der Logik, die die Frage nach der jeweiligen Angemessenheit beliebig verabredbarer formaler Sprachen als Darstellungs- und Verständigungsmittel ausklammert, sei ein Rückgriff auf die Hegelsche Logik sinnvoll. Diese müsse als kategoriales System verstanden werden, das aus einer Basiskategorie, dem Begriff des Seins, den Generierungsmechanismus des gesamten Systems gewinnt. Hegel habe in Abgrenzung zu der traditionellen Auffassung der Logik als Theorie der allgemeinsten Denkgesetze den *funktionalen* Charakter des Begriffs wiederentdeckt, der aber seine Arbeit nur an einem wirklichen Gegenstand vollziehen könne. Da für Hegel aber der Begriff gleichzeitig Gegenstand der Bewegung der Logik ist, zieht für Hegel die Arbeit ihre Produkte aus sich selbst. Der modernen Logik hingegen komme das Verdienst zu, in der Sprache ihren wirklichen Gegenstand gefunden zu haben, den sie als *Wissenschaft* benötigt.

W. Lefèvre (Berlin-West) deckte in dem „szientistisch-dezisionistischen Theorie-Praxis-Verhältnis" und dessen Kritik von seiten der Vertreter einer „praktischen Philosophie" eine identische Problematik auf und analysierte die sich aus ihr ergebenden Aporien. Beide Positionen sind in der *philosophischen* Fiktion eines *Subjekts* befangen, das als Ursprung seiner Handlungen gedacht wird. Doch muß gefragt werden, ob nicht Lefèvre in der Explikation seines nachdrücklichen Hinweises auf die *wirklichen* Subjekte im Arbeitsprozeß und ihre objektive Determination durch die kapitalistische Produktionsverhältnisse selbst noch eben dieser Problematik verhaftet blieb. Denn wenn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als „Verkehrung" einer vorausgesetzten Zweck-Mittel-Relation dargestellt werden — des „Zwecks" der Reproduktion der „Gattung" zum „Mittel" der Kapitalverwertung — werden sie bloß *philosophisch* begriffen: als „Entfremdung des menschlichen Wesens", das sich im Arbeitsprozeß realisiert.

Unmittelbar an Lefèvres Referat anschließend, rekonstruierte *P. Furth* (Berlin-West) das Theorie-Praxis-Verhältnis bei Hegel und zeigte zugleich die Grenzen einer materialistischen Verarbeitung der Philosophie Hegels am Beispiel des Arbeitsbegriffes auf. In der Darstellung der Arbeit als „Entnaturalisierungsprozeß" erweist sich Hegels Fixierung an die von der bürgerlichen Ökonomie vorausgesetzte „abstrakte Arbeit". Demgegenüber lasse die Marxsche Betonung der Naturbedingtheit der Arbeit die Unterscheidung zwischen einer notwendigen Reproduktion ihrer natürlichen Voraussetzungen und der Reproduktion spezieller Eigentumsverhältnisse zu. Damit aber würden gerade die Eigentumsverhältnisse kritisierbar, die eine Reproduktion der Naturverhältnisse gefährden, und so die Gefahr der Selbstzerstörung der Gattung heraufbeschwören, wie die ökologische Krise sie bereits bekunde.

Daß sich die meisten Beiträge an einem philosophischen Praxisbegriff orientierten, der seine Universalität letztendlich doch einer anthropologischen Begründung verdankt, mag den Eindruck erwecken, als sei der Marxismus eine „Philosophie der Praxis". Doch ist zu fragen, ob nicht eben dieses Verständnis geradezu verhindert, die *besondere* Praxis der Philosophie *wissenschaftlich* zu begreifen, um auf diese Erkenntnis gestützt, die grundsätzlich neue, marxistische Praxis der Philosophie zu vollziehen, die das bestehende philosophische Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten des Proletariats verändert.

Jutta Kolkenbrock-Netz

Will man biographische Zufälligkeiten zum Ausgangspunkt nehmen, so muß man das Jahr 1902 als geradezu konstitutiv für den Salzburger Kongreß betrachten. In jenem Jahr wurden sowohl der Vorsitzende der Internationalen Hegel-Gesellschaft, *Wilhelm Raimund Beyer*, wie auch *Karl Raimund Popper*, der Begründer des „Kritischen Rationalismus" und einer der entschiedensten Gegner dialektischer Philosophie Hegelscher und Marxscher Prägung, geboren. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Denkrichtungen bestimmte als Praxis der Philosophie durchgängig den Kongreß. Ihre Kennzeichnung als „Gegensatz" wäre freilich unzureichend, müssen doch die grundlegenden Antinomien im jeweiligen Selbstverständnis als „praktischer Philosophie", somit in der inhaltlichen Lösung des Problems: wie Praxis zu bestimmen sei, wie sich Erkenntnis und Gegenstand zueinander verhalten, ob Philosophie sich als „eingreifendes", Wirklichkeit nach vernünftigen Prinzipien veränderndes, Denken versteht, aufgesucht werden.

Die Schwierigkeiten der Dialektik, in methodologischen Diskussionen bestehen zu können, zeigten sich exemplarisch an den Auseinandersetzungen mit dem eher morbide auftretenden Positivismus in *E. Topitschs* Vortrag über „Die Dialektik als Form politischer Argumentation". Übersehen wurde nämlich — in Salzburg vor allem von Erich Hahn und Robert Steigerwald —, daß die Ausführungen des Grazers zu jener 1940 von Popper formulierten Frage „Was ist Dialektik" der subtilen Immunisierungsstrategie sprachanalytischen Wissenschaftsverständnisses folgten. Die Nichtbeantwortbarkeit der Frage nach dem „Wesen der Dialektik" — sie schien Topitsch hinreichend für das Verdikt, Dialektik sei dem Irrationalismus schlechter „Menschenverführung" gleichzusetzen — war nur eine Folge des systematischen Begriffskonflikts, dem Topitsch unterlag, wenn er von „Dialektik" sprach, aber „Methode" meinte. Sein gegenüber der Dialektik erhobener Vorwurf ihrer Beliebigkeit erwies sich so als nachgerade klassischer Fall einer petitio principii, unterstellt doch der Begriff der „Methode" — wenigstens idealiter — Inhaltsleere, wie Beliebigkeit des im methodischen Verfahren zu bearbeitenden Gegenstands.

Angesichts des wachsenden Legitimationsbedürfnisses gesellschaftlicher Praxis greift die nichtmarxistische Philosophie zunehmend auf den Begriff des „Diskurses" zur Bestimmung der Realität sozialer Beziehungen zurück. Keineswegs zufällig führte der Züricher *H. Lübbe* in seinem Eröffnungsvortrag jenen seit Descartes zum Traditionsbestand neuzeitlicher Philosophie gehörenden Terminus zur Charakterisierung philosophischer Praxis auf den Hegel-Kongressen ein: Kennzeichnend für diese sei das diskursive, gegenseitige Anerkennen von Meinungen, dem die genuin politische Funktion „ideologiekritischer Erbschaftspolitik" zukomme. Im Diskurs der Philosophie werde bei Bildung „wechselseitig zustimmungspflichtiger Denkbestände" Abgrenzung vollzogen.

Eskamotiert hatte *Lübbe* damit jeglichen Anspruch auf Wahrheitsfindung im Prozeß des Philosophierens. Nicht einmal jenes, dem Begriff der Wahrheit ohnedies spottende, Residuum des „Consensus" mochte er gelten lassen. Ihm ging es um die „Pragmatik" des Philosophierens, die Feststellung und Festsetzung der Diskursregeln. Gegenüber dem traditionell philosophischen Bemühen, zur Sache und letztendlich zum wahren Begriff von ihr zu kommen, forderte Lübbe ein Festhalten an der Erscheinung des Streits als nicht zu transzendierendes Stadium. Der Prozeß des Denkens, wie er in Hegels gesamten Werk zum Ausdruck kommt und programmatisch in der „Phänomenologie des Geistes" dargestellt wird, bleibt somit auf der Stufe des (von Vernunft

weit entfernten) Meinens festgehalten: Meinungen lassen sich als Ausdruck denkender Subjekte wechselseitig anerkennen, von der zwingenden Kraft der Wahrheit sind sie weit entfernt. Dem Festhalten am Modell des Diskurses eignet zudem in doppelter Hinsicht ein gesellschaftliches Moment: Einmal verrät sich die Institutionalisierung des Diskurses durch seine Definition als Herrschaftsakt, muß doch hinfort jeglicher Verstoß gegen die ihm inhärenten, ihn definierenden Regeln sanktioniert werden. Zum anderen bestimmt eine Kongreßpragmatik den Raum, für den diese Regeln des Sprechhandelns gelten sollen; alle anderen gesellschaftlichen Räume bedürfen ihrer eigenen Pragmatik.

Die bei *Lübbe* angedeutete Dichotomisierung von gesellschaftlicher und philosophischer Praxis vollendete der Kölner SPD-Staatsrechtler *M. Kriele* mit der Forderung nach Restauration eines Bereichs politischer Aufklärung — gedacht als freiheitlicher Diskurs der ihre Ansprüche vortragenden Bürger — gegenüber dem Geltungsbedürfnis wissenschaftlich erkannter Sachgesetzlichkeit. Es gelte, so *Kriele* in seinem das Auseinanderfallen von politischem Handeln und wissenschaftlicher Erkenntnis thematisierenden Vortrag über „Politische Aufklärung und wissenschaftliche Rationalität", die geordnete Freiheit eines institutionalisierten Aufklärungsdiskurses gegen eine Freiheit durchzusetzen, die auf bloß dogmatisch behauptete Einsicht in die Notwendigkeit geschrumpft sei. Politik könne sich nur im Freiheitsraum politischer Aufklärung vollziehen, sie müsse aus der Tyrannei der Wahrheit befreit werden. Wenngleich Kriele dies am höchst untauglichen Objekt des Sir Francis Bacon, der ihm als Inkarnation inhumaner, wissenschaftsgläubiger Aufklärungsfeindlichkeit erschien, darzulegen versuchte, so war doch die Absicht überdeutlich geworden: Angegriffen wurden der Anspruch auf wissenschaftliche Begründung von Politik, ja, die Berechtigung des Bürgers zu gesellschaftlichem Handeln schlechthin. Jener Bürger der klassischen Philosophie und Staatstheorie, der das Schicksal seiner Gesellschaft tätig beeinflußt, kam bei *Kriele* nicht mehr vor, hätte er doch auch die Gefährdung des institutionalisierten Diskurses bedeutet. Gegen *Krieles* Attitüde des Aufklärens wären Einwände vorzubringen, die sich auf die Geschichte der Sozialphilosophie besinnen: Denn die Aufklärung basierte auf dem ungebrochenen Vertrauen in die wissenschaftliche Rationalität. Aus der „selbstverschuldeten Finsternis" herauszutreten, die eigene vernünftige Natur zu verwirklichen, konnte nur fordern, wer Wissenschaft und Rationalität auf seiner Seite fühlte. Rousseau schließlich, der Aufklärer der Aufklärung, hielt den abstrakt liberalen Staatsrechtsentwürfen eines Hobbes und eines Locke, die Einheitlichkeit gesellschaftlicher Praxis auf Grund ihrer materiellen Basis entgegen, wenn er das Eigentumsverhältnis als aller politischen Freiheit vorausgehend betonte.

Zu Recht insistierte *W. R. Beyer* in seiner Gegenrede zu *Kriele* auf der materiellen Basis von Freiheit und Rechtlichkeit: Nur wirklich, d. h. materiell, freie, Menschen können in einen als freie Rechtsform zu bezeichnenden politischen Diskurs eintreten.

Es lag nahe, auf methodologischer Ebene die vom kritischen Rationalismus im Axiom der „Nichtüberführbarkeit descriptiver Sätze in präscriptive Sätze" (wie es bei Popper und Hare heißt) abgelehnte Möglichkeit der Formulierung normativer Sätze auf Basis von Tatsachenfeststellungen zu untersuchen. Dies zielte in das Zentrum wissenschaftlicher Politik, beansprucht diese doch, aus der Erkenntnis von Sachverhalten auf Normationen künftigen Handelns schließen zu dürfen, während der kritische Rationalismus den

Praxisbezug von Wissenschaft entweder als Unterordnung unter vorgängig entschiedene Zwecke oder durch die in descriptiven Sätzen enthaltenen Informationen „über relevante Wirkungsmöglichkeiten" (Albert) gegeben sieht.

Offensichtlich durch Georg Lukacs (bzw. Agnes Heller) inspiriert versuchte in Salzburg *H. Holz* einen Ableitungszusammenhang zur Begründung einer „vernünftigen politischen Praxis" herzustellen, der von der Bestimmung der Praxis als Einheit von Subjekt-Objekt-Beziehungen, die unter Zwecksetzungen zustandekommen, ausging. Zwecke, so Holz, seien dabei als Setzung real möglicher, bzw. erstrebenswerter Sachverhalte „im Reich der Realität angesiedelt". Bedürfnisse hätten daher „Tatsachencharakter". Um die durch die Arbeitsteilung zerrissene Einheit gesellschaftlicher Wertpräferenzen — somit die je anzustrebende Politik — als „System der Bedürfnisse" zu rekonstruieren, biete sich die Dialektik als nichtspekulative „Logik des Werdens" an, da sie die Totalität existierender und künftiger Realität zu fassen imstande sei. (Allerdings muß angemerkt werden, daß Holz keineswegs die — vermutlich falsche — Frage nach der Überführbarkeit von Sätzen einer descriptiven in solche einer vorschreibenden Sprache beantwortete, blieb er doch auf der Ebene der Beschreibung!)

Ebenfalls mit der Skizze „grober Umrisse" mußte sich der Salzburger *J. Hagen* begnügen, der das Problem künftigen Handelns im Kontext der Frage nach der prognostischen Stärke gesellschaftswissenschaftlicher Aussagen unter Zugrundelegung einer klaren Ursache-Wirkungsrelation zwischen Erkennen und Handeln zu lösen suchte. Im Gegensatz zu diesem Versuch kausaler Erklärung gesellschaftlicher Praxis stand das von *R. Spaemann* (München) vorgetragene teleologische Erklärungsschema. Unter Bezug auf die von Wrightsche Position behauptete Spaemann, daß handlungsauslösenden Bedürfnissen die Erfahrung eines Naturteleologie Ähnlichem zugrunde liege. Erst menschliches Handeln setze dann Kausalitäten. Spaemann vertrat damit eine Vorstellung, die (nicht ganz zutreffend) dem nachwittgensteinschen Zweig analytischer Philosophie zugerechnet wird, in Salzburg allerdings — trotz ihrer Aktualität — von marxistischer Seite nur in einer Randbemerkung *J. Zelenys* zu Anscombes „Intention" Aufmerksamkeit fand. (Zeleny diskutierte pointiert das Verhältnis von wissenschaftlicher Erkenntnis und gesellschaftlicher Praxis unter dem Aspekt der Gültigkeit von wahren Sätzen.) Die eigentliche Auseinandersetzung mit dem Kritischen Rationalismus fand bedauerlicherweise ein wenig abseits des Kongreßgeschehens statt: Unter Rückgriff auf Immanuel Kants Begriff der Kritik versuchte dort *J. Kahl* („Kant als Kritiker des Kritischen Rationalismus") die Ansprüche Poppers und seiner Epigonen auf Kontinuität mit Kants Denken zurückzuweisen. Gegenüber dem Kritizismus sei auf Kants Vertrauen in die menschliche Erkenntnisfähigkeit zu insistieren. Durch subtile Argumentation stach in dieser Reihe von Vorträgen (*R. Gumppenberg*/Salzburg: „Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Fortschritts", *Pawlow*/Sofia: „Marxismus und Begriffspraxis des Kritischen Rationalismus", *Ruml*/Prag: „Der Kritische Rationalismus und die Erkenntnis der Gesellschaft", *K. Bayertz*/Bremen: „Der Rationalitätsbegriff des Kritischen Rationalismus") der Münchener Jurist *C. Schefold* hervor, der die Unmöglichkeit nachwies, unter den Prämissen des Kritischen Rationalismus begründete Rechtssätze zu formulieren.

Noch in die „philologische" Hegelbeschäftigung ging die Behauptung der Trennung von Politik und Wissenschaft ein. So versuchte der Züricher

Analytiker *W. Zimmerli* im Hegelschen Werk zwischen den Textsorten „journalistisch-politisch" und „methodisch-wissenschaftlich" zu unterscheiden. In den Schriften der ersten Gattung dienten wissenschaftliche Argumente der Stützung der Plausibilität, während die systematischen Schriften Hegels unter Verzicht auf praktische Sätze verfaßt worden seien. Wenn Hegel eine „dialektische Theorie des historischen Wissens" entfalte, sei ihm das Nichtüberführbarkeitsprinzip verbindlich. Mehr noch: Dialektik und praktische Philosophie schließen einander aus.

Der Trennung korrespondierte in den vorgetragenen Analysen des Hegelschen Werks die Betonung des Begriffes „Praxis". Symptomatisch mag dafür die These *H. Ottmanns* (München) sein, Hegel beabsichtige die Vereinigung von Arbeit und Praxis unter dem Primat der Letzteren. Damit wurde die seit Aristoteles gültige — von Hegel „kopernikanisch" gewendete — Hierarchie der Termini für Hegel wieder beansprucht. Verwiesen sei auf die Parallele zu den Beschwörungen des Diskurses, wird doch bei Aristoteles „Praxis" als iterierende Struktur gedacht, die nicht überwindbar ist. Der Arbeit (Poesis), die Gültiges außerhalb der festgesetzten Form des (diskursiven) Handelns setzt, somit Wahrheit praktisch erst verwirklicht — wie es in der Hegel-Äußerung „Um so schlimmer für die Tatsachen" oder in der 11. Feuerbachthese anklingt — kommt nur untergeordnete Bedeutung zu. Gotthart Günther („Der Geist als Wille ...") machte berechtigterweise auf die Mystifikationen aufmerksam, die sich als Folge der Unterordnung des säkular-diesseitig orientierten Arbeitsbegriffes unter den Handlungsbegriff ergeben.

Die Vereinnahmung Immanuel Kants als Kronzeugen des Kritischen Rationalismus ließ erwarten, daß auf einem Hegel-Kongreß, der sich praktische Philosophie zum Gegenstand gemacht hatte, auch der „Königsberger Weltweise" zur Sprache kam. Allerdings vermochten weder *J. Kahl* noch *R. Steigerwald*, der Kants Schrift „Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis" untersuchte, das theoretische Defizit in der marxistischen Kantrezeption zu verbergen. Die Distanz zwischen Marxisten und Kantscher Philosophie, trotz des „Anspruchs der Vernunft" von *M. Buhr* und *G. Irrlitz* kaum geringer geworden, war auch in Salzburg deutlich spürbar. Noch sind die Auseinandersetzungen mit den kantianischen Elementen des Austromarxismus ebensowenig wie die Kritik am Marburger Neukantianismus, die beide in die Ablehnung der Philosophie Kants mündeten, wirklich bewältigt.

So bot auch für *Steigerwald* die Kantsche Schrift nur einen Anknüpfungspunkt für eine — reichlich unvermittelte — Kritik der Bewältigungsversuche bundesrepublikanischer Wirklichkeit durch ihre bürgerlichen Theoretiker. Die noch an den Anfang der Steigerwaldschen „Anmerkungen" gestellte These der begriffsgeschichtlichen Abhängigkeit von Kant zu Marx wurde nicht systematisch entfaltet. Ignoriert wurde dabei die außerordentliche Fruchtbarkeit des von Kant in dieser (1793 in den Berlinischen Wochenschriften erschienenen) Untersuchung fundierten Praxisbegriffes. Dieser hat die Totalität gesellschaftlichen Handelns zum Inhalt, will nicht bloß — wie Steigerwald formulierte — „moralische, staats- und völkerrechtliche Praxis, also Probleme der Politik" ansprechen, sondern zielt auf das Ganze einer durch vernünftige Prinzipien gestalteten Praxis. Kant plädiert dabei für eine „praktische Theorie", will sich somit gegen den abstrakten Dualismus von Theorie und Praxis abgrenzen. Die Praxis sollte gewissermaßen zur Vernunft kommen, sollte eine theoretische ebenso werden, wie ihre Theorie nur als

praktische gedacht sein konnte. Steigerwald schnitt diese Problematik nicht an, verwies vielmehr auf objektive Faktoren, die Kants Erkenntnismöglichkeiten einschränkten, ihn somit zu einer „Hypostasierung der Theorie" bewegten. Der voreilige Abbruch der immanenten Analyse des Kantschen Werks bei Steigerwald an einer Stelle, die Kant als enorm weitsichtigen Denker hätte zeigen können, führte in *Steigerwalds* Ausführungen zu einem harten Bruch: Seine Ausführungen über die Schwierigkeiten der Wirtschaftsforschungsinstitute mit der BRD Realität wirkten aufgesetzt, willkürlich hinzugefügt. Sie machten allerdings darauf aufmerksam, daß die Auseinandersetzung mit dem Königsberger Philosophen in höchstem Maße dringlich ist. Nicht, daß es für eine Kantrenaissance zu plädieren gelte, aber die Beschäftigung mit seinen Schriften würde, fern von aller Erklärung für seine idealistische Position, eine erhebliche Bereicherung des Reflexionsbereiches marxistischer Theorie ermöglichen. Dies geschähe denn auch, wie die Auseinandersetzung mit dem Kritischen Rationalismus beweist, durchaus in praktischer Absicht.

Michael Winkler

KRITISCHE PSYCHOLOGIE ALS MARXISTISCHE SUBJEKTWISSENSCHAFT
FAZIT EINER ENTWICKLUNG ANLÄSSLICH DES ERSTEN "INTERNATIONALEN KONGRESSES KRITISCHE PSYCHOLOGIE"

Das Audimax der Philipps-Universität faßte sie nicht — die 3 000 Teilnehmer am ersten „Internationalen Kongreß Kritische Psychologie", der veranstaltet vom Bund demokratischer Wissenschaftler und vom AStA der Universität, vom 13. bis zum 15. Mai dieses Jahres in Marburg stattfand. Schon die Anteilnahme und Disziplin, mit der die Teilnehmer, nicht nur Psychologen — Studenten, Lehrende und „Berufspraktiker" —, sondern auch Sozialarbeiter, Pädagogen, Philosophen, Soziologen und in anderen Fachdisziplinen Arbeitende das Mammutprogramm von Referaten verfolgten und in Arbeitsgruppen diskutierten, macht diesen Kongreß zu einem bemerkenswerten Ereignis. Einem Ereignis, das offensichtlich einem weit über Fachkreise verbreitetem Bedürfnis entsprach, sich angesichts der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung der Psychologie mit der einzelwissenschaftlichen Entwicklung vertraut zu machen und auseinanderzusetzen, die unter dem Namen „Kritische Psychologie" zusammengefaßt wird. Wenn der Kongreß nicht von Psychologie-Fachverbänden oder -Institutionen getragen wurde, so ist dies alles andere als zufällig: Die Veranstalterschaft des einzigen in der demokratischen Bewegung arbeitenden allgemeinen Wissenschaftlerverbandes der BRD und Westberlins und eines der ASten, die, auf der Grundlage der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, das studentische Ausbildungsinteresse mit den Erfordernissen demokratischer Wissenschaftsentwicklung und Berufspraxis zu

vermitteln suchen, trug auch dem Umstand Rechnung, daß es mit der *Kritischen Psychologie die beispielhafte Entwicklung eines Sektors nicht-bürgerlicher, über die Kritik bürgerlicher Wissenschaft hinausgehender „positiver" Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft vorliegt. Hierin vor allem liegt begründet, daß der Kongreß ein wissenschaftliches und wissenschaftspolitisches Ereignis darstellte, dessen Bedeutung sich nicht auf die Psychologie beschränkt.*

Der wissenschaftliche Anspruch der Kritischen Psychologie und die Funktion des Kongresses

Die folgende Darstellung zielt nicht in erster Linie auf die Auswertung der auf dem Kongreß zusammengetragenen Ergebnisse kritisch-psychologischer Forschung — diese Aufgabe kann ohnehin erst nach Veröffentlichung des Kongreßberichts (1) angegangen werden. Vielmehr will sie *Ursprung, Entwicklung und die Grundzüge der Kritischen Psychologie selbst erläutern* und eben jene *wissenschaftspolitische Dimension* aufweisen, die darin begründet ist, daß Kritische Psychologie, in eigenständiger Wissenschaftsentwicklung kritisch gegenüber der „herrschenden" Wissenschaft, eine Bedrohung des bürgerlichen Wissenschaftsmonopols darstellt — zumal, wenn sie massenhaft rezipiert wird und — davon zeugt die zahlreiche Teilnahme von Nicht-Psychologen am Kongreß (auch auf Referentenebene!) — auf andere Wissenschaftsbereiche ausstrahlt. *Bestandsaufnahme* der geleisteten wissenschaftlichen Arbeit in Form von Referaten mit Überblickscharakter, Erörterungen von Erfahrungen in der wissenschaftlichen und berufspraktischen Arbeit und die Diskussion zukünftiger Forschungsaufgaben machen Funktion und Charakter eines wissenschaftlichen Kongresses überhaupt aus — damit auch des hier zur Diskussion stehenden. Darüber hinaus jedoch erwuchsen dem Marburger Kongreß Probleme, die sich aus dem genannten Charakter der Kritischen Psychologie ergeben: Grundsätzlich war dem Kongreß die Aufgabe gestellt, den *Beweis* für die Möglichkeit der Entwicklung einer „positiven Wissenschaft" im Kapitalismus anzutreten. Was heißt das im einzelnen? (2)

Positive Wissenschaft als ein System wahrer Erkenntnisse des jeweiligen Gegenstandsbereichs ist immer *praktisch*; und d. h., sie *ermöglicht*, die „*Not*" theoretischer Fundierung der Praxis — gegenstandsadäquate Praxis setzt gegenstandsadäquate Erkenntnis voraus — „zu wenden". Dies impliziert sowohl, daß die Forschungsfragen aus den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen, i. e. der Berufs-Praxis abgeleitet sind (Praxis als Quelle von Erkenntnis) als auch, daß die theoretischen Lösungsansätze in die Praxis eingehen, sowie an ihr überprüft werden (Praxis als Erkenntniskriterium und -korrektiv). Dieses Verständnis von Praxis, und damit auch Berufs-Praxis, erfordert einen Typus von Berufspraktiker, der über einen hohen Kenntnisstand bzw. der (theoretischen) Wissenschaftsentwicklung verfügt, d. h. Gelegenheit haben muß, deren Weiterentwicklung zu verfolgen und praktisch aufzuneh-

1 Holzkamp, K. und K. H. Braun (Hrg.): Kritische Psychologie. Protokoll des Internationalen Kongresses vom 13.-15. Mai 1977, 2 Bde., voraussichtlich Okt. 1977.

2 Die Überwindung der mechanischen Gleichung „Wissenschaft im Kapitalismus = kapitalistische Wissenschaft" wird hier vorausgesetzt und kann nicht erörtert werden. Siehe im einzelnen auch Grüter, B., W. Maiers und M. Markard; in: Kritische Psychologie – Kongreßbericht; op. cit. Vgl. auch Sandkühler, J.: Produktivität der Wissenschaft im Kapitalismus. SOPO 39 (1977), S. 5-43.

men, der die Erfahrungen mit der so fundierten praktischen Arbeit auf eine Weise zu verallgemeinern versteht, daß aus dieser Verallgemeinerung theoretische Fragen formulierbar sind — der somit an der Projektierung wissenschaftlicher Arbeit beteiligt ist.

Indem Kritische Psychologie den Anspruch erhebt, „positives", ohne pragmatistische Verkürzung „praktikables" Wissen zu erarbeiten, wendet sie sich gerade an *jenen Praktiker*, dem die — in der Gegenstandverfehlung traditioneller Psychologie begründete — *mangelnde theoretische Fundierung seiner demokratisch konzipierten Berufspraxis zum Problem geworden ist* und der an einer theoretischen Orientierung arbeitet, mit dem Ziel, die Notlage eklektischer Ingebrauchnahme von theoretisch-praktischen Instrumentarien der bürgerlichen Psychologie zu überwinden.

Die *Unhaltbarkeit solchen Eklektizismus* folgt aus seiner *doppelten Unwissenschaftlichkeit:* zum einen beinhaltet er das notwendig falsche Produkt jenes Versuchs, durch nachträgliche „Verklammerung" von ihrem empirischen Bezug nach mehr oder weniger reduktiven, ihrer erkenntnislogischen Basis nach inkompatiblen Theorie-Ansätzen Rechnung tragen zu wollen — nachdem zuvor in partialisierender Sichtweise der Zusammenhang des Gegenstandes verlorengegangen ist. Derartige Erkenntnisanstrengung ist vergeblich, sie verbleibt in *theoretischer Beliebigkeit*. Daraus ist aber nicht zu schließen, daß das so gewonnene Surrogat gegenüber dem *praktischen Umsetzungszusammenhang* von Theorie *beliebig* wäre: Die Annahme beliebiger Verwendbarkeit von Ergebnissen der bürgerlichen Wissenschaft — hier sozusagen in „links-instrumentalistischer" Variante zugunsten *demokratischer* Zielsetzungen — sitzt der, von bürgerlicher Seite interessiert vorgetragene These der Neutralität von Wissenschaft bezüglich ihres gnostischen Gehalts auf. In Überwindung der Auffassung von vorgeblich neutralen wissenschaftlichen Instrumentarium, das sich aufgrund der ihm inhärenten bürgerlichen Parteilichkeit gegenüber demokratisch konzipierter Berufspraxis als widerspenstig erweisen muß, geht es darum, *Mittel* und *Ziel* demokratischer Berufspraxis in Übereinstimmung zu bringen.

Während einer mehrjährigen Phase ertragreicher konzeptioneller Entwicklung (3) wurde es aufgrund des akkumulierten Fundus nicht nur möglich, dieses Problem anzugehen, vielmehr erwies es sich als notwendig, über die bisherige, wechselseitige Rezeption hinaus, durch einen öffentlichen Kongreß einen *langfristigen praktischen Erfahrungsaustausch zu initiieren* — mit dem Ziel, die vorfindliche starr-dichotome Aufgabenzuweisung zwischen „Theoretikern" und „Praktikern" in Richtung eines einheitlichen wissenschaftlichen Prozesses aufzuheben („die arbeitsteiligen Strukturen flüssig zu machen"), in dem nicht länger eine unvermittelbare gegensätzliche Kompetenzverteilung herrscht. Eine Zielsetzung, die (ähnlich der eines demokratisch organisierten Projektstudiums) zu der im HRG und durch Kurzstudiengänge angelegten Trennung zwischen Rezeptemachern und Rezepteanwendern (Elite und Heloten) im krassen Widerspruch steht.

Weiter hatte der Kongreß die Funktion, Kritische Psychologie *gegenüber anderen wissenschaftlichen Disziplinen* in zweifacher Hinsicht zur Diskussion zu stellen: als *exemplarische* Entwicklung eines materialistischen einzelwissenschaftlichen Ansatzes über die Kritik vorfindlicher bürgerlicher Wissenschaft hinaus und damit als, in seiner theoretisch-methodologischen Gegenstandsauffassung gegründete, von seiner Seite aus exemplarische Überwindung der in

3 Vgl. die diesbezügliche Übersich von Holzkamp, K.; in: Z. Sozialpsychol., 7 (1977), S. 1 f.

der traditionellen Wissenschaftsklassifikation verfestigten aggregativen Verbindung — d. h. letztlich Beziehungslosigkeit — von Wissenschaftsdisziplinen bei der Erforschung der Wirklichkeit; speziell: als Beispiel der Synthese von Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften in historisch angelegter Subjektwissenschaft Psychologie.

Schließlich hatte diese öffentlich geführte wissenschaftliche Diskussion den Charakter einer *wissenschaftspolitischen Manifestation.* In der Darlegung ihres zum bürgerlichen Wissenschaftsmonopol alternativen Wissenschaftsansatzes hatte die Kritische Psychologie ihre *soziale Basis* zu verbreitern, deren sie im besonderen Maße bedarf, befindet sie sich doch als marxistisch fundierte Gegenstandskonzeption per definitionem in Entstehung und Entwicklung in einem doppelten Spannungsverhältnis.

Als Erkenntnissystem steht sie in natürlichem Widerspruch zu gegebenen bürgerlichen Ansätzen, den sie im sachlichen Diskurs durch die Entwicklung eigener Gegenstandsauffassungen zu lösen bemüht ist, in der die rationalen Elemente der kritisierten Konzeption in dialektischem Sinne aufzuheben sind. Derartige Auseinandersetzung ist notwendige Bedingung jedes wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts — indem aber die marxistische Wissenschaft die Parteilichkeit der bürgerlichen Wissenschaft als deren grundlegendes Einverständnis mit der bürgerlichen Gesellschaft aufdeckt, dagegen ihre eigene Parteilichkeit gegen die bürgerliche Herrschaft bewußt artikuliert und begrifflich faßt, gerät sie in *politisch* antagonistischen Widerspruch zur herrschenden bürgerlichen Klasse und hat sich somit deren außerwissenschaftlicher Repressionen zu erwehren. Verdeutlicht sich der erstgenannte wissenschaftliche Meinungsstreit etwa an den wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen in der Phase der Herausbildung der Kritischen Psychologie, Auseinandersetzungen, die nunmehr auf neuer Ebene in Marburg wieder aufgenommen wurden, so war andererseits der Entwicklungsweg der Kritischen Psychologie von Beginn an gekennzeichnet durch vielfältige Behinderungen und Unterdrückungsversuche seitens der staatlichen und universitären Administration. (Dies zeigt sich am Beispiel des Psychologischen Instituts der FU Westberlin durchgängig etwa in der Kampagne gegen das Institut und sein „Schülerladenprojekt" (4), in der Spaltung des Instituts (5), der Nicht-Legalisierung des demokratisch entwickelten Studienplans, der massiven Berufsverbotspolitik gegen wissenschaftliche Mitarbeiter und Stellenbewerber und schließlich in der drohenden Zerschlagung des Fachbereichs 11 der FU, dem das Psychologische Institut angehört. Obstruktionen ähnlicher Art ließen sich auch für andere exponierte Psychologischen Institute in der BRD anführen.)

Festzuhalten bleibt: daß kritische Wissenschaft, in Erweiterung ihrer Reflexion über Gegenstand und Wissenschaft auf die gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen beider, nicht nur den allgemeinen positiven und negativen Entwicklungen der wissenschaftspolitischen Situation unterliegt, sondern sich gegen politische „Sonderbehandlung" zur Wehr zu setzen hat. Kritische Psychologie entstand und existiert als wissenschaftlicher Ansatz

4 Vgl. Haug, W.F.; in: Autorenkollektiv am Psychologischen Institut der Freien Universität: Schülerladen Rote Freiheit. Analysen, Dokumente, Protokolle; Frankfurt/M. 1971, S. 389 ff. Ders. in: Das Argument, 66, 1971, S. 439-460 Holzkamp, K.: Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten, Frankfurt/M. 1972, S. 207 ff.

5 Ders., a.a.O.

im politischen Kampf. Die öffentlich vorgenommene Bilanz ihrer Arbeit in Form eines Kongresses mit internationaler Beteiligung ist somit seitens Kritischer Wissenschaft überhaupt eine wissenschaftliche *und* wissenschaftpolitische Herausforderung.

Die Entwicklung der Kritischen Psychologie von bloßer „Psychologie-Kritik" zur „positiven Wissenschaft"

Wenn wir die genannten Zusammenhänge an der wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Entwicklung des Psychologischen Instituts (PI) im Fachbereich „Philosophie- und Sozialwissenschaften" der FU zeigen, so kommt dies nicht von ungefähr: die Kritische Psychologie fand dort ihre erste, noch unentwickelte Artikulation. Noch beschränkt auf „ *‚kritisch-theoretische' Psychologie-Kritik*" durchbrach sie gleichwohl den herrschenden Konsens „liberaler" Psychologie-, und dahinterliegend, Wissenschaftsauffassung und verlieh so kritischen Bemühungen außerhalb der Grenzen des Instituts vorwärtsweisende Impulse. Insofern also in erster Linie von hier Kritische Psychologie in die vorfindliche psychologische Forschung und Praxis eingebracht und im weiteren zu einem zunehmend in sich geschlossenen subjektwissenschaftlichen Forschungsprogramm (mit noch näher zu kennzeichnenden Spezifika) fortentwickelt wurde, wollen wir die auf dieser Grundlage erarbeiteten Ansätze als *„Kritische Psychologie im engeren Sinne"* klassifizieren — in Abhebung von dem als *„Kritische Psychologie im weiteren Sinne"* zu fassenden Gesamt marxistisch fundierter psychologischer Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft, in das jene als *ein* substantieller Bestandteil eingeht. Die gemeinsame Substanz verdeutlich sich am verbindlichen Anspruch Kritischer Psychologie, *im* Rahmen des Wissenschaftlichen Sozialismus sich als dialektische Einzelwissenschaft zu entfalten, d. h. in besonderer materialer Analyse den Marxismus einzelwissenschaftlich umzusetzen.

Das wirkliche Gewicht eines solchen Unternehmens wird erst erkennbar, wenn man sich vor Augen führt, daß in den bürgerlich beherrschten Ländern Psychologie (als verselbständigte Einzelwissenschaft) und Wissenschaftlicher Sozialismus in ihrem jeweils mehr als hundertjährigen Bestehen sowohl als Erkenntnissysteme als auch hinsichtlich ihrer sozialen Trägerschaft beziehungslos neben- oder gegeneinanderstanden. Mit der Herausbildung sozialistischer Intelligenz im Zusammenhang mit der erstarkten demokratischen (Studenten-) Bewegung in der 60er Jahren ist es in weniger als einer Dekade — wissenschaftsgeschichtlich ein außerordentlich kurzer Zeitraum — gelungen, eine empirisch wohlfundierte Individualwissenschaft auszuarbeiten, die nicht in einem bloß *äußerlichen* Komplementierungsverhältnis zur allgemeinen marxistischen Theorie steht und einseitig von dieser, qua „Gesellschaftstheorie" fundiert wird (was in der Konsequenz die einzelwissenschaftliche Theoriebildung der bürgerlichen Ideologie und dem ihr eigenen Eklektizismus ausliefert), sondern *die in speziellem Material die Methode und das kategoriale Instrumentarium des dialektischen und historischen Materialismus zur Anwendung bringt.* Wie unabgeschlossen dieser Umsetzungsprozeß (naturgemäß) auch ist — unstrittig sind mit ihm wissenschaftsstrategische Maßstäbe für andere „kritisch" intendierte einzeldisziplinäre Forschungs- und Praxisvorhaben gesetzt. Worin besteht der Ansatz der Kritischen Psychologie in seiner *theoretischen Substanz?*

Wir wollen versuchen, am Beispiel der *besonderen* Konzeption, wie sie von relevanten Teilen des PI der FU vertreten wird, einige *allgemeine* Züge marxistisch fundierter Psychologie zu verdeutlichen. Zum ersten sind wir als Westberliner mit diesem Ansatz enger vertraut als mit ähnlichen Forschungsentwicklungen an anderen Universitäten; zum zweiten halten wir aber auch diese historisch vor anderen entwickelte Konzeption unter dem erwähnten Aspekt der einzelwissenschaftlichen Umsetzung des Marxismus für die zugleich am weitesten fortgeschrittene innerhalb Kritischer Psychologie.

Man muß, um die Frage nach der „Substanz" der Kritischen Psychologie beantworten zu können, sich die vor etwa einem Jahrzehnt gegebene wissenschaftspolitische Ausgangslage in Erinnerung rufen: In der Wissenschaftskritik der damaligen demokratischen Bewegung an der Hochschule dominierte im Ergebnis undialektischer Gesellschaftsanalyse jene Auffassung, wonach Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft funktional ausschließlich dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals und der ideologischen Absicherung seiner Herrschaft subsumiert erschien. Die in der Tat eklatante ökonomische Interessengebundenheit der Wissenschaft und die den Ansturm der Kritik abwehrende apologetische Haltung vieler Ordinarien mußten diese Auffassung befestigen. Die in der alltäglichen Erfahrung der allgemeinen Krise des Kapitals gegründete, mangels zureichender politischer Reflexion ihrer Ursache und Bewegungsgesetzmäßigkeiten weitgehend voluntaristische Parteinahme großer Teile der akademischen Intelligenz gegen „das System" mündete wissenschaftspolitisch folgerichtig in die Konsequenz *abstrakter Negation von Wissenschaft* schlechthin – paraphrasiert als „Zerschlagt die bürgerliche Wissenschaft!".

Andererseits wurde mit zunehmender Durchdringung der gesellschaftlichen Wirklichkeit auf der Grundlage der marxistischen Theorie die Fragwürdigkeit dieser „geistigen Maschinenstürmerei" erkannt. Die Seminare der „Kritischen Universität" von 1967/68 verdeutlichen diesen Fortschritt wissenschaftspolitischer Einsicht. Bezogen auf die Psychologie, kommt dem im Mai 1969 in Hannover abgehaltenen „Kongreß kritischer und oppositioneller Psychologen" eine Schlüsselfunktion zu: der perspektivlosen wissenschaftspolitischen Zielsetzung, Wissenschaft – als im Kapitalismus per se bürgerlich-parteilich – zu liquidieren, wurde, unbestimmt noch, das Strategem der *Entwicklung kritischer Alternativen* zur herrschenden Psychologie gegenübergestellt, wobei sich bereits abzeichnete, daß es als nicht ausreichend erkannt wurde, bloß *ideologiekritisch* den Wissenschaftlichkeitsanspruch vorfindlicher Psychologie durch den Aufweis ihrer Befangenheit in bürgerlicher Ideologie und ihrer Verflechtung mit dahinterliegenden Herrschaftsinteressen zu destruieren, und daß es als gleichermaßen kurzschlüssig angesehen wurde, durch abgehobene Zieldiskussionen die Wissenschaft für fortschrittliche Zwecke *instrumentalisieren* zu wollen. Es deutete sich eine höhere Form der Parteinahme des Wissenschaftlers qua Wissenschaftler an, der das Bemühen um die Durchsetzung wissenschaftlicher Wahrheit gegen das offene oder in vorgebliche ideologische Neutralität verhüllte bürgerliche Klasseninteresse *in* der Wissenschaft Psychologie eigen ist. Züge *parteilicher Wissenschaft* deuteten sich an, doch war die Diskussion noch weit davon entfernt, dieser zum Durchbruch zu verhelfen. Erst als am PI der FU der seit etwa 1968 in Entwicklung befindliche Ansatz Kritischer Psychologie in der frühen Gestalt der geschilderten Untersuchung des gesellschaftlichen Ursprungs und der gesellschaftlichen Funktion der bestehenden Psychologie, ihrer Methoden und Ergebnisse in immer unversöhnlicheren Widerspruch zu den ganz pragmatischen Anforderungen psychologischer Berufsausbildung geriet, gewann die Einsicht an Boden, daß das Dilemma seinen tieferen Grund in gewissen Beschränktheiten kritsch-psychologischer Psychologiekritik selbst haben könnte, daß auch diese selbst – wiewohl sie mit Herausarbeitung ihrer marxistischen Grundlagen zunehmend an analytischer Schärfe gewonnen hatte, solange in entscheidender Hinsicht reduktiv bleiben mußte, wie das Ausmaß und die Art des von der bestehenden Psychologie erreichten *Erkenntnisgewinns* nicht begründet beurteilbar wären. Diese in revidierte kritisch-psychologische Analyse aufzunehmende Kritik des Erkenntnisanspruchs konnte nur dann gelingen, wenn die Psychologie als Wissenschaft weiterentwickelt, wenn der vorgegebene *Gegenstand* – die empirische Subjektivität des Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft – von einem überlegenen wissenschaftlichen Standort selbst angemessener, unreduziert erkannt wäre.

Weder in der von Holzkamp über Jahre geführten wissenschaftstheoretischen Kon-

troverse mit Vertretern des positivistischen „Kritischen Rationalismus" (vgl. Anm. 3), die zunehmend den Charakter bloßer Standpunktversicherung angenommen hatte, noch in den von anderen Mitarbeitern des Instituts vorgelegten Arbeiten (6), die in Überwindung des relativistisch-agnostizistischen Ansatzes der Wissenschaftskritik das Problem psychologischer Erkenntnis bereits angemessener erfaßten, wurde effektiv mehr geleistet als der Aufweis der konkret gesellschaftlich-historisch bedingten, in die Grundvoraussetzungen der bürgerlichen Psychologie hineingenommenen Erkenntnisgrenzen von Psychologie. Es mußte darum gehen, die wissenschaftliche Fruchtbarkeit der allgemeinen Erkenntnispositionen „Kritischer" als „historischer" Psychologie für die konstruktive Überwindung der Aporien bürgerlich-psychologischer Forschung durch Erzielen überprüfbarer *Erkenntnisfortschritte in gegenstandsbezogenen Analysen* unter Beweis zu stellen.

Zu dieser Zeit erhielten die Forschungsansätze und Ergebnisse der marxistisch fundierten Psychologie sozialistischer Länder, wie der Sowjetunion und der DDR, einen veränderten Stellenwert. Waren sie vorher unter der Prämisse der dialektischen Methode des Geschichtsmaterialismus weitgehend zum Gegenstand *wissenschaftshistorischer* Analysen gemacht worden, so wurde erst jetzt der tiefere Inhalt der Aneignung der *Einzel*wissenschaften durch die dort herrschende Arbeiterklasse begriffen. Dabei konnte von vorneherein nicht angenommen werden, etwa die *„Ergebnisse* der sowjetischen Psychologie" (7) umstandslos auf den Gegenstand der „Kritischen Psychologie" projizieren zu können, wohl aber mußte geprüft werden, inwieweit jene dieser als *theoretisch-methodologisches Forschungsregulativ* nützlich werden könnten. Hierbei erwies sich das Hauptwerk von *A. N. Leontjew* „Probleme der Entwicklung des Psychischen" (Berlin 1964; Frankfurt/M 1973) als konstitutiv (im wörtlichen Sinne): der Autor, Repräsentant der von Wygotski begründeten „Kulturhistorischen Schule", hatte deren Anliegen, in Überwindung der zeitweiligen Tendenz der Sowjetpsychologie zum physiologischen Reduktionismus, der Eigengesetzlichkeit des psychologischen Gegenstandes volle Beachtung zu schenken, dadurch in prinzipiell bedeutsamer Weise realisiert, daß er die *logisch-historische Methode* der Kritik der Politischen Ökonomie von Marx – Exemplifizierung des Weges für das Denken, sich die Wirklichkeit anzueignen – für die Psychologie als selbständige Disziplin mit spezifischem Gegenstand fruchtbar zu machen verstand. (8)

Was von Holzkamp 1972 öffentlich in programmatischer Absicht bekundet wurde: „Eine weitere Diskussion ist erst nach dem Vorliegen tatsächlich durchgeführter Analysen, in denen die Wendung von der Kritik der bürgerlichen zur kritischen Psychologie vollzogen sein soll, als sinnvoll zu betrachten (einige solcher Analysen sind bald abgeschlossen)" (9), wurde erstmalig von ihm selbst ein Jahr darauf mit der Behandlung des Wahrnehmungsproblems exemplarisch eingelöst. (10)

Was heißt *„historischer Ansatz" in der subjektwissenschaftlichen Forschung?* Allgemein beinhaltet im Sinne der dialektisch-materialistischen Entwicklungskonzeption „historische Analyse" nicht einfach die „allseitige" Betrachtung des Gegenstandes als „Prozeß", sondern die Untersuchung seiner im materiellen Entwicklungszusammenhang *gewordenen* wesentlichen Beziehungen. Nimmt man den Gegenstand nicht als je „fertig" Gegebenes (was durch die Betonung seiner „Geschehens-Charakteristik" noch keineswegs garantiert ist), sondern betrachtet man ihn in historischer Perspektive, so eröffnen sich an ihm verschiedene Momente, die auf unterschiedliche Entstehungsbe-

6 Vgl. „Ringvorlesung Wintersemester 1971/72", hg. vom Ressort Dokumentation des PI im FB 11 der FU.
7 Vgl. den Sammelband gleichen Titels, hg. von H. Hiebsch, Berlin (DDR) 1967
8 Vgl. Holzkamp, K. und V. Schurig, in: Leontjew, A.N.: Probleme der Entwicklung des Psychischen; S. XI - LII. Vgl. Keiler, P.: Die entwicklungspsychologische Konzeption Leontjews als Gegenstand marxistischer und bürgerlicher Interpretation; in: SOPO 34/35 (1976), S. 51-94.
9 Holzkamp, K.: a.a.O., 1972, S. 288.
10 Ders.: Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1973.

dingungen unterschiedlichen historischen Ursprungsalters zurückgehen. Ihre gegenwärtige Eigenart und Beziehung zueinander können nur angemessen erfaßt werden, wenn man die Entwicklungsstufen ihres jeweiligen Gewordenseins in ihren materialen Besonderheiten rekonstruiert.

Die besondere Eigenart *der* historischen Entwicklungsprozesse, deren Resultat bestimmte Momente des Psychischen sind, erfordert eine methodische Konkretisierung des historisch-materialistischen Forschungsverfahrens, derart, daß in historischer Ursprungs- und Differenzierungsanalyse die *Entwicklungsnotwendigkeit* dieser (qualitativ wider unterschiedenen) besonderen Form der Widerspiegelung der Wirklichkeit *aus* dem Prozeß der Erhaltung des Lebens (auf je gegebener Stufe), d. h. ihre *vitale Funktionalität* begründet wird.

Der Gegenstand der Psychologie ist die *empirische Subjektivität* – „Inbegriff der wirklichen Lebenstätigkeit und darum des Welt- und Selbstinneseins" (11) – des konkreten, individuellen Menschen. Objektiver Bestandteil des materiellen gesellschaftlichen Lebensprozesses, ist die empirische Subjektivität wissenschaftlich nur angemessen erkennbar, wenn man sie in ihrer Totalität als Prozeßzusammenhang analytisch heraushebbarer Momente wie „Wahrnehmung", „Bedürfnisse" etc. als „resultativen Ausdruck" ihrer historischen Gewordenheit expliziert. (Nb.: mit dieser Bestimmung ist gegen die unangemessene Hypostasierung der psychischen oder Bewußtseinsfunktionen zum eigentlichen Agens der Entwicklung wie gegen ihre Degradierung zu beziehungs- und bedeutungslosen Epiphänomenen oder zu bloß passiven Reflexen äußerer Determination gleichermaßen Stellung genommen. Nicht: „es denkt", sondern: „der Mensch denkt", und: er tut es wahrhaftig!)

Es ist also nicht zureichend (wenngleich bestimmte Ansätze bürgerlicher Psychologie bereits weit übersteigend), menschliche Subjektivitätsmomente prozessual aus den je in Erscheinung tretenden personalen und/oder situationalen Wirkungsbedingungen abzuleiten. Historische Betrachtung greift über den gewissermaßen mikroskopischen Zusammenhang der *Aktualgenese* hinaus; sie rekonstruiert die Subjektivitätsmomente als Resultat eines stattgehabten historischen Prozesses von vergleichsweise geringer zeitlicher Erstreckung: der *„Biographie"*. Indessen sind die Funktionseigentümlichkeiten menschlicher Subjektivitätsmomente – die in Permanenz aktualgenetisch sich manifestieren – nicht durch den Rekurs auf eine in sich selbst begründete, gewissermaßen monadische, Individualgeschichte zu begreifen: der Mensch ist nicht schlichtes Resultat seines individualgeschichtlichen Gewordenseins, er ist zugleich vorläufiges „Endstadium" eines geschichtlichen Entwicklungsprozesses gänzlich anderer zeitlicher Größenordnung: seiner nach Jahrmillionen zu bemessenden *stammesgeschichtlichen Entwicklung*. Mit ihren psychophysischen Entwicklungsresultanten unterschiedlichen Ursprungsalters und Spezifitätsniveaus schlägt sie sich als naturgeschichtliche Voraussetzung in der – in diesem Zusammenhang als *„Ontogenese"* begrifflich bestimmten – individuellen Entwicklung nieder. Resultat des naturgeschichtlichen Entwicklungsprozesses ist die Gattung „Mensch" qua bestimmtes Naturwesen. Innerhalb des den Gesetzmäßigkeiten biologischer Evolution unterliegenden naturgeschichtlichen Entwicklungsganges wird ein Entwicklungsstatus des *Organismus-Welt-Zusammenhangs* hervorgetrieben, der die biologisch gewordene Möglichkeit zur menschlichen Vergesellschaftung beinhaltet. In diesem als „Tier-Mensch-Übergangsfeld" bezeichneten Umschlags„punkt" (tatsächlich ein vor etwa 10-5 Mio. Jahren anzusetzendes Kontinuum) wird die phylogenetische Entwicklung sukzessive, gebunden an die spezifischen Prozesse der Hominisation, durch die gesellschaftlich-historische Entwicklung überlagert. Träger ihrer neuen Qualität ist die vergegenständlichende kooperative Arbeit. In ihren Resultaten findet die menschliche Subjektivität auf dem je entwickelten Niveau gesellschaftlicher Lebensentfaltung ihren objektiven Ausdruck. Andererseits ist der gesellschaftliche Prozeß aus der Perspektive der subjektiven Bestimmung des Lebens in der individuellen Entwicklung ein Prozeß höherer Größenordnung: das konkrete Individuum ist in eine seinen Lebenslauf überdauernde und übergreifende Welt gegenständlicher und symbolischer Bedeutungen gesetzt, in der auch die Struktur seiner zwischenmenschlichen Beziehungen sich nicht in

11 Ders.: a.a.O., S. 46.

bloß „sozialen Beziehungen" erschöpft, sondern als historisch-konkretes Produktionsverhältnis gemäß den Erfordernissen kollektiver Existenzsicherung angelegt ist. Die menschliche Lebenswelt ist jeweils resultativer Ausdruck ihrer gesellschaftlich-historischen Gewordenheit in einer kontinuierlichen Progression von diskreten Entwicklungsstufen – Gesellschaftsformationen –, deren jeweilige „Knotenpunkte" durch zur Lösung drängende Widersprüche der gesellschaftlichen Produktionsweise markiert sind. In den Struktureigentümlichkeiten der jeweils entwickelteren Gesellschaftsformation sind frühere Entwicklungsstufen der Produktion und der dabei eingegangenen zwischenmenschlichen Verkehrsformen konkret aufgehoben.

Das zentrale Problem, an dem die Subjektwissenschaft Psychologie anzusetzen hat (und an dem, gleich in welcher Variante, die bürgerliche Psychologie grundsätzlich gescheitert ist) ist das der *Vermittlung* von individualgeschichtlicher Entwicklung und der gesellschaftlich-historischen Entwicklung, in der die Naturgeschichte aufgehoben ist. (Insofern ist die Vermittlung von naturgeschichtlicher und gesellschaftlich-historischer Gewordenheit als Problem immer schon mitgestellt.) Der Grundansatz bürgerlicher Psychologie wird solange nicht überschritten, wie das Verhältnis von „Individuum", „‚natürlicher' Mensch" und „Gesellschaft" mißdeutet wird als die Dichotomie zweier Entitäten, des Naturwesens Mensch einerseits, der Gesellschaft („Kultur" o. ä.) andererseits. Empirisches Ausgangsfaktum psychologischer Forschung, zu dem sie auf dem Wege begreifenden Erkennens zurückkehren muß, ist der konkret-historisch gefaßte Mensch, der in seiner wirklichen Lebenstätigkeit seine „natürliche („artspezifische") Gesellschaftlichkeit" „entfaltet". Muß, allgemein, im gesamtgesellschaftlichen Maßstab die gegenständliche gesellschaftliche Arbeit als das fundamentale Movens der historischen Entwicklung angesehen werden, so ist im Hinblick auf den einzelnen Menschen die *individuelle gegenständliche Tätigkeit* das Bewegungsmoment seiner Teilhabe am gesellschaftlichen Prozeß, insofern er sich über die Tätigkeit die ihm aufgegebenen, in den sachlichen und personalen Gegenstandsbedeutungen materialisierten, gesellschaftlich-historischen Erfahrungen *aneignet.*

Ontogenese, als stammesgeschichtliche Ausfaltung biologischer Möglichkeiten zur „Vergesellschaftung", und *Aneignung*, als tätigkeitsvermittelte Verwirklichung dieser Potentialität, d. h. als Mittel der individuellen Teilhabe am „außermittigen" (Sêve) gesellschaftlichen Wesen des Menschen, sind also *zwei Momente des einheitlichen Prozesses* individualgeschichtlicher menschlicher Entwicklung. In den menschlichen Subjektivitätsmomenten sind also nicht nur mittels des ontogenetischen Prozesses die Stufen der stammesgeschichtlichen Entwicklung des Menschen konkret aufgehoben, vielmehr sind diese Momente hinsichtlich gewisser, im einzelnen herauszuarbeitender Funktionseigenarten in eben dem Maße auch resultativer Ausdruck gesellschaftlich-historischer Gewordenheit, wie Struktureigentümlichkeiten der bestehenden Gesellschaftsformation (einschließlich der in ihr aufgehobenen „Vorstufen") im individualgeschichtlichen Entwicklungsprozeß als tradierte gesellschaftlich-historische Erfahrung angeeignet worden sind. Aufgabe der *gegenstandsbezogenen* historischen Rekonstruktion ist es nun, herauszuarbeiten, welchen – über die Individualentwicklung mittelbar wirksamen – naturgeschichtlichen bzw. gesellschaftlich-historischen Ursprungsbedingungen die verschiedenen Struktur- und Funktionseigentümlichkeiten menschlicher Subjektivitätsmomente entstammen. Ihre Besonderheit als konkret-historisch ausgeprägtes, formations-, klassen- und standortabhängiges, Ensemble menschlicher Subjektivität („Persönlichkeit") ist erst nach Gewinnung solcherart differenzierter Dimensionen unterschiedlicher Spezifität angemessen erfaßbar und individualwissenschaftlicher empirischer Untersuchung zugänglich. (Auf die methodischen Probleme der *dreigestuften Ableitungslogik*: Bestimmung der biologisch-naturgeschichtlichen Gewordenheit, der allgemeinsten gesellschaftlichen Charakteristika und Differenzierung der durch die bürgerliche Gesellschaft bestimmten konkreten Züge des jeweiligen Gegenstandes Kritischer Psychologie kann hier nicht eingegangen werden. (12) Entscheidendes Kriterium ist die – freilich gegenstandsspezifizierte – durchgängige Einhaltung der funktional-hi-

12 Vgl. Holzkamp, K.: a.a.O., 1973, Kap. 3 und 8.3; ferner Holzkamp-Osterkamp, U.: a.a.O., Kap. 1.4.

storischen Betrachtung, d. h. die Explikation der *funktionalen Relevanz* der an der Mensch-Welt-Beziehung auf unterschiedlichem Spezifitätsniveau analytisch differenzierbaren Subjektivitätsmomente.

Auch auf der von Schurig (13) erläuterten Integrationsleistung der – in der Umsetzung der historischen Methode im kritisch-psychologischen Ansatz begründeten – Relativierung der für die Psychologie verhängnisvollen Trennung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften kann hier nur aufmerksam gemacht werden.)

Problem der Kritischen Psychologie: das Theorie-Praxis-Verhältnis. Wissenschaftliche Wahrheit und gesellschaftliche Wirklichkeit

Der „Pionierarbeit" von Holzkamp, in der erstmalig die neugewonnene theoretisch-methodologische Konzeption entfaltet wurde, schlossen sich in rascher Folge Forschungsarbeiten zu weiteren psychologischen Gegenstandsbereichen, d. h. anderen Momenten empirischer Lebenstätigkeit und darin beschlossener Subjektivität des Menschen in der bürgerlichen Klassengesellschaft an. Mit dieser Ausweitung erfuhr der kritisch-psychologische Ansatz nicht nur eine Abklärung in methodischer Hinsicht (14), vielmehr wurde auch, speziell in den zuletzt veröffentlichten Arbeiten (15), eine Brücke in den, nach herkömmlicher Klassifikation abgegrenzten, Bereich der sog. „Angewandten Psychologie" geschlagen.

Mit der bisher in den Vordergrund gerückten eher „grundlagentheoretischen" Entwicklung ist die Forschungstätigkeit am PI nur „zur Hälfte" erfaßt: Gleichen bzw. schon älteren Ursprungs, existieren Institutsprojekte, in denen als psychologisch relevant erkannte Sektoren der gesellschaftlichen Wirklichkeit bearbeitet werden. Vor dem geschilderten theoretischen Hintergrund kritsch-psychologischer Diskussion haben sich diese Projekte mittlerweile zu „praxisintegrierenden Lehr- und Forschungseinheiten" entwickelt. Ihre in der Gesamtkonzeption des Instituts begründete *Ziel*stellung liegt darin, im Projektstudium das im Grundstudium erworbene „Grundlagenwissen" in eine Form zu überführen, die für eine produktive Theorie-Praxis-Vermittlung geeignet ist. Wenn hier auf die wissenschaftliche Arbeit in den Projekten *separat* von jener im eher „theoretischen" Bereich verwiesen wird, so findet darin die reelle *Ungleichzeitigkeit* beider „Stränge" von Forschungsentwicklung ihren Ausdruck.

Diese Diskrepanz ist notwendig dem Umstand geschuldet, daß – nicht zuletzt aufgrund der Präexistenz der Projekte mit ihren verbindlichen institusübergreifenden Außenbeziehungen noch *vor* der eigentlichen, planvollen, Entwicklung der Kritischen Psychologie – die institutionellen Rahmenbedingungen ihrer Forschungs- und praktischen Tätigkeit sich von denen der übrigen Institutsmitarbeiter erheblich unterscheiden. Sind grundsätzlich in diesen außeruniversitären Berufspraxisfeldern notwendige Voraussetzungen und „Bereicherungen" kritisch-psychologischer Theorieentwicklung beschlossen, insofern in ihnen die praktische Konfrontation mit den innerhalb der Realzusammenhänge bürgerlicher Lebensverhältnisse gewordenen Forschungs„gegenständen" erfolgt, so weisen andererseits diese historisch gewordenen, durch die transitorische antagonistische Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft formbestimmter Funk-

13 Schurig, V.: Naturgeschichte des Psychischen, Bd. 1 und 2, Frankfurt/M. 1975; und ders.: Die Entstehung des Bewußtseins; Frankfurt/M. 1976.
14 Holzkamp Osterkamp: 1975, op.cit.
15 Dies.: Motivationsforschung 2; Frankfurt/M. 1976; ferner Haug, F.: Erziehung und gesellschaftliche Produktion: Kritik des Rollenspiels; Frankfurt/M. 1977.

tionsbereiche psychologischer Berufspraxis spezifische Restriktionen auf, denen der Psychologe bei seiner Beratungs- und pädagogisch-therapeutischen Tätigkeit unterliegt. Diese *einschränkenden institutionellen Rahmenbedingungen* außeruniversitärer Berufspraxis und Erkenntnisgewinnung sind nicht nur nach ihrer *materiellen* Seite hin zu nehmen, sie spiegeln sich auch in *ideeller* Gestalt den dort Tätigen zurück. Deren Problem liegt folglich nicht bloß darin, die in eingehenden *Institutionsanalysen* gewonnenen Einsichten in die Möglichkeiten und Grenzen der Funktionsbestimmung psychologischer Tätigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft in die kritisch-psychologische Konzeption einzubringen; um das eigene Arbeitsfeld „realistisch" bestimmen und die gesellschaftlichen Möglichkeiten Kritischer Psychologie innerhalb relevanter Bereiche der bürgerlichen Gesellschaft abschätzen zu können, bedarf es ebensosehr der Durchdringung der *„vor- und außerwissenschaftlichen gnostischen Repräsentanz"* des jeweiligen *Gegenstandes* im betreffenden Arbeitsbereich und ihrer Aufbrechung in einer wissenschaftlich fortgeschrittenen psychologischen Bearbeitung. Naturgemäß stellt diese Einbindung in die materielle wie „ideo-logische" Basis der vorfindlichen institutionellen Praxis eine Komplizierung dar, so daß die Fortschritte sich an einer *anderen Größenordnung* bemessen als jene im grundlagenwissenschaftlichen Forschungsbereich erzielbaren, wo ein „höherer Freiheitsgrad" (deutlich etwa an der Möglichkeit, neu gewonnene Erkenntnisses unmittelbar, bis hin zur Aufgabe entwickelter theoretischer Ansätze, umzusetzen) besteht. Ein kleiner Schritt praktischer Bewegung mag außerordentlich weit reichen.

Kurz: Die kritisch-psychologische Wissenschaftspraxis des Instituts verläuft gewissermaßen „zweigleisig" in relativ unabhängigen Entwicklungszügen, deren Zusammenhang am ehesten als *„Konvergenz"* zu umschreiben ist. Keinesfalls stellen die *Projekte „die* Kritische Psychologie (i.e.S.) in ihrer *Praxis"* dar: die kritisch-psychologische Theorie finden ihren Ursprung, ihr Korrektiv und ihr Wahrheitskriterium nicht allein in der Praxis der PI-Projekte. Zum einen repräsentieren die Projekte in ihren thematischen Schwerpunkten und den Ausprägungsformen ihrer historisch gewordenen institutionellen Praxis nur – wenngleich relevante – *Ausschnitte* der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auf die in Gänze materialistische Psychologie in der bürgerlichen Gesellschaft sich kritisch zu beziehen hat; Kritische Psychologie gewinnt an *praktischer* Relevanz auch dann und in dem Maße, wie es ihr gelingt, im Rahmen der Projektpraxis nicht repräsentierte, in der sog. „angewandten" bürgerlichen Psychologie behandelte Wirklichkeitsmomente wissenschaftlich aufzugreifen und adäquat widerzuspiegeln. Zum anderen ist das Erkenntniskriterium „Praxis" mißdeutet, wenn Schwierigkeiten oder auch die Unmöglichkeit, kritisch-psychologische Ansätze unter vorfindlichen institutionellen Rahmenbedingungen umzusetzen, umstandslos der Theorie angelastet werden. Die fehlende „empirische Bestätigung" kann solange nicht als Falschheitsbeleg gelten, wie nicht reflektiert wird, ob sie nicht durch *kritisch-wissenschaftliche Anstrengungen prinzipiell unübersteigbaren Schranken* bürgerlicher Klassengesellschaft geschuldet ist, es wäre gegebenenfalls die Theorie zwar um eine zusätzliche Bestimmung zu spezifizieren, nicht aber in ihrem substantiellen Gehalt wirderlegt. Wie auch der Wissenschaftliche Sozialismus qua Grundlegung der historischen Mission der Arbeiterklasse, lange nach seiner grundsätzlichen Ausarbeitung seine umfassende „praktische Bewährung" erst in der sozialistischen Oktoberrevolution fand, ohne vorher lediglich „unbestätigte Hypothese" gewesen zu sein, wie weiterhin Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus nicht seinen wissenschaftlichen Grundlagen, sondern bestimmten historischen, wissenschaftlich analysierbaren, Bedingungen geschuldet sind, somit nicht die Theorie, sondern die Einschränkung ihrer Realisierung zu überwinden ist, so läßt sich auch über den *Wahrheitsgehalt und die Relevanz* Kritischer Psychologie als der subjektwissenschaftlichen Konkretisierung im Rahmen des Wissenschaftlichen Sozialismus nicht am *vorder*gründig bestimmten „Praxis"- Kriterium – im Sinne der praktischen Umsetzbarkeit hier und heute – (abschließend) urteilen.

Marxistisch fundierte Psychologie in der bürgerlichen Klassengesellschaft erhält (im doppelten Wortsinne) ihre kritische Kompetenz und ihre Potenz, zur Veränderung der materiellen Verhältnisse eben der Gesellschaft,

in die sie gestellt ist, beizutragen, in dem Maße, wie sie vorfindliche psychologische Gegenstände, Wissenschaft und Berufspraxis in historischer Analyse angemessen expliziert. Der Wissenschaftsprozeß Kritischer Psychologie — als in die reale Dialektik der Klassenauseinandersetzungen einbezogen — bleibt solange an der vollen Entfaltung seiner *sozialen* Wirkung gehindert, wie nicht die Mehrheit der Werktätigen über die Produktionsmittel verfügt und ihre Mehrheitsinteressen gegenüber den Herrschaftsansprüchen der (monopolistischen) Bourgeoisie durch die politische Macht absichert. Insofern diese Bedingungen heute (noch) nicht gegeben sind, ist jegliche Kritische Wissenschaft (in der bürgerlichen Klassengesellschaft) unentrinnbar einer spezifischen *Unsicherheit* ausgesetzt — was nichts daran ändert, daß sie heute möglich und notwendig ist, um durch die Akkumulation praktischer Erkenntnis (die sich nicht „abnutzt", sondern prinzipiell verwendbar bleibt) langfristig die Lage der Werktätigen zu verbessern. Wissenschaft, die in der Analyse der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht in deren bestimmter theoretischer Negation über sie „hinausdenkt", damit ihre zeitlich verzögerte, *letzt*endliche „empirische Bewährung" bewußt einkalkulierend, muß den kritischen Verhältnissen verhaftet bleiben. Dies ist die entscheidende *wissenschaftsstrategische* Einsicht.

Die Projekte, um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen, haben für den Wissenschaftsprozeß die Funktion, ihre spezifischen Berufsfeldererfahrungen verallgemeinernd, als „Korrektiv" die Realitätsbezogenheit Kritischer Psychologie zu erhöhen. Erhöhung des „Realismus" Kritischer Psychologie heißt hier nicht nur Verbesserung ihrer Umsetzbarkeit durch Reflexion der praktischen Erfahrungen im Umsetzungs*versuch*, sondern weiter, insofern als die restriktiven Bedingungen fortschrittlicher psychologischer Praxis *Spezialfall* restriktiver Existenzbedingungen des konkreten Individuums sind, Bereicherung der Theorie um Bestimmungsmomente konkreter Subjektivität. Die in der bürgerlichen Klassenherrschaft unausweichlich liegenden außerwissenschaftlichen Schranken zu verabsolutieren hieße dagegen, die objektive Produktivkraftfunktion der Wissenschaft Psychologie zu verkennen, also mögliche Handlungsspielräume Kritischer Psychologie zu vergeben und den Nachweis ihrer Wissenschaftlichkeit auf ungewisse Zukunft zu verschieben.

Ausprägungsformen Kritischer Psychologie

In ihren *institutionellen Voraussetzungen* verdankt sich die geschilderte „Verdichtung" theoretisch-empirischer Forschungstätigkeit zu einem System psychologischer Erkenntnis der *konsequenten Ausnutzung* politisch erkämpfter und umkämpfter, inzwischen durch Rückwärtsnovellierungen und andere Staatseingriffe weitgehend eingeschränkter Handlungsspielräume in einer bestimmten Phase der Hochschulgesetzgebung Westberlins. Die Tatsache der sog. *„wissenschaftlichen Schulen-Bildung"* — im Falle politisch unerwünschter weil nicht systemkonformer Alternativen von der herrschenden Klasse gemeinhin als „Kaderschmiede" denunziert — ist insofern notwendige Voraussetzung *(und* notwendiges Resultat) wissenschaftlicher Arbeit, speziell wissenschaftlicher Innovation, als wissenschaftliche Erkenntnis und Forschung in immer stärkerem Maße kollektive Diskussion auf der Basis einheitlicher Grundauffassungen voraussetzen. Insofern, als diese Voraussetzung am PI der Freien Universität historisch entstanden war, kann hier in eben diesem Sinne von der „Kritischen Psychologie" — Produkt und Leitlinie der wissenschaftlichen

Arbeit relevanter Teile des PI — als einer „*Schule*" gesprochen werden.

Wenn wir uns in diesem Zusammenhang gleichwohl gegen den – außerhalb des Instituts gebräuchlichen – Ausdruck „*Holzkamp*-Schule" wenden, dann nicht, um die initiierende und orientierende Funktion Klaus Holzkamps schmälern zu wollen, sondern um jegliche *Personalisierung der kollektiven wissenschaftlichen Arbeit* am Institut auszuschließen und, wichtiger noch, weil wir meinen, daß durch die Bezeichnung „Holzkamp-*Schule*" der grundlegend alternative Charakter der Kritischen Psychologie verlorengeht und somit das *Mißverständnis* angelegt ist, Kritische Psychologie als eine unter beliebig anderen, sc. bürgerlichen, Theorien in eine über dem Klassengegensatz bzw. dem Gegensatz von bürgerlicher Wissenschaft und Wissenschaftlichem Sozialismus stehende „allgemeine" („allgemeinmenschliche", abstrakte) Psychologie einzugemeinden.

Aus der Tatsache, daß der hier als „Schule" (im o.g. Sinne) klassifizierte Ansatz des PI der FU *besonderer* Ausdruck eines *allgemeineren*, in seiner grundsätzlichen Unterschiedenheit von bürgerlicher Wissenschaft umfassenden wissenschaftlichen Ansatzes marxistisch fundierter Psychologie ist (s.o.), erklärt sich auch, daß, mit gewisser zeitlicher Verzögerung, in der BRD eine originäre, wenn auch nicht von der hiesigen unbeeinflußte, *gleichsinnige* Entwicklung sich vollziehen konnte. Ohne ihre Ansätzen in aller Differenziertheit gerecht werden zu können, scheint uns doch ihre gemeinsame, sie von der hiesigen Entwicklung abhebende Spezifik in erkenntnislogischer Hinsicht in ihrem *Bezugs- und Ausgangspunkt* zu liegen: zum einen scheint ihre Rezeption der sowjetischen Psychologie als der Orientierungsgrundlage eigenen wissenschaftlichen Arbeitens in stärkerem Maße der Akzentuierung der DDR-Diskussion auf das wissenschaftliche Werk *S. L. Rubinsteins* und umliegender Arbeiten zu folgen, zum anderen scheint uns der Stellenwert der Arbeit des französischen Philosophen *Lucien Sève*, „Marxismus und Theorie der Persönlichkeit" (16), als Leitlinie bei der Systematisierung des Forschungsansatzes insofern ein anderer zu sein, als zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses wichtigen Werkes die, salopp formuliert, BRD-Konzeption gegenüber der in gewisser Hinsicht schon „präformierten" Konzeption am PI der FU auf Grund ihrer zeitlich verzögerten Ausarbeitung gegenüber den von Sève als relevant vorgetragenen subjektwissenschaftlichen Fragestellungen und Dimensionen in spezifischer Weise noch „offen" waren.

Kennzeichnend für das Sève'sche Werk ist, daß es in seiner Darstellungsweise von der „philosophischen" Ebene des Verhältnisses von Marxismus und Persönlichkeitstheorie ausgehend, auf dieser Ebene letztlich auch verbleibt, also auf eine gegenstandsspezifische Methodenentwicklung verzichtet, wo Ansätze zu einer marxistischen Theorie der Persönlichkeit vorgestellt werden. Indem so der Weg verbaut ist, in einer (wie oben entwickelt) spezifisch-psychologischen Methodik den Gegenstand in seiner Genesis und Entwicklung adäquat zu erfassen, müssen auch Sèves tiefgründige und für die Psychologie fruchtbare Erörterungen des Verhältnisses von menschlichem Individuum und Welt für ihn selbst bei der versuchten Bestimmung der psychologischen Spezifik folgenlos bleiben. Indem er schon bei seiner philosophischen Grundlegung einer marxistischen Psychologie zwar das „menschliche Wesen" im Sinne der sechsten Feuerbach-These brilliant herausarbeitet, seine in ihm aufgehobenen phylogenetischen Voraussetzungen – die „menschliche Natur" – jedoch ausspart, ist er in der Bestimmung konkreter Individualität und Subjektivität auf unhaltbare Analogisierungen von ökonomischen und psychologischen Fragestellungen angewiesen, die in ein außerordentlich spekulatives Persönlichkeitsmodell münden. – Dennoch ist sein Werk für die Ausarbeitung einer marxistischen Persönlichkeitstheorie von nicht zu überschätzender Bedeutung, insofern als er in Durcharbeitung des Gesamtwerkes von Marx die Spaltung dieses wissenschaftlichen Werkes in einen früheren, für die Ausarbeitung einer marxistisch fundierten Persönlichkeitspsychologie relevanten Teil („Ökonomisch-philosophische

16 Sève, L.: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit; Berlin/DDR 1972.

Manuskripte", „Feuerbach-Thesen" und „Deutsche Ideologie" etwa) und einen späteren, zur Bestimmung der Individualität irrelevanten („Kritik der politischen Ökonomie") als verfehlt zurückweist und den Nachweis antritt, daß eine marxistisch fundierte Psychologie nicht nur möglich, sondern im Marxschen Werk geradezu angelegt und gefordert ist; ferner insofern, als er wertvolle theoretische Bestimmungen zum Verhältnis Individuum – Gesellschaft geliefert hat, etwa in Gestalt der psychologisch außerordentlich bedeutsamen Kategorie der „Individualitätsformen". Auch bezüglich Rubinsteins wäre kritisch festzustellen, daß in seinem wissenschaftlichen Werk zwar in hervorragender Weise die Stellung des Psychischen im materiellen Weltzusammenhang philosophisch bestimmt ist, mit dieser Abhandlung des Determinismusproblems unzweifelhaft grundlegende gnoseologische Prämissen einer historisch verfahrenden Subjektwissenschaft Psychologie geklärt sind – die Durchführung der historischen Analyse in spezifischer Gegenstandsbezogenheit jedoch kaum oder wenigstens nicht mit aller Konsequenz erfolgt, was der Darstellung gewisse „strukturalistische" Züge verleiht und bei einzelnen Bestimmungen geradezu den Charakter unabgeleiteter Setzungen annimmt.

Diese Einschätzungen sind innerhalb der Kritischen Psychologie gewiß *kontrovers;* die Angemessenheit der hier natürlich nicht belegbaren Bewertung berührt freilich die These des unterschiedlichen Bezugs- und Ausgangspunktes gar nicht – in der *Tatsache der Auffassungsdivergenzen* findet diese gerade ihre Bestätigung.

Ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen im Einzelnen, besteht innerhalb der Kritischen Psychologie — im weiteren Sinne — nicht nur ein allgemein programmatischer Konsens, sondern auch zunehmend Übereinstimmung in wichtigen theoretischen und methodischen Fragen. Indem Kritische Psychologie von ihrem materialistischen Grundansatz aus mehr und mehr „all die Fragen in theoretischer Durchdringung und empirischer Forschung (aufgriff), die auch der bestehenden Psychologie aus ihrem Gegenstand erwuchsen" (17), kann sie heute die Zwischenbilanz ziehen, in Erfüllung ihres gemeinsamen Programms, nicht außerhalb der vorfindlichen Psychologie, sondern als genuin psychologischer Grundansatz der Erforschung der empirischen menschlichen Subjektivität einen Beitrag zur „Überwindung der wissenschaftlichen Beliebigkeit psychologischer Theorien" (Holzkamp) und Praxis zu leisten, auf dem richtigen Weg zu sein.

Dieses Paradigma marxistisch fundierter Psychologie in Gestalt eines Spektrums von unterschiedlich akzentuierten wissenschaftlichen Ansätzen ist es, das sich auf dem Kongreß „Kritische Psychologie" öffentlich darstellte, untereinander in Erfahrungsaustausch trat und sich als Ganzes gegenüber nichtmarxistischen Ansätzen zur Diskussion stellte. Wenn dabei, speziell bei den Hauptreferaten der ersten beiden Tage, die Vertreter der Westberliner „Schule" (im spezifizierten Sinne) dominierten, so spiegelt dies den aus den o.g. Bedingungen resultierenden „Vorlauf" der wissenschaftlichen Entwicklung der „Kritischen Psychologie i.e.S." wider.

Der 1. „Internationale Kongreß Kritische Psychologie": Inhalt, Ablauf, Kritik.

Nach der Eröffnung des Kongresses durch den Präsidenten der Marburger Universität, Rudolf Zingel, leiteten für den BdWi dessen Bundesvorstandsmitglied, der Politologe Reinhard Kühnl (Marburg), und für den AStA Marburg dessen Vorsitzender Rudi Deuble mit einer Analyse der wissenschaftspolitischen Situation in der BRD und in Westberlin im allgemeinen und der Lage an den Hochschulen im besonderen das wissenschaftliche Forum ein.

17 Holzkamp, K., op.cit., S. 15.

In der Gleichursprünglichkeit der Klassengesellschaft und der Frühformen der Wissenschaft deren Doppelcharakter – Mittel zur Erkenntnis und praktischen Beherrschung der Welt *und* der Herrschaft und Unterdrückung zu sein – aufweisend, erläuterte Kühnl, wie sich dieser widersprüchliche Charakter der Wissenschaft mit der historischen Herausbildung des Kapitals, insbesondere des monopolistischen, verschärfte: Die Notwendigkeit, Wissenschaft fördern *und* unterdrücken zu müssen, „ist das unausweichliche Dilemma des Kapitals". Zum anderen nähert sich die Lage der Wissenschaftler tendenziell der der übrigen Lohnabhängigen an, ungeachtet noch vielfältiger Privilegien. Objektiv sind die Voraussetzungen dafür gegeben, „daß die Wissenschaftler sich in Richtung auf Demokratie entwickeln, ... sich also politisch der Arbeiterbewegung annähern" – auch in der BRD und Westberlin, trotz der „deutschen Sonderentwicklung", die den Verrat der bürgerlichen Revolution und seine Folgen sah und „die Tradition der Inquisition und Hexenverfolgung ... niemals radikal" unterbrach. „Man muß sich diese Tradition drastisch vor Augen führen, um ermessen zu können, was sich in den letzten 10 Jahren in diesem Land verändert hat": erstmalig die Herausbildung einer sozialistischen Intelligenz, die Verankerung systemkritischer, auch marxistischer, Positionen an den Hochschulen und die Herausbildung einer Annäherung und Kooperation zwischen demokratischen Wissenschaftlern und Arbeiterbewegung.

Zum Abschluß des ersten Tages und im Sinne einer grundlegenden Positionsbestimmung setzte sich Klaus Holzkamp mit der Frage auseinander, ob es „im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben" kann. Dabei wendete er als Darstellungsweise an, „die Möglichkeit und Notwendigkeit Kritischer Psychologie innerhalb des Wissenschaftlichen Sozialismus und ihre sich daraus ergebende besondere Eigenart gegen kontroverse Auffassungen zur Geltung zu bringen und dadurch zu begründen". Als „die beiden Pole des Spannungsfeldes kontroverser und gegnerischer Positionen" benannte er einerseits die „traditionelle Psychologie, von der aus die Möglichkeit bzw. Vertretbarkeit einer marxistischen Psychologie unter den hier herausgebildeten ‚einzelwissenschaftlichen' Kriterien problematisch wird und andererseits bestimmte marxistische oder marxistisch gemeinte Positionen, von denen aus die Möglichkeit und Berechtigung einer marxistischen Psychologie unter Benennung von Kriterien der marxistischen Theorie selbst bezweifelt bzw. geleugnet ist".

Die Argumentationsweise aus der *Position der traditionellen Psychologie und analytischen Wissenschaftstheorie:* Psychologie „als solche" sei in ihrer Methodik und in den auf deren Basis erhebbaren Befunden „neutral", „marxistisch" könne allein die außerwissenschaftliche, im ungünstigsten Falle „die wissenschaftlichen Standards" dogmatisch beugende Zielsetzung des Psychologen sein, wird von Holzkamp auf die Gegenstandsverfehlung dieses Psychologieansatzes zurückgeführt. In seiner exklusiven Thematisierung von „Verhalten und Erleben" des abstrakt-isolierten, der ahistorisch mißdeuteten „Umwelt" äußerlich entgegengestellten „Individuums" reproduziert er blind – die wirklichen „verkehrten" Verhältnisse auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft spiegelnd – den Schein der Ungesellschaftlichkeit des Menschen und der naturhaften Sachlichkeit seiner Lebensverhältnisse.

Von der „Kritik an der ideologischen Befangenheit der traditionellen Psychologie in den Formen des Denkens in bürgerlichen Privatverhältnissen" wandte sich Holzkamp *jenen marxistisch argumentierenden Kritiken der Kritischen Psychologie* bzw. marxistischer Persönlichkeitstheorie zu, die – paradigmatisch in den von Mitgliedern des Westberliner „Projekts Klassenanalyse" ins Feld geführten „Begründungen" – eine Überwindung der genannten ideologischen Befangenheit mit einer wissenschaftlichen Konzeption, welche – im Rahmen des Wissenschaftlichen Sozialismus – die Lebenstätigkeit und Subjektivität von konkreten Menschen unter historisch bestimmten, formations- und klassenspezifischen Lebensbedingungen in der bürgerlichen Klassengesellschaft als ihren spezifischen einzelwissenschaftlichen Gegenstand in inhaltlich und methodisch selbständiger Untersuchungsarbeit zu erfassen sucht, als „Scheinlösung" zurückweisen. Insofern in ihrer Auffassung der Unterschied zwischen menschlichem Wesen und individuellem Menschen eskamotiert ist, bleibt in der Tat für subjektwissenschaftliche Fragestellungen mangels Gegenstand kein Raum – die Individualität des Menschen ist, folgt man dieser Konzeption, allein mit Hilfe der Konkretisierung und Spezifizierung der Analyse innerhalb der Kritik der politischen Ökonomie zu erfassen.

Scheinbar gegensätzlich, wird von Lorenzer, Horn, Dahmer, Leithäuser u. a. die Entwicklung einer *„Kritischen Theorie des Subjekts"* propagiert. Da die Kritik der politischen Ökonomie – Synonym der marxistischen Theorie oder des Wissenschaftlichen Sozialismus schlechthin – lediglich „objektive gesellschaftliche Strukturen" untersuche, die menschliche Subjektivität aber ausspare, bedürfe sie der Ergänzung durch ein subjektive Strukturanalyse, die die Auseinandersetzung des Menschen mit seiner „inneren Natur" zum Gegenstand habe. Hierfür liefere die Psychoanalyse die Ausgangsbasis, die allerdings von gewissen „Selbstmißverständnissen" befreit werden müsse, soll sie die Funktion einer kontrapunktisch zum historischen Materialismus gesetzten „tiefenhermeneutischen Erfahrungswissenschaft" erfüllen. Lorenzers Zentralbegriff der „bestimmten Interaktionsform" steht beispielhaft für ein zu entwickelndes System subjektwissenschaftlicher Kategorien, in dem psychoanalytische und politisch-ökonomische Begriffe (nachträglich) „verklammert" sind. Der Gegensatz zur ökonomistischen Reduktion des individuellen Verhaltens auf gesellschaftliche Verhältnisse in der Konzeption des „Projekts Klassenanalyse" wird aufgehoben in der *tieferen Gemeinsamkeit*, den Wissenschaftlichen Sozialismus für subjektwissenschaftliche Fragestellungen für unzuständig zu erklären. Gegen beide, hier exemplarisch verdeutlichten „objektivistischen" und „subjektivistischen" Konsequenzen der im Grunde selben Fehldeutung des Marxismus, hob Holzkamp hervor, daß „genereller Gegenstand der marxistischen Theorie das Verhältnis zwischen objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung des historischen Prozesses (sei) und ihr praktisches Ziel (demnach) die Entwicklung des subjektiven Faktors in der Geschichte.' Dies heißt, kritisch psychologischer Forschung als *besondere* Subjektwissenschaft ist die Aufgabe gestellt, das genannte Determinationsverhältnis in der Lebenstätigkeit konkreter Individuen zu untersuchen.

Der *zweite Tag* diente der umfassenden *Informierung* über den aktuell erreichten Stand kritisch-psychologischer Forschung und Praxis. In einem ersten Block von Referaten wurden die theoretischen Voraussetzungen und die Grundbegrifflichkeit der Kritischen Psychologie erörtert.

Einleitend deckte der Philosoph Wolfgang Fritz Haug (Westberlin) das Dilemma der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften auf: die Reduzierung des Individuellen auf das *„Private"* und der gesellschaftlichen Verhältnisse auf *„Umwelt"* machen die wissenschaftliche Durchdringung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft unmöglich. Wies Haug einen adäquaten Begriff dieses Verhältnisses als notwendige Voraussetzung wissenschaftlicher Psychologie als Subjektwissenschaft und im Nachvollzug der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie die logisch-historische Methode als Voraussetzung zur Gewinnung dieses Begriffs nach, begründete er damit die gesellschaftstheoretischen Grundlagen der Kritischen Psychologie, so bedarf die umfassende Bestimmung des Erkenntnisapriori der Psychologie einer zweiten Fundierung: der Lösung des Problems der *„Natur"*. So sehr Psychologie nur „inhaltsvoll" werden kann, wie sie Lebenstätigkeit und Subjektivität des Menschen als „von vorneherein gesellschaftlich bestimmt" untersucht (damit die Unverständigkeit bürgerlicher Psychologie, Bestimmungen des gesellschaftlichen Wesens des Menschen nachträglich in „introjektiver Denkweise" in das abstrakt-isolierte Individuum „hineinzuverlegen", überwindend), so ist andererseits das genannte „von vorneherein" auch umzukehren: das gesellschaftliche Wesen des Menschen, aus dem die psychologischen Bestimmungen menschlicher Individualität zu gewinnen sind, ist nur zu begreifen, wenn man es als

historisch gewordenes — und das heißt hier: in seiner *natur*geschichtlichen Gewordenheit erklärt. Psychologie bedarf eines wissenschaftlichen Begriffs von der „Natürlichkeit" der menschlichen „Gesellschaftlichkeit": ihr spezifischer Gegenstand ist, wie der Biologe Volker Schurig (Westberlin) ausführte, mit dem historischen Verhältnis von Natur und Gesellschaft als aus dem Prozeß der „Selbstunterscheidung" der Materie resultierend gesetzt.

Nach diesen wesentlichen theoretischen Grundlegungen kritisch-psychologischen Verfahrens, mit denen zugleich die Kritische Psychologie in ihrer relativen Stellung zu Gesellschaftstheorie einerseits und Naturwissenschaften andererseits präziser verortet war, befaßte sich Klaus Holzkamp in einem kurzen Beitrag mit der Explikation der hauptsächlichen subjektwissenschaftlichen Kategorien. Von der Soziologin Frigga Haug (Westberlin) wurden die allgemeinen Darlegungen der kritisch-psychologischen Denkmethode und des kategorialen Instrumentariums an einem, freilich wesentlichen Gegenstandsbereich, den *sozialen Beziehungen*, exemplifiziert: In Auseinandersetzung mit der *Rollentheorie* als einem der elaboriertesten Ansätze bürgerlicher Sozialwissenschaft wies sie nach, daß diese notwendig das Wesen sozialer Beziehungen verfehlen muß, wenn sie die in der kritisch-psychologischen Kategorie der „*Kooperation*" widergespiegelten Momente der Lebenstätigkeit unter konkret-historischen gesellschaftlichen Verhältnissen ausklammert. Insbesondere vermochte sie es, die Einlösung des Anspruchs der Kritischen Psychologie, in der Ableitung ihrer Begriffe sowohl kritisch gegenüber der bürgerlichen Wissenschaft wie auch gegenüber den Verhältnissen zu sein, auf die sie sich bezieht, exemplarisch zu veranschaulichen.

Der Abklärung *speziell methodischer Aspekte der Umsetzung der logisch-historischen Methode* im kritisch-psychologischen Ansatz der funktional-historischen Ursprungs- und Differenzierungsanalyse diente der zweite, den theoretischen Teil abschließende Referatekomplex „Die historische Methode der Kritischen Psychologie". In drei Beiträgen wurden von Michael Jäger, Eckart Leiser und Werner Maschewsky/Peter Keiler (alle Westberlin) zum einen die konstitutiven Bestimmungen der kritisch-psychologischen Methodik in Kontrastierung zu den wissenschaftslogischen Bestimmungen der analytischen Wissenschaftstheorie als des herrschenden methodischen Paradigmas begründet und präzisiert, dabei noch ungelöste methodische Fragestellungen herausgearbeitet und erste Lösungsansätze erörtert sowie die besondere Stellung der gegenüber der traditionellen Empirie veränderten, empirisch-experimentellen Gegenstandsuntersuchung in der historischen Analyse entwickelt.

Der zweite Teil des für die Darstellung kritisch-psychologischer Forschung und *Praxis* vorgesehenen Kongreßabschnitts wurde von einem Referat Wolfgang Jantzens (Bremen) mit dem Titel „Das Verhältnis von Arbeit und Therapie als Grundproblem kritisch-psychologischer Praxis" eröffnet. Ihm ging es darum, theoretische Voraussetzungen eines *kritisch-psychologischen Begriffs von Therapie* abzuklären, d. h. „allgemeine Abstraktionen zu gewinnen, die die Totalität des therapeutischen Prozesses als Rekonstruktion beschädigter Identität begrifflich zu durchdringen vermögen". Ausgehend von den Grundpositionen des wissenschaftlichen Humanismus, wie sie Sève auf dem Hintergrund der 6. These über Feuerbach von Marx exemplifiziert hatte, entwickelte Jantzen seine Konzeption von Therapie als „zugleich auf die Veränderung der gesellschaftlichen Umstände wie die Aufhebung der Beschädigung der Identität tätiger Subjekte" zielend, die „in eben

jener Gesellschaft erfolgte", in vier Schritten: „1. Persönlichkeitsentwicklung als Entwicklung des tätigen Subjekts unter Bedingungen optimaler Partizipation am gesellschaftlichen Erbe; 2. Persönlichkeitsentwicklung unter den Bedingungen der Isolation; 3. Notwendiges Hervorbringen massenhafter Persönlichkeitsdeformationen im Kapitalismus; 4. Arbeit und Kooperation: der theoretische und praktische Ausgangspunkt materialistischer Therapie."

Die Selbstdarstellung von *Projekten* des PI der FU war auf die Vermittlung von Erfahrungen einer mehrjährigen praktischen Erprobung ihrer Konzeptionen des pädagogisch therapeutischen Vorgehens bedacht. In dem Beitrag des Kollektivs der Projekte im *Schul- und Vorschulbereich* wurde aufgezeigt, wie sich ihre theoretisch-praktische Konzeption in der Entwicklung der Projekte als praxisintegrierender Studien- und Forschungsschwerpunkte des PI in ihrem Ausbau zu *Dienstleistungsorganisationen* herausbildete und präzisierte. Was uns in der Darstellung nur ungenügend berücksichtigt schien, war, das o.a. komplizierte Verhältnis der Theorie-Validierung und praktischen Funktionsbestimmung der Kritischen Psychologie im außeruniversitären Arbeitszusammenhang der Projekte in hinlänglicher Klarheit zu verdeutlichen. Es sind allerdings die mißlichen organisatorischen Umstände am 2. Kongreßtag in Rechnung zu stellen: Hatte die Darstellung dieser Projekte wegen zeitlicher Fehlplanung der vorherigen Referate unter einem ungünstigen Stern gestanden, mußte dann die Darstellung der pädagogisch-therapeutischen Arbeit im *Heimbereich* vor dem Plenum gänzlich ausfallen.

Dies traf ebenso für einen Beitrag über das „Verhältnis von demokratischer Studienreform, Mitbestimmung und Wissenschaftsentwicklung" von Barbara Grüter, Wolfgang Maiers und Morus Markard (alle Westberlin) zu, in dem dieses wissenschaftspolitische Verhältnis als ein inneres, in der *Parteilichkeit von Wissenschaft* sachlich gründendes ausgewiesen wurde. Es wurde gezeigt, daß demokratische Verantwortung (Parteinahme) des Wissenschaftlers und seine Verantwortung für den Erkenntnisfortschritt in der Entwicklung seiner Wissenschaft in beider Interesse notwendig in eins gehen müssen — eine Vermittlung, die allein parteilicher Wissenschaft gelingen könne.

Der *dritte* und abschließende Tag war geprägt durch *Diskussion* — zunächst in einer Vielzahl von *Arbeitsgruppen*, deren Themen sich auf drei übergeordnete Gesichtspunkte bezogen: „*Theoretische und methodische Einzelfragen*", *Pädagogische und therapeutische Praxis*" und „*Grundlagen und Bedeutung für andere Wissenschaftsdisziplinen:* Arbeit und Arbeiter im Kapitalismus". Die Mannigfaltigkeit der hier — jeweils auf der Grundlage einleitender Kurzreferate — behandelten Themen schließt einen systematischen Überblick an dieser Stelle aus, so daß wir nur einige Diskussionsgegenstände herausgreifen, aus denen sich immerhin die Bandbreite der Diskussionen verdeutlichen mag.

So wurden zu der im ersten Themenkomplex gehörenden Arbeitsgruppe „*Kritisch-psychologische Grundlagen der Handlungstheorie*" (Referenten u.a. Winfried Hacker, Dresden/DDR, Michael Stadler, Münster) folgende Problembereiche erörtert: Ausgehend von der Erhellung des erkenntnistheoretischen und wissenschaftshistorischen Hintergrundes verschiedener handlungstheoretischer Konzeptionen versuchten die Referenten, das Verhältnis dieser und der Kritischen Psychologie untereinander als eines zweier Aspekte *einer* Konzeption materialistischer Psychologie zu bestimmen und als solche gegen die herrschende Psychologie abzusetzen, um sodann den heuristischen Wert

handlungstheoretischer Ansätze für die psychologische Methodologie und ihre Praktikabilität in Gebieten der „Angewandten Psychologie" nachzuweisen.

In einer ebenfalls dem ersten Themenkomplex subsumierten Arbeitsgruppe *„Sprache und sprachliche Bedeutung in der Perspektive der Kritischen Psychologie"* stellten die Linguisten Manfred Geier, Antje Hasse, Gisbert Keseling und Ulrich Schmitz (alle Marburg) Probleme ihrer sprachwissenschaftlichen Arbeit zur Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die Methode des historischen Herangehens der Kritischen Psychologie auch für eine Sprachwissenschaft, „die die Sprache nicht nur als strukturiertes System objektivieren, sondern als historisch-gesellschaftliches Medium der Erkenntnis und Kommunikation begreifen will, bedeutsam ist. Über diese methodische Affinität beider Einzeldisziplinen hinaus sei die Kritische Psychologie auch insofern sprachwissenschaftlich von Belang, als von ihr „selbst eine Reihe sprachbezogener Überlegungen angestellt worden (seien), die unmittelbar für eine Analyse der Sprache, speziell ihrer Inhaltsseite", sich als fruchtbar erwiesen hätten.

Angesichts der Theorielastigkeit der ersten beiden Tage und der zukurzgekommenen Darstellung der (Projekt-)Praxis (des PI der FU) fand die dem zweiten Themenkomplex zugeordnete Arbeitsgruppe *„Kritisch-psychologisch fundierte Therapie mit Kindern und Jugendlichen: Bewußtseinsentwicklung und Veränderung der familialen Beziehungen im therapeutischen Prozeß"* überaus große Resonanz (1000 Teilnehmer, 5stündige Diskussion). Bemerkenswert ist, daß beide Referenten, Manfred Kappeler (Westberlin) und Ole Dreier (Kopenhagen) zwei Ansätze kritisch-psychologischer Therapiekonzeption vorstellten, zu denen sie als je einzelne gänzlich oder weitgehend ohne Bezug zu Publikationen oder Diskussionen der Kritischen Psychologie in Entwicklung ihrer therapeutisch-praktischen Arbeit gekommen waren. Die politisch-gesellschaftliche Dimension kritisch-psychologischer Therapiepraxis, die im Falle Kappelers zu gegen ihn folgenschweren Repressionen geführt hatte (18), bedingte, daß sich auch die Diskussion in der Arbeitsgruppe politisch erheblich zuspitzte. (19)

Die zum dritten Themenkomplex gehörenden Arbeitsgruppen seien hier vollständig aufgezählt, um die — schon erfolgte — Rezeption Kritischer Psychologie in anderen Einzeldisziplinen, soweit sie in Marburg in den Arbeitsgruppen zum Ausdruck kamen, zu dokumentieren:

- „Das Verhältnis zwischen allgemeiner Persönlichkeitstheorie im Wissenschaftlichen Sozialismus und psychologischer Persönlichkeitstheorie"; Referenten: Peter Sagawe, Inge Dormagen-Kreuzenbeck, Wolfgang-Fritz Haug (alle Westberlin).
- „Psychologische und anthropologische Auffassungen vom Menschen im Zusammenhang mit der historischen Durchsetzung bürgerlicher Sozialisationsformen"; Referenten: Joachim Moebus, Siegfried Jaeger (beide Westberlin).
- „Politische Psychologie als Aufgabe der Kritischen Psychologie"; Referenten: Reinhard Kühnl, Heiko Asseln, Karl-Heinz Braun, Frank Deppe (alle Marburg).

18 Vgl, Kappeler, M., K. Holzkamp und K. Holzkamp-Osterkamp: Psychologische Therapie und politisches Handeln; vorauss. Herbst 1977.

19 Vgl. „Kongreßbericht", op.cit., Protokoll der Arbeitsgruppen-Diskussion.

- „Probleme eines materialistischen Rechtsbegriffs und die Bedeutung der Kritischen Psychologie für die Rechtstheorie"; Referenten: Heinz Wagner (Westberlin), Peter Römer (Marburg).
- „Die Fruchtbarkeit kritisch-psychologischer Ansätze für die Theorie der Massenkommunikation"; Referenten: Horst Holzer (München), Burghard Hoffmann (Westberlin).
- „Kritische Psychologie und Arbeit (Projekt ‚Automation und Qualifikation' des PI der FU)"; Referenten: Frigga Haug, Christoph Ohm, Thomas Waldhubel (alle Westberlin).

Unter dem Leitgedanken *„Kritische Psychologie in der Kontroverse"* bildeten den Abschluß des Kongresses *Podiumsdiskussionen* zwischen Vertretern der Kritischen Psychologie, Wissenschaftlern, die in der Kritik der bürgerlichen Psychologie zu anderen Positionen gelangt sind, *und* Vertretern, die, von fundamental anderen gesellschafts- und wissenschaftstheoretischen Positionen aus argumentierend, der Kritischen Psychologie als ganzer kritisch gegenüberstehen, dennoch aber die offene Kontroverse mit ihr nicht scheuen. Auch hier kann selbstverständlich kein Überblick über die Diskussionen gegeben werden (schon allein, weil die Diskussionsprotokolle zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts noch nicht vollständig bei den Herausgebern des Kongreßberichts eingegangen waren), dennoch vermitteln schon Themen und Teilnehmer der Podiumsdiskussionen deren Bandbreite, die von den Veranstaltern intendiert war: Kritische Psychologie ist „nicht nur an einer Diskussion mit Vertretern anderer Wissenschaftsauffassungen interessiert, sondern auf sie angewiesen." (Aufruf zum Kongreß)

- „ ‚Humanismus': Bürgerlicher Begriff oder wissenschaftliche Grundkonzeption des Marxismus? "; Teilnehmer: Hans Heinz Holz, Dietmar Kamper (beide Marburg).
- „Sind psychoanalytische Kategorien der Subjektivität und Interaktion mit dem historischen Materialismus vereinbar? "; Teilnehmer: Walter Gerhard (Westberlin), Alfred Lorenzer (Frankfurt), Erich Wulff (Hannover).
- „Reichweite und Relevanz der Wissenschaftstheorie für die Einzelwissenschaften: Analytische Philosophie versus Marxismus"; Teilnehmer: Theo Herrmann (Marburg), Herbert Keuth (Mannheim), Helmut F. Spinner (Erlangen), Michael Jäger (Westberlin), Friedrich Tomberg (Westberlin).
- „Perspektiven demokratischer Berufspraxis für Psychologen in der bürgerlichen Gesellschaft"; Teilnehmer: Rainer Maikowski, Peter Mattes, Gerhard Rott (alle Westberlin), Frigga Haug (Westberlin), Ekkehard Hömberg (Münster), Horst Holzer (München).

Fazit

Abschließend bleibt festzustellen: der erste „Internationale Kongreß Kritische Psychologie" war ein Ereignis hohen theoretischen Ranges und erheblicher wissenschaftspolitischer Bedeutung. Seine Wirkungen auf das Fortschreiten der Psychologie als „positiver" Wissenschaft, speziell auf die Bewältigung der Problematik des Theorie-Praxis-Verhältnisses, seine Ausstrahlung auf die wissenschaftliche Arbeit an jenen psychologischen Institutionen, an denen die Auseinandersetzung mit der Kritischen Psychologie bislang nicht geführt wurde, wie auch auf die Entwicklung in anderen Fach-Diszi-

plinen werden erst auf dem zweiten Kongreß, 1979, abzuschätzen sein. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, jetzt schon in die intensive inhaltliche Auswertung zu treten — wobei die Teilnehmer des wissenschaftlichen Forums nicht versäumen sollten, jene interessierten Kollegen, die zu Hause geblieben waren, in die Diskussion einzubeziehen. Eine wertvolle Hilfe wird der im Herbst erscheinende schriftliche Kongreßbericht liefern: im Format eines „Handbuches der — Kritischen — Psychologie", dokumentiert er schwarz auf weiß, von welch inhaltlichem Format Kritische Psychologie heute ist. Indem jetzt versucht wird, die Impulse des Kongresses in der wissenschaftlichen Forschung und Praxis schöpferisch umzusetzen, schafft man zugleich die beste Ausgangsbasis für die Vorbereitung des nächsten Forums Kritischer Psychologie. (Werden dabei jene vom Bedürfnis aktiveren Erkenntnisgewinns getragenen Einwände gegen die didaktische Anlage und speziell das Verhältnis von Vortrag und Diskussion auf diesem ersten Kongreß — Mängel, die gewiß seinem „Pioniercharakter" zuzuschreiben sind — berücksichtigt, so dürfte auch organisatorisch eine Form gefunden werden, die der Zielstellung kontinuierlicher Diskussion der Kritischen Psychologie mit Vertretern inner- und außeruniversitärer Praxis entspricht. NB: Die langfristige Planung sollte — so hoffen wir mit vielen Kongreßteilnehmern — dann auch A. N. Leontjew, Moskau, und L. Sève, Paris, deren wissenschaftlichen Überlegungen Kritische Psychologie wichtige Gedanken und Anregungen verdankt, die Teilnahme ermöglichen.)

Auf ihrem ersten „Internationalen Kongreß" hat die Kritische Psychologie ihre Bedeutung für die positive Entwicklung der Wissenschaft Psychologie und allgemein für die fortschrittliche Wissenschaft nachhaltig unter Beweis gestellt. Es liegt an uns, daß dieser erste Kongreß den Beginn einer vorwärtsweisenden wissenschaftlichen Tradition markiert. Kritische Psychologie ist nur noch durch eine wissenschaftlich überlegene Position aufzuheben — nicht durch politische Macht zu erledigen. Erstere zu gewinnen, hat die Bourgeoisie auch langfristig wohl keine Aussicht, letztere zu verlieren hingegen alle.

Wolfgang Maiers/Morus Markard

Faschismus

Renzo Vespigniani / Über den Faschismus
Herausgegeben von der Neuen Gesellschaft für Bildende Künste, Paperback, 350 Seiten, über 100 farbige Abbildungen
Unbekannte Dokumente: u.a. Dokument F 321 für den Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 1949
In allen Buchhandlungen — DM 19,80

Weimarer Republik

(Theater in der Weimarer Republik)
Herausgegeben vom Kunstamt Kreuzberg
Paperback, 380 Seiten mit dem Reprint von Friedrichs „Krieg dem Kriege"

Das Buch ist während der Ausstellung „Tendenzen der Zwanziger Jahre" in allen Ausstellungsräumen zum Preis von DM 22,— erhältlich

Vorankündigung:

Kunst im Widerstand

mit Graphiken von A. Paul Weber aus der Zeit von 1929 bis 1935

Ab 1. Oktober in unseren Räumen

ELEFANTEN PRESS GALERIE

Dresdener Straße 10 · 1000 Berlin 36
Di-Sa 15-19 Uhr, So 11-14 Uhr

SOPO 34/35 **DM 10,–**

Kontroversen um die marxistische Theorie
Institutionen, Verbände und Wissenschaft
Aktuelle Gewerkschaftspolitik

SOPO 36 **DM 6,–**

Wissenschaft als allgemeine Arbeit
Diktatur des Proletariats?
Wiss.-tech. Fortschritt und individuelle Emanzipation

SOPO 37/38 **DM 8,–**

Politische Krise und demokratische Bewegung
Philosophie und Politik bei Althusser
Diktatur des Proletariats

Preis des Einzelheftes DM 6,–
Jahresabo (4 Hefte) DM 20,–

ausschneiden und einsenden an
verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Hiermit bestelle ich die SOPO für ein Jahr (4 Hefte), beginnend mit Heft . . .

Name . . . . . .

Straße . . . . . .

PLZ/Ort . . . . . .

. . . . . .
(Datum/Unterschrift)

SOPO 39 **DM 6,–**

Neue Studentenbewegung? Protokoll einer Diskussion zwischen UStA, ADSen, JUSO-HSG, SEW-HSG, LHV und anderen
H.J. Sandkühler
Über die logische Basis des Kommunismus oder Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus
F. Tomberg
Althusser antihumanistische „Kapital"-Lektüre
E. Stölting
Das soziale Bild der Wissenschaft
B. Heidtmann
Materialistische Dialektik und Theorie der Dialektik
M. Blankenburg
Konturen einer „Ideen-Politik"

SOPO 40 **DM 6,–**

Reinhard Kühnl
Demokratische Bewegung in der BRD.
Klaus Holzkamp
Bekämpfung der Berufsverbote – wer indoktriniert wen?
Peter M. Kaiser, Dietmar Keiner, Hans Jürgen Krysmanski
Leitvorstellungen der Hochschulformierung
Peter Adamski
Die Schul- und Hochschulpolitik der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA)
Karl Herrmann Tjaden
Soziologische Systemtheorie als Gegensatz zur Gesellschaftstheorie?
Wolfgang Lefèvre
Zur Kuhn-Debatte
Jens Brockmeier
Kopernikus u. das Schattenbild einer Epochenschwelle
Thomas Waldhubel, Silke Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation)
Antwort auf W. Wotschack (SOPO 37/38)
Christoph Kievenheim
„Eurokommunismus" und „realer Sozialismus" (Thesen)
Bernhardt Heidtmann
„Eurokommunismus" als Ideologie?
Rezensionen

3.WELT MAGAZIN

7/8 '77 aus dem Inhalt:

- Dieter Kampe:
  NEUES NACH ALTEM MUSTER?
  Aspekte einer neuen Weltwirtschaftsordnung und Folgen für die Dritte Welt
- Ulrich Stewen:
  BENIN: "OPERATION OMEGA".
  Dokumente zum Putschversuch gegen die Volksrepublik
- NAMIBIA IST NOCH BESETZT...
  Interview mit Sam Nujoma, SWAPO, von Frits Eisenloeffel
- ÄGYPTEN NACH NASSER
  (Informations Block, 32 S.)
- Ulrich Heide:
  "FÜR UNS GIBT ES KEINE ZUKUNFT MEHR..."
  Reportage aus Zypern
- W. Al Madah/D. Ziegert:
  EINE US-OASE
  Saudi-Arabien zwischen Mohammed und Rockefeller
- Zafrulla Chowdhurry:
  EINE METHODE DER KOLONISIERUNG.
  Bangladesh als Experimentierfeld medizinischer Forschung und der Pharmaindustrie
- Lino Luben Perez:
  ILLEGALITÄT ALS STAATSMAXIME
  Nicaragua ein Staat im Familienbesitz
- Roshan Dhunjibhoy:
  INTERNATIONALISMUS IN PRAXIS
  Zur Rolle Kubas in der Dritten Welt

Jahresabonement DM 48,- / Schüler, Lehrlinge, Studenten DM 32.- / Einzelheft DM 4.-

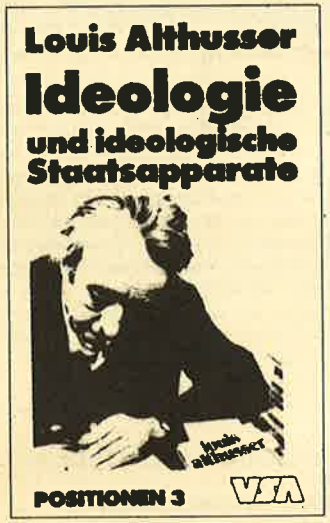
pdw verlag

PROGRESS DRITTE WELT · BUSCHSTR. 20; 53 BONN-1;

Marxistische Theorie

VSA – Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26 · Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

Louis Althusser
Elemente der Selbstkritik
Mit einem Vorwort von Peter Schöttler
112 Seiten; DM 8,–



174 Seiten; Paperback; DM 14,80

Horst Arenz/Joachim Bischoff/Urs Jaeggi (Hrsg.)
Was ist revolutionärer Marxismus?
Kontroverse über Grundfragen revolutionärer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis; 190 Seiten; DM 14,–

Projekt Klassenanalyse
LOUIS ALTHUSSER
Marxistische Kritik am Stalinismus?
176 Seiten; DM 12,–

Etienne Balibar
Über die Diktatur des Proletariats
Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF; 176 Seiten; Paperback; DM 16,–

Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik
Diskussion in der KPF
Mit Beiträgen u.a. von Lucien Seve, Francis Cohen, Waldeck Rochet, Christine Buci-Glucksmann, Nicole E. Thevenin, Dominique Lecourt, Etienne Balibar, Georges Labica; 196 Seiten; Paperback; DM 14,80

Shingo Shibata
Revolution in der Philosophie
Der praktische Materialismus und seine Aufhebung; 176 S.; Paperback; DM 13,80

Luciano Gruppi
GRAMSCI
Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Projekt Klassenanalyse
LENINISMUS – neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?
Zum Verhältnis von Marxscher Theorie, Klassenanalyse und revolutionärer Taktik bei W. I. Lenin; 780 Seiten; DM 29,–; Studien zur Klassenanalyse 2

Agnes Heller
Instinkt, Agression, Charakter
Einleitung zu einer marxistischen Sozialanthropologie; 176 S.; Paperback; DM 13,80

Agnes Heller
Theorie und Bedürfnisse bei Marx
Mit einem Vorwort von Pier Aldo Rovatti
150 Seiten; Paperback; DM 12,80

Joachim Bischoff
Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff
Über wissenschaftliche Dialektik
346 Seiten; DM 18,–

Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems
Der 4. Band des „Kapital"?
Kommentar zu den „Theorien über den Mehrwert"; 680 Seiten; DM 23,–

KLEINE ARBEITERBIBLIOTHEK

Neuerscheinungen

Dazu gehört Mut

Junge Leute gegen die Krise

(Bd. 37, 224 Seiten mit mehreren Grafiken, DM 8,—)

Die Helden dieses Buches sind junge Arbeiter und Schüler, Studenten und Lehrlinge in der Bundesrepublik von heute. Sie sind mit einer Lage konfrontiert, die frühere Jahrgänge von „Wirtschaftswunderkindern" nicht kannten: der wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus. Sichtbar werden Haltungen und Möglichkeiten, damit fertig zu werden. Die aufgeschriebenen Situationen zeigen auch, wie eng der Freiheitsspielraum in dieser Gesellschaft geworden ist, die gerade den Jungen eine Fülle von Freiheiten verspricht.

Joachim Knappe

Mein namenloses Land

(Bd. 27, 556 Seiten, DM 9,80)

Der junge Stephan Beck sucht seinen Weg aus der Verwüstung und den Wirren der Nachkriegszeit. Er will anders leben als der prügelnde Vater und die unterwürfige Mutter. Knappe stellt die Frage nach dem Wohin. Wo wird Stephan Beck Halt machen auf der großen Reise, welches Land wird seine Generation Heimat nennen?

Adam Scharrer

In jungen Jahren

(Bd. 34, 392 Seiten, DM 8,—)

„Ich ging den Weg des proletarischen Kindes, das infolge der kleinen Scholle der Eltern als erstes von etwa anderthalb Dutzend Geschwistern überflüssig wird und „unter d' Leut" geht, ... so mußte ich erst mühsam alle Wege abseits der Gesellschaft durchwandern, ehe ich den Ausweg fand." — Scharrers weitgehend autobiografischer Roman berichtet über den Weg eines Arbeiters, der sein Brot verdienen muß und verstehen lernt, wer Feind und wer Freund ist.

Alexander Serafimowitsch

Der eiserne Strom

(Bd. 29, 240 Seiten, DM 6,80)

Unaufhaltsam wie ein Strom wälzt sich der Zug von zehntausenden armen Bauern durch das von zaristischen Generälen und ihren Kosakentruppen beherrschte Kubangebiet. Die Bauern kämpfen für die Sowjetmacht, die ihnen Land gab. Der Bürgerkrieg zeigt sich in diesem Buch, das erstmals 1924 erschien und zu den Klassikern der Revolutionsliteratur gehört, von seiner erbarmungslosesten Seite: in den schon nicht mehr menschlichen Leiden der Frauen und Kinder, den Ausbrüchen der Anarchie, dem verzweifelten Mut der Kämpfer und ihrer zähen Hoffnung auf die „Bauernmacht".

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei

Damnitz Verlag GmbH
Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40
Telefon (089) 30 10 15 oder 30 10 16

Jetzt kostenlos kennenlernen:

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Themen der letzten Nummern waren:

+ Produktionsverlagerung und Arbeitslosigkeit in der BRD + Außenpolitik der VR China + UNCTAD IV – Veränderung für die Dritte Welt? + Das neue Weltbankprogramm + Nestle - Babykiller + Afrikanische Entwicklungsmodelle + Arbeitsaufenthalt auf Kuba + Pressekampagne gegen Kampuchea + Frauen in der Dritten Welt + Aufbau in kürzlich befreiten Ländern + Ökonomischer Völkermord in Chile + Aktionen: Dritte Welt Handel + Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung + Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien + Unterdrückung der Indios in Südamerika + Malaysia: Kampf um Wohnraum + Medizin in der 3. Welt + Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung.

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift
+ berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
+ gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 - 60 Seiten: DM 28,– /öS 200,–/Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–/öS 140,–/Sfr 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg
Tel. 0761 / 7 4003

Probeexemplar anfordern!

Fordern Sie bitte sofort ein kostenloses Probeheft an.

Neuerscheinung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main

Marxismus Digest 31

Kultur der Arbeiterklasse.
Reproduktion der Arbeitskraft — Neue Bedürfnisse — Freizeit

H. 3/1977, 140 S., 6,– DM

Aus dem Inhalt:
Gérard Belloin: Kultur, Persönlichkeit und Gesellschaft – Dieter Ulle: Kulturtheoretische Imperialismusforschung; Renate Karolewski: Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Kultur – Michel Verret: Über die Arbeiterkultur. Bemerkungen zu einem Buch von Hoggart – G. G. Diligenski: Die Arbeiterklasse in einer neuen Etappe. Über aktuelle Tendenzen in der Entwicklung des proletarischen Massenbewußtseins – B. Dubson: Probleme der Freizeit der Gesellschaft unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus.

Marxismus Digest 30

Ökologie — ökonomische und politische Aspekte des Umweltschutzes H. 2/1977, ca. 168 S., 6,– DM

Aus dem Inhalt:
Thesen: Staatsmonopolistischer Reproduktionsprozeß und Umwelt – Heise/Helmbold: Umweltgefährdung und Kapitalverwertung – Leonhardt: Klasseninhalt des Verursacherprinzips – Makljarski: Ökologische Krise und staatsmonopolistischer Kapitalismus in den USA – Clarke: Mensch und Umwelt in der Wachstumsdebatte – Borman: „Kernenergie-Debatte" – Ancona u. a.: Massenbewegungen, lokale Verwaltungen, Schutz und Veränderung der Natur – Labeyrie: Kommunisten und Umweltschutz – Sarkov/Nozdreva: Die demokratischen Kräfte Japans im Kampf für den Umweltschutz – Prestipino u. a.: Bewegungen für Umweltschutz in kapitalistischen Ländern – Kurzbibliographie.

Informationsbericht Nr. 28

Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD Verf. B. Güther. Ca. 100 S., umfangreiches statistisches Material, 6,– DM

Aus dem Inhalt:
I. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Intelligenz 1973–1976 (Statistischer Teil)
II. Zur Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit der Intelligenz
III. Der antimonopolistische Kampf gegen die akademische Arbeitslosigkeit
Statistischer Anhang

Informationsbericht Nr. 29

Zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparates seit Ende der sechziger Jahre Verf. J. Blau. Ca. 100 Seiten, 17x24 cm, 6,– DM

Aus dem Inhalt:
I. Einleitung: Ursachen und Kontinuität des Ausbaus des staatlichen Gewaltapparates seit Verabschiedung der Notstandsgesetze
II. Der Ausbau des Repressionsapparates
1. Der Überwachungs- und Bespitzelungsapparat (Verfassungsschutz, BKA, Politische Polizei, MAD, BND u. a.)
2. Politische Justiz
3. Polizei und paramilitärischer Apparat (Polizei, BGS, Werkschutz u. a.)
III. Statistischer Anhang

Bestellung bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei:

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Gerda Zorn
WIDERSTAND IN HANNOVER
Gegen Reaktion und Faschismus

Ca. 290 S., mit zahlr. Abb., brosch., 19,80 DM · ISBN 3-87682-028-6

Dieser neue Band in der Reihe „Bibliothek des Widerstandes" berichtet nicht nur über NS-Verfolgung und antifaschistischen Widerstand in Hannover, sondern untersucht auch die Ursachen, die zur Übernahme der Macht durch den Faschismus führten.

Lina Haag
EINE HANDVOLL STAUB

Ca. 190 S., brosch., ca. 8,– DM
ISBN 3-87682-581-4

In der Illegalität 1944 entstanden Lina Haags Aufzeichnungen „Eine Handvoll Staub". Axel Eggebrecht nannte das Buch sein „stärkstes geistiges Erlebnis des Jahres 1947". Heute, 30 Jahre später, sind diese sehr persönlichen und zugleich gültigen Aufzeichnungen einer von den Nazis verfolgten, aber nie gebrochenen Frau nicht minder eindrucksvoll, erschütternd und wichtig.

RÖDERBERG-VERLAG
Schumannstrasse 56
Postfach 4129
6000 Frankfurt am Main 1
Telefon (0611) 75 10 46

Ich bestelle

... Ex. Eine handvoll Staub

... Ex. Zorn, Widerstand in Hannover

☐ Kostenlose Prospekte Röderberg + „tat"-Buchvertrieb

Name

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

DAS ARGUMENT

103

Editorial

Grußadressen zum hundertsten Argument (III)

Marxismus und Einzelwissenschaft

Klaus Holzkamp: Kann es im Rahmen des wissenschaftlichen Sozialismus eine kritische Psychologie geben!?

Ideologie-Diskussion

Dieter Krause: Der Ideologiebegriff im Marxismus

Rolf Nemitz: Technik als Ideologie

* * *

Norbert Frank, Georg Rückriem und Joachim Starry: Literaturbericht: Wissenschaftliches Arbeiten

Diskussionsbeitrag zu Blochs „Experimentum Mundi" (D. Horser)

Kongreßbericht: Internationaler Kongreß Kritische Psychologie

Besprechungen: Sozialphilosophie; Linguistische Pragmatik; Romantheorien; Theorien der Geschichtswissenschaft; Dritte Welt; Jura

Zeitschriftenschau

Einzelheft 9,– DM, im Abo 7,50 DM,
Schüler und Studenten 7,– DM, im Abo 6,– DM.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

Soeben erschienen:

AS 18 Gulliver 2

Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 2
Landeskunde als Kulturwissenschaft

B.-P. Lange: „Landeskunde" in Reformmodellen für die Anglistik

D. Kerl u. H. Völkerling: Inhalt und Funktion der Landeswissenschaft bei der Ausbildung sozialistischer Englischlehrer

P. Oehlke: Gesellschaftstheorie als Grundlage der Landeskunde Großbritanniens

R. Williams: The Sociology of Culture

S. Hall: Die Arbeit des Centre for Contemporary Cultural Studies

G. Murdock: Administrative and Critical Research Revisited. The Centre for Mass Communication Research at Leicester, 1966-1976

S. Harper and J. Oakley: Literatur und Gesellschaftsgeschichte

D. Craig: Images of Factory Life

U. Bültemann u. R. Lehberger: Sozialistische Theaterbewegung in den USA der dreißiger Jahre

D. Herms: Der Kampf der United Farmworkers of America

Archiv zur demokratischen und Arbeiterbewegung

P. Metscher: National Liberation Struggle and Labour Movement in Ireland. A Survey

Diskussion: Politisch-kulturelle Periodika der englischen Linken (1945-73)

Konferenzen / Ausstellungen

Zeitschriftenschau

Besprechungen

AS 16

Probleme der materialistischen Staatstheorie

H. Asseln und F. Deppe: Die „Staatsfrage" und die Strategie der Arbeiterbewegung

K.H. Tjaden: Staatstheorie als Element der Gesellschaftstheorie

H. Schütte: Grundlagen der materialistischen Staatstheorie

W. Riepert: Zum Problem der Bestimmung von Staatsfunktionen

U. Wacker: Das Absolutismus-Problem: Staatsfeudalismus oder Frühform des bürgerlichen Staates? Zu Entstehungsgeschichte und Konstitutionsbedingungen des bürgerlichen Staates

B. Güther: Zur Analyse infrastruktureller Staatsfunktionen

H. Axt: Energiekrise, Konkurrenz und ökonomische Staatstätigkeit. Zum Verhältnis von internationaler Kapitalbewegung und ökonomischen Funktionen des Nationalstaates

Buchbesprechungen

Einzelpreis 15,50 DM, im Abonnement 12,– DM;
Schüler und Studenten 12,– DM, im Abonnement 9,– DM.

Argument-Verlag Postfach 210730 7500 Karlsruhe 21

lendemains

ZEITSCHRIFT FÜR
FRANKREICHFORSCHUNG
+FRANZÖSISCHSTUDIUM

GEWERKSCHAFTEN IN FRANKREICH

Heft 7/8

I. Kolboom:
Rezeption der französischen Gewerkschaftsbewegung im deutschen Reich und in der Bundesrepublik

J. Droz:
Zum französischen Syndikalismus

M. Moissonnier:
Die CGT (1895 - 1976)

J.-L. Robert:
Die CGTU (1922 - 1935)

A. Bergounioux:
Die Force Ouvrière (1947 - 1976)

P. Fridenson / J. Juilliard:
Die CFDT (1963 - 1976)

P. Delanoue:
Vom Volksschullehrersyndikalismus zur Lehrergewerkschaftsbewegung

P. Delanoue:
Die Hochschullehrergewerkschaft SNEsup

F. Marie:
Die Kunst im Streik: zur Künstlergewerkschaft SFA

ferner in diesem Heft:
Beiträge aus der Literaturwissenschaft,
France Actuelle und
Besprechungen

Jährlich erscheinen 4 Hefte in unregelmäßiger Folge.
Einzelheft: DM 7,70 / Jahresabonnement: DM 26,80;
(Studentenabonnement gegen Stud.-Beschein.: DM 22,80).
Bestellungen bei: Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik GmbH., Büsingstr. 17, 1 Berlin 41, Postf. 410269.

Klaus O. W. Müller
Neokeynesianismus
Kritische Untersuchungen einer modernen staatsmonopolistischen Wirtschaftslehre
3. bearbeitete Auflage,
Sachregister, Personenregister, 255 Seiten
Brosch., DM 14,80

Jürgen Kuczynski
Zur Geschichte der bürgerlichen Politischen Ökonomie
Namens- und Sachregister, bearbeitet von H. Steinki,
589 Seiten, Pappband,
DM 20,–
ISBN: 3-920 303-42-3

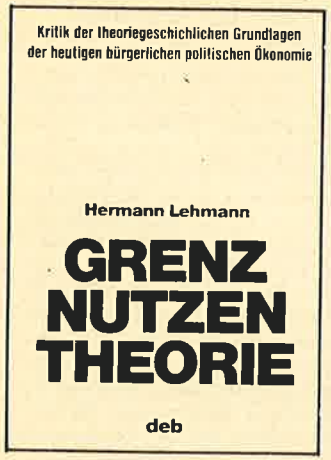
In diesem Buch werden erstmals die in Kuczynskis „Lage der Arbeiter" enthaltenen Studien zur bürgerlichen Politischen Ökonomie in einem Band zusammengefaßt. Sie bilden eine fast vollständige Geschichte der Politischen Ökonomie. Der Band enthält Studien zur englischen und französischen Politischen Ökonomie sowie Studien zur politökonomischen Ideologie in Deutschland bis zum 1. Weltkrieg. Eine zusammenfassende Studie zur Geschichte der bürgerlichen Krisentheorien bildet den Abschluß des Werkes.

Der Neokeynesianismus hat in den wirtschaftstheoretischen Auffassungen des englischen bürgerlichen Ökonomen und Politikers J.M. Keynes (1883–1946) seine theoretischen Wurzeln. Keine andere Wirtschaftsdoktrin feierte derart glänzende Triumphe in den Reihen der bürgerlichen Ökonomen und Politiker. In dem Buch werden in anschaulicher Weise der Spielraum und vor allem die Grenzen verdeutlicht, die der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung gesetzt sind, soweit sie sich auf die von Keynes propagierte und seitdem weiterentwickelte Lehre stützt.

deb verlag das europäische buch
Knesebeckstr. 3, 1000 Berlin 12

Hermann Lehmann
Grenznutzentheorie
Kritik der theoriegeschichtlichen Grundlagen der heutigen bürgerlichen politischen Ökonomie
mit einem Vorwort von Bernd Schüngel
2. Auflage, Personenregister
520 Seiten,
Brosch., DM 18,–

Den Kern des Buches bildet – und darin ist sein besonderer Wert vor allem für Studenten der Wirtschaftswissenschaften, aber auch für fortgeschrittene Wissenschaftler zu sehen – eine ausführliche und systematische Darstellung der Grenznutzentheorie in ihren wichtigsten Zweigen. Die Grenznutzentheorie wird das erste Mal umfassend marxisitisch untersucht. Der formale Aufbau der Arbeit sowie die Methode ermöglichen es dem Leser, die Argumentation Lehmanns nachzuvollziehen und auf dieser Basis die jeweiligen Probleme zu erkennen und selbst an ihrer Lösung weiterzuarbeiten.

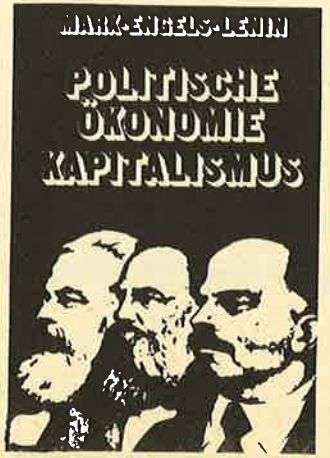


M. M. Rosental
Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx
aus dem Russischen
2. Auflage, 576 Seiten,
Brosch., DM 16,80

Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei
76 Seiten, Brosch., DM 0,80

Marx, Engels, Lenin
Zur politischen Ökonomie des Kapitalismus
Ein Nachschlagewerk, herausgegeben von Robert Katzenstein und Heinrich Peter
792 Seiten, gebunden
DM 24,80

Das Nachschlagewerk bietet erstmals eine Zusammenfassung aller wichtigen polit-ökonomischen Problemkreise unter Verwendung der Werke von Marx, Engels und Lenin.
Das Ziel dieses Buches ist es auch, die Werke von Marx und Engels, für die es bisher kein Sachregister gibt, besser zu erschließen.
Insbesondere wurden auch schwer zugängliche und weniger beachtete Werke mit einbezogen, so etwa die erste Auflage des 1. Bandes von Marx' „Kapital", die „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses", die „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie", die Theorien über den Mehrwert" und die Marxschen Frühschriften.
Neben der umfangreichen Auswahl von Textstellen findet der Benutzer des Werkes zu den einzelnen Problemen und Problemkreisen eine Fülle von zusätzlichen Quellenangaben.
In seiner Struktur richtet sich das Buch nach dem Gliederungsschema von Marx, Engels und Lenin wie auch der Lehrbücher der Politischen Ökonomie des Kapitalismus.
Es geht aber in seiner Breite und Fülle über das gewöhnliche Lehrbuch weit hinaus, da es sich an den Originalquellen nicht nur orientiert, sondern diese selbst lehrbuchartig zusammenfaßt.
Die gründliche, systematische und verständliche Behandlung des Stoffes, sowie die Textzusammenstellung und der Aufbau als Nachschlagewerk, Sachregister und Lehrbuch machen dieses Buch in hohem Maße für die Verwendung als Begleitmaterial in marxisitschen Schulungskursen zur Politischen Ökonomie an Universitäten, in Gewerkschaften und politischen Organisationen geeignet.
Fordern Sie unseren Sonderprospekt an!



Fritz Kumpf
Probleme der Dialektik in Lenins Imperialismus-Analyse
Eine Studie zur dialektischen Logik
2. Auflage, Personenregister,
212 Seiten,
Brosch., DM 7,80

Gündel / Heininger / Hess / Zielschang
Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus
2. Auflage, 78 Tabellen,
355 Seiten,
Brosch., DM 14,80

Braunsdorf / Löffler

KAPITALBEGRIFF UND MONOPOL

Zur Kritik an:
Altvater · Ebbighausen
Jordan · Neusüss
Projekt Klassenanalyse
Rosdolsky · Reichelt
Schubert · Wirth · u.a.

Braunsdorf/Löffler
Kapitalbegriff und Monopol
Zur Kritik an: Altvater, Ebbighausen, Jordan, Neusüss, Projekt Klassenanalyse, Rosdolsky, Reichelt, Schubert, Wirth, u.a.
1. Auflage
Personenregister, 244 Seiten,
Brosch., DM 12,80

Karl Neelsen
Wirtschaftsgeschichte der BRD
318 Seiten, 32 Tabellen,
Brosch., DM 11,80

Mottek/Blumberg/Wutzmer/Becker
Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland
2. Auflage, 240 Seiten,
Brosch., DM 12,80

deb verlag das europäische buch
Knesebeckstr. 3, 1000 Berlin 12

NEUES FORVM 1977

März: KRISE (Mandel, Vigier, Ipsen, focus)
BLATTLINIENDISKUSSION (Redaktion)
April/ RÜSTUNG (Kennan, Rothschild)
Mai: ATOMKRAFT (Jungk, Gofman, Lötsch u. a.)
Juni/ RADIKALE (Nenning, Palme, Pataki, Roth)
Juli: FILM (Geyrhofer, Hopp, Pezold)
Aug/ PSYCHIATRIE (Basaglia, Spalt u. a.)
Sept.: ATOMKRAFT (Blau, Nenning u. a.)

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle das NF vom um öS 44 DM/sfr 6,50 ☐ ein Gratisprobeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 320 DM/sfr 48 (Studenten öS 240 DM/sfr 36 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

NEUES FORVM august/ september 1977

franco basaglia: allgemeines irrenhaus
irrenpflege in österreich
friedrich geyrhofer: himmel arsch und schmidt
paul blau: atome raus
günther nenning: weimar in italien
josef dvorak: keine milde in wiener neustadt
glaser: enzensberger — erfolgreicher sisyphos

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM/sfr 6,50 ☐ ein Gratisprobeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 320 DM/sfr 48 (Studenten öS 240 DM/sfr 36 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

JÜRGENS BUCHLADEN
1 Berlin 33, Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf
Telefon (030) 8313825 NEU

PÄDAGOGIK GESCHICHTE
PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE
POLITIK & GESELLSCHAFT

WER WAR BRECHT

WANDLUNG UND ENTWICKLUNG DER ANSICHTEN
ÜBER BRECHT IM SPIEGEL VON "SINN UND FORM"

Herausgegeben und eingeleitet von Werner Mittenzwei

Mittenzwei, Der Realismusstreit um Brecht; **Ihering**, Der Volksdramatiker, **Rilla**; Episch oder dramatisch?; **Herzfelde**, Theorie und Praxis eines Ensembles; **E. Hauptmann**, Notizen über Brechts Arbeit 1926; **Wekwerth**, Auffinden einer ästhetischen Kategorie; **Rülicke**, Galilei Schlußszene; **Bunge**, Brecht probiert; **Berlau**, Poesie der Regie; **Becher**, Maß und Würde; **A. Seghers**, Brecht; **Eisler**, Brecht und die Musik; **Uhse**, Von alter und neuer Weisheit; **Schumacher**, Brechts Galilei; **Hacks**, Briefe: Brecht; **Mittenzwei**, Brecht und Kafka, **Girnus**, Brechts Lyrik; **Mittenzwei**, Die Brecht — Lukacs — Debatte; **K. Schumann**, Seitdem hat die Welt ihre Hoffnung; **Wekwerth**, Das Theater Brecht 1968; **Hacks**, Die Ästhetik Brechts; **Kunert**, Überlegungen zu den „Teppichwebern"; Die Klassiker-Debatte: **Mittenzwei**, **Holtzhauer**, **H.-H. Reuter**, **Dahnke**, **Ehrlich**, **Girnus**; **Mickel**, Brechts „Dickicht"; **Heiner Müller**, Brief; **Mittenzwei**, Der Dialektiker Brecht.

752 Seiten, gebund., DM 28,-

verlag das europäische buch deb
Knesebeckstr. 3, 1000 Berlin 12

DM 14,–

DM 16,–

DM 23,–

DM 14,–

DM 7,–

DM 9,–

WER WAR BRECHT

WANDLUNG UND ENTWICKLUNG DER ANSICHTEN ÜBER BRECHT IM SPIEGEL VON "SINN UND FORM"

Herausgegeben und eingeleitet von Werner Mittenzwei

Mittenzwei, Der Realismusstreit um Brecht; **Ihering,** Der Volksdramatiker, **Rilla;** Episch oder dramatisch?; **Herzfelde,** Theorie und Praxis eines Ensembles; **E. Hauptmann,** Notizen über Brechts Arbeit 1926; **Wekwerth,** Auffinden einer ästhetischen Kategorie; **Rülicke,** Galilei Schlußszene; **Bunge,** Brecht probiert; **Berlau,** Poesie der Regie; **Becher,** Maß und Würde; **A. Seghers,** Brecht; **Eisler,** Brecht und die Musik; **Uhse,** Von alter und neuer Weisheit; **Schumacher,** Brechts Galilei; **Hacks,** Briefe: Brecht; **Mittenzwei,** Brecht und Kafka, **Girnus,** Brechts Lyrik; **Mittenzwei,** Die Brecht – Lukacs – Debatte; **K. Schumann,** Seitdem hat die Welt ihre Hoffnung; **Wekwerth,** Das Theater Brecht 1968; **Hacks,** Die Ästhetik Brechts; **Kunert,** Überlegungen zu den „Teppichwebern"; Die Klassiker-Debatte: **Mittenzwei, Holtzhauer, H.-H. Reuter, Dahnke, Ehrlich, Girnus; Mickel,** Brechts „Dickicht"; **Heiner Müller,** Brief; **Mittenzwei,** Der Dialektiker Brecht.

752 Seiten, gebund., DM 28,-

deb verlag das europäische buch

Knesebeckstr. 3, 1000 Berlin 12

DM 9,–

DM 7,–

DM 14,–

DM 23,–

DM 16,–

DM 14,–

Medientheorie / Kommunikationsforschung

Am 15. Oktober erscheint die erste Nummer der neuen Zeitschrift:

MEDIEN.
Forum für aktuelle Probleme der Kommunikationspolitik und Medienpädagogik.

MEDIEN will mehr sein, als nur eine weitere Zeitschrift auf dem Medienmarkt.
MEDIEN versteht sich als **aktuelles Forum für die Diskussion** kommunikationspolitischer und medienpädagogischer Probleme.
MEDIEN bringt viermal im Jahr ein Themenheft, in dem ein spezielles Problem eingehend dargestellt wird.
MEDIEN läßt Betroffene und Wissenschaftler zu Worte kommen, bringt Analysen, Berichte, Informationen.
MEDIEN Heft 1 erscheint am 15. Oktober 1977 mit dem Schwerpunktthema:

Ausgewogenheit. Beiträge zur Klärung eines kommunikationspolitischen Konzepts. Hrsg. v. Jörg Aufermann und Karsten Renckstorf. Mitarbeiter u. a.: Michael Abend, Hansjörg Bessler, Gert Börnsen, Freimut Duwe, Claus Eurich, Ernst Heinsen, Erik Jürgens, Dieter Roß, Horst Schättle, Dietrich Schwarzkopf, Martin Stock, Chris Voss.
Jedes Heft von MEDIEN, von einem Fachherausgeber verantwortet, bietet neben der umfassenden Diskussion des Schwerpunktthemas und einer Bibliographie weiterführender Literatur einen umfangreichen Besprechungsteil, Berichte und Nachrichten über wichtige Veranstaltungen, Kongresse usw. sowie einen Kalender laufender Ereignisse.
Für die nächsten Hefte von MEDIEN sind folgende Schwerpunktthemen geplant:

Medien in der Schule / Film + Filmpolitik / Alternativmedium Video / Grenzen der Kommunikationstechnologie?

MEDIEN kostet als Einzelheft DM 10,–. Jahresabonnement zu DM 32,– (+ Versandkosten) bei Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Verlag Volker Spiess, 1 Berlin 62, Postfach 147.

Journalisten-Bericht. Berufssituation – Mobilität – Publizistische „Vielfalt". Von Andreas Johannes Wiesand, 314 S., Pb., DM 28.–

Massenmedien und Öffentlichkeit. Eine soziologische Analyse. Von Holger Rust, 176 S., Pb., DM 19.80

Massenmedien im System bürgerlicher Herrschaft. Von Ekkehard Nuissl, 184 S., Pb., DM 19.80

Bürgermedium Video. Ein Bericht über alternative Medienarbeit. Von Garleff Zacharias-Langhans, ca. 86 S., Pb., DM 7.–

Vier Wochen ohne Fernsehen. Eine Studie zum Fernsehkonsum. Von Wolf Bauer / Elke Baur / Bernd Kungel (Hrsg.), 134 S., Pb., DM 14.80

Vom Elend der Literaturkritik. Buchwerbung und Buchbesprechungen in der ‚Welt am Sonntag'. Von Bodo Rollka, 137 S., Pb., DM 16.80

Kulturpolitik in der DDR. Von Volker Gransow, 170 S., Pb., DM 16.80

Fernsehforschung: Feedback oder Anpassung? Von Georg Feil (Hrsg.), 170 S., Pb., DM 20,–

Politische Kommunikation – Eine Einführung. Hrsg.: Projektgruppe am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München. 232 S., Pb., DM 14.80

Rundfunkorganisation und Rundfunkfreiheit. Die Entwicklung von Organisations- und Machtstrukturen im Westdeutschen Rundfunk Köln und das Selbstverständnis der Programmacher. Von Rüdiger Hoffmann, 228 S., Pb., DM 22.–

Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik in Westdeutschland. Von Barbara Mettler, 208 S., Pb., DM 22.–

Verlag Volker Spiess
Postfach 147, 1000 Berlin 62

ANALYSEN – FAKTEN – HINTERGRUND

Das liefert der EXTRA-Dienst zweimal in der Woche seinen 7 200 Abonnenten per Post ins Haus (monatlicher Abo-Preis: 9 Mark). Wöchentlich mindestens 56 Seiten – randvoll mit Nachrichten und Reports, die woanders verschwiegen werden. Dennoch: Zur zusammenhängenden und übersichtlichen Darstellung aktueller internationaler Probleme fehlt uns in der laufenden Berichterstattung meist der Platz. Deshalb machen wir EXTRA-Dienst-EXTRA. Sonderhefte zu Billigpreisen, die außerhalb des Abos laufen und die man extra bestellen kann. Die bisher erschienenen EXTRAs:

Heft 1: „Schlachtfeld Angola" – vergriffen

Heft 2: „Zwischen Marx und Mohammed". Eine Analyse der sozialistischen Strömungen im arabischen Raum, aktuell zum Libanon-Konflikt. 72 Seiten. 4 Mark.

Heft 3: „Historische Wende in Italien". Fakten und Daten zum Eurokommunismus. 88 Seiten. 4 Mark.

Heft 4: „200 Jahre USA – 200 Jahre Imperialismus" – vergriffen

Heft 5: „Kontinente im Klassenkampf". Industrie- und Entwicklungsländer ringen um eine neue Weltwirtschaftsordnung. 72 Seiten. 4 Mark.

Heft 6: „Atomtod ohne Bombe – Risiko Kernenergie", Bernd-Jürgen Stein, Walter Barthel, Wolfgang Harich, Gerhard Kade. 80 Seiten. 5 Mark.

Für Bestellungen benutzen Sie bitte den anhängenden Coupon.

Ausschneiden und einsenden an:
Berliner EXTRA-Dienst
Pfalzburger Str. 20,
1000 Berlin 31

berliner EXTRA dienst

Ich bestelle den EXTRA-Dienst für mindestens 6 Monate. Abo-Preis: 9 DM monatlich. Nur ankreuzen, wenn Abo erwünscht. ○

Ich bestelle EXTRA-Dienst-EXTRA..... (bitte Nummer angeben) und füge den Betrag in Briefmarken bei.

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

das europäische buch

**Nahe der TU-Charlottenburg,
1 Berlin 12, Knesebeckstraße 3
Tel. 313 77 44**

**Nahe der FU-Dahlem,
1 Berlin 33, Thielallee 34
Tel. 832 81 86**

**ZENTRALBUCHHANDLUNG
FÜR BÜCHER AUS DER DDR**

SCHALLPLATTEN · POSTER

MARXISTISCHE BLÄTTER

Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, Frankfurt am Main
15. Jahrgang, September/Oktober 1977, 4,00 DM

Heft 5/1977 mit dem Schwerpunkt:

Oktoberrevolution in Rußland und unsere Zeit

mit folgendem Inhalt soeben erschienen

Kommentare
Lorenz Knorr
Politische Wirkung der Neutronen-Todesstrahlen-Waffe
Kurt Schacht
Entwicklungsprozesse in der SPD
Hermann Gautier
Der Rote Oktober verändert die Welt
Konstantin Sarodow
Der demokratische Charakter der Oktoberrevolution
Florence Hervé
Die Frau in der Politik und Gesellschaft der Sowjetunion
Friedemann Schuster
Die KPdSU im 60. Jahr der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution
W. Schewzow
Der sowjetische Staat des ganzen Volkes und die Demokratie
Heiko Asseln
Was helfen die besten Sozialgesetze, wenn die Kosaken kommen!
Fritz Krause
Die Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen Faschismus und Krieg
Robert Steigerwald
Schöpferische Marxismusdiskussion
Arthur Böpple
Nach Bonner Sozialdemontage: soziale Sicherheit bleibt aktuelle Kampfaufgabe
Micha Bratu
Zur Funktion und Effizienz staatlicher „Maßnahmen" gegen Jugendarbeitslosigkeit
Herbert Lederer
125 Jahre Kölner Kommunistenprozeß – einige Anmerkungen

Konsultation
Energiepolitik der Sowjetunion

Berichte
Zweites wissenschaftliche Symposium an der Universität Bremen – 450jähriges Jubiläum der Universität Marburg

Bücher
Köchin und Menschenfresser – Formal-Theorie und Formal-Praxis – Neuere Beiträge zur Klassen- und Sozialstruktur der Bundesrepublik – Energiepolitik der BRD – Studentenrevolte. Zehn Jahre danach – Zur Gewerkschaftsjugendbewegung – Korsch-Bilder – Das Sondergebiet China – Weimar ist kein Argument – Studentische Korporationen – Die Zukunft der Psychoanalyse – Bucheingänge

Bestellungen über Buchhandel oder Verlag

Heddernheimer Landstraße 78 a · 6000 Frankfurt am Main 50

Hiermit bestelle ich (wir) ..... Exemplar(e) Marxistische Blätter Heft 5/1977
..... Abonnement Marxistische Blätter ab Heft .....

Name .....

Anschrift .....

Unterschrift .....

A 4846 FX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

verlag
das europäische buch
Thielallee 34
1000 Berlin 33

Hier
könnte Ihr Name stehen und der Briefträger bringt Ihnen die SOPO ins Haus.
JAHRESABO (4 HEFTE) DM 20.-
Bestellungen bitte an den Verlag

Rotkäppchen

Grafik: DIETER SÜVERKRÜP
30-cm-LP, stereo
BEST. NR.: K 20 905

von Floh de Cologne

Christiane & Fredrik · Hanns Dieter Hüsch
Fasia · Franz Josef Degenhardt
Perry Friedman · Dieter Süverkrüp
Hannes Wader

pläne
Verlag „pläne„ GMBH
Postfach 827
4600 Dortmund 1
Tel.: 0231·81 89 25

PLÄNE hat noch mehr. Für kleine und für große Kinder.
Neues Gesamtverzeichnis
anfordern!
Kostenlos. Kennwort SO PO angeben.